

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW-22

**SPD in der
Opposition
-wohin...?**



**Vor dem Bundesparteitag:
Kritik am Ehrenberg-Papier
Interview mit Günter Gaus**

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Lud-ger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West).

Redaktion: Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas B. Westphal.

Redaktionssekretariat: Christiane Rix

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 34 29

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45, Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1984.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend März 1984

Die spw erscheint 1984 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhal-tung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskrip-te müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschnägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West, sowie — in Teilaufgabe — einen Prospekt des Argument-Verlags, Berlin/West, und die Jahresabo-Rechnung 1984 und eine Zahlkarte des spw-Verlags.

Inhalt

Editorial/ Verlagsmitteilungen	3
--------------------------------------	---

Aktuelle Kommentare

Erich Ott

35-Stunden-Woche: Die Gegenkampagne läuft	7
---	---

Angela Kroll

Stockholmer Konferenz: Vertrauensbildung durch Abrüstung anstreben	8
--	---

Analysen

Hans Willi Weitzen

Kommunisten und Sozialdemokraten oder Was tun mit der Arbeiteraristokratie?	11
---	----

Franz Walter

Sozialismus oder Absturz in die Geschichtslosigkeit? Fritz Sternberg und die sozialdemokratische Linke in der Weimarer Republik	19
--	----

Josef Hindels

Austrofascismus und Klassenkämpfe in Österreich. Der Weg zum 12.2.1934	30
--	----

Hans-Gerd Hofschens und Michael Jung

Wirtschaftspolitische Alternativen vor Ort. Methodische Hinweise für die Erarbeitung regionaler und kommunaler Wirtschaftsprogramme	39
--	----

Christoph Butterwegge

Entwicklungsperspektiven und Probleme der Friedensbewegung	48
--	----

Hans-Jörg Lüth und Siegfried Ziegert

Blockade der Carl Schurz Kaserne Bremerhaven/Weddewarden. Eine Auswertung aus der Sicht der Jungsozialisten	52
--	----

Diether Dehm

Volklied und demokratische Bewegung	56
---	----

Diskussionsschwerpunkt:

SPD vor dem Bundesparteitag: Keine Strategien in der Opposition

Klaus Peter Kisker

Neokonservativer Aufguß — Eine Kritik am »Ehrenberg-Papier«	59
---	----

Kurt Neumann und Andreas Wehr

Reformismus in der Krise — Krise des Reformismus?	64
---	----

Sven-Eric Liedman

Sozialdemokratie und Staat in Schweden. Korporative Reform als Krisenlösung?	77
--	----

Bertram Sauer und Olaf Scholz

Aspekte sozialistischer Friedensarbeit	85
--	----

Interview

<i>mit Günter Gaus: »... die Blöcke reformieren, nicht auflösen!«</i>	90
---	----

Berichte

Oliver Brosch

Nach Stationierungsbeginn: Friedensbewegung nicht gespalten. Bericht über die 5. bundesweite Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11./12.2.84 in Köln	101
---	-----

Andreas Bach und Andreas Wehr

Wirtschaftspolitische Tagung des Jungsozialisten-Unterbezirks Dortmund und der Zeitschrift Sozialistische Politik und Wirtschaft vom 10.-12.2.84 in Dortmund	103
--	-----

Peter Krüger

Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik und Vergesellschaftung. Bericht über die Bundeskonferenz der AfA vom 27.-29.1.84	107
---	-----

Aufruf der Initiative Gesellschaftswissenschaftler für die 35-Stunden-Woche	110
---	-----

Leserbriefe

Rainer Frank zu Karin Westermann »Zur Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik« in spw 21	113
--	-----

Alfred Georg Frei zum Schwerpunkt von spw 21	114
--	-----

Besprechungen

<i>Grebing, Helga (Hrsg.): Fritz Sternberg (1895-1963). Für die Zukunft des Sozialismus (H.-W. Weinzen)</i>	116
---	-----

<i>Berdahl, Lüdtko u.a.: Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung (T. Lindenberger)</i>	118
--	-----

<i>Thompson, Edward P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse (T. Lindenberger)</i>	118
--	-----

<i>Deppe, Frank: Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung (U. Schöler)</i>	123
--	-----

<i>Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Kritisches Wörterbuch des Marxismus (J. Zimmer)</i>	125
--	-----

<i>Butterwegge, Christoph, u.a. (Hrsg.): Friedensbewegung — Was nun? Nach der Raketenstationierung (D. Tinnei)</i>	127
--	-----

Über die Autoren	128
-------------------------------	-----

Editorial

Eine der größten Taten der Klassiker war es, daß sie ohne jede Entmutigung auf den Aufstand verzichteten, als sie die Lage verändert sahen.

Sie sagten eine Zeit des nochmaligen Aufschwungs der Unterdrückter und Ausbeuter voraus und stellten ihre Tätigkeit darauf um.

Und weder ihr Zorn gegen die Herrschenden wurde geringer, noch ließen ihre Anstrengungen, sie zu stürzen, nach.

(Bertolt Brecht, Me-Ti/Buch der Wendungen)

Der Bundesparteitag wird zeigen, ob die SPD Anstrengungen zur »Erringung der Oppositionsfähigkeit«, wie Detlev Albers in *spw* 19 die Aufgaben nach der Wahlniederlage von 1983 überschrieb, gemacht hat. Daß solche Anstrengungen sich nicht nur auf eine Abgrenzung von und Opposition gegen eine konservative Regierung mit skandalumwitterten Ministern und hämischen »Freunden« in Bayern beschränken darf, hat man in der Partei offensichtlich begriffen. Denn das rege Treiben in den Kommissionen der Partei hat eine Menge Papiere — Strategiepapiere — hervorgebracht, die auf dem bevorstehenden Parteitag diskutiert und beschlossen werden sollen. Sie sollen das neue Profil der Sozialdemokratischen Partei abgeben und Wege aufzeigen, wie die abgesteckten Ziele erreicht werden können. Die Untersuchung dieser neuen programmatischen Aussagen muß allerdings unter dem Gesichtspunkt der Erringung der Oppositionsfähigkeit stattfinden. Und das heißt unter vielem anderen, aber zu allererst, ob die SPD ihre bisherige politische Praxis sowohl im Hinblick auf ihre Inhalte wie im Hinblick auf deren Umsetzung kritisch analysiert und Konsequenzen gezogen hat; ob sie zur Entwicklung von zusammenhängenden Alternativen zur etablierten konservativen Politik bereit und in der Lage ist, und ob sie sich dafür die Anregungen aus dem konservativen oder aus dem — freilich unbequemen — linken (auch dem grün-alternativen) Lager holt.

Die Sozialdemokratie ist keine hegemoniale Kraft in der Bundesrepublik. Die Frage, welche sie sich auf dem Parteitag selbst stellen muß, richtet sich genau auf diesen Punkt: wie kann die SPD eine hegemoniale Politik entwickeln, eine Politik, die folglich nicht mehr nur den Akt der Stimmabgabe als wesentlichste politische Handlung und Willensäußerung der Bevölkerung (und der Parteimitglieder) begreift und die damit auf die Delegation von politischer Verantwortung an die Bürger orientiert. Die Anstrengungen der Partei, in diese Richtung zu gehen, schließen eine klare Programmatik, deutlich konturierte Positionen also, ebenso ein wie eine politische Strategie, die die Umsetzung dieser Positionen in einem konservativen Land (nicht nur einem konservativ regierten Land) zum Gegenstand macht. Es reicht nicht, alte Konzepte neu zu verpacken und selbst die Verpackung second hand zu besorgen.

In zentralen Politikfeldern, wo es gilt, sowohl den inneren Zusammenhalt der Partei über Loyalitäten hinaus mit inhaltlicher Substanz zu stabilisieren, als auch gegenüber den sozialen Bewegungen als gesellschaftlich organisierende Kraft und gewichtige parlamentarische Opposition an Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, muß die SPD in den nächsten Monaten deutliche Signale setzen. Solche Politikfelder sind insbesondere die Wirtschafts- und Friedenspolitik.

Im Schwerpunkt des vorliegenden Heftes kritisiert *Klaus Peter Kisker* in aller gebotenen Schärfe und Eindeutigkeit das sogenannte »Ehrenberg-Papier« zur Wirtschaftspolitik, das auf dem Parteitag Diskussionsgrundlage für eine Zwischenbilanz sein soll. Kisker kommt zu dem Ergebnis, daß das Papier eher dazu angetan wäre, Vorurteile über die wirtschaftspolitische Inkompetenz der SPD zu festigen. Die Gewerkschaften dürften jedenfalls darin keine Hilfestellung für ihre gegenwärtigen Kämpfe erblicken können.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der SPD als Regierungspartei, aber auch schon des prinzipiellen Scheiterns sozialdemokratischer Reformpolitik der 70er Jahre, gibt es eine inner-marxistische Diskussion um die innerhalb der SPD vertretenen Strömungen. *Kurt Neumann* und *Andreas Wehr* versuchen eine genauere Bestimmung des Begriffs »Reformismus«, indem sie sich mit der Kritik des SHB an den »Herforder Thesen« in diesem Zusammenhang auseinandersetzen. Sie legen damit Grundlagen für die Einschätzung der anlaufenden Programmdiskussion. Dies wiederum ist die Voraussetzung für eine Bestimmung der Anknüpfungspunkte und Eingriffsmöglichkeiten linker Sozialdemokraten.

In einem ähnlichen Zusammenhang, nämlich dem des Reformismus der schwedischen Sozialdemokratie und ihrem Verhältnis zum Staat, steht der Aufsatz von *Sven-Eric Liedman*, einem schwedischen marxistischen Theoretiker. Das Studium der schwedischen Situation gibt Anregungen auch für die hiesigen innerparteilichen Debatten um Krisenlösungsstrategien.

Von der Einschätzung der veränderten Position der SPD zum NATO-Beschluß hängt für die Friedensbewegung in den kommenden Monaten viel ab. *Bertram Sauer* und *Olaf Scholz* äußern sich skeptisch dazu, ob sich die SPD tatsächlich in der Frage der Sicherheitspolitik grundsätzlich bewegt hat. Ihrer Auffassung nach hängt es jetzt von der Entwicklung einer inhaltlich ausgewiesenen Konzeption und politischen Strategie der Friedensbewegung wesentlich ab, ob sich die SPD auf dem eingeschlagenen Pfad weiter nach vorn bewegt. Die Aktionskonferenz im Februar hat Ansätze für die Aufrechterhaltung der Breite und damit auch des außerparlamentarischen Drucks der Friedensbewegung gezeigt.

Günter Gaus, engagierter Verfechter einer Weiterentwicklung der Beziehungen zur DDR und der Entspannungspolitik, spricht sich in einem Interview mit *spw* sehr deutlich gegen die Stationierung der amerikanischen Raketen aus. Auch wenn Gaus wenig optimistisch im Hinblick auf die Durchsetzung westeuropäischer Interessen gegenüber den USA ist, so plädiert er doch vor allem für »öffentliches Nachdenken« der SPD angesichts der Stockholmer Konferenz über eine Wiederaufnahme der Entspannungspolitik und eine Reform der Blöcke, die er allerdings gleichzeitig als stabilisierendes Moment in den gegenwärtig angespannten West-Ost-Beziehungen betrachtet.

Außerhalb des Schwerpunkts, aber eng mit ihm verbunden, thematisieren *Hans Willi Weinzen*, *Franz Walter* und *Josef Hindels* Aspekte der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich.

Hans-Gert Hofschien und *Michael Jung* geben methodische Hinweise zur Erarbeitung regionaler Wirtschaftsprogramme und ergänzen damit unsere Buchveröffentlichung (SH 4) zu diesem Thema.

Christoph Butterwegge stellt Thesen zur Perspektive der Friedensbewegung zur Diskussion, welche auch in den kommenden Heften geführt werden muß. Christiane Rix

Verlagsmitteilungen

Broschüre zur 35-Stunden-Woche

Der *spw*-Verlag unterstützt auch publizistisch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf für die 35-Stunden-Woche. Gerade erschienen ist bereits die 2. Auflage einer Broschüre der Kollegen *Gerhard Bäcker* und *Gerhard Bispinck* zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Die Verfasser, wissenschaftliche Mitarbeiter am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB, belegen in dem gut verständlichen *Argumentationsleitfaden*, warum der Kampf um die 35-Stunden-Woche einer der zentralen Emanzipationsschritte der Arbeiterbewegung ist. Ihre Themen sind: Entwicklungsperspektiven des Arbeitsmarkts, Rationalisierung und Leistungsdruck, Freizeit und Familie, Humanisierung der Arbeit, Kritik der Unternehmerargumente, flexible Arbeitszeitformen und Lebensarbeitszeitverkürzung, Notwendigkeiten des vollen Lohnausgleichs. Ihr Resümee wird im Vorwort von *Hans Janßen*, Mitglied im Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall, unterstrichen: Gesellschafts- und beschäftigungspolitisch gibt es zur 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich keine Alternative.

Die Broschüre kostet im Buchhandel 9,- DM, der Organisationspreis auf Veranstaltungen der DGB-Gewerkschaften und der SPD beträgt 6,- DM.

(79 Seiten, br., ISBN 3-922489-05-2)

Wieder lieferbar: Hindels, Marxismus und Gegenwart

Einzelbestellungen und Anforderungen der Vertriebsagenten können wieder erledigt werden: Das Buch des *spw*-Mitherausgebers Josef Hindels (144 Seiten br.) kann zum Organisationspreis von 6,- DM zzgl. Versand über unseren Vertrieb (Libellenstraße 6a, 1000 Berlin 38, Tel. 030/803 3429) bezogen werden.

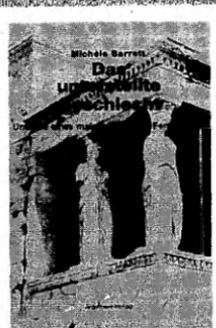
Der Band hat sich bereits als Material bei Schulungen und für Bildungsabende bewährt. Weitere für die Bildungsarbeit geeignete Publikationen im *spw*-Verlag sollen Ende 1984 und 1985 im Rahmen einer Schulungsreihe folgen.

ARGUMENT



Detlev Albers:
Zur politischen Theorie des Marxismus.
Bauer und Gramsci

Vergleich ihrer Positionen zur
revolutionären Strategie im Westen, in der
Perspektive eines »integralen Marxismus«
192 S., frz. Br. DM 24,-/Ln. DM 34,-



Michèle Barrett:
Das unterstellte Geschlecht —
Umriss eines materialistischen
Feminismus

Zu den Bereichen Sexualität/
Literatur/Schule/Familie/Staat
240 S., frz. Br. DM 24,-/Ln DM 34,-



Arbeit, Frauen, Gesundheit

Arbeitsbedingungen, die krankmachen
Krankenschwestern: Bewußtsein und
Arbeitsbedingungen, Perspektiven der
Gesundheitsbewegung, Fragwürdigkeit/
Bedeutung von Anstalten

Jahrbuch für Kritische Medizin 9
Argument-Sonderband AS 107, 1983
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

**ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6,
D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061**

Aktuelle Kommentare

Erich Ott

35-Stunden-Woche: Die Gegenkampagne läuft

Das Thema Arbeitszeitverkürzung bzw. 35-Stunden-Woche rückt nach dem Abklingen der »Wörner-Kießling-Affäre« in der Skala der innenpolitischen Diskussion wieder in den Vordergrund. Kaum ein Tag vergeht, an dem sich nicht wieder eine Organisation, Institution oder öffentlich beachtete Persönlichkeit dazu äußert, zumeist in einer dezidierten Festlegung gegen die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, mit den gleichen Argumenten, wie sie seit eh und je von der Kapitalseite und ihren politischen und ideologischen Repräsentanten vorgetragen werden.

In der einen Woche sind es Bundespolitiker und Oberbürgermeister, in der nächsten führende Industriemanager und in der darauffolgenden Bischöfe, Kardinäle und leitende Angestellte. Alle in Eintracht, mit gleicher Prägung in einer wohlhabend gestimmten Komposition mit Presse, Funk und Fernsehangeboten. Dazwischen auch mal ein Gewerkschafter und ein Mann von der Straße oder aus dem Betrieb, je nach Bedarf, um das Bild abzurunden.

Selbst die Verkürzung aus Nürnberg, daß trotz Wachstum und Wende die Arbeitslosigkeit Anfang 1984 wieder stark angestiegen ist, ändert an der Arbeitgeber- und Medienoffensive nichts, veranlaßt auch nur selten einen Kommentator zu etwas tieferem Nachdenken. Zumeist aber gipfelt solche Nachdenklichkeit auch in deutlicher Skepsis, ob denn die 35-Stunden-Woche in die Landschaft passe, wo doch das zarte »Wendepflänzlein« Wachstum erst klein und bescheiden, aber doch wohl im Kommen sei.

Der Gipfel an Zynismus und sozialer Demagogie gegen die 35-Stunden-Woche bleibt jedoch dem »Arbeiterminister« Blüm vorbehalten. Gelang es ihm schon nicht, mit seiner »Vorruhestandsregelung« Gewerkschaften und Arbeitnehmer in gewünschtem Maße in der Forderung nach der Wochenarbeitszeitverkürzung zu verunsichern und zu spalten, so versucht er es nun auf neuen Wegen. Gegen die 35-Stunden-Woche setzt er die »Chance, daß es mal wieder in der Lohntüte klingeln könnte, was die Arbeitnehmer doch mal wieder ganz gut vertragen könnten.« Brav und konsequent geht er seinen Weg, und kein Mittel ist ihm zu dumm und abgedroschen, um sich seinen Herren als dienstbar zu erweisen.

Die Wirkungen all dieser Gegenstrategien sind sicherlich nicht zu unterschätzen und treffen auch zu einem erheblichen Teil auf fruchtbaren Boden. Die jahrzehntelang geförderte und gehegte Ideologie der Sozialpartnerschaft und Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt, die Spar- und Einschränkungsideologie der letzten Jahre haben bewußtseinsprägende Wirkungen und eine entwaffnende Funktion für die Grundorientierung der abhängig Beschäftigten im Hinblick auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit. Wenn man die Arbeitnehmer über Jahre glauben macht, daß auch die Arbeitgeber alles tun wollen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, diese Eintracht der Ziele sorgsam pflegt und nicht das genau gegenteilige Interesse und Handeln des Kapitals und der ihm verpflichteten Politiker verdeutlicht, dann wird es schwierig, kurzfristig eine Bereitschaft zum harten Konflikt zu erzielen.

Bei dieser Ausgangssituation muß man dennoch recht optimistisch sein, wenn man sieht, wie gegenwärtig die Gewerkschaften als Organisationen und viele Kolleginnen und

Kollegen in den Betrieben hart und durchaus erfolgreich mobilisieren. Daß Gewerkschaften, wie die IG Metall, die IG Druck und Papier und andere, sich dabei auch heute auf einen harten Kern bewußter und erprobter Vertrauensleute und Betriebsräte stützen können, ist eine hoffnungsvolle Voraussetzung für die bevorstehenden Auseinandersetzungen.

Die sich gegenwärtig an der 35-Stunden-Woche vollziehende gesellschaftliche Polarisierung hat durch ihre klärende Wirkung auch viele positive Seiten. So nimmt die SPD inzwischen eine eindeutige Position zugunsten der Forderung nach der 35-Stunden-Woche ein und leistet mit einer entsprechenden Parteikampagne aktive Solidarität mit den Gewerkschaften. Dies läuft zwar erst relativ spät, aber es kommt nach einigen Positionskorrekturen. Noch in der Zeit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, auch unmittelbar danach, gab es in der Frage Arbeitszeitverkürzung offizielle Aussagen der Partei und von Regierungsmitgliedern, die mit der gewerkschaftlichen Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich nicht in Einklang zu bringen waren.

Um so erfreulicher der Lernprozeß, der sich zwar in der Partei und an der Parteibasis noch nicht vollends durchgesetzt hat, und die Hoffnung, daß die neue Orientierung nicht nur das aufgesetzte Ergebnis der Bonner Rollenveränderung ist. Die Kriterien und Maßstäbe dafür werden in den kommenden Wochen und Monaten an dem Grad sozialdemokratischer politischer Unterstützung und Solidarität für die gewerkschaftlichen Aktionen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche erkennbar sein.

Alle Beteiligten wissen, was auf dem Spiel steht und wie nachhaltig sich das Ergebnis dieser Tarifrunde auf das gesellschaftliche Klima, auf die künftigen sozial- und tarifpolitischen Möglichkeiten und auf die Bedeutung und Stärke der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik auswirken wird.

Angela Kroll

Stockholmer Konferenz: Vertrauensbildung durch Abrüstung anstreben

KVAE-»Palme mahnt zum ehrlichen Dialog« und »USA testen Killer-Satelliten«: zwei Überschriften in der Frankfurter Rundschau vom 18. Januar. Was könnte deutlicher zeigen, unter welchen Vorzeichen die europäische Abrüstungskonferenz am 17. Januar 1984 in Stockholm begann? 35 Staaten, alle europäischen Länder außer Albanien sowie die USA und Kanada nehmen an ihr teil. Die erste Phase soll zwei Jahre dauern.

Als vor neun Jahren die KSZE-Schlußakte unterzeichnet wurde, da atmeten die fortschrittlichen Kräfte dieser Welt auf. Die Entspannungspolitik mit ihrem sicherlich ambivalenten Charakter hatte den kalten Krieg verdrängt, friedliche Koexistenz, Gleichheit und gleiche Sicherheit waren als Prinzipien des Umgangs der Staaten miteinander vereinbart worden.

Heute geht es um die Frage, ob es gelingen kann, angesichts der US-Militärstrategie des »Sieg ist möglich und nötig« (US-Leitliniendokument), die ihren schärfsten materiellen Ausdruck in dem Beginn der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles findet, diesen Prinzipien erneut zum Durchbruch zu verhelfen.

Dies wird sicherlich nicht dadurch gelingen, daß Reagan als neueste Rolle »Wolf im

Schafspelz« übt. »Schöne Worte ohne Substanz«, schreibt der *Vorwärts* (19.1.84) über seine Rede vom 16. Januar. Und weiter: »... Es war kein neuer Ronald Reagan, der am Vorabend der Stockholmer Konferenz über die Beziehungen zur Sowjetunion sprach ... Im vergangenen März nannte er die Sowjetunion 'das Reich des Bösen'. Davon nahm er nichts zurück. Allerdings befehligte er sich in seiner Rede einer weniger aggressiven Rhetorik.«

Wenig verwundert, daß die Re(a)gierung Kohl von einem Signal, von gutem Willen, neuen Angeboten aus Washington gehört haben will. Sie ist mit ihrer Zustimmung, Erstschlagswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik zu stationieren, faktisch auf die aggressive Militärstrategie gegen die UdSSR und ihre Verbündete sowie die »Dritte Welt« eingestiegen. Mit diesem Beschluß hat sie den Boden der KSZE-Schlußakte verlassen. So scheute sich Außenminister Genscher auch nicht, die Äußerung des US-Außenministers Shultz im Gespräch mit Gromyko zu bestätigen: »Die USA erkennen die Legitimität der künstlich auferlegten Teilung Europas nicht an.« (Spiegel 4/1984, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19.1.1984). — Krieg ist nötig, heißt das im Klartext.

Doch gerade die Bundesregierung versucht mit allen Mitteln, die Konsequenzen aus dem Beginn der Stationierung zu verschleiern. Das ist auch ihr Ziel in Stockholm. Deshalb redet Genscher von einem »Erfolg der Europäer«, daß diese Konferenz stattfinde, und versucht die Illusion zu erwecken, sie ersetze Genf oder bereite derartige Verhandlungen doch zumindest vor. Völlig zu Recht kritisiert Ehmke, die Regierung wolle mit »einer Beruhigungspropaganda die Bevölkerung über die negativen Folgen der Nachrüstung hinwegtäuschen.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21.1.1984)

Die ersten Erklärungen von westlichen Politikern, insbesondere der USA, Frankreichs und der Bundesrepublik zeigen, daß konkrete Ergebnisse — wenn überhaupt — für die erste Phase mit Sicherheit nicht angestrebt werden: So betonte der französische Außenminister Cheysson in seiner Rede, daß die erste Phase des Treffens die militärische Geheimhaltung und die Furcht vor einem Überraschungsangriff abbauen solle (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.1.1984). Ein sehr ehrenwertes Ziel, zumal dann vielleicht auch die Bevölkerung der Bundesrepublik offiziell erführe, wo denn nun die Pershing II stationiert werden. Doch es ist angesichts des Stationierungsbeginns von Perhing II, die ohne Vorwarnzeiten Moskau erreichen können, einfach sarkastisch, daß der amerikanische Außenminister Shultz die von Cheysson angesprochenen Ziele für die NATO dahingehend konkretisiert: Austausch von Informationen über die Stationierung von Streitkräften, jährliche Vorschau von geplanten Manövern, Ankündigung wichtiger militärischer Aktivitäten, Einladung von Manöver-Beobachtern, Verbesserung der Fähigkeit zur raschen Kommunikation zwischen den Regierungen in Zeiten einer Krise, Vereinbarungen zur Verifikation dieser Absprachen.

»Der Westen«, sagte Shultz, »wolle sich auf der Stockholmer Konferenz von Anbeginn auf konkrete, realistische und nützliche Schritte konzentrieren« und »...es wäre ein grausamer Betrug an den Völkern Europas, wenn diese Konferenz so täte, als bedeute die Bekräftigung bestehender ... Versprechungen einen Fortschritt für mehr Vertrauen in Europa.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.1.1984)

Ein »grausamer Betrug« an den Völkern Europas ist es, wenn nicht völkerrechtlich verbindlich auf den Ersteinsatz von Atomwaffen von seiten der NATO, wie es die UdSSR getan hat, verzichtet wird, wenn nicht ein völkerrechtlich verbindlicher Gewaltverzichtsvertrag, wie er in der Prager Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrages vorgeschlagen ist, abgeschlossen wird, wenn nicht ein von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freier Korridor

in Mitteleuropa als erster, kleiner Schritt auf dem Weg zu einem atomwaffenfreien Europa eingerichtet wird, wenn nicht die chemischen Waffen aus Europa sofort abgezogen und die Militärhaushalte aller Teilnehmerstaaten eingefroren und verringert werden. Doch diese auch von den Friedensbewegungen aller westlichen Länder erhobenen Forderungen, die der Außenminister der DDR, Fischer, in seiner Rede als einen Teil der Vorschläge der DDR in die Konferenz einbrachte, werden von den westlichen Regierungen und Medien fast ausnahmslos als »Propaganda« abgetan. Selbst die Frankfurter Rundschau schreibt: »Erst wenn die 'Vertrauensbildung' abgeschlossen ist, kommt bei der KVAE die Abrüstung dran. Und das ist eigentlich ganz logisch, auch wenn Millionen Menschen völlig zu Recht auf konkrete Schritte zur Abrüstung drängen.« (17.1.1984)

Logisch ist das eben nicht! Diese Logik hat bislang keinen Millimeter mehr an Vertrauen gebracht. Vielmehr kann dauerhafte Sicherheit sich nur auf Abrüstung gründen, schafft jeder konkrete Schritt mehr Vertrauen als die sogenannten »vertrauensbildenden« Maßnahmen, die nichts anderes sind als ein Nebel für die weiteren Aufrüstungsprogramme der USA und NATO, für die Verwirklichung von Leitliniendokument, Air Land Battle, Air Land Battle 2000 usw. Wer wirklich Vertrauen will, wer wirklich die Angst vor einem Überraschungsangriff abbauen will, der muß jetzt den Stationierungsprozeß stoppen, die schon stationierten Erstschlagswaffen abbauen!

Wenn Stockholm also nicht zu Scheinverhandlungen verkommen soll, wenn Stockholm wirklich Ergebnisse bringen soll, dann müssen sich die Friedensbewegungen zu Wort melden, so wie es die schwedische Friedensbewegung getan hat, die parallel zum offiziellen Konferenzbeginn mit Vertretern von Friedensbewegungen anderer europäischer Länder eigene Veranstaltungen durchführte, um für ihre Forderungen zu werben.

Ergebnisse im Sinne unseres Friedens- und Lebensinteresses können wir nur erreichen, indem wir den Herrschenden und Regierenden in unserem Land deutlich machen, der Konsens in der Sicherheitspolitik ist dahin, indem wir Abrüstung fordern und den Kampf gegen die 286 Stationierungsbefürworter und Zustimmung zu Kriegsvorbereitungs- und Kriegsführungsstrategien fortsetzen. Dabei sollten wir uns in der Bundesrepublik genauso wenig scheuen wie die schwedische Friedensbewegung zu erklären, daß die Vorschläge der sozialistischen Länder geeignet sind, Abrüstung einzuleiten; unabhängig davon, wie man zu dem gesellschaftlichen System insgesamt steht. Wir erklären ganz und gar einseitig, daß die Kriegsgefahr von der Kreuzzugspolitik der US-Regierung ausgeht.

Für alle fortschrittlichen Sozialdemokrat/inn/en in der SPD heißt es auch, gegen die Tendenzen, die konventionelle Aufrüstung zu forcieren, aufzutreten, und um die Unterstützung der gesamten Partei für die Forderungen der Friedensbewegung zu ringen. Die entschiedenste vertrauensbildende Maßnahme besteht in konkreten Abrüstungsschritten, im Zurückdrängen des Moloch Militarismus. Eine Aufgabe, die sich die deutsche Sozialdemokratie von Beginn an gestellt hat, die sie heute entschiedener denn je einlösen muß. Das Nein zu den Raketen kann nur ein erster Schritt sein.

Analysen

Hans Willi Weizen

Kommunisten und Sozialdemokraten oder Was tun mit der Arbeiteraristokratie?

Zur Analyse der verschiedenen Strömungen, die gestern wie heute in der deutschen Sozialdemokratie existieren, wird nur selten auf Kategorien zurückgegriffen, die der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie entstammen. Selbst die gegenwärtige marxistische Strömung in der deutschen Sozialdemokratie macht hierin bislang kaum eine Ausnahme.¹ Insbesondere leistet sie bisher nicht die notwendige Kritik mit dem noch immer entwickeltesten Versuch, die verschiedenen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie mit Hilfe der Leninschen Fassung des Engelschen Arbeiteraristokratietheorems, zu erklären. Letztere sollte auch deshalb rezipiert und kritisiert werden, weil sie hinreichenden Schaden durch ihren Einfluß auf die kommunistische Taktik gegenüber der Sozialdemokratie bereits in den vergangenen Jahrzehnten angerichtet hat. Die Leninsche Fassung des Engelschen Arbeiteraristokratietheorems ist zwar nicht das einzige, aber doch das zentrale Element der kommunistischen Analyse der Sozialdemokratie. Seine mehr oder weniger extensive Auslegung, wie sie parallel zum Verlauf des kapitalistischen Zyklus der Wirtschaftsentwicklung vorgenommen wurde, begründet vor allem die Modifikationen der jeweiligen Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Die Entwicklung des Theorems der Arbeiteraristokratie vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute soll im folgenden skizziert werden. Im Anschluß daran soll dann sowohl eine Kritik versucht als auch eine alternative Analyse vorgeschlagen werden.

These I: Das national geltende Theorem der Arbeiteraristokratie von Friedrich Engels

Lenin knüpfte, um seine Fassung des Theorems der Arbeiteraristokratie zu begründen, die er vor allem² in seinen beiden Schriften »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« vom Frühjahr 1916 und »Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus« vom Oktober des gleichen Jahres entwickelt, insbesondere an Aussagen von F. Engels über das englische Proletariat des 19. Jahrhunderts an. Diese zumeist in Briefen zu findenden Feststellungen kennzeichnen das damalige englische Proletariat als »faktisch immer mehr und mehr verbürgert«³. F. Engels begründet diese Einschätzungen in seinem im Jahr 1885 verfaßten Artikel »England 1845 und 1885«, der erstmals im März 1885 in der englischen Zeitschrift »Commonweal« und im Juni auch in Karl Kautskys »Neuer Zeit« erschien, wie folgt: »Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte wenigstens dann und wann vorübergehend ihr Teil. Und das ist der Grund, warum seit dem Austerben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat. Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtigte Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein — die bevorrechtigte und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen — eines Tages auf das gleiche Niveau gebracht sehen wie die Arbeiter des Auslands. Und das ist der Grund, warum es in England wieder Sozialismus geben wird.« Ihre Lage über längere Zeit

verbessert hatten Engels zufolge ohnehin nur zwei »Abteilungen der Arbeiterklasse«, nämlich die Fabrikarbeiter und die Mitglieder der großen Trade Unions. Letztere beurteilt er als »Aristokratie in der Arbeiterklasse, sie haben es fertiggebracht, sich eine verhältnismäßig komfortable Lage zu erzwingen, und diese Lage akzeptieren sie als endgültig.«⁴

These II: Lenins transnational geltendes Theorem der Arbeiteraristokratie

Während Lenin zunächst — in einigen Artikeln über die englische Arbeiterbewegung⁵ — die Existenz einer Arbeiteraristokratie wie F. Engels auf eine Nation begrenzt, gewinnt die Kategorie der Arbeiteraristokratie nach dem 4. August 1914 eine zentrale Bedeutung und wird benutzt, um das Versagen sozialdemokratischer Parteien verschiedener Länder bei Kriegsbeginn zu erklären und die organisatorische Trennung von den sozialdemokratischen Parteien zu begründen⁶. Spätestens nach Lenins Tod versteinert diese Fassung des Theorems der Arbeiteraristokratie dann endgültig und bildet trotz zunehmender Erosion bis heute den Eckstein kommunistischer Analyse der Sozialdemokratie. Lenin kennzeichnet die Arbeiteraristokratie nun wie folgt: »Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. (...) So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus.« Lenin sieht nun nicht mehr nur in England auch weiterhin, sondern darüber hinaus seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts auch in Frankreich, Nordamerika und Deutschland Monopole als ausreichend entwickelt an, daß »kleinere [als in England 1848-1868] Schichten der 'Arbeiteraristokratie'«⁷ bestochen werden können. Engels' Begriff des Industriemonopols, der lediglich die Tatsache bezeichnete, daß England zu jener Zeit industrialisiert war und andere Länder dies nicht waren, wird hier beiläufig mit Lenins — damit durchaus nicht identischem — Begriff des Monopols verquickt. Wie der von den Monopolen erlangte Extraprofit zum Teil »verteilt wird unter die Arbeiterminister, die 'Arbeitervertreter' ..., die Arbeitermitglieder der Kriegsindustriekomitees, die Arbeiterbürokraten, die Arbeiter, die in eng zünftlerischen Gewerkschaften organisiert sind, usw. usw. — das ist schon eine Frage zweiter Ordnung.«⁸ Während es im England des 19. Jahrhunderts möglich war, die ganze Arbeiterklasse »für Jahrzehnte zu korrumpieren«, hält es Lenin nunmehr lediglich noch für möglich, einen Teil der Arbeiterklasse jedes Landes zu korrumpieren, da mehrere Länder um die »Monopolstellung des modernen Finanzkapitals« konkurrieren. Dieser korrumpierte Teil der Arbeiterklasse könne, organisiert in einer »bürgerlichen Arbeiterpartei«, lange Zeit in mehreren Ländern die Oberhand behalten. Ein anderer Teil der Arbeiterklasse aber werde gleichzeitig beraubt, denn »die Trusts, die Finanzoligarchie, die Teuerung usw., die die Bestechung einer dünnen Oberschicht ermöglichen, unterdrücken, unterjochen, ruinieren und quälen die Masse des Proletariats und Halbproletariats immer mehr.« Zwischen beiden Teilen der Arbeiterklasse und den politischen Organisationen, in denen sie ihren Ausdruck finden, entwickelt sich zwangsläufig ein Kampf, in dem für Lenin offen ist, ob der »Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der 'Arbeiteraristokratie'« ein größerer oder kleinerer Teil der Arbeiterklasse folgen wird. Für den Fall, daß es sich um einen größeren Teil handelt, stellt er bereits vorab für alle Fälle fest, daß erstens kein Grund vorliege, ernsthaft anzunehmen, daß »im Kapitalismus die Mehrheit der Proletarier in Organisationen zusammengefaßt werden könne«, und daß zweitens nicht die »Mitgliederzahl der Organisa-

tion«, sondern vielmehr die »reale, objektive Bedeutung ihrer Politik« wichtig ist. Wichtig sei, ob die Politik der Organisation die Interessen der Mehrheit »vertritt«. ⁹

These III: Variationen dieses Theorems der Arbeiteraristokratie

Wenngleich hier nicht alle Variationen wiedergegeben werden können, welche Lenins Theorem der Arbeiteraristokratie seit dem Ersten Weltkrieg durchlaufen hat, ¹⁰ sollen doch drei davon skizziert werden, die vor, auf und nach dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1935 festzustellen sind.

In den Jahren vor dem VII. Weltkongreß wird das Theorem der Arbeiteraristokratie herangezogen, um die Sozialfaschismusthese zu begründen. Mit dem Bürgertum, so der Gedankengang, faschisiert sich auch die Arbeiteraristokratie, welche als Instrument des Bürgertums in der Arbeiterklasse gesehen wird. Sehr klar vertritt dies Paul Merker, damals Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Deutschlands. »Die sozialfaschistische Bewegung ist ein Werkzeug zur Vorbereitung und Durchführung der faschistischen Diktatur der Finanzoligarchie, ebenso wie die nationalfaschistische Bewegung. Sie ist der größere, stärkere Bruder der nationalfaschistischen Bewegung, ihre soziale Basis ist in erster Linie die Arbeiteraristokratie, deren Rolle in der Verteidigung der Herrschaft des Finanzkapitals eine viel bedeutendere ist als die der nationalfaschistischen Bewegung. Denn die letztere stützt sich in erster Linie auf kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten sowie auf entwurzelte Proletariere Existenzen.« ¹¹ Durch Paul Merker erfährt das Theorem der Arbeiteraristokratie seine extensivste Auslegung — welche auch innerhalb der kommunistischen Bewegung nicht un widersprochen hingenommen wird. Für Paul Merker besteht die ganze sozialdemokratische Partei aus Arbeiteraristokraten. Zwischen rechtem und linkem Flügel differenziert er nur insofern, als »in Verbindung mit der Massenabwanderung vom Sozialfaschismus der linke Sozialfaschismus an Bedeutung gewinnt«. Ohne Belang ist für Paul Merker dabei bereits eine Unterscheidung zwischen sozialdemokratischen Funktionären und Mitgliedern.

Im Vorfeld und Verlauf des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wird dann zwar die Sozialfaschismusthese, nicht aber das Theorem der Arbeiteraristokratie eliminiert. Letzteres wird nur modifiziert und verliert wegen des mit dem VII. Weltkongreß unübersehbar gewordenen Wechsels der kommunistischen Taktik an Bedeutung. Während für eine »ultralinke« Taktik, die einen — meist auch sozialdemokratischen — Teil der Arbeiterklasse aus Bündnissen ausschließt, von zentraler Bedeutung ist, innerhalb der Arbeiterklasse zu differenzieren und Differenzen beispielsweise mittels des Theorems der Arbeiteraristokratie »klassenanalytisch« zu formulieren, ist dieses Vorgehen für eine »ultrarechte« Taktik von geringer Bedeutung, weil jetzt Teile des Bürgertums — bis hin zu nicht-faschistischen Teilen der Monopolbourgeoisie — in Bündnisse einbezogen werden sollen. Von zentraler Bedeutung für eine solche »ultrarechte« Taktik ist es statt dessen, innerhalb der Bourgeoisie zu differenzieren und Differenzen mittels der Kategorie des nicht-monopolistischen Bürgertums zu formulieren. Eine grundlegende Revision des Theorems der Arbeiteraristokratie wäre am ehesten vor dem Hintergrund einer »mittleren«, die ganze Arbeiterklasse im Bündnis oder als Kern eines Bündnisses umfassenden Taktik notwendig. Da der VII. Weltkongreß keine solche Taktik, sondern die über das Proletariat hinaus weit ins Bürgertum hinein greifende Volksfronttaktik beschloß, in der die Einheitsfronttaktik von oben und unten nur ein — wenn auch wichtiges — Element war, konnte auf eine substantielle Revision des Theorems der Arbeiteraristokratie, die zugleich eine massive Revision Lenins bedeutet hätte, verzichtet werden. ¹² Dieser Verzicht dauert bis heute fort.

Wie Adalbert Fogarasi nach dem VII. Weltkongreß deutlich erkennen läßt, hält die kommunistische Bewegung weiterhin am Theorem der Arbeiteraristokratie fest und modifiziert es lediglich. Laut Adalbert Fogarasi existiert immer noch eine aus Extraprofiten bestochene Arbeiteraristokratie, welche »nach 'unten' mit den breiten Schichten der qualifizierten Arbeiterschaft« und »nach 'oben' mit der aus ihr entstandenen Arbeiterbürokratie« verbunden ist.¹³ Den Fehler der rechtsopportunistischen Kommunisten wie auch der Sozialdemokraten sieht er darin, daß jene nur qualifizierte Arbeiter, aber keine Arbeiteraristokraten sehen, den Fehler der linkssektiererischen Kommunisten darin, daß sie keine qualifizierten Arbeiter mehr, sondern nur noch Arbeiteraristokraten sehen. Adalbert Fogarasi unterscheidet moralisch-kulturelle Methoden der Bestechung sowie ökonomische und politische. Als moralisch-kulturelle nennt er die Hebung der Kultur von Teilen der Arbeiterklasse und ihre Einbeziehung in die bürgerliche Gesellschaft, als ökonomische Methoden der Bestechung höhere Löhne, Versorgung und Gewinnbeteiligung und als politische schließlich die Verteilung von Posten. Indem die Extraprofite schrumpfen und ein Prozeß der Qualifizierung und Dequalifizierung abläuft, verschiebt sich, wie Fogarasi meint, besonders in Deutschland das Schwergewicht von der alten Arbeiteraristokratie mehr und mehr zur zahlenmäßig wachsenden Arbeiterbürokratie der sozialdemokratisch geprägten Organisationen. Weil die nivellierenden Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise die Arbeiteraristokratie selbst und die fortschreitende Verelendung auch deren Einfluß dezimieren, ist die Sozialdemokratie »immer weniger imstande, ... ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie weiter zu spielen«. ¹⁴ An die Stelle der durch Krieg und Faschismus liquidierten Arbeiteraristokratie tritt, wie Fogarasi behauptet, bedingt durch technologische Prozesse und neue Industrien bzw. als besondere Vertrauensleute des Unternehmers und als vom Faschismus privilegierte Schicht, bereits eine neue, aber weniger einflußreiche Arbeiteraristokratie.

Die Analyse der Sozialdemokratie durch Kommunisten wird auch in der Folgezeit dadurch bestimmt, daß das Theorem der Arbeiteraristokratie nicht eliminiert, wohl aber modifiziert wird. Wie sehr und wie dauerhaft das kommunistische Denken vom Muster des Arbeiteraristokratiethorems geprägt ist, zeigt sich nicht zuletzt auch darin, daß selbst bei der Kritik der kommunistischen Bewegung durch ihr entstammende Autoren — wie beispielsweise Milovan Djilas¹⁵ — darauf zurückgegriffen wird.

These IV: Zur Kritik des Theorems der Arbeiteraristokratie in der Fassung von W.I. Lenin

Fünf Einwände sollen gegen Lenins Fassung des Theorems der Arbeiteraristokratie und dessen verschiedene Variationen geltend gemacht werden. Weitere sind sicherlich denkbar. Diese Einwände versuchen — im Unterschied zu anderen Autoren, wie Gerhard Beier,¹⁶ —, ausgehend von der marxistischen Klassentheorie, wenngleich weitgehend ohne empirischen Nachweis, das Theorem zu kritisieren, da nur über eine marxistische Kritik eine treffendere Analyse der verschiedenen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie zu erarbeiten ist.

1. Die Kategorie der Arbeiteraristokratie kommt weder im »Kapital« noch in den anderen größeren Arbeiten von Karl Marx als Theorie oder auch nur Theorem vor. In dem von Karl Marx — und Friedrich Engels — fertiggestellten Text des »Kapital« jedenfalls wird sie nur ein einziges Mal beiläufig erwähnt.¹⁷ Im Briefwechsel zwischen Marx und Engels wird diese Kategorie — bis auf wenige Ausnahmen — auf England bezogen verwendet. Das Entstehen einer Arbeiteraristokratie, so wird dort ausgeführt, sei aus dem zeitweiligen

industriellen Monopol Englands zu erklären, und ihr Untergang stehe mit dessen Ende bevor.

2. Die Kategorie der Arbeiteraristokratie ist bei Karl Marx und Friedrich Engels und erst recht bei Lenin nur sehr vage bestimmt. Dies erlaubt es, sie in politischen und ökonomischen Krisensituationen breiter zu interpretieren, wenn es gilt, das Verbleiben großer Teile der Arbeiterklasse unter sozialdemokratischem Einfluß zu erklären, und es gestattet, sie in ruhigeren Zeiten weniger extensiv zu verwenden. Beides wird auch dadurch begünstigt, daß W.I. Lenin einen empirischen Nachweis der Arbeiteraristokratie nicht einmal versucht. Er zitiert lediglich Stellen aus den Briefwechseln von Karl Marx und Friedrich Engels, die sich auf ein anderes Land, eine andere Zeit und eine andere Situation beziehen.

3. Versucht man, Lenins Aussage zu überprüfen, daß sich in der sozialdemokratischen Partei die Arbeiteraristokratie und in der kommunistischen Partei die nicht zur Arbeiteraristokratie rechnenden Teile der Arbeiterklasse politisch organisieren, dann gelangt man mitunter zu erstaunlichen Resultaten. So weist Ossip K. Flechheim¹⁸ nach, daß im Jahr 1928 große Teile der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei Deutschlands der Arbeiteraristokratie zuzurechnen wären.

4. Theoretisch ist zu kritisieren, daß die Arbeiteraristokratie entscheidend anhand der Höhe des Arbeitslohns von der übrigen Arbeiterklasse unterschieden werden soll. Dadurch kann willkürlich bestimmt werden, ab wieviel Mark Lohn der Arbeiteraristokrat beginnt. Wichtiger aber ist, daß letztlich ein gradueller Unterschied in der Höhe des Arbeitslohnes für ausschlaggebend gehalten wird. Die substantielle Gemeinsamkeit aller Angehörigen der Arbeiterklasse hingegen — auch der Arbeiteraristokratie in ihrer großen Mehrheit bestreitet W.I. Lenin dies nicht —, nämlich Arbeitslohn als Preis ihrer einzigen Ware Arbeitskraft zu beziehen, wird für zweitrangig befunden. Zudem ist zu fragen, warum eine in der Sphäre der Zirkulation angesiedelte Verschiedenheit die in der Sphäre der Produktion vorhandenen Gemeinsamkeiten in der Wirkung neutralisieren oder überwiegen soll. Ferner bleibt bei dieser Sicht, die auf den verschiedenen hohen Preis gerichtet ist, der beim Verkauf der Arbeitskraft möglicherweise erzielt wird, statt auf den gleichen Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft, außer Betracht, daß eine gewisse — wenn man so will »arbeiteraristokratische« — Höhe des Arbeitslohnes eine notwendige Voraussetzung qualifizierter politischer Tätigkeit des Arbeiters ist. Hungerige und unwissende, weil schlecht bezahlte und verelendete Proletarier vermögen allenfalls erfolglose Revolten anzuzetteln. Verlagert man, wie dies nach W.I. Lenin geschieht, das Schwergewicht der Arbeiteraristokratie auf die Arbeiterbürokratie, dann bedarf es zusätzlicher Argumente, um die leninistischen »Berufsrevolutionäre« von sozialdemokratischen »Arbeiterbürokraten« zu unterscheiden.

5. Die Kategorie der Arbeiteraristokratie stellt, will man sie nicht als eine simple Bestechungstheorie interpretieren, nach der jeder Kapitalist Arbeiter für Arbeiter einzeln besticht, die logische Umkehrung der von Lenin gleichfalls vertretenen Verelendungstheorie dar. Pointiert läßt sich dies dahingehend verkürzen: »... wie das Elend revolutionär mache, so mache die Besserstellung — wo immer sie auch herkomme — konterrevolutionär ...«¹⁹ Wie die Verelendungstheorie in solcher Fassung geht auch das Arbeiteraristokratietheorem in der vorliegenden Fassung von einer falschen, mechanistischen Vorstellung über die Genese proletarischen Klassenbewußtseins aus. Es bleibt zu fragen, ob nicht das Arbeiteraristokratietheorem eine ähnliche Entwicklung durchmachen muß, wie sie die Verelendungstheorie bereits durchlaufen hat.²⁰

These V: Zur Suche nach einer Alternative zum Theorem der Arbeiteraristokratie

Bevor nach einer Alternative gesucht wird, sollte die von linkssozialdemokratischen Autoren wie Arkadij Gurland, zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Partei stehenden Publizisten wie Fritz Sternberg und rechtskommunistischen Autoren wie August Thalheimer²¹ gegen Ende der Weimarer Republik, gerade als die Sozialdemokratie von der kommunistischen Mehrheit mittels des Theorems der Arbeiteraristokratie wieder einmal scharf angegriffen wird²², entwickelte Kritik an diesem Theorem wieder angeeignet werden. Wenn danach eine Alternative entwickelt wird, sollte sie erstens auf eine materielle Faktoren berücksichtigende Klassenanalyse gestützt werden und zweitens ideologische Faktoren stärker einbeziehen.

1. Ein Verzicht auf das Theorem der Arbeiteraristokratie darf nicht dazu führen, ökonomischen Faktoren jegliche Bedeutung für die innere Differenzierung der Sozialdemokratie abzuspreehen. Letztere sollte gerade heute jedoch weniger aus Unterschieden zwischen verschiedenen Klassenfraktionen in der Arbeiterklasse erklärt werden, vielmehr stärker an Differenzen zwischen dieser und anderen Klassen anknüpfen. Angesichts einer subjektiv sich überwiegend nicht mehr als Partei der Arbeiterklasse verstehenden und objektiv auch immer weniger von Arbeitern bestimmten sozialdemokratischen Partei auf dem Wege zur Allerweltpartei sollte die Klassenkonstellation in einer Partei mit zusehends heterogener Klassenbasis vor allem zur Erklärung herangezogen werden — und nicht mehr eine Klassenfraktion. Zu klären ist, welche Klassen und Schichten sich zu welchen Zeiten und auf welchen Ebenen — Wähler, Mitglieder, Funktionäre — in der sozialdemokratischen Partei eines Landes durchsetzen. Außerdem ist zu berücksichtigen, welche Klassenkonstellation außerhalb der Partei gegeben ist, ob dort ein vorübergehendes Klassengleichgewicht oder eine eindeutige Klassenhegemonie herrscht, ob der Klassenkonflikt oder die Klassenkooperation dominiert. Schließlich ist zu beachten, welche Rolle in der Partei insbesondere die quer durch alle Klassen vorhandene Schicht der Intelligenz spielt und welche Tendenz deren Entwicklung bestimmt.

2. Zusätzlich zu den ökonomischen Faktoren gilt es, ideologische zu berücksichtigen. Es genügt keineswegs, an die Stelle einer falschen ökonomischen Analyse der Sozialdemokratie nun eine bloß ideologische Faktoren berücksichtigende Analyse zu setzen. Für die bundesdeutsche Situation gilt es heute insbesondere, die ideologischen Folgen des Faschismus und der Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft, später dann für die Volkspartei sich wieder bewußtzumachen. Diese ideologischen Faktoren und ihre Wirkung sind auf der Grundlage der ökonomischen Entwicklung der Nachkriegszeit zu erklären, nicht losgelöst von ihr. Dabei sind Besonderheiten der bundesdeutschen Entwicklung im Vergleich etwa mit der französischen, italienischen, englischen Entwicklung zu berücksichtigen. Die Folgen des Verbots der kommunistischen Partei wie auch die der Maßnahmen der christdemokratischen Partei sind einzubeziehen.

Im Ergebnis können in der deutschen Sozialdemokratie drei Strömungen mit fließenden Rändern unterschieden werden. Erstens eine integrationistische Strömung, welche das gegenwärtige Wirtschaftssystem, vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln, nicht in Frage stellt, es nur modifizieren will. Zweitens eine reformistische Strömung, die darauf hofft, dieses Wirtschaftssystem, auch das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht ausgenommen, Schritt für Schritt zu modifizieren und schließlich dadurch aufzuheben. Drittens eine zwar noch schwache, aber unzweifelhaft vorhandene und in den letzten Jahren wieder stärker gewordene marxistische Strömung, welche das bestehende Wirtschafts-

system, insbesondere das Privateigentum an zumindest den strukturbestimmenden Produktionsmitteln, aufheben will und sich der Grenzen bewußt ist, an welche eine reformistische Strategie dabei stößt. Während sich integrationistische und reformistische Strömung im Ziel unterscheiden, verbindet dieses reformistische und marxistische Strömung über alle Differenzen hinsichtlich des einzuschlagenden Weges. Dabei bietet gerade die wirtschaftliche Krise günstige Möglichkeiten, die Grenzen reformistischer Strategie bewußt zu machen. Eine solche Sicht der verschiedenen Strömungen in der heutigen deutschen Sozialdemokratie muß durch den Versuch ergänzt werden, bestehende Differenzen auch aus verschiedenen sozialen Trägern zu erklären. Sie muß sich zudem in der Auseinandersetzung mit anderen Typologien der verschiedenen Strömungen in der Sozialdemokratie behaupten. Insbesondere sollte sie die von Georg Fülberth und Jürgen Harrer entwickelte These von der traditionellen Doppelstruktur der Sozialdemokratie, die lediglich einen sozialliberal-integrativen und sozialistisch orientierten Reformismus unterscheidet, mithin die Differenzen zwischen integrationistischer und tatsächlich reformistischer Strömung unterschätzt und vor allem eine marxistische Strömung in der heutigen Sozialdemokratie allenfalls ganz am Rande erwähnt, kritisch aufarbeiten.²³ Gerade diese Typologie, welche einem Engagement in der marxistischen Strömung in der Konsequenz nur geringe Bedeutung zugesteht, macht deutlich, daß es sich bei diesen Fragen keineswegs um verstiegene politikwissenschaftliche Spielereien handelt, sondern um für die politische Praxis folgenreiche und notwendige Überlegungen. Die lange vernachlässigte Analyse der eigenen Partei sollte gerade in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise und der politischen Oppositionsrolle in der marxistischen Strömung über den bisher erreichten Stand hinaus weiterentwickelt werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD. Wesentlich überarbeitete, erweiterte Ausgabe. Hrsgg. v. Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe. Berlin/West 1980, 43-52 und insbes. 91-101 (= spw Sonderheft 2).
- 2 Vgl. auch W.I. Lenin, Unter fremder Flagge, in: ders., Werke Bd. 21, Berlin/Ost 1974, 123ff., dort 140ff.; weitere Belegstellen zum Theorem der Arbeiteraristokratie bei Lenin sind erschlossen in: ders., Werke, Register Bd. 1, Berlin/Ost 1975, 37 (die Ausgabe wird im folgenden zitiert als: LW).
- 3 Friedrich Engels, Brief an Marx v. 7. Oktober 1858, MEW 29, 358.
- 4 Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW 2, 647.
- 5 Vgl. beispielsweise LW 18, 352f., und LW 19, 361.
- 6 Vgl. exemplarisch: Der Zusammenbruch der II. Internationale, LW 21, 197ff.
- 7 W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, 306f.
- 8 W.I. Lenin, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, 193-198, dort 198.
- 9 LW 23, 117.
- 10 Vgl. ausführlicher die ideengeschichtliche Skizze bei: Hans Willi Weitzen, Zur inneren Differenzierung der deutschen Sozialdemokratie. Theoretische Überlegungen am Beispiel des Marxistischen Arbeitskreises in der Berliner SPD 1948 bis 1959, Berlin/West 1977, Ms., 33-56 (= Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut Nr. 1769).
- 11 Paul Merker, Der Kampf gegen den Faschismus, in: Die Internationale, 13. Jg., H. 8/9, Berlin, 1. Mai 1930, 259ff.; zur zeitgenössischen innerkommunistischen Kontroverse mit Paul Merker vgl. u.a.: Hermann Remmele, Schritt halten! Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?, in: Die Internationale, 13. Jg., H. 5/6. Berlin, 1./15. März 1930, 135ff.

- 12 Vgl. u. a. Georgi Dimitroffs Dispositionen und Referat für den VII. Weltkongreß in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 5. Jg. 1963, H.2, Berlin/Ost, S. 282ff.; als Beispiel dafür, wie von kommunistischer Seite noch über den 30. Januar 1933, den 2. Mai 1933 und selbst den 22. Juni 1933 hinaus an der Sozialfaschismusthese festgehalten wurde: Fritz Heckert, Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie?, in: Die Kommunistische Internationale, Nr. 13. Basel 1933, 571ff.
- 13 Adalbert Fogarasi, Lenins Lehre von der Arbeiteraristokratie und ihre Anwendung auf Fragen der Gegenwart, in: Unter dem Banner des Marxismus, 9. Jg., H. 4, November 1935, 341ff., dort 349f.
- 14 Ebenda, 365.
- 15 Vgl. Milovan Djilas, Die neue Klasse (1957). Wien und München 1976, insbes. 43ff.
- 16 Gerhard Beier, Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung. Frankfurt/M., Köln 1976, 9-71 (= Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 5).
- 17 MEW 23, 697.
- 18 Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1973, 311ff.
- 19 Wolf Wagner, Verelendungstheorie — die hilflose Kapitalismuskritik. Frankfurt/M. 1976, 31f.
- 20 Vgl. Werner Hofmann, Verelendung, in: Folgen einer Theorie, Essays über »Das Kapital« von Karl Marx, Frankfurt/M. 1967, 27-60.
- 21 Arkadij Gurland, Das Heute der proletarischen Aktion, Berlin 19031, 129-142; Fritz Sternbergs Aussagen zur Arbeiteraristokratie stellt neuerdings zusammen: Gerhard Beier, Sternberg contra Lenin: Strukturwandel der Arbeiterklasse am Beispiel der Arbeiteraristokratie, in: Helga Grebing (Hrsg.), Fritz Sternberg. Für die Zukunft des Sozialismus. Köln 1981, 118-142 (= Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 23), August Thalheimer, Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (VII), in: Die Einheit, 3. Jg., Nr. 35, Berlin, 18. November 1928, 817-820. Zu Fritz Sternberg siehe auch den Aufsatz von Franz Walter in diesem Heft.
- 22 Vgl. u. a. Georg Fülberth und Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt und Neuwied 1974, 7-24, insbes. 10, 14 sowie 20 und Anmerkung 22 auf S. 24.
- 23 Wie er sich beispielsweise dokumentiert in: Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen. Beiträge zum Bielefelder Seminar der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft — spw und des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten in der SPD — Ostwestfalen- Lippe v. 30.10.-2.11. 1980, Berlin/West 1981, 157-213 (= spw Sonderheft 3).

Franz Walter

Sozialismus oder Absturz in die Geschichtslosigkeit?

Fritz Sternberg und die sozialdemokratische Linke in der Weimarer Republik

Es wird nicht viele Sozialisten in der heutigen Sozialdemokratie geben, die von Fritz Sternberg auch nur den Namen kennen. In Gesprächen aber mit den Angehörigen der leider nur noch allzu kleinen Schar von Zeitzeugen der alten Weimarer Sozialdemokratie löst der Name Sternberg fast immer den gleichen Effekt aus:¹ Bewunderung und sprudelnde Erzählfreude über das ungewöhnliche Auftreten des stets wie ein »enfant terrible« wirkenden Linkssozialisten mischen sich mit der bis heute anhaltenden Begeisterung für dessen theoretisches und pädagogisches Werk. Schmunzelnd sprechen unsere Zeitzeugen davon, wie »schockiert« sie waren, als sie in jungen Jahren Fritz Sternberg erstmals als Referenten kennenlernten. Auf das Podium stieg eine ungemein nachlässig gekleidete Gestalt mit wild zerzausten Haaren, nervös auf- und abgehend, ständig die chronisch herunterhängende Hose hochziehend, um plötzlich mit der agitatorischen Kraft des selten gewordenen Volkstribuns die Zuhörer in den Bann zu schlagen. »Ein jüdischer Danton gleichsam«,² so erinnert sich jüngst der bekannte marxistische Literaturtheoretiker Hans Mayer; jedenfalls aber ein Intellektueller aus bürgerlichem Hause, der sich ganz der Arbeiterbewegung verschrieben hatte und einzig und allein aus ihrer Solidarität heraus buchstäblich leben und überleben mußte. Ein geringes Eintrittsgeld, das er für seine Veranstaltungen zu nehmen gezwungen war, und der Erlös aus seinen Büchern und Broschüren, die er stets sorgfältig am Saaleingang auslegte, ermöglichten dem promovierten Nationalökonom Sternberg, ein materiell eher armseliges Leben zu fristen.

Der 1895 in Breslau geborene Sohn des jüdischen Rechtsanwaltes Sternberg fand erst 1923 zur internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung. Bis dahin hatte er sich stark in Bewegungen mit zionistisch-sozialistischer Zielsetzung engagiert, um nun, ohne Mitglied der Sozialdemokratie oder der kommunistischen Partei zu werden, an der Sammlung und theoretischen Bildung junger Kader aus (zunächst) beiden Parteien zu arbeiten. Es war natürlich kein Zufall und lag auch nicht an seiner unkonventionellen Erscheinung oder seiner meisterhaften Rhetorik, daß Sternberg der Lehrer einer ganzen Generation junger Sozialisten wurde. Vielmehr schnitten sich seine Überlegungen und Deutungsversuche mit den Fragen der jugendlichen Sozialisten, die ein unklares, aber quälendes Empfinden für die geistige Krise des Sozialismus im Nachkriegsdeutschland hatten. Denn hatte nicht der enttäuschende Ausgang der Revolution 1918/19 deutlich gemacht, daß der Sozialismus keineswegs ein »naturnotwendiges« Resultat objektiver wirtschaftlicher Prozesse ist? Also mußte nicht vielmehr der »Mensch« statt der Ökonomie im Vordergrund sozialistischer Politik und Kultur stehen? War nicht die tatsächliche Klassenstruktur viel differenzierter als das traditionelle Bild von der polaren Gegenüberstellung der geschlossenen Blöcke Proletariat-Bourgeoisie? Und hatte nicht erst die jüngste Vergangenheit bewiesen, daß der »marxistische« Proletarier nur am Lohnstandpunkt klebte und an einer umfassenden Emanzipation der Menschheit gänzlich uninteressiert war?

Als mögliche Antworten boten sich in den frühen zwanziger Jahren die inflationär in Mode gekommenen ethischen, manchmal gar spirituellen Sozialismusinterpretationen an, und wie immer, wenn die überlieferten gesellschaftlichen Erklärungen überaltert und verkrustet erscheinen wie nun der »Marxismus«, wuchs auch jetzt die Attraktivität des spon-

tan und im »Hier und Jetzt« lebten Sozialismus kleiner Lebensgemeinschaften. Aber auch in dieser Phase geriet die Idylle des »Wiesen- und Folkloresozialismus« durch die Realität kapitalistischer Machtverhältnisse, denen junge *Proletarier* sich nicht zu entziehen vermögen, ins Wanken. Reifer geworden durch die Erfahrungen der letzten Jahre, suchten nun die jungen Sozialisten ab Mitte der zwanziger Jahre nach einer realitätsgerechten Erneuerung des sozialistischen Paradigmas: Von einem »lebendigen Marxismus« war nun viel die Rede, und das disziplinierte Bemühen um die Schaffung eines theoretischen Gerüsts des undogmatisch verstandenen Marxismus als Erkenntnismethode zur Erschließung einer seit den Schriften der Klassiker veränderten Welt stand fortan im Vordergrund.

So etwa kann man sich das geistige Klima vorstellen, das der unabhängige Sozialist Fritz Sternberg für sein Wirken in den Weimarer Jahren vorfand. Die Breslauer Jungsozialisten hatten sich bis dahin kaum von den übrigen Gruppen des Reiches unterschieden. Auch hier mußte erst die Wandervogelromantik und der etwas weltabgewandte »Kultursozialismus« überwunden werden, als man sich für die nationalökonomischen Arbeiten Fritz Sternbergs zu interessieren begann, jemand, der im übrigen stets erklärte, daß er auf Übereinstimmungen mit gewissen *Formulierungen* des historischen Marx gerne verzichte, da er den »lebendigen Marx«³ auf seiner Seite wünsche. Ab dem 14. Dezember 1924 erhielt die lose Verbindung ein institutionelles Gefüge, und gegründet wurde eine »Marxistische Arbeitsgemeinschaft«. Dazu hatten die Jungsozialisten, die Sozialistische Studiengemeinschaft und der »Bund der Freunde der sozialistischen Akademiker« aufgerufen. Ein Bündnis von »traditionellen« und »organischen« Intellektuellen, jedenfalls eine Allianz von jungen Arbeitern und Studenten, die auch in den nächsten Jahren in anderen Städten für die Arbeit Sternbergs prägend war und an deren Ausbau ihm fortgesetzt gelegen war. Im Dezember nun sollte er — so hieß es im Aufruf der sozialdemokratischen »Breslauer Volkswacht« — zum ersten Male der weiteren Öffentlichkeit seine »Imperialismus-Theorie vorlegen, die in der Analyse der imperialistischen Phase des Kapitalismus den gegenwärtigen Stand und die zukünftige Entwicklung der Arbeiterbewegung begreift.«⁴ Bis ins Frühjahr 1926⁵ hinein traf sich die »Marxistische Arbeitsgemeinschaft« jeden Mittwoch regelmäßig im Gewerkschaftshaus und wurde in dieser Zeit tatsächlich zum geistigen *Kristallisationspunkt* des regsamsten Teils der Breslauer Arbeiterbewegung: Es diskutierten neben den Jungsozialisten, sozialistischen Studenten und linken Gewerkschaftern auch die theoretisch selbständigen Köpfe der mittelschlesischen KP — trotz des heftigen Vetos ihrer Parteileitung.

Zur Analyse der imperialistischen Phase des Kapitalismus

Sternberg faßte die Ergebnisse seiner Forschungen und der Diskussionen in der »Marxistischen Arbeitsgemeinschaft« 1926 in seinem heftig umstrittenen Buch »Der Imperialismus«⁶ zusammen. Anders als die orthodoxen Vertreter eines mechanistisch verstandenen Marxismus begriff er die Krise der sozialistischen Theorie als Ausdruck einer fatalen geistigen Stagnation und gleichzeitig als Aufforderung zur Entfaltung neuer analytischer und strategischer Überlegungen. Denn wie war es zu erklären — so fragte er sich mit den jungen Sozialisten —, daß in den modernen Ländern des Kapitalismus die ökonomischen Krisen keineswegs katastrophische Ausmaße angenommen hatten und auch von einer zunehmenden Verelendung oder ständigen Erhöhung der industriellen Reservearmee in der Zeit von 1870-1914 die Rede nicht sein konnte? Hatte mithin der Revisionismus mit seinen Erklärungen und seinem vorgeschlagenen reformistisch-evolutionären Weg zum Sozialismus, der, und auch das war erklärungs-würdig, von den *weitaus meisten* Arbeiterparteien

beschritten wurde, gegenüber der Orthodoxie doch recht behalten? Sternberg hielt es also für die alles entscheidende Frage, wie der Kapitalismus trotz der dem System immanenten Konsumbeschränkungen zu einer erweiterten Reproduktion fähig war. Im Unterschied zur Sichtweise Marxens, der aus analytischen Gründen von der Existenz nichtkapitalistischer Räume abgesehen hatte, um den Akkumulationsprozeß in seiner Reinheit gedanklich klarer durchdringen zu können, war die bisherige historisch-soziale Realität durch ein Nebeneinander kapitalistischer und vorkapitalistischer Gesellschaften charakterisiert gewesen. Das aber habe — so Sternberg in Anlehnung an John A. Hobson und Rosa Luxemburg — den modernen kapitalistischen Ländern die Gelegenheit geboten, ihr Grundproblem zu lösen: die Entledigung des im Inneren nicht absetzbaren Konsumtionsrests durch Export in aktiv zu erobernde Kolonien. Der expansive Vorstoß der modernen kapitalistischen Staaten in die Gebiete mit vorkapitalistisch produzierenden Völkern war folglich Motor und Zwang für die erweiterte Reproduktion und Garant für den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft und hatte erhebliche Folgen für die Positionen der sozialen Klassen in den Mutterländern des Imperialismus. Der imperialistische Ausweg nämlich minderte die Krisenanfälligkeit des Systems und schuf die Bedingungen dafür, daß durch die erzielten Surplus-Profitte eine vorübergehende Überkompensation der industriellen Reservearmee sowie die Steigerung der Reallöhne und die Einräumung sozialpolitischer Zugeständnisse möglich waren. Die Arbeiterklasse erhielt »Schonzeit«, wie Sternberg das nannte, dies nicht zuletzt deshalb, weil sich die imperialistische Bourgeoisie aufgrund der zunehmend schärfer werdenden und kriegerisch geführten Auseinandersetzungen mit den zur nationalen Identität erwachenden Völkern der Kolonien keine explosiven Klassenkämpfe im Inneren leisten konnte. Die »Schonzeit« der industriellen Arbeiterschaft korreliert, wie Sternberg betont, mit der Verelendung der Kolonialvölker; ihnen gegenüber avancierten die Werk tätigen der modernen Industrieländer insgesamt in den Rang einer »Arbeiteraristokratie« und fanden in dieser Phase des steigenden Lebensstandards ihren politischen Ausdruck in der reformistischen Praxis.

Die eigentliche Zielrichtung der historisch-materialistischen Kritik Sternbergs aber galt den Revisionisten, die die »Schonzeit« der Arbeiterklasse nicht als *limitierte* Phase und *vorübergehende* Konstellation begriffen, sondern sie *absolut* gesetzt hatten, um mit dem Argument einer relativ krisenfreien und sukzessive sozialbefriedeten Gesellschaft ihre Strategie des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus entfalten zu können. Die »Schonzeit« der Arbeiterklasse aber war nach Sternberg gebunden an die Möglichkeiten des imperialistischen Vorstoßes; entfiel jener, so war es auch mit dem relativen Wohlstand der Arbeiterklasse vorbei. Je stärker die Kolonien durchkapitalisiert waren, um so kampfesfreudiger sich die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien emanzipierten, »um so geringer ist die Möglichkeit, den Marxschen Faktor zu überkompensieren, um so mehr tritt die reine Marxsche Gesetzlichkeit wieder in Kraft«⁷. Exakt in dieses Stadium wäre der Nachkriegskapitalismus eingetreten, und mit einer tiefen Krise des Kapitalismus war nach Sternbergs Überzeugung, mit der er 1926 zu Zeiten der relativen Stabilität und drei Jahre vor der großen Weltwirtschaftskrise unter den sozialistischen Theoretikern eher isoliert dastand, alsbald zu rechnen.

Dennoch gab es für Sternberg nicht den geringsten Anlaß, den traditionellen Zukunftsoptimismus der alten Bebel-Generation in der deutschen Sozialdemokratie wiederzubeleben. Im Gegenteil! Die damals allseits erwartete harmonische Parallelität von kapitalistischer Krise, (technischer) Sozialisierungsreife der Produktionsmittel und adäquatem Bewußtsein der einheitlich zusammengeballten Arbeiterklasse war ein Mythos und entsprach

nicht dem »Teuflischen« der tatsächlich anstehenden historischen Situation. Da war zum einen das Bewußtsein des Proletariats durch die lange »Schonzeit« anhaltend getrübt. Zudem hatte sich die Klassenstruktur, wie Sternberg richtig erkannte, außerordentlich kompliziert. Die rascher als die traditionelle Industriearbeiterschaft wachsenden »neuen Zwischenschichten« gingen keineswegs automatisch in das Lager des Proletariats über, sondern schlugen sich wie auch der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu den politischen Kräften der Reaktion und konnten sich in zugespitzt krisenhaften Situationen zu einer gefährlich dynamischen Massenbewegung der Gegenrevolution entwickeln. Nahezu beschwörend und in immer neuen Variationen machte Sternberg seine Leser und Schüler darauf aufmerksam, daß aus dem Konnex »ökonomische Krise und ausreichende Sozialisierungsreife der technischen Produktionsbedingungen« nicht unbedingt der Sozialismus, sondern, wenn die Arbeiterklasse den entscheidenden historischen Moment verpaßt, schlimmstenfalls die *Barbarei* resultiert. Die imperialistische Bourgeoisie nämlich werde auf dem Höhepunkt der kapitalistischen Krise und nach Durchkapitalisierung der kolonialen Räume aus nacktem Zwang zur Reproduktion und als Abwehr gegen die eigene Arbeiterklasse die *Diktatur im Inneren* und den *Krieg* nach außen gegen die imperialistischen Konkurrenten mit dem Ziel ihrer Unterwerfung und Ausbeutung anzuzetteln versuchen. *Dann aber drohe den Völkern Euroamerikas nach einem Bündel imperialistischer Kriege der Absturz in die Geschichtslosigkeit mit den Folgen einer jahrhundertelangen Verschüttung menschlicher Kultur und Zivilisation.* Um diesen Absturz in die Barbarei zu verhindern, muß sich — so Sternberg — das Proletariat beim Versuch der Machteroberung selbst mit einem Minimum an Sozialisierungsreife begnügen und statt des mühselig-langwierigen, schlimmstenfalls eben zu lange dauernden evolutionären Weg zu den Mitteln der revolutionären Gewalt greifen.

»Nur die Revolution der Arbeiterschaft kann die Geschichtslosigkeit Euroamerikas als Konsequenz der Reihe imperialistischer Kriege verhindern. Nur die Revolution der Arbeiterschaft. Das Schaurige, das Teuflische dieser historischen Situation aber ist, daß die objektiven Bedingungen, die zum Imperialismus, zum Kriege, zum Bündel von Kriegen führen, gleichzeitig das Klassenbewußtsein der Klasse getrübt haben und noch weiter trüben, die allein imstande ist, die Welt vom Verhängnis zu befreien.«⁸

Die »neue Vorhut« — Aufrüttler der Massen?

Sicherlich hatte Sternberg, wie vor ihm schon Rosa Luxemburg und andere linkssozialistische Anhänger des »unterkonsumtionistischen« Ansatzes, die vermeintlich systemimmanente Abhängigkeit des Kapitalismus von der Existenz »freier Räume« bei weitem überschätzt und die Möglichkeiten einer Steigerung der Konsumtionskraft im Inneren auch mit Hilfe unproduktiver Investitionen zu wenig berücksichtigt. Verglichen dennoch mit dem sterilen praktizistischen Bewältigungsoptimismus der sozialdemokratischen Partei und den reflexionslosen Hau-Ruck-Formeln der KPD hatte Sternberg und der Weimarer Linkssozialismus den Kranz neuer gesellschaftlicher Bedingungen und des ihm innewohnenden *Gefahrenpotentials analytisch* weitaus klarer und früher erfaßt. Gescheitert aber ist er bei der strategischen Formulierung einer nichtsektiererischen Politik zur Veränderung der Massenorganisationen der Arbeiterbewegung.

Wenn, so kann man seine Gedanken zusammenfassen, von einer immanenten Notwendigkeit des Sozialismus nicht die Rede sein konnte und ein sofortiges Fließen der Quellen freigesetzter Produktivkräfte auch nicht zu erwarten war, dann konnte möglicherweise nur eins die durch die »Schonzeit« verwöhnten Arbeiter überzeugen: die Erkenntnis, daß

ihre »Schonzeit« »mit Millionen von Toten erkauft wird«⁹. Dieses Denken in die Totalität aller Erscheinungen aber mußte der Arbeiterklasse erst beigebracht werden, und dafür war eine neue sozialistische Partei vonnöten, in der Intellektuelle mit Erkenntnisvorsprung eine gewichtige Rolle zur Bewußtseinsbildung zu übernehmen hatten. Noch blieb Sternberg bei der Konturierung der neuen sozialistischen Partei eher unpräzise. Die Losung von der »Diktatur des Proletariats« aber, soviel war gewiß, mußte sie auf ihrem Panier tragen, und die Trennung von allen reformistischen Kräften, den »Phantasten, die einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus für möglich halten«¹⁰, war oberste Pflicht.

Natürlich konnte diese implizite Absage an eine dauerhafte Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Partei — um nun wieder den Bogen zu unserer »Marxistischen Arbeitsgemeinschaft« zu schlagen — nicht das organisationspolitische Credo der Breslauer Jungsozialisten sein. So viel aber hatten sie bei Fritz Sternberg gelernt: Eine Fortsetzung der bei vielen Juso-Gruppen im Reich übrigens bis 1930 noch üblichen *introvertierten* Zirkeldiskussionen am *Rande* der Arbeiterbewegung war angesichts der dramatischen, veränderungsheischenden Situation des Nachkriegskapitalismus nicht mehr möglich. Seit dem Sommer 1925 aktivierten sich die Breslauer Jungsozialisten in einem ungewöhnlichen Ausmaß, indem sie die Parteidiskussion klar dominierten und in den übrigen Kulturorganisationen wie ein Ferment zu wirken verstanden. Fritz Sternberg hielt auch nach seinem Fortgang von Breslau den Kontakt zu den dortigen Jungsozialisten aufrecht und leitete weiterhin die dann natürlich nur noch sporadisch tagende »Marxistische Arbeitsgemeinschaft«. Wohl nicht ganz zu Unrecht hielten die Vertreter des rechten Parteiflügels der mittelschleischen SPD ihn für den eigentlichen Unruheherd im Aufbegehren des linken, von den Jungsozialisten entscheidend mitgetragenen Parteiflügels, der ab 1928 endgültig die Mehrheit in der Breslauer Organisation errang¹¹ und sie, wie man nicht ohne Stolz vermerkte, zur »roten Insel am linken Flügel der europäischen Arbeiterbewegung außerhalb Rußlands«¹² umwandelte. Kein Zufall wahrscheinlich aber auch, daß um 1930 aus der Mitte des Breslauer Linkssozialismus der Wunsch nach einer »Auslese von Berufsrevolutionären« laut wurde. Ein etwas doktrinärer »Revolutionarismus«, die Geringschätzung einer sozialistischen Reformpolitik und die manchmal etwas sorglose Gleichgültigkeit gegenüber dem Wert einer republikanischen Staatsordnung, die sowieso ein für allemal als zur Disposition der Bourgeoisie stehend galt, all das gehörte auch in den nächsten Jahren zum Antlitz des radikalen Linkssozialismus.

Die kapitalistische Krise und die Antwort des Linkssozialismus

Die »Imperialismus«-Theorie Sternbergs sorgte in der sozialistischen Diskussion der nächsten Jahre für erhebliche Furore und war heftigen Kritiken von nahezu allen Seiten der proletarischen Parteien ausgesetzt: Großstädtische Juso-Gruppen diskutierten zum Entsetzen einiger sozialdemokratischer Pädagogen »monatelang über Sternberg und Antisternberg«¹³, und Intellektuelle wie Bertolt Brecht oder Walter Benjamin fanden durch ihn den Zugang zum Marxismus.¹⁴ Im dogmatischen Lager des Sozialismus aber faßte man die Ansichten Sternbergs als empörende Provokation auf. Selbst der sonst vergleichsweise mit hohem Niveau argumentierende Ökonom Henryk Grossmann vom Frankfurter Institut für Sozialforschung — um ein Beispiel herauszunehmen — legte in seiner umfangreichen Kritik an Sternbergs »Imperialismus« Wert darauf, den quer denkenden Fachkollegen aus Breslau als »Nicht-Marxisten« zu entlarven, da dieser die Notwendigkeit der

Entwicklung zum Sozialismus negiert hatte. Für völlig grotesk hielt es Grossmann, daß Sternberg nicht ausschließen wollte, daß ein Krieg die Menschheit als Ganzes in ihrem Streben nach fortschreitender Entwicklung der Produktionsmethoden aufhalten könne. Die Geschichte habe bewiesen, so argumentierte Grossmann mit zumindest aus heutiger Sicht bestürzend wirkender Einfalt, daß der Krieg die für den Sozialismus so entscheidende Entfaltung der Produktivkräfte sogar noch verstärke. Die Sternbergsche Rede vom möglichen »Absturz in die Geschichtslosigkeit ist eine naive inhaltslose Phrase«. ¹⁵

Etwa zu einem Zeitpunkt, als Rudolf Hilferding und mit ihm nahezu die gesamte Sozialdemokratie mit einer dauerhaften »allgemeinen, weltwirtschaftlichen Besserung der Konjunktur« ¹⁶ rechneten, stritt auch Sternberg in einem Organ der Gewerkschaften mit dem »Cheftheoretiker« des ADGB Fritz Naphtali über die weitere ökonomische Perspektive. Es hat dabei erheblich zum Ansehen Sternbergs beigetragen, daß er in diesem ausgeprägten Konjunkturjahr 1928 eine Krise prognostizierte, die mit »immer stärkerer Wucht das kapitalistische Gefüge« ¹⁷ erschüttern würde, während Naphtali keine Anzeichen für eine Verschärfung der Krisen in den nächsten Jahrzehnten zu erkennen vermochte. ¹⁸ Im Gegensatz zu Naphtali und Hilferding, die glaubten, daß der Kapitalismus durch die Integration von planenden und organisierenden Strukturelementen an erheblicher Stabilität gewonnen hätte, beharrte Sternberg darauf, daß der Weltkapitalismus in der seit 1918/19 zu registrierenden »Niedergangsphase« künftig nur die »Krise in Permanenz« zu gewärtigen habe, da der krisenentschärfende Ausweg der imperialistischen Expansion versperrt sei. Erkennbar sei schon jetzt die kapitalistische Antwort in Form einer ungeheuer forcierten Rationalisierung bislang unbekanntem Ausmaßes mit der Folge von Massenarbeitslosigkeit, die auch die Mittelschichten nicht verschont lasse, und der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse.

Als Ende 1930 die Arbeitslosenzahl auf weit über vier Millionen angewachsen war und die Nazis bei den Reichstagswahlen am 14. September des Jahres einen einzigartigen Stimmenanstieg von 2,6% auf 18,3% verbuchen konnten, da näherte sich die empirische Realität den dramatischen Metaphern der »Imperialismus«-Schrift gefährlich an: Am Ende der kapitalistischen Krise mußte nicht die sozialistische Lösung stehen; wenn die Arbeiterbewegung versagte, war auch die Barbarei möglich. Fehle die ideologisch kristallklar handelnde Vorhut einer revolutionären Partei, dann sei nicht auszuschließen, daß die Massen in diesen historischen Momenten »mit völliger Passivität, mit einzelnen explosiven Regungen und auch mit teilweise Überlaufen zur faschistischen« ¹⁹ Partei antworten. Das war die aus Enttäuschung und banger Hoffnung gespeiste Sehnsucht vieler Linksozialisten zu Beginn der 30er Jahre: eine Partei, die alle Nachteile der traditionellen Formationen überwinden kann, ohne damit deren Vorzüge aufgeben zu müssen. Der Organisationstypus einer straff geführten und *ideologisch einheitlichen Avantgarde* sollte mit dem Prinzip der *nichtsektiererischen Massenverankerung* kombiniert werden.

Ende 1930 aber existierte eine solche modellhafte Wunschpartei leninistisch-luxemburgianischen Zuschnitts nicht und dementsprechend »jämmerlich« war es nach Sternberg um die Arbeiterbewegung bestellt. Denn selten habe es einen geschichtlichen Abschnitt gegeben, in dem die Schlagkraft der Arbeiterschaft so gering entwickelt gewesen sei. Die Hauptverantwortung für dieses Fiasko trug seiner Meinung nach die reformistische Sozialdemokratie, deren Politik des »kleineren Übels« zu Zeiten der »Großen Koalition« und mehr noch während der augenblicklichen Tolerierung des Sozial- und Lohnabbaus durch das halb-diktatorische Kabinett Brüning zu einer außerordentlichen Lähmung und Entmutigung der Arbeiterschaft beigetragen habe.

Nicht minder fatal aber waren die Fehler der KPD. Denn ausgerechnet in einer Epoche, wo die Klassenkämpfe immer heftiger wurden, der Bankrott des kapitalistischen Systems objektiv feststellbar war, mithin, so jedenfalls Sternberg, eine Konstellation, in der den »breiten Massen die Gesetze der historischen Dialektik«²¹ hätten eingehämmert werden müssen, da fehlte die revolutionäre Elite, weil die KPD sich durch ihre groteske Sozialfaschismustheorie und mehr noch durch ihre spalterische Politik der »Revolutionären Gewerkschaftsopposition« selbst von den Massen getrennt hatte. Zudem sei die ultralinke Taktik der KPD dafür verantwortlich gewesen, daß der linke Flügel der Sozialdemokratie aus seiner Kritik am Reformismus keine organisatorischen Konsequenzen habe ziehen können, da die KPD mit ihren »eigenen Gewerkschaftsläden« keine revolutionäre Alternative darstellte.

Es fehlte also, so glaubte Sternberg, ein revolutionäres Organisationszentrum für die Hunderttausende, ja Millionen von mit der Politik der SPD und KPD unzufriedenen Arbeiter. Fritz Sternberg hoffte in diesem Zusammenhang, daß die außergewöhnliche ökonomische Krisensituation dynamische Tendenzen innerhalb der sonst so festen Blöcke der Arbeiterbewegung freisetzen könnte. Er selbst konzentrierte sich dabei ganz auf die Entwicklung und die Diskussionsprozesse innerhalb der sozialdemokratischen Linken, auf die er vor allem durch Artikel in der »Weltbühne« aktiv einzuwirken versuchte. Mit ätzender Schärfe und schroffer Intransigenz kritisierte er den »Nur-Parlamentarismus« und die taktischen »Halbheiten« der linken SPD-Abgeordneten im Reichstag und rief sie statt dessen zu einem konsequenten Bruch mit dem Tolerierungskurs auf. Mehr noch: Die sozialdemokratische Linke müsse »in den Partei- und übrigen Massenorganisationen den Kampf gegen die Politik des Parteivorstandes organisieren«.²² Fragt man sich, wieso Sternberg die Zahl der für eine grundlegende Orientierung und Parteineubildung in Frage kommenden Sozialisten so maßlos überschätzt hatte, dann wird man wahrscheinlich die Alltagserfahrungen dieser Monate als Erklärung heranziehen müssen. Egal in welcher Stadt er damals auch als Redner auftrat, die Säle waren voll besetzt mit einer zumeist jugendlichen Zuhörerschaft, deren erregte Radikalisierung und Bereitschaft zur unbedingten »revolutionären Tat« deutlich zu spüren war. Dem Empfinden dieser rebellischen Jugend konnte Sternberg, so erlebte er an vielen Abenden, offensichtlich den lang gesuchten politischen Ausdruck vermitteln. Auch in den von ihm geleiteten kleinen Zirkeln gedieh eine prächtige Bildungsarbeit von jungen Arbeitern und Intellektuellen, die, so schien es, nun bald zur ideologischen Führung bestens präpariert waren. Was also sprach dagegen, die radikalisierten Massen und die revolutionäre Vorhut des Linkssozialismus zu einem neuen, wahrhaft revolutionären Sammelbecken zu vereinigen? Dabei hätten schon die Erfahrungen der Jungsozialisten und sozialistischen Studenten Kölns die Grenzen des jugendlich geprägten Linkssozialismus dokumentieren können. Als dort die von Sternberg geschulden Jungarbeiter und Intellektuellen seit dem Herbst 1930 nahezu überfallartig die Parteiveranstaltungen der Sozialdemokratie besuchten und auch eindeutig die Diskussionen beherrschten, ergaben die Abstimmungen über die linksoppositionellen Anträge dennoch immer das gleiche Ergebnis: Die Masse der erwachsenen Arbeiterschaft folgte loyal dem Kurs der Parteilitung und verwies die aufbegehrenden Linkssozialisten in die Schranken einer einflusslosen Minorität.²³

SAP — »Gravitationszentrum« oder Sekte?

Wenn ein neues »Gravitationszentrum« der Arbeiterbewegung geschaffen werden sollte, dann mußte also über die revolutionäre Jugend hinaus der Kern des linksoppositionellen

Flügels der Sozialdemokratie gewonnen werden. Ihm schenkte Sternberg auch weiterhin einen Großteil seiner publizistischen Aufmerksamkeit und fand mit seinen Ratschlägen zum taktischen Vorgehen offenbar Gehör. Als auf dem Leipziger Parteitag der SPD Anfang Juni 1931 Delegierte der Parteilinken die Tribüne aufsuchten, um mit dem Pressevertreter der »Weltbühne« einen Antrag durchzugehen, da ereignete sich ein aufsehenerregender Eklat. Das Wort hatte der Parteisekretär des SPD-Unterbezirks Düsseldorf, Georg Richter:

»Wer sind die Kreise, die hinter diesem 'Roten Kämpfer' stehen? Es sind dieselben, die in der 'Weltbühne' als Akademiker die Partei herabsetzen. (Hört! Hört!) Nicht alle führenden Köpfe sind Mitglieder der Partei. Der führende Kopf sitzt oben auf der Galerie unter dem Namen Gerstorff von der 'Weltbühne', mit seinem richtigen Namen Dr. Sternberg (Düsseldorf). (Zuruf: Der hat ja gar kein Parteibuch!) Dieser Dr. Sternberg, der bei uns im Westen als der einzige rassenreine, ich will nicht sagen stubenreine Marxist gilt, hat es sich zur Aufgabe gemacht und macht daraus auch gar keinen Hehl, die Spaltung der Partei systematisch vorzubereiten. (Hört! Hört!) Leider muß ich feststellen, daß namhafte Genossen unserer Linken den notwendigen Takt auch auf diesem Parteitag diesem Sendling der KPD gegenüber vermissen lassen (Hört! Hört!), sonst hätte es nicht vorkommen dürfen, daß prominente Mitglieder der Reichstagsfraktion zu diesem Menschen auf die Tribüne mit der Entschließung gegangen sind, die hier eingereicht und nachher angenommen wurde. (Stürmische Pfuirufe) (...) Haben Sie nicht die Entschließung mit Dr. Sternberg durchgesprochen? (Öttinghaus-Milspe: Genosse Seydewitz und ich haben dem Genossen Sternberg lediglich mitgeteilt —) Für mich gibt es keinen Genossen Sternberg, für mich gibt es nur den Sendling der KPD, Sternberg. (Lebhafte Zustimmung) Mit einem derartigen Subjekt haben wir in der Partei nichts zu tun und lehnen jede Gemeinschaft mit diesem Zersetzungsapostel ab. Darum Einigkeit und Geschlossenheit für die Partei, aber Ablehnung aller Zersetzungsarbeit im Auftrag der KPD. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen)«²⁴

Ein linker Kritiker der Sozialdemokratie, das war anders für einen rechten Sekretär der SPD nicht denkbar, mußte einfach ein Agent der Kommunisten sein. Um so mehr drängten Sternberg und der radikale Kern der sozialistischen Jugend die Parteiopposition dahin, das Feld des »halbherzigen« parlamentarischen Protests zu verlassen, um endlich die zahlreichen oppositionellen Flügel im Lande, die örtlich isoliert und ohne Kontakt untereinander der Übermacht des Parteiapparats ausgeliefert seien, zusammenzufassen.²⁵ Das Terrain, auf dem die organisierten oppositionellen Kräfte künftig mit allen Energien zu kämpfen hätten, seien die Gewerkschaften, mit fünf Millionen Mitgliedern immer noch die entscheidende Massenorganisation der Arbeiterschaft und als einzige Organisation dazu in der Lage, dem Faschismus einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Sternberg wußte, daß gerade die sozialdemokratische Linke den Gewerkschaftsbereich jahrelang vernachlässigt hatte und dort nur sehr unzureichend verankert war. Immer mehr aber, so meinte er zu erkennen, entfaltete sich im unteren Funktionärskörper der Gewerkschaften eine radikal-oppositionelle Stimmung gegen die weitere Hinnahme des Lohnabbaus. Sternbergs daran ansetzende strategische Vorschläge ergeben das merkwürdige Bündel von leninistischen Vorhutsprinzipien und syndikalistischem Hoffen auf den problemlösenden Aufbruch der zielbewußt geführten und radikalisierten Arbeitermassen, wie wir es bei vielen unabhängigen Sozialisten Anfang der dreißiger Jahre als sicherlich voluntaristische Reaktion auf die Erstarrung der beiden großen Parteiapparate und nicht etwa als Resultat einer verqueren Marx- oder Leninrezeption vorfinden können. Danach mußten die revolutionären Kerne der Linken das Konzept der gewerkschaftlichen Kampfführung entwickeln, ein Minimalprogramm gegen die unsozialen Maßnahmen der Regierung Brüning

aufstellen und ihre Parolen in die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werfen, um sie derart zur Führung von Arbeitskämpfen anzustacheln. Der streikenden und demonstrierenden Arbeiterschaft war *dann* die Aufgabe gestellt, ihren *ökonomischen* Kampf, soweit sie ihn *erfolgreich* abschließen wollte, zu einem *politischen* Angriff auf das gesamte System auszuweiten und mit der Zerschlagung der monopolkapitalistischen Machtstrukturen auch die Quelle der faschistischen Bewegung endgültig zu stopfen. Wenn die Arbeiterbewegung allerdings das nicht begreifen würde, so die beschwörende Warnung Sternbergs, »dann werden wir mit einem starken Wachstum des Faschismus und im weitem mit einer völligen Zerschlagung der Arbeiterorganisationen rechnen müssen«. ²⁶

Als Ende September 1931 die linken Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz und Kurt Rosenfeld wegen tatsächlicher oder vermeintlicher »Sonderbestrebungen« zusammen mit zahlreichen linkssozialistisch orientierten Jugendlichen aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen wurden und kurz darauf die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gründeten, schien das sicher vielen der aktiv Beteiligten wie das Signal zur Schaffung des ersehnten revolutionären »Gravitationszentrums«. Natürlich begrüßte auch Fritz Sternberg die Existenz der neuen Partei, und der bisher parteipolitisch unabhängige Sozialist trat ihr am 7.11.1931 bei. Im Gegensatz aber zu dem am Austromarxismus orientierten Mehrheitsflügel um Max Seydewitz oder der radikal-pazifistischen Gruppe um Anna Siemsen und Heinrich Ströbel, die in der SAP lediglich den parteipolitisch realisierten Ausdruck ihrer traditionellen linkssozialistischen Vorstellungen sahen, strebte Sternberg die Herausbildung einer wirklich kommunistischen Partei mit »kristallklarer fester ideologischer Basis« an, deren Ziel die »Diktatur des Proletariats« sein mußte. Zusammen mit der taktisch diszipliniert und umsichtig agierenden Gruppe ehemaliger Kommunisten um Paul Frölich und Jakob Walcher, die im März 1932 von der KPO zur SAP gestoßen waren, und unterstützt von den radikal-linkssozialistischen Mitgliedern des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV), gelang es, einen in manchen Punkten luxemburgianisch geläuterten Leninismus als Parteilinie durchzusetzen.

Im Herbst 1931 war dennoch nur der geringste Teil der sozialdemokratischen Linken bereit, auf dem Höhepunkt der faschistischen Gefahr und der wirtschaftlichen Krise das Wagnis einer Parteigründung zu proben. Sieht man von einzelnen lokalen Ausnahmen vor allem in Sachsen und Thüringen oder Breslau ab, so schlug den »Spalter« auch aus der breiten Mitgliedschaft der SPD nur der eisige Wind von Ablehnung und Feindschaft entgegen. Die Loyalität gegenüber der alten Partei, die ja mit ihrem Netz von Kulturorganisationen für viele auch eine sinnstiftende und wärmespendende Heimat war, blieb bei den organisierten Mitgliedern der mittleren und älteren Generation schier unzerbrechlich. Dieses Treueverhältnis war aber nicht nur sentimental begründet, sondern es war auch das Lernergebnis aus der Lektion, die die politisch lähmende und letztlich fatal wirkende SPD-USPD-Spaltung zu Beginn der Republik erteilt hatte. Außerdem war schon der haßerfüllte Streit zwischen KPD und SPD schlimm genug; mußte da nicht eine dritte Partei — so fragten viele — den Zwist noch zusätzlich verschärfen? Das Ergebnis war, daß die SAP selbst in ihren besten Zeiten nicht über 25 000 Mitglieder hinauskam, das waren 2,5% der Mitglieder der SPD und 8% der Mitglieder der KPD. Auch bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 erhielt die SAP nur 0,2% der Stimmen. Fritz Sternberg selbst kämpfte trotz allem weiter gegen die Passivität der reformistischen Sozialdemokratie und die ultralinke Streiktaktik der Kommunisten, da beides die Aktionsbereitschaft der Arbeiterklasse zersetzen mußte. ²⁷ Unablässig warnte er vor dem verbreiteten Irrglauben, daß die Nazis, erst einmal an der Macht, schnell abwirtschaften würden und dann der Sozialismus unweiger-

lich kommen müsse. Die Arbeiterbewegung wäre dann, so wußte er, unabhängig vom Parteibuch längst terroristisch zerschlagen.²⁸ Obwohl die Resonanz gleich null war, trat er dennoch bis zum bitteren Ende für die »eiserne rote Front« aller Arbeiterparteien ein, so daß »bei allen Gegensätzen zwischen SPD und KPD der Gedanke an den gemeinsamen Feind, an den Faschismus, immer mehr in die Arbeiterhirne eingehämmert wird.«²⁹ Noch am 21. Februar 1933 beschwor er die Arbeiterschaft, mit den »alten Vorurteilen, Doktrinen und Absperrungsmauern gegeneinander« schnellstens aufzuräumen.³⁰

Die Barbarei aber war da schon fest installiert.

Was bleibt?

Was bleibt an produktiv zu Bewahrendem von Sternberg? Sicherlich sein Beharren auf einem »erneuerten« und »lebendigen« Sozialismus als Beitrag zur Lösung der Orientierungskrise in der sozialistischen Bewegung. Auch ist sein Reformismusbegriff allen »Agenten«- und »Verratstheorien« an Erklärungskraft weit überlegen. Über Sternbergs Hinweis auf den Zusammenhang von »Schonzeit« der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und verschärfter Ausbeutung der imperialistisch unterworfenen Völker lohnt sich nachzudenken; offenbar tun dies kirchliche »Dritte-Welt-Gruppen« und Teile der Friedensbewegung sehr viel unbefangener als Marxisten in der SPD. Sternbergs Warnung vor vereinfachenden Klassenmodellen möchte man gerne einigen Teamern von Juso-Einführungsschulungen ins Stammbuch schreiben. Das gleiche gilt für die Formel von der »gesetzmäßigen Notwendigkeit des Sozialismus«; es gibt sie nicht. Stagnation, Regression, der ökologische Zusammenbruch oder die kriegerische Barbarei sind ebensogut möglich, und der Widerstand dagegen ist durch eine ökonomistische Perspektive allein wohl kaum zu mobilisieren. Denkt man Sternbergs strategische Option für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu Ende, so bleibt bei ihm als entscheidendes Argument für den Sozialismus die »Humanität« und der Erhalt der menschlichen Zivilisation. Die Relevanz dieser *ethischen* Komponente für das sozialistische Engagement sollten Marxisten in den 80er Jahren akzeptieren, gerade wenn sie ihre Aufgabe darin sehen, den moralischen Impetus durch eine klare Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in eine realitätstüchtige Strategie zu integrieren.

Hieran ist Sternberg fraglos gescheitert. Sternberg war wie der größte Teil der deutschen Linksozialisten zu »transzendental«. Einen wirklich gewichtigen Beitrag zur Friedenssicherung oder Veränderung der ökonomischen Strukturen beispielsweise konnten sich die radikalen Linksozialisten eigentlich nur *jenseits* der kapitalistischen Systemgrenze vorstellen, und so lag für sie der Verzicht auf den Entwurf einer systematisch betriebenen sozialistischen Reformpolitik nahe. Ihr strategisches Denken richtete sich vorrangig auf die Zerschlagung der monopolkapitalistischen Strukturen sowie die Zentrümmerung des bourgeoisen Staates und auf die nahezu chiliastisch erwartete »Diktatur des Proletariats«. An Diskussionen über Sozialisierungsstrategien, Planungs- und Demokratisierungskonzeptionen oder gar sozialpolitischen Instrumentarien war man dagegen gänzlich uninteressiert. Wenig hilfreich waren und sind auch die von Linksozialisten probierten Vorhutstrategien in autonomen Organisationen einer selbsternannten Avantgarde. Diese allesamt aus Gefühlen von Enttäuschung, Ungeduld und machmal auch missionarischem Sendungsbewußtsein gespeisten Parteigründungen hatten wesentlich den einen Effekt: Die sozialdemokratische Linke wurde erheblich geschwächt und die Avantgarden blieben Führer ohne Gefolgschaft.

Anmerkungen

- 1 Die Angaben zur Persönlichkeit Sternbergs fußen auf Auskünften von G. Kaulich (Wiesbaden), R. Monden (Sun City), W. Pöppel (Stockholm), H. Hoose (Bochum), H. Stephan (Bonn), H. Mayer (Tübingen), J. Prenner (Bamberg) und Personen aus der DDR.
- 2 H. Mayer, Ein Deutscher auf Widerruf, Erinnerungen I. Frankfurt/M. 1982, 136.
- 3 Vgl. F. Sternberg, Der Imperialismus. Berlin 1926.
- 4 Breslauer Volkswacht, 13.12.1924.
- 5 Am 11.3.1926 hielt Sternberg seinen Abschiedsvortrag, vgl. Breslauer Volkswacht, 11.3.1926.
- 6 Vgl. zur Interpretation des Werkes die ausgezeichneten Beiträge von H. Grebing, Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum »Prager Frühling«, München 1977, und H.-Chr. Schröder, Fritz Sternbergs Imperialismustheorie, in: H. Grebing (Hrsg.), Fritz Sternberg — für die Zukunft des Sozialismus, Köln 1981/1982, 38ff.
- 7 Sternberg, 76.
- 8 Ebd., 350f.
- 9 Ebd., 350.
- 10 Ebd., 358 .
- 11 Vgl. Breslauer Volkswacht, 6.3. u. 7.3.1928; 6.12.1928.
- 12 Breslauer Volkswacht, 15.11.1930.
- 13 Vgl. O. Jenssen, Erziehung zum politischen Denken, Berlin 1931, 33.
- 14 Vgl. Schröder, 65; M. Sperber, Die vergebliche Warnung, Wien 1975, 216.
- 15 H. Grossmann, Eine neue Theorie über Imperialismus und die soziale Revolution, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Bd.XIII, 1928, 141ff, hier: 157.
- 16 Protokoll 1927, 165.
- 17 Zit. bei Grebing, Fritz Sternberg ..., 270.
- 18 Vgl. ebd., 265.
- 19 Weltbühne (WB), 2.9.1930, 343.
- 20 Entfällt
- 21 WB, 10.2.1931, 199.
- 22 WB, 31.3.1931.
- 23 Vgl. Rheinische Zeitung, 9.2.1931; 28.4.1931; 15.6.1931.
- 24 Protokoll 1931, 265.
- 25 Vgl. Der Rote Kämpfer, Köln 1931/H.7, 3.
- 26 WB, 2.9.1930, 343.
- 27 WB, 12.1.1932, 44ff.
- 28 WB, 8.12.1931, 847; 29.12.1931, 950.
- 29 WB, 5.7.1932, 16.
- 30 WB, 21.2.1933, 272. Sternberg mußte im März 1933 emigrieren. Nach jahrelangem Aufenthalt in Basel und Paris, wo er Mitglied der SAP-Auslandsleitung war, erreichte er 1939 die USA, deren Staatsbürgerschaft er 1945 annahm. Seit den frühen 50er Jahren lebte er wieder hauptsächlich in Deutschland und trat mit seiner publizistischen Arbeit für einen demokratischen Sozialismus als »dritten Weg« ein.

Josef Hindels

Austrofaschismus und Klassenkämpfe in Österreich*

Der Weg zum 12. Februar 1934

Die Partei des Austromarxismus

Die geistige Strömung des Austromarxismus, entstanden in der Sozialdemokratie des Vielvölkerstaates, prägte die Sozialdemokratie der Ersten Republik. Austromarxismus war im Vokabular des bürgerlichen Gegners ein Schimpfwort. Sie haßten und diffamierten die Austromarxisten, ohne sich mit ihnen geistig auseinanderzusetzen.

Der Austromarxismus, zu dessen bedeutendsten Repräsentanten Otto Bauer, Karl Renner, Friedrich Adler, Gustav Eckstein, Max Adler, um nur die wichtigsten zu nennen, gehörten, war keine geschlossene Philosophie. Es handelte sich um eine Richtung oder Schule innerhalb des Marxismus, die Raum hatte für eine bunte Vielfalt von Meinungen.

Dennoch gibt es einige Merkmale, die typisch sind für die austromarxistische Geisteshaltung:

1. Der Austromarxismus verhinderte in einer Zeit, die im Zeichen der Spaltung der Internationalen Arbeiterbewegung stand, diese Spaltung in Österreich. Er machte die Sozialdemokratie auch zur Heimstätte jener revolutionären Arbeiter, jener zornigen Jungsozialisten, die in anderen Ländern zu den Kommunisten gingen. Man sprach damals vom »Fanatismus der Einheit« in der österreichischen Arbeiterbewegung.

2. Der Austromarxismus hatte den Kampf für die materiellen Interessen der arbeitenden Menschen nie vernachlässigt. Aber er sah im Sozialismus nicht zuletzt eine Kulturbewegung, deren Aufgabe es ist, die Vorherrschaft des bürgerlichen Denkens zu überwinden. Daher der großartige Versuch, eine Gegengesellschaft zu schaffen, »neue Menschen« (Max Adler) zu formen. Sozialistische Moral und sozialistischer Lebensstil spielten eine große Rolle. Die Frage nach dem Sinn des Lebens wurde von den austromarxistischen Denkern gestellt und im Geiste der sozialistischen Ideologie beantwortet. Die Partei sollte nicht bloß eine Partei unter Parteien sein, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft, die ein Stück neue Gesellschaft verkörpert.

3. Der Austromarxismus stützte sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Karl Marx. Aber er war frei von jedem Dogmatismus. Marxismus bedeutete für die Austromarxisten nicht das Kleben an den Zitaten von Marx, sondern die schöpferische Anwendung seiner Untersuchungsmethode auf neue gesellschaftliche Erscheinungen.

4. 1918 hätte die österreichische Sozialdemokratie die Macht ergreifen und ein Räte-Österreich errichten können. Das Besitzbürgertum war am Ende des Krieges unfähig, Widerstand zu leisten, große Teile der Arbeiterklasse waren bewaffnet. Die Austromarxisten verzichteten auf die Machtergreifung, weil sie überzeugt waren, ihr werde ein blutiger Triumph der Gegenrevolution folgen. Die österreichische Sozialdemokratie sah in der russischen Oktoberrevolution 1917 ein geschichtlich fortschrittliches Ereignis. Aber die Übertragung der bolschewistischen Methoden auf westeuropäische Länder lehnte sie entschied-

* Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Ereignisse vom 12. Februar 1934 schrieb der Autor im Auftrag des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs eine Broschüre, die kürzlich unter dem Titel »Der Weg zum 12. Februar 1934« im Verlag der SPÖ, Wien, erschien. Mit freundlicher Genehmigung des Verlags veröffentlichen wir Auszüge aus dieser Arbeit.

den ab. Es gab daher einen tiefen Gegensatz zur kommunistischen Internationale, der nichts mit primitivem Antikommunismus zu tun hatte. Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten wurde von sozialistischen, nicht von bürgerlichen Positionen aus geführt.

Der Kampf gegen die sozialen Errungenschaften

Die tiefste Ursache des Hasses der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie hatte wenig mit der angeblich radikalen Sprache des Austromarxismus zu tun. Entscheidend waren die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Menschen, die die Sozialdemokraten in den Anfängen der Republik erkämpften. Von 1918 bis 1920 gab es eine Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen, wobei die Sozialdemokraten, getragen von der revolutionären Welle in Europa, entscheidende Kraft waren. Damals entstand unter dem Sozialminister Ferdinand Hanusch eine vorbildliche Sozialgesetzgebung. Der gesetzlich verankerte Achtstundentag, das Recht auf bezahlten Urlaub, Frauen- und Jugendschutz — das alles und vieles mehr wurde erreicht. Es handelte sich um Forderungen, für die die Arbeiterbewegung jahrzehntelang gekämpft und auch schwere Opfer gebracht hat.

Das österreichische Großbürgertum, unterstützt von Teilen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, sah in diesen sozialen Reformen eine Katastrophe. Große Teile des Bürgertums nahmen daher eine gehässige Haltung gegenüber der Republik ein. Am 12. November, dem Geburtstag der Republik, der damals Staatsfeiertag war, feierten nur die Sozialdemokraten. Die bürgerlichen Parteien wollten von der Republik nichts wissen. Die einen sehnten sich zurück in die »gute alte Zeit« der Habsburgermonarchie, die anderen träumten von einem neuen Reich, in dem es keinen Platz geben sollte für Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Betriebsräte, kurz für den ganzen »revolutionären Schutt«.

Wesentlich für die weitere Entwicklung, die den 12. Februar 1934 vorbereitete, war die Haltung der Unternehmerverbände. Sie vertraten immer offener die Auffassung: Wenn die Sozialdemokraten das Wegräumen des »revolutionären Schuttes« nicht zulassen, dann muß auch diese Partei, ebenso wie die Gewerkschaften, beseitigt werden. Bereits Anfang der zwanziger Jahre ist diese Tendenz im bürgerlichen Lager stark ausgeprägt und weist eindeutig faschistische Züge auf. In dem Maße, in dem sich die Krise des Kapitalismus verschärft, wächst die Entschlossenheit, die Lasten dieser Krise den Massen aufzubürden und jene politische Kraft auszuschalten, die das verhindern will.

Dieser enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Faschismus gilt für alle kapitalistischen Länder. Aber das bedeutet nicht, daß die Krise automatisch zur faschistischen Diktatur führt. Sie schafft lediglich einen günstigen Nährboden. In Österreich war die Aufstellung faschistischer Wehrorganisationen der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Zerstörung der Demokratie.

Die Heimwehr

Historiker, die bemüht sind, die absurde These von einer »geteilten Schuld« (z.B. Norbert Leser) beider politischer Lager an der Zerstörung der Demokratie zu vertreten, setzen auch ein Gleichheitszeichen zwischen faschistischer Heimwehr und Republikanischem Schutzbund. Beide Lager hätten bewaffnete Privatarmeen gehabt und damit den Bürgerkrieg vorbereitet. Aber diese Darstellung ist geschichtlich falsch. Als 1923 der Republikanische Schutzbund aus sozialdemokratischen Ordnergruppen gebildet wurde, gab es bereits die Heimwehr und andere faschistische Wehrorganisationen.

Die Heimwehr, die stärkste und politisch einflußreichste faschistische Wehrorganisa-

tion, wurde von ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren der kaiserlichen Armee kommandiert, die die Republik glühend haßten. Die Heimwehr war unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gegründet worden und sollte, wie der Name besagt, die Heimat verteidigen. Aber bald zeigte sich, daß sie ihre Aufgabe nicht im Schutz der Heimat vor äußeren Angriffen sah, sondern sich auf den gewaltsamen Kampf gegen die Arbeiterbewegung konzentrierte. Das Fußvolk der Heimwehr bestand aus Bauernburschen, Förstern, Gutsangestellten, Kleinbürgern, aber vor allem aus bezahlten Söldnern, die für Geld zu jeder Handlung bereit waren.

Daß wir mit dieser Feststellung der Heimwehr nicht unrecht tun, geht aus den Memoiren von Ernst Rüdiger Starhemberg hervor, der zu den prominentesten Heimwehrführern gehörte. In diesen Lebenserinnerungen, die unter dem Titel »Between Hitler and Mussolini« (Zwischen Hitler und Mussolini) in einem amerikanischen Verlag erschienen, gibt Starhemberg die folgende Charakteristik der Heimwehr:

»Der Heimatschutz bestand aus Leuten, die meistens aus den Reihen der Arbeitslosen kamen und von beschäftigungslosen Exoffizieren und Exunteroffizieren geführt wurden. In einem gewissen Maß war es eine Prätorianergarde, die bereit war, wem immer zu folgen, wenn man ihr nur möglichst viel dafür zahlte.«

Die Heimwehr wurde von den Unternehmerverbänden, insbesondere von der Vereinigung österreichischer Industrieller, finanziert. Auch Bankiers und Großgrundbesitzer haben sich an der Finanzierung beteiligt. Beträchtliche Geldmittel und Waffenlieferungen kamen aus dem faschistischen Ausland, was noch gesondert zu behandeln sein wird.

Der österreichische Faschismus, der sich auf die Heimwehr und die anderen Wehrorganisationen stützte, hatte viele Gesichter. In den Anfängen waren die Grenzen zwischen Austro- und Nazifaschismus verwischt und fließend. Es gab Heimwehrverbände, die von Nazis geführt wurden, und andere, die einen österreichischen Faschismus, oft mit monarchistischen Tendenzen, vertraten. Von entscheidender Bedeutung für die meisten Heimwehrverbände war das italienische Vorbild. 1922 hatten die italienischen Faschisten unter Benito Mussolini nach ihrem legendären »Marsch auf Rom« die erste faschistische Diktatur in Europa errichtet. Bald gab es enge Kontakte, insbesondere der Heimwehr, aber auch der konservativen Regierung Österreichs mit dem faschistischen Nachbarstaat.

Starhemberg selbst war zunächst bei den Nazis, nahm 1923 am Hitlerputsch in München teil, wurde aber dann zu einem Austrofaschisten, der viele Konflikte mit den Nazis hatte. Typisch für alle Richtungen und Strömungen des österreichischen Faschismus waren drei Momente. Erstens ein fanatischer Haß gegen die Arbeiterbewegung und ihre »volksfremden Führer«. Zweitens eine grenzenlose Verachtung für die demokratische Republik und die Grundsätze des Rechtsstaates. Das Parlament wurde als »Quatschbude« verspottet. Drittens ein primitiver, aus klerikalen und deutschnationalen Quellen gespeister Antisemitismus.

Drei Etappen

Die Geschichte der Ersten Republik kann hier nicht erzählt werden. Wir müssen uns darauf beschränken, die Etappen darzustellen, die auf dem Weg zum 12. Februar 1934 von entscheidender Bedeutung waren.

Das blutige Massaker am 15. Juli 1927

Beginnen wir mit dem 15. Juli 1927, der später oft als Generalprobe für den 12. Februar 1934 bezeichnet wurde. 1926 hatte die österreichische Sozialdemokratie das von Otto Bau-

er konzipierte »Linzer Programm« beschlossen, ein klassisches Dokument des Austromarxismus. Die Sozialdemokraten bekennen sich in diesem Programm zu ihren sozialistischen Zielen, betonen aber, daß sie einen friedlichen, demokratischen Weg zum Sozialismus gehen wollen. Auch wenn sie die Mehrheit erobern sollten, werden die demokratischen Rechte der Minderheit nicht angetastet. Das Programm enthält kein Bekenntnis zur »Diktatur des Proletariats«, wie später immer wieder behauptet wurde. Es wird lediglich auf die Gefahr hingewiesen, daß der bürgerliche Gegner den Boden der Demokratie verläßt und versucht, eine Gewaltherrschaft zu errichten. In diesem Fall, und nur in diesem, sind die Sozialdemokraten entschlossen, sich auch mit den Methoden einer revolutionären Diktatur gegen die Gewaltanwendung zur Wehr setzen.

Wie berechtigt der Hinweis auf die große Gefahr von rechts war, unterstrichen die ständigen Überfälle faschistischer Wehrverbände auf friedliche Veranstaltungen der Arbeiterbewegung. Es gab immer wieder Tote und Verwundete. Und was das Schlimmste war: Die faschistischen Gewalttäter wurden von den Gerichten unter dem Jubel der bürgerlichen Presse freigesprochen. Scheinbar galten Angehörige der Arbeiterbewegung als Freiwild.

Im Januar 1927 gab es in der burgenländischen Ortschaft Schattendorf wieder einen dieser feigen Überfälle. Teilnehmer einer friedlichen Kundgebung wurden aus einem Gasthaus beschossen, ein Kind und ein Kriegsinvalide getötet. Als am 15. Juli die faschistischen Mörder freigesprochen wurden, kam es zu einer spontanen, machtvollen Aktion der Wiener Arbeiter. Ohne Beschluß des Parteivorstandes verließen die Arbeiter die Betriebe, zogen auf die Ringstraße, um gegen dieses Schandurteil, das ihr Rechtsempfinden zutiefst verletzte, zu protestieren. Der Justizpalast, Symbol der Klassenjustiz, wurde von einer kleinen Gruppe angezündet.

Die demonstrierenden Massen waren erregt, aber ausnahmslos unbewaffnet. Die Parteiführung hatte es kategorisch abgelehnt, die spontane Aktion zu unterstützen, Waffen aus den Arsenalen des Schutzbundes wurden nicht zur Verfügung gestellt. Dennoch gab der Wiener Polizeipräsident, Johann Schober, den Befehl, auf die unbewaffneten Demonstranten zu schießen. Später ist versucht worden, aus Schober einen Liberalen zu machen. In den Augen der Wiener Arbeiter blieb er bis zu seinem Tod jener Mann, der den furchtbaren Schießbefehl gegeben hatte. Es gab 90 Tote und Hunderte Verwundete. Wer heute auf dem Wiener Zentralfriedhof die Gräber der Juli-Opfer besucht, wird beim Lesen der Geburts- und Todesdaten feststellen: Die meisten waren sehr jung, als sie in den Straßen Wiens sterben mußten.

Partei und Gewerkschaft antworteten mit der Ausrufung eines Generalstreiks, der lückenlos durchgeführt wurde. Aber die furchtbaren Worte: »Keine Milde«, die der Prälat und Bundeskanzler der Bürgerblockregierung, Ignaz Seipel, angesichts der Toten sprach, konnten nicht mißverstanden werden: Weitere Schläge gegen die Sozialdemokratie wurden unter dem Druck der faschistischen Wehrverbände vorbereitet.

Der 15. Juli 1927 ist vor allem deshalb eine wichtige Etappe auf dem Weg zum 12. Februar 1934, weil sich damals zeigte, daß der Staatsapparat gegen die Sozialdemokratie eingesetzt werden kann. Wie war das möglich? Seit 1920 die Sozialdemokraten in die Opposition gegangen waren, wurde der Staatsapparat systematisch gesäubert. Alle wichtigen Positionen erhielten verlässliche »Antimarxisten«, unter ihnen nicht wenige Heimwehrfaschisten, und, wie sich später zeigen sollte, auch viele Nazis.

Hätte diese Entwicklung verhindert werden können, wenn die Sozialdemokraten in der Regierung geblieben wären? Auf diese Frage gibt es unterschiedliche Antworten. Eines sollte nicht übersehen werden: Die Sozialdemokraten haben 1920 die Koalitionsregierung

nicht leichtfertig verlassen. Sie entschlossen sich zu diesem Schritt, um die Einheit der Partei zu erhalten. Hätten es doch damals viele Arbeiter nicht verstanden, wenn ihre Partei einer Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen weiter angehört hätte, nachdem diese Partei zu keinen Konzessionen an die Forderungen der Arbeiterbewegung mehr bereit war.

Allerdings wurden bis zum 15. Juli 1927 die Auswirkungen der systematischen Säuberungsaktion unterschätzt. Die blutigen Ereignisse auf den Straßen Wiens zerstörten alle Illusionen. Die bewaffneten Kräfte der Republik waren in den Händen ihrer Gegner, die Vorbereitung eines faschistischen Staatsstreichs konnte mit aktiver Unterstützung des Staatsapparats erfolgen.

Korneuburg — ein Alarmsignal

Am 18. Mai 1930 fand im niederösterreichischen Korneuburg eine Heimwehrkundgebung statt, bei der Steidle, der bald darauf von Starhemberg gestürzt wurde, eine Rede hielt, die ein offenes Bekenntnis zum faschistischen Staatsstreich zum Inhalt hatte. Schließlich wurde von den Teilnehmern der Kundgebung feierlich ein Eid geleistet, der als »Korneuburger Eid« in die Geschichte der Ersten Republik eingegangen ist. Wir zitieren seine wesentlichen Stellen:

»Wir wollen Österreich an Stamm und Wurzeln erneuern. Wir wollen den Volksstaat der Heimwehr ... Wir wollen die Macht im Staat ergreifen und Staat und Wirtschaft umwandeln. Wir müssen bedingungslos alle Parteibindungen und alle Parteiforderungen unserem Kampfziel unterordnen ... Wir verwerfen den westlichen Parlamentarismus und den Parteienstaat. Wir wollen ihn durch die Selbstverwaltung der Stände und eine starke Führung des Staates ersetzen, die nicht aus Parteivertretern gebildet sein wird, sondern aus den führenden Persönlichkeiten der großen Stände und den besten und fähigsten Männern unserer Bewegung ... Jeder Kamerad kennt die drei Quellen seiner Kraft: seinen Gottglauben, seinen eigenen zähen Willen und das Wort seiner Führer.«

Die Sozialdemokraten hatten wiederholt den Vorschlag einer innenpolitischen Abrüstung gemacht: Heimwehr und Republikanischer Schutzbund sollten unter Kontrolle alle ihre Waffen abliefern. Steidle antwortete in Korneuburg auf den sozialdemokratischen Vorschlag mit der Forderung, der Staat solle gemeinsam mit der Heimwehr den Republikanischen Schutzbund entwaffnen. Die Heimwehr denke nicht daran, ihre Waffen abzuliefern.

Die Bedeutung des Korneuburger Eides kann kaum überschätzt werden. Er wurde nicht nur von Heimwehrleuten geleistet, sondern auch von vielen Politikern der christlich-sozialen Partei.

Der englische Publizist G.E.R. Gedye, der damals in Österreich für englische und amerikanische Zeitungen arbeitete, stellte später in seinem Buch »Die Bastionen fielen« die unmittelbaren Auswirkungen des Korneuburger Eides fest:

»Das Korneuburger Programm des Jahres 1930 erwies sich als Signal für eine ganze Reihe von blutigen Sonntagen.«

An jedem dieser »blutigen Sonntage« wurden Sozialdemokraten von bewaffneten Faschisten überfallen, ohne dass der Staatsapparat auch nur einen Finger rührte, um die Überfallenen zu schützen. Vier Jahre vor dem 12. Februar 1934 gab es in Österreich, vor allem an den Wochenenden, bereits Bürgerkrieg. Allerdings wurde er nur von rechts geführt.

Die Ausschaltung des Parlaments

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler deutscher Reichskanzler. Das war ein furchtbarer Schlag für alle Demokraten und Antifaschisten und zugleich der erste Schritt zum Zweiten Weltkrieg. Auch Engelbert Dollfuß, der damals Bundeskanzler war, erkannte die Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs durch Nazideutschland. Aber er zog daraus zwei verhängnisvolle Folgerungen: außenpolitisch noch engere Beziehungen zum faschistischen Italien und innenpolitisch die Verwirklichung des Korneuburger Eides. Hitler, so hoffte Dollfuß, werde Österreich nicht überfallen, wenn es unter dem Schutz Mussolinis stehe und ein eigenständiges faschistisches Regime errichte.

Dollfuß versuchte, einen Zweifrontenkrieg zu führen: gegen Sozialdemokraten und Nazis. In Wirklichkeit spielte er die Rolle des Wegbereiters Hitlers. Indem er die Sozialdemokratie brutal verfolgte, verzichtete er auf den stärksten und verlässlichsten Bundesgenossen im Kampf gegen Hitler. Die Ausschaltung des österreichischen Parlaments durch Dollfuß war ein Geschenk für die Nazis. In Deutschland hatte der Terror gegen alle politisch Andersdenkenden und die jüdische Bevölkerung begonnen. Bücher wurden verbrannt, Träger großer Namen eingesperrt oder ins Exil getrieben, die Arbeiterbewegung war zerschlagen. In dieser Situation wäre es für die Gegner und Opfer Hitlers eine große Hilfe gewesen, hätte im benachbarten deutschsprachigen Österreich ein freies Parlament die Verbrechen der Nazis angeprangert, die Welt vor Hitler gewarnt. Man stelle sich bloß vor, welche aufwühlenden Reden der Abgeordnete Otto Bauer über das Wesen und die Verbrechen des deutschen Faschismus gehalten hätte. Aber die vom österreichischen Volk frei gewählten Abgeordneten durften das Parlament nicht betreten, sie wurden mit Gewalt daran gehindert, ihre Abgeordnetentätigkeit auszuüben.

Als Vorwand für die Ausschaltung des Parlaments im März 1933 benützte Dollfuß die Zurücklegung der Funktionen der drei Parlamentspräsidenten während einer turbulenten Sitzung. Sicherlich war die Funktionsniederlegung ein taktischer Fehler. Aber für Dollfuß handelte es sich bloß um eine formal überzeugend klingende Begründung für die Verwirklichung einer Forderung des Korneuburger Eides. Nach der Ausschaltung des Parlaments regierte Dollfuß mit Hilfe des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Kriegsjahr 1917.

Der Arbeiterbewegung gegenüber wandte Dollfuß die sogenannte »Salamitaktik« an. Die wichtigsten Maßnahmen, die dieser Taktik entsprachen, waren:

- Verbot des Republikanischen Schutzbundes, während gleichzeitig die faschistischen Wehrverbände offen ihre Waffen zur Schau stellten.
- Vorenzensur für das traditionsreiche Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie »Arbeiter-Zeitung«, die täglich mit riesigen weißen Flecken erscheinen mußte.
- Gesetzwidrige Finanzmaßnahmen gegen die Gemeinde Wien, deren Aufbauwerk ernsthaft gefährdet wurde.
- Versammlungs- und Demonstrationsverbote, wobei das Verbot der 1.-Mai-Kundgebung als unfaßbare Provokation empfunden wurde, hatten sich doch Österreichs Arbeiter das Recht, am 1. Mai für ihre Forderungen zu demonstrieren, bereits in der Monarchie erkämpft.

Die Sozialdemokratie war weiterhin eine legale Partei, aber sie konnte sich nicht mehr oder nur in sehr beschränktem Umfang legal betätigen.

Warum wurde nicht früher gekämpft?

Wie reagierte die österreichische Sozialdemokratie auf die Bedrohung durch den immer aggressiver werdenden Faschismus? Zunächst versuchte sie — und das mit großem Erfolg —, alle demokratischen Möglichkeiten auszunützen, um noch stärker zu werden, um sich der absoluten Mehrheit im Parlament, den oft zitierten 51 Prozent, zu nähern.

Wer die Wahlstatistiken mit den politischen Ereignissen konfrontiert, wird zu der Erkenntnis kommen: *Nach den größten faschistischen Provokationen gab es die größten sozialdemokratischen Wahlsiege.* Mit der Waffe des Stimmzettels konnte diese immer stärker werdende Sozialdemokratie nicht geschlagen werden. Von entscheidender Bedeutung für den Aufstieg der Sozialdemokraten war das in aller Welt bewunderte Aufbauwerk der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung im Roten Wien. In der Bundeshauptstadt bewiesen die Sozialdemokraten, daß sie aufbauen und verwalten können. Was dieses Rote Wien nicht nur für die Wiener, sondern für alle österreichischen Arbeiter bedeutete, kann nur ermesen, wer den Bau von modernen Wohnungen für das Volk, die Errichtung von Schulen, Bädern und Kindergärten im Zusammenhang betrachtet mit dem wirtschaftlichen Niedergang im konservativ regierten Österreich.

Bei jeder Wahl in Wien gab es eine wilde Kampagne der bürgerlichen Parteien gegen die »Rathaus-Bolschewisten«. Aber das Ergebnis war stets das gleiche: Die überwältigende Mehrheit der Wähler bekannte sich zur sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung. Nicht zufällig forderte der Heimwehrführer Starhemberg bei der Türkenbefreiungsfeier 1933 Bundeskanzler Dollfuß auf, die »Rathaus-Bolschewisten« endlich zum Teufel zu jagen. Er wußte, daß die Wähler nicht bereit waren, diese Aufgabe zu erfüllen. Bereits früher hatte Starhemberg davon gesprochen, der Kopf des »Asiaten Breitner« müsse in den Sand rollen. Hugo Breitner war der meistgehaßte Politiker des Roten Wien. Er besteuerte die Reichen, um den sozial Schwachen zu helfen.

So glänzend sich die Sozialdemokraten auf dem demokratischen Kampfboden schlugen, so schwer fiel ihnen die Antwort auf die Frage: Was soll geschehen, wenn der Gegner im Sinne des Korneuburger Eides Gewalt anwendet und es daher den demokratischen Kampfboden nicht mehr gibt? Otto Bauer und andere Spitzenpolitiker der Sozialdemokratie erklärten, eine Konfrontation, die dem Volk unermeßliches Leid zufügen würde, mußte, wenn nur irgendwie möglich, verhindert werden. Ein größeres Unglück als ein Bürgerkrieg sei kaum vorstellbar. Sollte aber der Gegner trotz aller Warnung Gewalt anwenden, dann sei man in Übereinstimmung mit dem Linzer Programm bereit, auch den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Aber das könne nur der letzte Ausweg sein.

Diese Antwort entsprach den humanistischen Traditionen der Sozialdemokratie. Aber die sich daraus ergebende Praxis war verhängnisvoll und stieß auf wachsende Opposition in der Partei, im Schutzbund, in den sozialistischen Jugendorganisationen. Bedeutete doch diese Praxis ein ständiges Zurückweichen vor dem immer brutaler zuschlagenden Gegner und die Preisgabe einer Position nach dem anderen. Dieses ständige Zurückweichen schwächte und demoralisierte die eigenen Reihen.

Am schmerzlichsten wurde von den treuesten Anhängern der Sozialdemokratie das Zurückweichen im März 1933 empfunden, als Dollfuß das Parlament ausschaltete. Viele hatten gehofft, die Parlamentsauflösung werde mit einem Generalstreik und dem Kampf des Schutzbundes beantwortet werden. Aber im Parteivorstand wurde ein Antrag von Wilhelm Ellenbogen, der den Widerstand gegen die Parlamentsauflösung zum Inhalt hatte, von Otto Bauer nicht akzeptiert und von der höchsten Körperschaft der Partei abgelehnt.

In den Jahren der Illegalität ist diese Politik des Zurückweichens von den Revolutionären Sozialisten heftig kritisiert worden. Auch Otto Bauer hat sich dieser Kritik angeschlossen und es vor allem als Fehler bezeichnet, daß die Partei auf die Auflösung des Parlaments nicht mit Kampffaktionen geantwortet hat. Es drängt sich aber auch die Frage auf: Gab es damals wirklich nur die Alternative: zurückweichen oder bewaffneter Kampf?

Bei Diskussionen im Ausland wurde oft die Frage gestellt: Hätte die österreichische Sozialdemokratie nicht versuchen müssen, eine breite, das eigene Lager überschreitende Front der Verteidigung der Demokratie zu bilden? Schließlich gab es auch katholische Demokraten, wie beispielsweise den christlichen Arbeiterführer Leopold Kunschak, der vor dem Bürgerkrieg warnte.

Dieser Versuch einer gemeinsamen Front mit demokratischen Kräften aus dem katholischen Lager konnte nicht gelingen, weil in der Ersten Republik die katholische Kirche zu den unversöhnlichen Gegnern der Sozialdemokratie gehörte. Die seither eingetretenen Wandlungen haben auch die Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Kirche wesentlich verbessert.

Aber diese positive Entwicklung in der Zweiten Republik darf nicht dazu führen, die Rolle der Kirche in den zwanziger und dreißiger Jahren zu verschweigen oder zu beschönigen. Gläubige Katholiken und überzeugte Sozialisten sind in der Zeit der nazideutschen Fremdherrschaft im Widerstand gegen Hitler Kampfgefährten geworden. Manche von ihnen erlebten gemeinsam die Hölle eines Konzentrationslagers. Aber Anfang der dreißiger Jahre gab es diese Gemeinsamkeit noch nicht. Auch jene Katholiken, die den Austrofaschismus ablehnten, wie Leopold Kunschak, waren zu einer gemeinsamen Abwehrfront mit den Sozialdemokraten nicht bereit. Der bewaffnete Kampf, den Otto Bauer den Müttern des Landes und dem ganzen Volk ersparen wollte, war daher unvermeidlich. Die Irrtümer Otto Bauers entsprangen einer zutiefst menschlichen Gesinnung.

Die Wahrheit über den 12. Februar 1934

Vor und nach dem 12. Februar 1934 waren die engen Beziehungen zwischen Mussolini, dem faschistischen Diktator Italiens, und Dollfuß, dem Bundeskanzler des Verfassungsbruches, allgemein bekannt. Über die Einzelheiten dieser Beziehungen gab es aber nur Gerüchte. Oft wurde in den Kreisen verfolgter Sozialdemokraten die Hoffnung geäußert: Der Tag wird kommen, an dem die Archive geöffnet werden und die geschichtliche Wahrheit nicht länger unterdrückt werden kann. — 1949 erschien der Briefwechsel Mussolini—Dollfuß, dessen Echtheit nie bezweifelt wurde, in Österreich mit einem Vorwort des späteren Bundespräsidenten Adolf Schärf. Dieses schmale Büchlein sollte zur Pflichtlektüre für jeden Österreicher werden, der die Wahrheit über den 12. Februar 1934 erfahren will. Mit erfrischender Offenheit unterhalten sich Mussolini und Dollfuß über die Frage: Wie kann in Österreich so rasch wie nur möglich der Faschismus zur Macht kommen? Beide sehen in der Sozialdemokratie das große Hindernis.

Mussolini ebenso wie Dollfuß benutzten in ihren Briefen häufig die Worte Faschismus und faschistisch. Dieses sprachliche Moment ist deshalb von Bedeutung, weil eine von konservativer Seite verbreitete Legende noch immer leugnet, daß Dollfuß den Faschismus wollte. Er selbst war da freilich anderer Meinung. In etlichen Briefen versichert er dem faschistischen Diktator in Rom, daß in Wien alles geschieht, um auch Österreich faschistisch zu machen. Zwischen den Briefschreibern gibt es keine grundsätzlichen, sondern nur taktische Meinungsverschiedenheiten. Mussolini drängt auf den Staatsstreich, während Dollfuß seine »Salamitaktik«, die dem gleichen Ziel dient, verteidigt.

Der geheime Briefwechsel Mussolini—Dollfuß wurde im Laufe der Jahre durch weitere Dokumente ergänzt, die beweisen, wie stark der Einfluß des ausländischen Faschismus auf Österreich vor dem 12. Februar 1934 gewesen ist.

Am 11. Februar 1934 hielt Vizekanzler Fey, der den Heimwehrflügel in der Regierung Dollfuß vertrat, eine Rede, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Er feierte zunächst Engelbert Dollfuß, auf den sich die Heimwehr verlassen könne. Und dann fügte er die Ankündigung hinzu: »Im übrigen werden wir morgen an die Arbeit gehen.«

Die Nachrichten aus allen Bundesländern bestätigen, daß Fey es bitter ernst meinte. Überall gab es scheinbar legale und gesetzwidrige Aktionen gegen die Arbeiterbewegung. Die scheinbar legalen bestanden in Verboten, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen durch Polizei und Gendarmerie. Die gesetzwidrigen Aktionen waren geplante Überfälle der Heimwehr, die vom Staatsapparat gedeckt wurden. Am 3. Februar waren bereits die militärischen Führer des Republikanischen Schutzbundes verhaftet worden. Im Parteihaus in der Rechten Wienzeile fanden Hausdurchsuchungen statt, wobei auch die Schreibische immuner Abgeordneter aufgebrochen wurden.

In dieser Situation verlangten die Schutzbündler, unterstützt von Teilen der Partei und den sozialistischen Jugendorganisationen, in zunehmender Verzweiflung die Aufnahme des Kampfes, der nicht mehr vermeidbar war. Die Linzer Schutzbündler ließen Otto Bauer wissen, daß sie zurückschlagen werden, wenn versucht wird, ihnen die letzten Waffen zu nehmen. Der Linzer Schutzbundführer Bernaschek war fest davon überzeugt, daß die Drohung Feys ernstgenommen werden müsse. Man könne nicht mehr länger zurückweichen, und es sei auch sinnlos, auf eine Kompromißlösung zu hoffen.

Otto Bauer hatte zu diesem Zeitpunkt keine Illusionen mehr, aber noch immer moralische Bedenken. Erst wenn die Regierung die Ankündigung von Fey wahr mache, dürfe gekämpft werden, weil sonst die Sozialdemokratie in die Rolle des Angreifers gedrängt werden würde. Die Linzer warteten aber nicht. Sie leisteten Widerstand, als ihnen die Waffen, die sie im Hotel Schiff versteckt hatten, weggenommen werden sollten. Und sie lösten damit die Kämpfe auch im übrigen Österreich aus. Die austrofaschistische Propaganda hat damals und später diese Kämpfe als einen Putsch des Schutzbundes bezeichnet, dessen Ziel es war, ein bolschewistisches Regime in Österreich zu errichten. Es ist bemerkenswert, wie der Heimführer Ernst Rüdiger Starhemberg in seinen Memoiren, die wir bereits in anderem Zusammenhang zitiert haben, den Ausbruch der Kämpfe sieht:

»Aber ohne Rücksicht auf die möglichen politischen Konsequenzen fuhr der Minister Fey auf den Republikanischen Schutzbund wie ein Blitz aus heiterem Himmel nieder und begann mit der Waffensuche. Diese unprovokierte Maßnahme wirkte unvermeidlich wie eine Herausforderung.«

Und wie war das mit der bolschewistischen Gefahr, von der die Austrofaschisten sagten, sie müsse um jeden Preis abgewehrt werden? Dazu sagte Starhemberg in seinen Lebenserinnerungen:

»In der Vergangenheit mag es eine bolschewistische Gefahr in Österreich gegeben haben, oder besser gesagt, die Gefahr des Versuches einer Revolution der radikalen Sozialisten. Aber zu unserer Zeit konnte davon keine Rede mehr sein. Selbst die radikalsten sozialistischen Führer hätten sich nichts davon träumen lassen, eine Revolte gegen den Staat zu unternehmen oder eine sozialistische Diktatur aufzurichten.«

Unwiderrprochen wird hier von einem, der damals an der Spitze der Heimwehr stand, zu gegeben, daß alle gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe unberechtigt waren. Es ging den Austrofaschisten nicht um die Rettung Österreichs vor dem Bolschewismus, sondern um die lange geplante Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Hans-Gerd Hofschien und Michael Jung

Wirtschaftspolitische Alternativen vor Ort

Methodische Hinweise für die Erarbeitung regionaler und kommunaler Wirtschaftsprogramme

Redaktionelle Vorbemerkung

Mit dem *Sonderheft 4*, »Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr«, hat der spw-Verlag Berlin zum Jahresbeginn 1984 eine Dokumentation regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungsprogramme aus den Parteibezirken Hamburg, Ostwestfalen-Lippe, Bremen, Berlin/West und Hessen vorgelegt, die durch mehrere Diskussionsbeiträge aus Gewerkschaft und Partei eingeleitet werden.*) Im Zusammenhang mit dieser Buchveröffentlichung geben folgend zwei Mitautoren des Hamburger und Bremer Programms einige methodische Hinweise zur Erarbeitung regionaler Wirtschaftsprogramme. Autoren und Redaktion hoffen somit eine weitere Anregung für die Entwicklung alternativer Wirtschaftspolitik »von unten« zu geben.

Die Redaktion

1. Zur Notwendigkeit regionaler/kommunaler Alternativprogramme

Seit 1975 liegen mit den jährlich veröffentlichten Memoranden der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« grundlegende Konzepte für eine alternative, arbeitnehmerorientierte Wirtschaftspolitik vor, deren Forderungen auf kurz- und mittelfristige Strategien zur Krisenbekämpfung zielen.¹

»In den verschiedenen 'Memoranden' ... werden drei Arten von Forderungen aufgestellt. Es wird gefordert: 1. *kurzfristig* bestimmte traditionelle wirtschaftspolitische Instrumente zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage einzusetzen (mehr Staatsaufträge und mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst, also rein keynesianische Forderungen) und die Arbeitszeit zu verkürzen;

2. *gleichzeitig* zusätzliche administrative Maßnahmen durchzuführen, die den Zweck der Nachfragemulierung und Arbeitszeitverkürzung, nämlich eine relevante Steigerung der Beschäftigung herbeizuführen, gegenüber bestimmten — zum Teil neuen — Gegenstrategien des Kapitals sichern sollen (Kapitalexportkontrollen, Auflagen, Preiskontrollen, Rationalisierungsschutz usw.);

3. *mittel- und langfristig* gesellschaftliche Planungs- und Lenkungsprozesse und -institutionen neben und gegen die Entscheidungsprozesse und -zentren der Privatwirtschaft durchzusetzen und damit den erneuten Krisengefahren gegenzusteuern, die sich ergeben, wenn die belebenden Wirkungen der kontrollierten Nachfrageexpansion nachgelassen haben (Ausweitung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, gesellschaftliche Rahmenplanung, Wirtschafts- und Sozialräte, Vergesellschaftung).«²

Diese Konzepte sind von der Memorandum-Gruppe bislang nur für die gesamtstaatliche Ebene vorgelegt worden. Das ist unter dem Gesichtspunkt kritisiert worden, daß nicht nur die gesamtstaatlich agierenden Kräfte (wie etwa SPD und DGB) Adressaten für die Aufnahme der Alternativforderungen sein sollten, sondern auch die dezentralen Basis-Bewegungen und Bürgerinitiativen, die nur über die Berücksichtigung von Branchen, Regional- und Kommunalaspekten zu erreichen seien.³ Mit der Behandlung der — besonders in re-

* Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr, Sozialdemokratische Konzepte für Vollbeschäftigung und Lebensqualität, spw-Verlag, Sonderheft 4, Berlin/West 1984, 216 S.

gionalen Rahmen relevanten — Stahl- und Schiffbaukrisen und der kommunalen Finanzen im »Memorandum '83« wurde dezentralen Aspekten zwar mehr Aufmerksamkeit gewidmet, detaillierte regionale (oder gar kommunale) Analysen und Alternativkonzepte fehlen von dieser Seite noch, während einzelne DGB-Kreise (meist in Kooperation mit örtlichen Hochschulen)⁴, alternative und grüne Gruppierungen⁵, sowie Juso- und SPD-Gliederungen⁶ erste regionale Forderungsprogramme entwickelt haben, die sich in unterschiedlichem Maße auf die Grundposition der »Memorandum-Gruppe« beziehen. Für ein solches Vorhaben sprechen sowohl theoretische wie unmittelbar praxisbezogene Gründe:

Erstens liegen sie in der wirtschafts- und sozialpolitischen Bedeutung der Kommunen.

Die *ökonomische Bedeutung* der kommunalen Gebietskörperschaften ist erheblich. Sie tätigen rund zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen; sie sind mit fast 1 Mill. Beschäftigten (einschließlich der kommunalen Wirtschaftsunternehmen) nach den Ländern (mit 1,5 Mill. Beschäftigten) die größten öffentlichen Arbeitgeber.⁷ Ihre Unternehmen besetzen Schlüsselstellungen in struktur- und regionalpolitisch wichtigen Bereichen wie Versorgungswirtschaft, Nahverkehr, Entsorgung und Wohnungsbau. Sie sind über die Sparkassen im Bankwesen engagiert. In vielen Städten betreiben sie Verkehrsanlagen wie Häfen und Flughäfen und sind an gewerblichen Unternehmungen beteiligt.

Auch die *sozialpolitische Bedeutung* der Kommunen ist beträchtlich. Wichtige Transferleistungen wie die Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz, die Kriegsoferversorgung, die Jugendhilfe und das Wohngeld müssen von den Kommunen aufgebracht werden. Dabei hat die arbeitsmarktbedingte Expansion der Sozialhilfe dazu geführt, daß diese bereits allein rund 50% der kommunalen Sozialausgaben beträgt. 1980 haben die Kommunen 24,5 Mrd. DM netto für die soziale Sicherung aufgewendet (zum Vergleich: Die Ausgaben des Bundes im Ressort Arbeit und Soziales betrug in jenem Jahr 48 Mrd. DM). 1982 betrug der Anteil der Sozialausgaben an den Gemeindehaushalten 12,1%⁸ Die Kommunen errichten und betreiben die meisten und wichtigsten Sozialeinrichtungen (Altenheime, Jugendheime, Familienberatung, etc.) und sind an der Finanzierung und Verwaltung der Krankenhäuser maßgeblich beteiligt.

Ferner haben die *Aufgaben der Gemeinden in den übrigen Infrastrukturbereichen*, besonders im Schul- und Bildungswesen, in der Kulturpolitik, im Sport- und Freizeitbereich, in der allgemeinen Verwaltung und der Stadtplanung, sowohl eine hohe Investitions- und Beschäftigungsrelevanz als auch eine unmittelbare Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit den entsprechenden Einrichtungen und Dienstleistungen.

Zweitens sind die Kommunen in besonderem Maße von der Krise und der gegenwärtigen kapitalorientierten Spar- und Umverteilungspolitik betroffen.

Die Krise und die hohe Arbeitslosigkeit vergrößern die kommunalen Sozialausgaben und verringern gleichzeitig die Steuereinnahmen, die hochgradig konjunkturabhängig sind wie Gewerbesteuern und der Einnahmesteueranteil. Während die gemeindlichen Gesamtausgaben von 1970 bis 1983 lediglich um 250% stiegen, wuchsen die kommunalen Sozialausgaben in diesem Zeitraum um 450%.⁹ Der Abbau der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der »Operationen 82 und 83« (Verringerung der Anspruchsberechtigten, zeitliche und volumenmäßige Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe) bewirken eine Vermehrung der Sozialhilfefälle. Auch viele der übrigen Sparmaßnahmen, sowie das neue Mietrecht, das die Wohngeldtats belastet und in steigendem Maße Kosten für die Unterbringung zwangsgeräumter Mieter verursacht, gehen zu Lasten der Kommunen. Al-

lein die »Operation 82« hat Mehraufwendungen von 800 Mio. DM bei der Sozialhilfe hervorgerufen.¹⁰

Durch die diversen Steuerreformen der letzten Jahre (z.B. Senkung der Gewerbesteuer-einnahmen durch erhöhte Freibeträge, Abschaffung der Lohnsummensteuer) sind die kommunalen Steuereinnahmen vermindert worden, während der Bund gleichzeitig weitere Soziallasten (z.B. in Form der 50%igen Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Arbeitslosenhilfe) auf die Kommunen abwälzt. Die Steuerverteilungspolitik zugunsten des Großkapitals durch Abschaffung, bzw. Veränderung gemeindlicher Steuern und die Einführung weiterer Steuersubventionen für Unternehmen und Großverdiener reduzieren ebenfalls die kommunalen Steueraufkommen (z.B.: Senkung der Grunderwerbsteuer von 7% auf 2% bei Wegfall der Befreiungsmöglichkeiten für kleine Baugrundstücke, Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude im Rahmen der Haushaltsoption '82 mit daraus folgender Minderung des Einkommens- und Körperschaftsteueraufkommens, an dem die Kommunen mit 14% beteiligt sind). Konsequenz dieser Maßnahmen ist die wachsende Abhängigkeit der Kommunen von zweckgebundenen Finanzaufweisungen der Länder und des Bundes (1982 schöpften die Gemeinden nur rund 30% ihrer Einnahmen aus Steuern, ca. 20% aus Gebühren und 27% aus Finanzaufweisungen)¹¹, was die Handlungsspielräume der Kommunen natürlich weiter einschränkt.¹² Diese Handlungsspielräume sind durch das Stabilitätsgesetz und die beim Bund liegende Gesetzgebungshoheit für die meisten Steuern und die Sozialausgaben bereits erheblich eingeengt.

Die Folgen dieser Klemme aus sinkenden Einnahmen und steigenden Sozialausgaben ist die Zerrüttung der Gemeindefinanzen, die diese durch eine rigorose Sparpolitik zu bewältigen versuchen, zumal ihnen durch die Hochzinspolitik der letzten Jahre der Weg weiterer Verschuldung (der auch gesetzlich eingeschränkt ist) als nicht gangbar erscheint. Da die gesetzlich fixierten, in der Krise expandierenden Teile der Sozialausgaben nicht gekürzt werden können, werden alle übrigen (»freiwilligen«) Sozialleistungen beschnitten, Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, die investiven Ausgaben gekürzt und Gebühren und Tarife erhöht. Daß sich dieses prozyklische Verhalten nachfragevermindernd und damit krisenverschärfend auswirkt, liegt auf der Hand. Die kommunale Sparpolitik bietet daher keine Lösung der Finanzklemme, sondern verschärft diese noch, indem sie eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit bewirkt. Die Konsequenz sind weitere verminderte Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben. Eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik muß zu dieser krisenverschärfenden Sparpolitik der Gemeinden Alternativen entwickeln und Konzepte für deren Finanzierung erarbeiten.

Drittens hat Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Gemeinden die größte Bürgernähe.

Kommunale Sparpolitik schlägt sich — durch Kürzung von Sozialleistungen und Gebührenanhebungen — unmittelbar im Einkommen und im Lebensstandard der abhängig Arbeitenden, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger nieder oder wird durch die Reduzierung öffentlicher Dienstleistungen erfahrbar. Kommunale Wirtschaftspolitik wird mit ihren Erfolgen und Mißerfolgen (etwa bei der Industriensiedlung, der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, der Verteidigung industrieller Standorte) von den Betroffenen direkt wahrgenommen (bisweilen allerdings auch in ihrer Reichweite überschätzt). Diese hohe Betroffenheit erhöht die Chancen für die Durchsetzung alternativer Konzepte. Bürgerinitiativen, Gewerkschafts- und Parteigliederungen haben größere Einwirkungsmöglichkeiten auf die örtliche Politik und Verwaltung als auf die zentralstaatliche Ebene. Angesichts

der Problemlagen in den Kommunen wachsen Protestbewegungen, sei es, daß sie sich gegen die unsoziale Roststiftpolitik richten, sei es, daß sie in betrieblichem Rahmen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Rationalisierungsfolgen angehen. Ihnen fehlen meist regionale Analysen und darauf aufbauende Alternativkonzepte, aus denen konkrete Forderungen für die außerparlamentarischen Bewegungen gegen die Krisenpolitik zu gewinnen wären.

Für die innerparteiliche Auseinandersetzung in der SPD haben solche kommunalen/regionalen Programme ebenfalls große Bedeutung, weil sie den angeblichen »Sachzwängen« der marktwirtschaftlich fixierten Sparpolitiker konkrete, finanzierbare Alternativen gegenüberstellen, die nicht erst nach einer Systemänderung, sondern hier und jetzt umsetzbar sind. Allerdings wird die Auseinandersetzung um solche Alternativen vor Ort auch die Einsicht in die kapitalistischen Ursachen der Krise und die Notwendigkeit einer neuen ökonomischen Logik befördern. Je konkreter solche Forderungsprogramme sind, je näher sie die Probleme der Region erfassen, desto größer wird die Bereitschaft in Partei, Gewerkschaften und Bevölkerung sein, sich für eine alternative Wirtschaftspolitik gegen die kapitalorientierten Krisenstrategien einzusetzen.

2. Zur Zielsetzung kommunaler/regionaler Alternativkonzepte

Kernstück eines regionalen/kommunalen Alternativkonzepts muß die Forderung nach einem *regionalen/kommunalen Investitions- und Beschäftigungsprogramm* sein.

Bei der Erarbeitung eines solchen Programms müssen folgende grundlegenden Fragestellungen beantwortet werden:

- in welchen Bereichen soll zusätzlich investiert werden,
- wie kann ein solches Programm finanziert werden,
- welche Arbeitsmarkteffekte können mit welchen Mitteln und Maßnahmen erreicht werden.

Allgemein lassen sich folgende *Kriterien für die Auswahl der Projekte* bei einem kommunalen Beschäftigungsprogramm im Rahmen alternativer Wirtschaftspolitik angeben:

- Deckung dringenden gesellschaftlichen Bedarfs, der nicht durch entsprechende private Produktion abgedeckt wird,
- Beseitigung konkreter Mangelsituationen,
- ökologische Notwendigkeit oder zumindest Unbedenklichkeit,
- Höchstmaß an zusätzlichen Arbeitsplätzen für die jeweilige Region/Kommune,
- Möglichkeiten der Leistungserstellung durch öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen,
- Finanzierung durch Eigenmittel/Verschuldung der öffentlichen/gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Haushaltsumschichtungen mit dem Ziel höchster Ausgabeneffizienz (je nach Verwendungsbereich hat eine Ausgabemark unterschiedlich hohe Kreislaufeffekte), Haushaltsmehreinnahmen durch gezielte, sozial gerechte Gebühren-/Kommunalsteuererhöhungen, Prüfung der Einführung neuer kommunaler Steuern, öffentliche Neuverschuldung, Forcierung der Steuereintreibung, Unterbindung der Steuerhinterziehung durch vermehrte Betriebsprüfungen,
- schnellerer Realisierungsbeginn, um die derzeitige Arbeitslosigkeit zu mindern.

Betätigungsfelder für ein kommunales Beschäftigungsprogramm sind:

- Wohnungsbau und Stadtsanierung,
- Entwicklung und Durchsetzung regionaler Energieversorgungskonzepte mit dem Schwerpunkt Energieeinsparungsmaßnahmen, Fernwärmeausbau, Energiesanierung

(Wärmedämmmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Aufbau von Nahwärmenetzen auf der Basis kleiner gasmotorischer Blockheizkraftwerke),

- Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Personalnahverkehrs,
- Verkehrsberuhigungs- und Lärmschutzmaßnahmen,
- Übernahme von Wartung und Instandsetzung öffentlicher Anlagen in Eigenregie
- Aufbau/Wiederaufnahme der Eigenproduktion von Vorlieferungen für öffentliche Investitionen und Leistungen.

So eröffnet sich ein breites Untersuchungsfeld, auf dem zahlreiche bisher nicht ausgenutzte Handlungsspielräume für kommunalpolitische Wirtschaftsaktivitäten sichtbar werden. Solche Untersuchungen können durchsetzungsfähige Alternativen zur kommunalpolitischen Tristesse immer neuer Sparrunden und einer sich im Kreise drehenden Sachzwangdiskussion aufzeigen.

3. Die beschränkte Reichweite alternativer kommunaler Wirtschaftsprogramme und ihre möglichen politischen Auswirkungen

Am Beispiel der Energiepolitik wird deutlich, welche Interessen sich bis auf die kommunale Ebene artikulieren, mit welchen Widerständen eine gegen die Konzerne gerichtete kommunale Energiepolitik zu rechnen hat (wenn sich die Stadtwerke einmal von einer Rolle als besserer Sachwalter der Monopolinteressen weg und hin zu einer aktiven Energieeinsparungspolitik bewegt haben) und welche engen Grenzen einer *eigenständigen* gewerkschaftlichen oder linkssozialdemokratischen Kommunalpolitik gesetzt sind. Als handlungs- und wirksamkeitsbegrenzende Faktoren für ein kommunales Beschäftigungsprogramm können benannt werden:

- der sehr enge Gesetzgebungsspielraum der Länder und Kommunen im steuerlichen Bereich,
- die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank, die von kommunaler Ebene kaum zu beeinflussen ist,
- die regionale Mobilität der Unternehmen, die eine linke Wirtschaftspolitik unterlaufen kann (Gewerbesteuerkonkurrenz),
- »Importe« aus anderen Regionen schwächen die Wirkung kommunaler Beschäftigungsprogramme ab, d.h. die im Rahmen eines kommunalen Beschäftigungsprogramms verausgabten Mittel fließen in andere Regionen ab, wenngleich durch eine gezielte Auftragsvergabe an ortsansässige Unternehmen diese Wirkung abzuschwächen ist,
- bedürfen inselartige Beschäftigungsprogramme der Koordination mit dem Umland (Nachbargemeinden und Länder), damit ihre Wirkung nicht verpufft und nicht kostspielige Infrastrukturgroßprojekte (Hafenausbau, Messe-/Kongreßzentren usw.) in Konkurrenz realisiert werden und anschließend unterausgelastet Denkmäler verfehlter kommunaler Strukturpolitik darstellen.

Die realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen möglicher kommunaler Beschäftigungsprogramme ist notwendig, um falsche Erwartungen zu verhindern. Trotz aller Einschränkungen ist die Erarbeitung kommunaler Alternativen zur vorherrschenden Wirtschaftspolitik in der Lage, eine ganze Reihe von politischen Prozessen in Gang zu setzen, die die Mühe, die mit der Erarbeitung solcher Programme verbunden ist, wert sind. So kann es gelingen:

- herkömmliche Diskussions- und Entscheidungsstrukturen aufzubrechen und den scheinbar neutralen und »wohlfundierten Sachverstand« von Behörden und Stadtwer-

- ken in Frage zu stellen und sie zur Befassung mit Alternativen z.B. im Energieverbrauch zu zwingen.
- Betroffene für ihre Interessen zu engagieren, ihnen zu helfen ihre Bedürfnisse zu artikulieren, ihren Sachverstand zu mobilisieren und die Durchsetzungswahrscheinlichkeit von Alternativen zu erhöhen,
 - die politische Diskussion in der SPD und in den örtlichen Gewerkschaften zu intensivieren und auch prinzipielle Fragen der Krise des Kapitalismus, Verstaatlichung, kommunale Abhängigkeiten zu thematisieren, um den Boden innerparteilich für notwendige grundlegende wirtschaftspolitische Diskussionen zu bereiten,
 - die Systemwidersprüche aufzuzeigen und daran weitergehende Forderungen zu entwickeln,
 - brachliegende Qualifikationen von Parteimitgliedern, Bürgern und Initiativen zu nutzen und weiterzuentwickeln (z.B. könnten aus solchen Diskussionen Initiativen für konkrete alternative Energieprojekte entstehen usw.),
 - und nicht zuletzt über die wiedergewonnene Attraktivität der politischen Arbeit in der Partei- bzw. Jusoorganisation diesen neue Mitglieder und Sympathisanten zuzuführen.

4. Die Erarbeitung von Grundlagen für ein Programm alternativer kommunaler Wirtschaftspolitik

Selten gibt es für ein solches zu erarbeitendes Programm direkt verwendbare Vorbilder, vielfach liegen nur begrenzt für die jeweilige kommunale Situation brauchbare Ansätze vor, die in einem anderen politischen Zusammenhang entstanden sind. Daher wird es zuerst Aufgabe sein, eine gründliche Analyse der jeweiligen kommunalen/regionalen Wirtschaftssituation durchzuführen und dafür Stück für Stück die notwendigen Daten zusammenzutragen. Dazu kann die folgend dokumentierte Anlistung (siehe Anlage) einige Hilfestellungen leisten. Anschließend sind Fragestellungen zu erarbeiten, wobei es anfangs sinnvoll sein kann, je nach vorhandener Arbeitskapazität, sich auf wenige Fragestellungen zu begrenzen und diese schrittweise auszuweiten. Es kann aber auch empfehlenswert sein, sich zuerst eine Gliederung für ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und dann die Einzelteile nach und nach zu ergänzen. Nach erstem Modell wurde in Hamburg bei der Erarbeitung des »Eimsbütteler Programms für eine Alternative Wirtschaftspolitik« vorgegangen. Vorhandene Ausarbeitungen zum Thema Werften und Schiffbaupolitik sowie zur Fernwärme in Hamburg waren Ausgangspunkt für die Erarbeitung des Gesamtprogramms, zu dem die Haushaltsberatungen der »Operation '82« den Anlaß gaben.

Den zweiten Weg wählten die Bremer Jungsozialisten, die in ein fertiges Gliederungskonzept nach und nach die einzelnen Fachausarbeitungen einbezogen.

Es ist sinnvoll, zur Erstellung eines solchen Alternativkonzeptes auf Juso- oder Parteiebene einen ständigen Arbeitskreis einzurichten und in dessen Arbeit möglichst von Anfang an Fachleute aus Gewerkschaften, Hochschulen und Verwaltung, die den Grundsatz alternativer Wirtschaftspolitik teilen, einzubeziehen. Ein Blick in die Unterzeichnerliste des »Memorandum 83«¹³ zeigt, daß dafür in allen Regionen Ansprechpartner vorhanden sind. Der eigene Anspruch an solche Alternativprogramme darf indessen nicht zu hoch geschraubt werden. Weder ist es möglich, in diesem Rahmen wissenschaftlich abgesicherte Ergebnisse zu erarbeiten, noch wird man in allen Details mit den Verwaltungen und ihrem überlegenen Informationsstand mithalten können. Es geht vielmehr um das Aufzeigen eines prinzipiell anderen, realisierbaren Weges kommunaler Wirtschaftspolitik, der

natürlich stimmig und fundiert sein muß, um der politischen Diskussion standzuhalten. Diese Diskussion um eine arbeitnehmerorientierte kommunale und regionale Wirtschaftspolitik herbeizuführen, wäre bereits ein Erfolg solcher Bemühungen. In der folgenden Anlage wollen wir übersichtsartig einige praktische Hinweise für die Material- und Datenbeschaffung, für wichtige Fragestellungen bei der Untersuchung, für etwaige Arbeitsergebnisse und Wege der politischen Arbeit mit ihnen geben.

5. Praktische Hinweise für die Erstellung und Diskussion eines örtlichen/regionalen Programms alternativer Wirtschaftspolitik

1. Materialbeschaffung

	Was?	Wo?
1.1	Wirtschaftszahlen der Stadt (Beschäftigte nach Branchen, Geschlecht, Alter usw.) Beschäftigungsentwicklung der Branchen über einen längeren Zeitraum (Industrie, Gewerbe, Handwerk, Dienstleistung, öffentlicher Dienst)	Stat. Amt der Stadt, Wirtschaftsförderungsämter, ggfs. Wirtschaftsberichte der lokalen Sparkassen
1.2	Beschäftigungsentwicklung örtlicher Großbetriebe in priv. und öffentlichen Besitz (d.h. incl. Bahn und Post)	Geschäftsberichte dieser Unternehmen
1.3	Umsätze und Investitionen nach Branchen	Stat. Ämter
1.4	Einwohnerentwicklung der Stadt/des Landkreises. Zahl, Alter, Geschlecht, Verteilung auf Stadtteile, Wanderungsbewegungen usw.	Stat. Ämter der Stadt und teilweise auch des Kreises oder des Landes
1.5	Beschäftigte, Umsatz, Dienstleistungsangebot aller öffentlichen Betriebe incl. der Stadtwerke, Schlachthöfe usw.	Geschäftsberichte dieser Unternehmen, und oder stat. Ämter, Haushaltsunterlagen der Gemeinde usw.
1.6	Wirtschaftsförderungsleistungen -angebote von Stadt/Landkreis	Wirtschaftsförderungsämter
1.7	Infrastruktureinrichtungen der Stadt/Landkreis (Theater, Schulen, Schwimmbäder, Spielplätze, Grünanlagen, Turnhallen/Sportplätze, Jugendzentren usw.)	Stat. Ämter, bzw. Infohefte der Städte/Gemeinden
1.8	Arbeitslosenzahl nach Beruf, Alter, Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, Qualifikation	zuständiges Arbeitsamt
1.9	Haushaltsplan und Mittelfristige Finanzplanung der Stadt/Gemeinde	SPD-Abgeordnete im Haushaltsausschuß der Stadt
1.10	Verschuldungssituation der Kommune(n)	Haushaltspläne (in den Stadtbibliotheken erhältlich) Statistische Jahrbücher bzw. Publikationen kommunalwirtschaftlicher Vereinigungen.

2. Fragestellungen

- 2.1 Wie hat sich die Stadt wirtschaftlich entwickelt (Beschäftigte, Industrie, Handwerk, einzelne Branchen, Zu-/Abwanderung von Industriebetrieben, Errichtung/Vernichtung von Arbeitsplätzen, wann, wo, welche Branche usw.)?
- 2.2 Arbeitsplatzentwicklung im öffentlichen Sektor (welche Bereiche: Schule, Verwaltung, Polizei, öff. Unternehmen)
- 2.3 Struktur und Entwicklung kommunaler Investitionen (Straßen und Wohnungsbau, Umweltschutz, Industrieansiedlung usw.)
- 2.4 Aufwendungen der Gemeinde für Sozialhilfe, Steigerungsraten, Struktur der Sozialhilfeempfänger, Nichtseßhaftenquote usw.
- 2.5 Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen nach Steuerarten, Zuweisungen des Bundes, Einzahlungen/Einnahmen aus dem Finanzausgleich, Höhe der Steuerrückstände, Hebesatzentwicklung kommunaler Steuern im Vergleich, Spielräume zur Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer usw.
- 2.6 Maßnahmen und Instrumente der kommunalen Wirtschaftsförderung
- 2.7 Wie und wo wurde ein Abbau öffentlicher Dienstleistungen vorgenommen (Verringerung von Öffnungszeiten, schlechterer Service, Unterlassung von Reparatur-/Wartungsarbeiten, Kürzung von Zuschüssen für Jugendzentren und Kultureinrichtungen)?
- 2.8 Leistungskürzungen/-verteuerungen öffentlicher Unternehmen (Verkehrsbetriebe, Energieversorgungsunternehmen, Wasser, Siel, Müllabfuhr usw.)
- 2.9 Wer versorgt die Stadt mit Energie, zu welchen Preisen (Tarifstruktur) und zu welchen Bedingungen für die Stadt (Konzessionabgabe)?
- 2.10 Gibt es ein kommunales Energieversorgungskonzept für alle Energieträger (nicht nur einen Absatzplan für die Stadtwerke)?
- 2.11 Struktur, Arten und Höhe öffentlicher Gebühren, welche können ohne negative soziale Auswirkungen erhöht werden?
- 2.12 Wo und welche Dienstleistungen werden durch öffentliche Unternehmen erbracht, bzw. sollten durch sie erbracht werden (Entsorgung, Reinigungsarbeiten usw.)?
- 2.13 In welche Richtung lassen sich Aufgabengebiete und Dienstleistungsangebote der öffentlichen Unternehmen erweitern (z.B. Energieeinsparungsberatung und Durchführung von Wärmedämm-Maßnahmen durch die Stadtwerke usw.)?

3. Arbeitsergebnisse

- 3.1 Kritische Aufarbeitung der städtischen/regionalen Wirtschaftspolitik
- 3.2 Kritik der kommunalen Haushaltspolitik
- 3.3 Vorschläge zur Erhöhung der kommunalen Einnahmen
- 3.4 Alternativen zur kommunalen Sparpolitik und Investitionstätigkeit
- 3.5 Alternativen zur kommunalen Wirtschaftsförderung
- 3.6 Politische Mitarbeit an der Erstellung eines regionalen Energieversorgungskonzeptes
- 3.7 Erarbeitung eines alternativen Investitionsprogrammes (Prioritätssetzung, Geldaufwand im Verhältnis zum Projektnutzen, Arbeitsplatzeffekte für Stadt/Region/Bund usw.)

4. Politische Umsetzung

- 4.1 Initiierung einer Diskussion über das Alternativkonzept in den Gliederungen der SPD
- 4.2 Erstellung von Musteranträgen für Parteigremien (Ortsvereine, UBs, Fraktionsausschüsse, etc.)

- 4.3 Öffentliche Diskussion des alternativen Wirtschaftskonzepts mit Gewerkschaften, Kommunalparlamentariern, Kommunalverwaltungen, außerparlamentarischen Initiativen, Jugendverbänden, Betriebs- und Personalräten
- 4.4 Aufbereitung des Konzepts einer alternativen regionalen Wirtschaftspolitik als Argumentationshilfe und Forderungskatalog für Gewerkschaften und Bürgerinitiativen
- 4.5 Initiierung von außerparlamentarischen Initiativen gegen die Sparpolitik, bzw. gegen konkrete Maßnahmen, wie z.B.
- Personalabbau oder Stellenstop im öffentlichen Dienst
 - Verschlechterung von öffentlichen Dienstleistungen
 - unsoziale Gebührenerhöhungen
 - unsinnige und unkontrollierte Unternehmenssubventionen
 - Privatisierung öffentlicher Leistungen/Unternehmen
- Für die Durchführung außerparlamentarischer Aktivitäten, die möglichst von breiten Bündnissen der Betroffenen getragen werden sollten, sind die Termine der Haushaltsberatungen in den kommunalen bzw. Landesparlamenten besonders geeignet.

Anmerkungen

- 1 Zur Bibliographie der bisher erschienenen Memoranden und Sondermemoranden siehe: Memorandum '83. Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung — Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Köln 1983, S.398.
- 2 Jörg Hufschmidt, Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung? In: Alternative Wirtschaftspolitik. Methodische Grundlagen, Analysen und Diskussionen (= Argument-Sonderband AS 35), Berlin-West 1979, S.93.
- 3 Vgl.: Dieter Eißel, Zielsetzungen und Probleme der Formulierung und Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik. Zur politischen Funktionsbestimmung der Memorandum-Gruppe, in: Alternative Wirtschaftspolitik 2. Probleme der politischen und ökonomischen Durchsetzung (= Argument-Sonderband AS 52), Berlin-West 1980, S.41.
- 4 Vgl. dazu: Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen, Industrielle Arbeitnehmer im Schwalm-Eder-Kreis 1 und 2 (= Schwalm-Eder-Studie 4 und 5), Marburg/Lahn 1980; Regionalanalyse Bielefeld, die vom dortigen DGB-Kreis in Zusammenarbeit mit Einzelgewerkschaften und der Universität erarbeitet wurde: »Arbeiten in Bielefeld — Probleme, Perspektiven, Forderungen aus Arbeitnehmersicht«. Vgl. dazu: Bernhard Pollmeyer, Willi Vogt, Regional- und Strukturanalyse Bielefeld: Der DGB macht den ersten Schritt zur überbetrieblichen Mitbestimmung, in: Die Mitbestimmung, Heft 3/1983, S.134ff.
- 5 Vgl. dazu: AG Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen (Hrsg.), Krise ohne Alternativen? Bremen o.J. 1983; Betrieblich-Alternative-Liste (Hrsg.), Programm für Bremen, Bremen o.J. 1983; Bunte Liste Bielefeld (Hrsg.), Programm, 4. Aufl., Bielefeld 1980. Das Programm der GAL Hamburg stützt sich in weiten Teilen auf das »Eimsbütteler Papier« der SPD.
- 6 Vgl.: Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr, Sozialdemokratische Konzepte für Vollbeschäftigung und Lebensqualität, spw-Sonderheft 4, spw-Verlag, Berlin-West, 1983.
- 7 Memorandum '83, a.a.O., S.340 und 362.
- 8 Vgl. ebenda, S.344ff.
- 9 Ebenda.
- 10 Ebenda S.346. Zur Sparpolitik vgl.: Gert Hautsch, Operation '82, '83, usw. Sozialer Besitzstand wird amputiert, Frankfurt/M., 1982.
- 11 Memorandum '83, a.a.O., S.380 (Tabelle 4, prozentuale Berechnung durch die Verfasser).
- 12 Vgl.: Dieter Eißel und Heinz Zielinski, Staatliche Ausgabenpolitik gegen kommunale Handlungsfähigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/1981, S.849ff.
- 13 Memorandum '83, a.a.O., S.29ff.

Entwicklungsperspektiven und Probleme der Friedensbewegung*

1. Aufrüster und Raketenbefürworter haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Ihr politisches Kalkül, die Sowjetunion zur Fortsetzung der Genfer Verhandlungen zwingen zu können, ist nicht aufgegangen, ihre Hoffnung, die Friedensbewegung werde nach der Bundestagsentscheidung und dem Stationierungsbeginn auseinanderbrechen oder sich auf Nebenkriegsschauplätze (von den Gegenmaßnahmen der Warschauer Vertragsorganisation bis zur Forderung »Raus aus der NATO!«) abdrängen lassen, hat sich zerschlagen. Weder hat die Friedensbewegung eine »Denkpause« eingelegt, noch ist sie in Torschlußpanik geraten: Kurzschlußreaktionen sind ebenso ausgeblieben wie längerfristige Resignationstendenzen. Vielmehr machten Vorbereitung und Verlauf der ersten nationalen Widerstandstage (12.12.1983, 30.1.1984) Mut für weitere Protestaktionen.

2. Wenn man bedenkt, daß die Bundesregierung auf einem zentralen, nämlich dem sicherheitspolitischen Gebiet, in eine Minderheitsposition geraten, die Friedensliebe der westlichen Führungsmacht durch Erstschlagspläne des Pentagon ins Gerede gekommen und die Konsensfähigkeit nach außen (Westintegration, US-Hegemonie, Frontstellung gegenüber der UdSSR) brüchig geworden ist, war der Stationierungsbeginn kein triumphaler Erfolg, sondern ein Pyrrhussieg der Rechtskräfte. Die Regierung Kohl/Genscher ist nicht zuletzt deshalb weniger stabil als die sozial-liberale Koalition bis kurz vor deren Sturz, weil ihre Möglichkeiten zur Integration der Friedensbewegung geringer, aber auch die Reichweite und der Wirkungsgrad staatlicher Repressionsmaßnahmen begrenzt sind. Um den »gesellschaftlichen Grundkonsens« aufkündigen und die Machtfrage stellen zu können, müßte die Friedensbewegung mit der Arbeiterbewegung verknüpft, das Klassenbewußtsein der Werktätigen stärker entwickelt und ihre Kampfbereitschaft nicht durch die Wirtschaftskrise geschwächt sein. Deshalb darf die Friedensbewegung ihre Kräfte nicht überschätzen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Wunderdinge erwarten, sondern muß sich realistische Ziele setzen.

3. Die Friedensbewegung hat eine Niederlage erlitten, ohne geschlagen und gescheitert zu sein. Ihr Haupterfolg besteht darin, das Problem der Kriegsverhütung zum beherrschenden Diskussionsthema gemacht, ein breites Protestbündnis im Kampf gegen die Raketenstationierung geschmiedet, Millionen Menschen dafür mobilisiert und die SPD als größte Mitgliederpartei der BRD durch Massen- und Basisdruck »umgedreht«, auf ihre Seite gezogen, aber auch Fuß im Gewerkschaftsbereich gefaßt zu haben. Organisch gewachsen, ist die Friedensbewegung binnen kurzem in bisher eher »unpolitische« Bevölkerungskreise (Kirchen) eingedrungen und zur größten Bürgerinitiative der Geschichte ausgebaut worden.

4. Nach einer Niederlage gibt es drei Möglichkeiten: Man kann in den Forderungen zurückstecken, an der Ausgangslosung festhalten oder mit weitergehenden Zielsetzungen die Flucht nach vorn antreten. Auf die Friedensbewegung übertragen hieße das, nur noch geringere Rüstungsausgaben auf ihre Fahnen zu schreiben, den Minimalkonsens der Raketenablehnung beizubehalten oder den NATO-Austritt der BRD zu verlangen. So richtig es

* Der Beitrag basiert auf Thesen, die der Verfasser auf dem Friedenskongreß der Sozialwissenschaftler am 4./5. Februar 1984 an der Universität Karlsruhe vortrug.

war, die Raketenfrage zum Kristallisationskern des Friedenskampfes im Hauptstationierungsland zu machen (Krefelder Appell), so wichtig ist es, daß sowohl ihre Schlüsselrolle für Freund und Feind als auch die Scharnierfunktion der Forderung nach Nicht(weiter)-stationierung zu Beginn eines neuen Kampfabchnitts unterstrichen werden. Abgesehen davon, daß die Bezeichnung »Minimalkonsens« für den wichtigsten Punkt, in dem alle Strömungen der Friedensbewegung übereinstimmen, Nonsens ist, verliert er seine Aktualität und Attraktivität durch folgende Umformulierung nicht: »Raketen raus!« muß das Motto lauten, unter dem die Friedensbewegung ihren Kampf weiterführt, was ergänzende Forderungen (Gewaltverzicht, atomwaffenfreie Zonen, Abkommen über Weltraumwaffen usw.) natürlich nicht ausschließt. Allerdings darf keine Gruppierung ihre Vorstellungen verabsolutieren, der Friedensbewegung aufdrängen und sie für allgemeinverbindlich erklären.

5. Aus zwei Gründen hat die Friedensbewegung noch genügend Zeit zur Kriegsverhütung: Einmal dauert die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles mehrere Jahre, zum anderen ist sie nur eine zwar notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung zur Erlangung der Erstschlagsfähigkeit gegenüber der Sowjetunion. Widerstand ist nicht nur dringend erforderlich, sondern auch — mit Aussicht auf Erfolg — möglich, weil Raketen keine Hinrichtungen sind, die nicht mehr rückgängig zu machen wären. Jeden Tag wächst die Kriegsgefahr, wenn der US-Imperialismus seinen Hochrüstungs- und Konfrontationskurs fortsetzt; weshalb sollte die Friedensbewegung nicht im gleichen Tempo wachsen? Ihr Nahziel muß die Verhinderung/Verzögerung der Raketenstationierung bleiben, zumal Teile der herrschenden Klasse ein größeres Interesse am Beginn als an der Vollendung des Stationierungsprozesses haben könnten. Mit dem atomaren Enthauptungs- und Entwaffnungsschlag zu drohen, ist etwas ganz anderes, als ihn unter Inkaufnahme der Selbstvernichtung auszulösen. In dem Moment, wo die US-Kriegsführungsfraction über das notwendige Waffenarsenal (MX, Trident, Weltraumwaffen usw.) verfügt, um die UdSSR anzugreifen zu können, besteht für das westdeutsche Monopolkapital, dessen Mehrheitsflügel die Sowjetunion stärker unter Druck setzen, zur Selbstentwaffnung oder zum politischen »Wohlverhalten« (Handlungsfreiheit in der sogenannten Dritten Welt) zwingen möchte, das Risiko des Verlusts der eigenen Reproduktionsbasis. Franz Josef Strauß fordert einen »zweiten Schlüssel« nicht nur zu Ablenkungszwecken, sondern hat über sein Interesse an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen hinaus dafür gute Gründe.

6. Der Stationierungsvorgang muß gestoppt, rückgängig gemacht oder so lange verzögert werden, bis das globalstrategische Gleichgewicht zwischen den Weltmächten wiederhergestellt, die Kriegsgefahr durch demokratische Machtverschiebungen (Regierungswechsel?) in den USA oder Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses (Stärkung des Antimperialismus, Wiederbelebung der Entspannungspolitik) verringert worden ist. Die Beseitigung der Raketen ist eine schwierige und langwierige, aber prinzipiell lösbare Kampfaufgabe, weil das gegnerische Lager im Laufe des Stationierungsprozesses dadurch an Schlagkraft verlieren dürfte, daß seine Geschlossenheit nicht zunehmen, sondern nachlassen wird. Wenn die Übereinstimmung der Raketenbefürworter zu bröckeln beginnt, wird sich zeigen, daß die Stärke einer demokratischen Massenbewegung nicht nur von ihrer Basisverankerung, Breite und Geschlossenheit, sondern auch von Schwächen, Angriffsflächen und Interessenunterschieden der Gegenseite abhängt bzw. davon, für wie bedeutsam sie die Sache hält, um die es geht. Die Volkszählung '83 beispielsweise war der herrschenden Klasse nicht wichtig genug, um den Konflikt mit der Boykottbewegung, die bis ins Bürgertum hineinreichte, auf die Spitze zu treiben. Deshalb zog das Bundesverfas-

sungsgericht die juristische Notbremse, damit der entstandene Schaden begrenzt und die Niederlage der Regierung nicht als Scheitern des Staates offenbar wurde. Im Hinblick auf den Stationierungsbeginn gab es für die Herrschenden keine Handlungsalternative, mußten sie ihren »Nach«rüstungsbeschuß mit (der Staats-)Macht gegen die Bevölkerungsmehrheit durchsetzen, weil nicht nur ein Gesichtsverlust, sondern auch ein Stück Unregierbarkeit des Landes drohte. Ob der Selbsterhaltungstrieb und die rationale Entscheidungskraft des nicht im Rüstungsgeschäft engagierten Kapitals ausreichen, um die aggressivsten Monopolgruppen von Erpressungsmanövern gegenüber der Sowjetunion abzuhalten, oder ob das Interesse hieran größer ist als die Skepsis bezüglich des damit verbundenen Existenzrisikos und möglicher Loyalitätsdefizite der Staatsbürger, wird darüber mitentschieden, welchen Erfolg die Friedensbewegung in Zukunft hat.

7. Die größte Gefahr, die der Friedensbewegung droht, ist die Fraktionierung mit anschließendem Zerfall. Flügelbildung beflügelt erfahrungsgemäß keine Bewegung, wie erfolgreich sie auch sei. Um Polarisierungstendenzen vorzubeugen, muß die Friedensbewegung Trennendes hinten anstellen, Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt rücken (Konsensprinzip) und nach Übereinstimmungen der Bündnispartner suchen. Um die Einheit (in der Vielfalt) zu erhalten, gilt es, wachsam gegenüber Ausgrenzungsversuchen zu bleiben, ganz gleich, ob sie Kommunisten, (führende) Sozialdemokraten oder andere Friedenskräfte betreffen. Antikommunismus ist kein zur Steigerung der eigenen Glaubwürdigkeit geeignetes Mittel, sondern ein Spaltpilz, dessen sich die Gegner der Friedensbewegung seit jeher bedienen, um sie zu schwächen, Systemkritiker zu verleumdern und Extraprofite aus Rüstungsprogrammen zu rechtfertigen. Die Bedrohungslüge und antisowjetische Hetzpropaganda der Massenmedien gehören genauso zur (psychologischen) Kriegsvorbereitung wie die Präzisionsrakete vom Typ Pershing II.

8. Die Friedensbewegung muß widerstandsfähiger (in des Wortes doppelter Bedeutung) werden, und zwar, indem sie den Schulterschuß mit der organisierten Arbeiterbewegung vollzieht, den Zusammenhang zwischen Hochrüstung, Sozialabbau und Rechtsstaatsdemontage herstellt und Forderungen der Gewerkschaften nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Beschäftigungsprogrammen usw. aufgreift. Ohne Verankerung im Betriebsbereich und die Möglichkeit des politischen Streiks wird es keine Abrüstung geben. Die gewerkschaftliche Massenorientierung der Friedensbewegung kombiniert bewährte Protestformen (Demonstration, Kundgebung) mit Aktionen des gewaltfreien Widerstands (z.B. Sitzblockade militärischer Einrichtungen) und des zivilen Ungehorsams (etwa Steuerboykott). In der Aktionswoche vom 15. bis 22. Oktober 1983 hat sich eine integrierte Widerstandskonzeption herausgebildet, die mehrere Handlungsebenen miteinander verbindet, den Protest bündelt und gleichzeitig die Entschlossenheit seiner Träger zum Ausdruck bringt.

9. Aktionen der Friedensbewegung dürfen (potentielle) Sympathisanten nicht abschrecken, sondern müssen die vom Atomtod bedrohten Menschen ansprechen und aufwecken, sie einbeziehen, Vorurteile, Hemmschwellen und Handlungsbarrieren abzubauen suchen. Vor jeder Aktion muß sich die Friedensbewegung fragen, wen und was sie damit erreichen will, denn die Form einer Aktion ergibt sich aus ihrer Funktion. Um neue Zielgruppen erreichen und noch mehr Mitstreiter gewinnen zu können, sollte man sich auf Forderungen beschränken, die leicht vermittelbar, unmittelbar einsichtig und auf das nächste Etappenziel im Friedenskampf gerichtet sind. Aktionsformen und Forderungen sind so aufeinander abzustimmen, daß beide keinen Widerspruch bilden (Gewaltlosigkeit). Durch die breite Palette unterschiedlicher Aktionsformen, über die sie verfügt, so-

wie verschiedene Zugänge und Argumentationsmuster im Hinblick auf die Begründung ihres Forderungskatalogs kann die Friedensbewegung vermeiden, daß eine Art Gewöhnungs- und Abnutzungseffekt auftritt.

10. Die Friedensbewegung hat einen Nachholbedarf für Theorie- und Strategiediskussionen. In der Vergangenheit blieben die gesellschaftlichen Wurzeln des Krieges weitgehend im Dunkeln, wichtige Triebkräfte der Aufrüstung unterbelichtet, und der historische Hintergrund des Friedenskampfes wurde häufig ausgeblendet. Hier liegt denn auch ein weites und wichtiges Betätigungsfeld für Sozialwissenschaftler. Dringend geboten erscheint ihre Beschäftigung mit Rüstungsprojekten und Militärdoktrinen der NATO. Nicht die NATO-Mitgliedschaft der BRD, der Strategiewechsel des Bündnisses (von der Abschreckungsideologie zur Kriegsführungsstrategie) muß problematisiert werden, bietet sich als Forschungs- und Diskussionsgegenstand an. Hierzulande weiß man viel zu wenig über die Präsidenten-Direktive 59, mit der Jimmy Carter die nukleare Einsatzplanung auf Punktziele umstellte, die Schlüsselrolle der BRD im Schlachtplan des Hauptverbündeten und das, was Caspar Weinberger »horizontale Eskalation« nennt. Um die Aufklärungsarbeit der Friedensbewegung zu unterstützen und damit Einbrüche im Massenbewußtsein bewirken zu können, bedarf es eines wissenschaftlichen Vorlaufs, der bisher fast ganz fehlt, aber unverzichtbar ist.

Hans-Jörg Lüth und Siegfried Ziegert

Blockade der Carl Schurz Kaserne Bremerhaven/Weddewarden

Eine Auswertung aus der Sicht der Jungsozialisten

Vorbemerkung

Als Antwort auf die mangelnde Verankerung und Koordination von Jungsozialisten im Vorfeld der Herbstplanung der norddeutschen Friedensbewegung wurde die »Nordkoordination Frieden« ins Leben gerufen, die die Arbeit von Jusos aus Hannover, Bremen, Schleswig, Weser-Ems und Hamburg koordinieren und konkrete Aktionsvorschläge entwickeln sollte. Daß die Nordkoordination trotz der Beteiligung verschiedener Juso-Strömungen (und Bezirke) funktioniert, scheint uns ein wichtiger Fortschritt in der Entwicklung gemeinsamer Juso-Praxis zu sein. Trotz vieler Schwierigkeiten konnte ein einheitliches Vorgehen von Jusos und damit ein Eingreifen in die verschiedenen Aktionsformen der Friedensbewegung erreicht werden. — Perspektiven für die Friedensbewegung zu entwerfen, setzt voraus, daß man die gemachten Erfahrungen auswertet, aus ihnen lernt. Ein wichtiger Aspekt hierbei muß auch sein, in welcher Form der Widerstand zu leisten ist. Wir drucken deshalb hier Auszüge aus einem längeren Aktionsbericht zweier aktiver Jungsozialisten unterschiedlicher Strömungen über eine Blockade in Bremerhaven, einer Aktionsform, die für die Jungsozialisten quer zu den traditionellen Fronten umstritten ist. Die Redaktion

Warum eine Blockade in Bremerhaven?

Die Carl-Schurz Kaserne in Bremerhaven Weddewarden ist zugleich Sitz des amerikanischen »military command«, das zuständig ist nicht nur für den gesamten Nachschub der in der BRD stationierten amerikanischen Truppen, sondern daneben auch für amerikanische Basen z.B. in Nahost. Bei der Blockade in Bremerhaven handelte es sich somit um einen Ort von zentraler militärischer Bedeutung, an dem zugleich Anknüpfungspunkte zum amerikanischen »Engagement« in der dritten Welt bestanden.

So ergriff bereits im Mai 83 das Hamburger Forum die Initiative und lud zu einem Vorbereitungstreffen der 1. norddeutschen Regionalkonferenz ein, bei dem wesentliche Weichenstellungen zur Vorbereitung der Herbstaktionen erfolgten. So wurde z.B. ein Vorbereitungsgremium für die Regionalkonferenz gebildet, in dem u.a. auch die Jungsozialisten beteiligt waren und das später weitgehend mit dem norddeutschen Regionalausschuß identisch war. Gelang es so auf Initiative des Hamburger Forums recht schnell, für die Friedensbewegung insgesamt Diskussions- und Entscheidungsstrukturen zu schaffen, so müssen wir als Jungsozialisten für diesen Zeitpunkt selbstkritisch feststellen, daß wir zu diesem Zeitpunkt viel zu wenig in dieser Arbeit verankert waren. So beschränkte sich denn auch die Teilnahme an diesem Vorbereitungstreffen auf wenige Genossinnen und Genossen aus Hamburg und Bremen.

Sicher, diese Information hat nicht immer glänzend geklappt, manche Adressen haben uns erst erreicht, als die Vorbereitungsphase der Aktionen schon gelaufen war. Dennoch, in Anbetracht dessen, daß niemand von uns vorher in der Lage war — in keinem Bezirk — auf dazu notwendige Organisationsstrukturen zurückzugreifen, denken wir, daß wir die geleistete Arbeit — umso mehr als bei allen Aktionen eine ausgesprochen gute Beteiligung der Jungsozialisten stattgefunden hat — durchaus als einen Erfolg zu verzeichnen gilt, an den es bei der weiteren Arbeit anzuknüpfen gilt.

Donnerstag, 13.10.1983 — Die Blockade beginnt

Schon vor 7 Uhr Treffen der Bezugsgruppen an drei abgemachten Treffpunkten. Gemeinsam wird auf die Polizeisperren zu demonstriert. Spannung bei allen Blockierern — wie wird die Polizei reagieren? An den Sperren angekommen, wird die Polizei aufgefordert, ihre Hafensperre aufzugeben und uns zur Kaserne zu lassen. Die Polizei bleibt dabei, sie blockiert den Hafen. Wir blockieren die Polizei. Die Demonstranten setzen sich. Die Blockade steht an allen drei Punkten. Nix geht mehr. Selbst Hafentarbeiter, die von den Blockierern durchgelassen werden, werden von der Polizei nicht in den Hafen gelassen. Jedermann wird deutlich, wer hier den Hafen blockiert. Im Hafen stauen sich die LKW's. Die Blockierer wollten nicht den Hafenbetrieb behindern, aber angesichts des Polizeiaufmarsches, der üblen Diffamierungen gegen die Friedensbewegung im Vorfeld der Aktion, ist bei allen Blockierern Konsens: Wir lassen weder LKW's rein noch raus, solange, bis uns die Polizei zur Kaserne läßt. Unsere Aktionen richten sich nicht gegen den Hafen, aber um eine effektive Blockade der Kaserne durchzuführen, müssen wir uns vor die Polizeisperren setzen. Die LKW's werden für die Blockierer gewissermaßen zu einem Faustpfand.

Nach zwei Stunden, um 9 Uhr, fährt in der Bürgerm. Smidt-Straße, am Rotensand, zusätzliche Polizei auf. Es wird mit der Räumung begonnen. An den anderen Punkten ist es ruhig, dort beginnt man über die Einführung des Schichtenmodells zu diskutieren. Als sich gegen mittag am Rotensand abzeichnet, daß die Räumung der Polizei zum Ziel hatte, diesen Zugang für den Verkehr zu öffnen, begibt sich die Hälfte der Blockierer, die zu diesem Zeitpunkt auf der Rickmersstraße erneut die Blockade eröffnet haben, auf schnellstem Wege in Richtung der Bürgerm. Smidt-Straße, um den Zugang zur Kaserne auf diesem Wege wieder zu schließen. Die Umgehung gelingt. Zwar kommen nicht mehr alle Blockierer auf die Kreuzung, dennoch ist der Zugang dicht. Die Polizei ist sauer, Knüppel werden gezogen und eingesetzt. Es kommt zu ersten Festnahmen. Insgesamt werden über 250 Leute an dieser Stelle festgenommen. Einige werden zur Wache gefahren, bei anderen werden die Personalien aufgenommen, aber alle werden in Busse verfrachtet und teilweise bis zu dreißig Kilometer aus der Stadt herausgefahren und zum größten Teil einzeln abgesetzt. Zermürbungstaktik. Doch die Blockade hält. Immer neue Leute setzen sich dazu. Die Polizei scheint leicht verunsichert. Zwar können sie viele wegtragen, doch wenn immer neue Menschen sich dazusetzen? Härtere Einsätze sind in der Stadt, vor der Öffentlichkeit, gegen friedliche Blockierer nur schwer möglich, sie stoßen auf Protest.

Nachmittags beginnt sich die Situation am Rotensand zu entspannen. Gegen 15 Uhr kann die Blockade wieder unmittelbar vor der Polizeisperre am Rotensand aufgenommen werden. Doch je »normaler« die Situation am Rotensand wird, desto unfriedlicher wird die Polizei in Weddewarden. An der Wurtser Straße blieb alles ruhig. Hier ist man zum Schichtenmodell übergegangen.

In Weddewarden allerdings wird die Lage kritisch, zwei Wasserwerfer fahren hinter der Polizei auf und richten ihre Rohre auf die Sitzenden, es wird zur Räumung der Straße aufgefordert. Als dies nicht geschieht, legen die Wasserwerfer los. Wer nicht gerade Ölzeug anhat, wird klatschnaß. Doch die Blockade hält. Vorne fängt die Polizei an, die Leute hochzuzerren und zur Seite zu tragen, doch wenig später schließen sie sich wieder hinten an. So kommt die Polizei nicht weiter, die Kette bleibt stehen.

Es kommt zu einer Diskussion mit den Polizisten, sie stammen wie die meisten von uns, die hier an der Blockade teilnehmen aus Schleswig-Holstein. Viele von ihnen machen ihre Arbeit nicht mit Begeisterung, sie sind wie wir gegen die Raketenstationierung.

Während wir uns unterhalten, kommen von hinten zwei Hundertschaften aus Hamburg mit Knüppeln, die schnell zum Einsatz kommen; brutal wird auf die sitzenden Blockierer eingedroschen und werden alle von der Straße geprügelt. Keiner der angeblichen Gewalttäter wehrt sich, kein einziger Stein fliegt, keiner schlägt zurück.

Die Gewalt geht nur von der Polizei aus!

An diesem Tag die Blockade hier aufrechtzuerhalten, ist bei der Brutalität der Staatsmacht keinem zuzumuten. — An den anderen Blockadepunkten wird weiter blockiert. Bilanz des ersten Tages: Einige Verletzte, über 600 Festnahmen, aber — allen Erwartungen zum trotz — ist unser Konzept aufgegangen. Auch das Aussetzen der Blockade in Weddewarden wird nicht als Niederlage empfunden. Am nächsten Morgen soll in Weddewarden erneut mit einer Massenblockade begonnen werden.

Freitag, 14.10.1983 — Die Stimmung kippt um!

Nachts über war es am Rotensand und an der Wurtser Straße ruhig geblieben. Mit Spannung wartet man auf die ersten Nachrichten aus Weddewarden. Dann endlich. Über 2000 Menschen haben in Weddewarden um 7 Uhr erneut die Blockade aufgenommen. Ein mächtiges Bild auf der Straße. Sicher, man könnte auch 2000 Blockierer räumen, aber um welchen Preis. Die Spannung unter den Blockierern wächst. Die Polizei verbreitet Falschmeldungen über angeblich vorgesehene Räumungen, auch über das Radio werden gezielte Falschmeldungen verbreitet. Im Hafen wird ein Konvoi zusammengestellt. Mit jeder Stunde, die wir weiterblockieren, werden wir sicherer. Langeweile wird mit Singen, mit Theater aufgefangen. Überhaupt machen die vielen kulturellen Beiträge der verschiedenen Gruppen eigentlich eine eigene Auswertung notwendig. Und die Bevölkerung? Die Stimmung ist umgeschlagen, die Angst der Neugier gewichen. Viele Bremerhavener kommen, sich selbst zu informieren. Es finden Gespräche statt. Die Übergriffe der Polizei stoßen allgemein auf Unverständnis. — Abends gibt es noch einmal Spannung. Erneut fahren in Bremerhaven/Weddewarden Wasserwerfer auf. Die Situation in Weddewarden spitzt sich noch einmal zu. Doch letztlich wird nicht mehr geräumt. Der Freitag ist schon überstanden. Die Blockade hält weiter.

Samstag, 15.10.1983 — Die Demonstration

Über 30.000 sind nach Bremerhaven gekommen. Vielleicht 40.000. Darunter große Gruppen von sogenannten »Schwarzen«, von autonomen Gruppen. Verunsicherung bei den Blockierern und den anderen Demonstranten. Doch zunächst geht alles gut. Bei zwei der Demonstrationzüge bleibt es auch dabei. Am Rotensand jedoch — wohin auch die Autonomen marschiert sind — kommt es zu Auseinandersetzungen. Die Autonomen sind sauer, daß die Blockierer vor den Polizeisperren sitzen und damit auch den Zugang zur Kaserne blockieren. Wo sollten die Blockierer auch sonst sitzen, haben sie doch drei Tage lang dort die Kaserne blockiert. Scharf verurteilen muß man insbesondere diejenigen der Autonomen, die ihrer Unzufriedenheit und Wut dadurch Luft machen mußten, indem sie über die Blockierer hinweg auf die Polizei mit Flaschen und Knallkörpern warfen und damit letztlich am meisten die Blockierer gefährdeten.

Politisches Verhalten kann man ein solches Vorgehen kaum noch nennen. Es wäre aber auch falsch die Autonomen in Pauschalität zu verurteilen. So sehr wir bestimmte Verhaltens- und Vorgehensweisen von ihnen für falsch und schädlich halten mögen, Bremerhaven hat auch gezeigt, daß wir gemeinsam politisch handeln können — jedenfalls mit den

meisten, denn viele haben gemeinsam mit uns mehrere Tage lang die Kaserne erfolgreich blockiert. Der Aktionsrahmen hat sich bewährt, denn die Öffentlichkeit hat hinter uns gestanden, und das müssen auch die Autonomen erkennen. Die Aktionen in Bremerhaven, insbesondere die dreitägige Blockade der Carl-Schurz-Kaserne sind zu einem Erfolg für die Friedensbewegung geworden, der sich nicht zuletzt auch positiv auf die Mobilisierung zu den Volksversammlungen ausgewirkt hat.

Fazit

Was folgt aus den gemachten Erfahrungen für uns? Wir Jungsozialisten werden im Zusammenhang weiterer Aktionen der Friedensbewegung stärker berücksichtigen müssen, daß Aktionen des zivilen Ungehorsams ebenso die Möglichkeit bieten, neue Menschen einzubeziehen, wie dies bei anderen Aktionsformen möglich ist. Dabei darf man sich allerdings nicht von der Fehlanalyse leiten lassen — wie es z.T. im autonomen Lager der Fall ist —, daß mit solchen Aktionen die Stationierung körperlich oder anders, konkret verhindert werden könnte. Eine wichtige Rolle spielt die Frage der Vermittelbarkeit. Die Aktionen in Bremerhaven waren insbesondere deshalb ein Erfolg, weil es gelungen war, die Sympathie der Bevölkerung für den Protest der Friedensbewegung zu gewinnen. Es wurde so zugleich für die Polizei die schwierige Situation geschaffen, daß ihr Bürgerkriegsapparat nur unter dem Protest der Öffentlichkeit zum Tragen kommen konnte. Die Form, wie der gewaltfreie Widerstand konkret organisiert wird, kann durchaus wichtige Aspekte beinhalten, die es dem staatlichen Herrschaftsapparat ausgesprochen schwer und teuer machen, ihre Gewaltmittel gegen uns einzusetzen.

Aktionen des zivilen Ungehorsams können aber nicht zur alleinigen Aktionsform der Friedensbewegung werden. Nach wie vor gilt für uns der Grundsatz, daß im Vordergrund des Handelns der Friedensbewegung solche Aktionsformen stehen müssen, die eine möglichst zahlreiche Beteiligung von Teilnehmern ermöglichen. Dies muß, wie die Erfahrung Bremerhaven zeigt, nicht im Widerspruch zu »radikaleren« Aktionsformen stehen, was eine Blockade gegenüber einer Demonstration zweifelsohne ist. Grundsätzlich wird weitergelten, daß die Aktionen der Friedensbewegung auch die Vielfalt der Friedensbewegung widerspiegeln müssen. Sie müssen so angelegt sein, daß sie vermittelbar sind und Menschen dazu anregen, sich zu beteiligen. Es gibt zwar Meinungsumfragen, die bestätigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Raketenstationierung ablehnt. Doch haben nicht zuletzt auch die Herbstaktionen gezeigt, daß die Sympathie mit den Zielen der Friedensbewegung nicht ausreicht, die Stationierung zu verhindern. Auch die eineinhalb Millionen Menschen, die sich an den Volksversammlungen beteiligt haben, reichen nicht. Hauptaufgabe der Friedensbewegung muß es somit bleiben, Menschen zum Handeln zu aktivieren, die Kluft zwischen den 75%, die die Stationierung ablehnen und den vergleichsweise dazu wenigen, die sich zum eigenen Handeln bereits entschieden haben, zu überwinden.

Andererseits darf dies nicht zum Argument etwa gegen kleine, dezentrale Aktionen werden, wie sie etwa von Friedensinitiativen durchgeführt werden und die sich von vornherein auf einen kleineren Personenkreis beschränken. Dezentrale Aktionen sollen aufklären und Betroffenheit erzeugen, indem sie z.B. auf konkrete Objekte hinweisen. Es ist allerdings auch hier anzustreben die Zusammenhänge zwischen einer Aktion, dem Objekt der Aktion und unseren Hauptforderungen herzustellen. Dabei wird es sich im Einzelfall aber nicht vermeiden lassen, daß Widersprüche zu Teilen der Bevölkerung auftreten.

Diether Dehm

Volkslied und demokratische Bewegung

Vorbemerkung

Die Friedens- und Ökologiebewegung hat nicht nur die »heiligen Kühe« wie die atomare Abschreckung und Umweltzerstörung geschlachtet, sie hat in ihren Zusammenhängen auch das Volkslied wiederentdeckt und zu einer umkämpften Sache auch in unserem Land gemacht. Diether Dehm stellt allgemeine und strategische Überlegungen zu diesem immer noch von der Linken zu sehr vernachlässigten Kampffeld an. Sein konkreter Anlaß ist die Arbeit der Gruppe *Zupfgeigenhansel*, die mit ihrer neuen Platte »Kein schöner Land« (die auf seinem Musikant-Label erschienen ist) zur umfassenden Rückeroberung der emanzipatorischen Volksliedtradition beizutragen versucht. Die folgenden Gedanken sind dem Vorwort zu dem neuen Volksliederbuch von *Zupfgeigenhansel* entnommen, das im Frühsommer unter dem Titel »... daß ein gutes Deutschland blühe wie ein andres gutes Land« (Brecht) erscheinen wird und das wir mit freundlicher Genehmigung des Pläne-Verlags leicht gekürzt und verändert wiedergeben.

Die Redaktion

Zerteilt sind die Menschen in wirtschaftliche Klassen, Schichten und daraus abgeleitete Interessengruppen. Das Volkslied ist keine Zerreißprobe. Es versöhnt — das kann man spontan spüren. Es fordert die Skepsis derer heraus, welche die Klassenspaltung der Bevölkerung gegen die Vorstellung von »Heimat« und »Volk« setzen: »Klebt da nicht 'Blut und Boden' an 'Heimat, Volk und Volkslied'? Und wenn es einen anrührt — ist es nicht darum schon demagogisch? Versöhnung der Unteren mit den Oberen?«

Wir versuchen hier eine komplizierte und gewagte Gegenargumentation. Sind Ursache und Wirkung nicht andersherum zu sehen? Haben denn die Demokraten 1848, 1914, 1918, 1933 und 1946 verloren, weil Volkstümliches zu stark war, weil das Volkslied etwa falsche Aussöhnung gebracht hatte? Oder hatte Volkstümliches den Besitzer gewechselt, weil die Fortschrittskräfte — politisch geschlagen und gespalten — nicht (mehr) stark genug waren, ihre Volkslieder zu halten und zu bewahren vor dem Zugriff der Obrigkeit oder eines rechten Populismus?

Alle populären Symbole werden enteignet durch die Herrschenden, wenn die Beherrschten schwere historische Niederlagen erlitten haben. Nicht nur die Volkslieder wurden von den Nazis okkupiert (und darunter auch Arbeiterlieder wie das berühmteste »Brüder zur Sonne zur Freiheit«), auch die Arbeiteraufmärsche, die Solidargemeinschaften, die Uniformen, ja sogar das gute Wort »nationaler Sozialismus« wurde auf lange Zeit unbrauchbar gemacht für uns. Die Inszenierung durch die Nazis »ging durch«, weil das urwüchsige Original seine politische Anwartschaft auf eine bessere Zukunft des ganzen Volkes, was die Ursprungsvision eines jeden Volkliedes ausmacht, verloren hatte. Die horizontale Versöhnung (unter den Beherrschten) wurde partiell zur vertikalen (mit den Herrschenden), also diffus.

Wer wollte Lieder wie »Die freie Republik« oder »Deutschland, was im März errungen« noch ernstnehmen beim Anblick des hoffnungslos geschlagenen und gespaltenen Bürgertums? Wer glaubte noch Kraft aus der »Internationale« hören und singen zu können — angesichts der zerrissenen Arbeiterbewegung? Wer konnte »Im Krug zum grünen Kranze« und »Ich bin ein freyer Bauernknecht« hören und dabei noch spüren, daß Mittelstand und Bauern eine fortschrittliche Mission in der Geschichte beherbergten? Der Mittelstand war zweimal geschlagen: 1848 (und lange zuvor die aufständischen Bauern) und

dann — ein zweites Mal — als er, wie es Ernst Bloch formulierte, durch die Linke kampflos dem Faschismus überlassen wurde. Und so auch die Lieder.

Und wer nahm noch diesen sektiererischen, besserwisserischen Arbeiterorganisationen, ihren Führern, Philosophen und Künstlern ab, das gesamte Volk, die ganze Heimat in glücklichere Zeiten führen zu können? Das *Volkslied* und das *Arbeiterlied* wurden dann auch zwei getrennte Paar Schuh: *Volkslied* war nicht mehr das Lied des Volkes, und das *Arbeiterlied* des KP-Mannes mußte immer noch um ein paar Strophen radikaler sein als das des Sozialdemokraten. Diffus und herrenlos gingen die Volkslieder in das Jahr 1933; die Nazis brauchten sie nur noch aufzulesen.

Die Nazis siegten auch zweimal über das Volkslied. Sie enteigneten es, besetzten es, und als sie längst schon militärisch geschlagen waren, fand sich immer noch kein deutscher Intellektueller oder Künstler, der es vor Rhythmusmaschinen, Heino, Maria Hellwig und Filbinger rettete. Im Gegenteil: »Den Rechten gehört 'Ade zur Guten Nacht', und da gehört es wohl auch hin«, hieß es.

Wieviele Künstler, die Ursache und Wirkung vertauscht hatten, die in der politischen Niederlage der Linken nicht die Ursache für die Enteignung des Volkslieds, sondern im Volkslied die historische Schwäche der Linken sahen! Also mühten sie sich fortan ab, rein ästhetische Immunitätsstoffe gegen Rechts zu produzieren: ab 47 Disharmonien würde es den simplen Rechten wohl zu bunt; bei Gegenstandslosem steigen Nazis aus; Konservative zu Free Jazz? Nein Danke! Also wurden ausschließlich höchst komplizierte Formen gefördert, im Glauben, diese seien von Rechten nicht so leicht zu verarbeiten wie das Volkslied. Wieder wurden so Volkslied und »volkstümlicher Geschmack« unverändert den Rechten »kampflos überlassen«. Die Linke übte sich fast nur noch als ästhetisch-modernistische Avantgarde (mit einem formalistischen Fortschrittsbegriff); die Rechte besaß den Populismus, den Schlager, das Volkslied.

Und dann noch Hollywood. Unser Volk — dem demokratisch-populären Lied entfremdet — war die bereitwilligste Manövriermasse für die Kulturmonopolisten aus den USA. Derart intensiv ist kein Volk in Westeuropa jemals kulturell fremdbestimmt worden. Was national, was Volks-/Heimatlied war, galt als rechts; chic und modern das Amerikanische schlechthin. Das war auch größtenteils die Doktrin unserer — linken — Intellektuellen. Heute entscheidet der amerikanische Präsident buchstäblich über unsere Köpfe hinweg über den Ersteinsatz von Atomraketen von deutschem Boden aus und löst in Sekunden den sowjetischen Gegenschlag gegen uns aus. Heute möchten Wallstreet und Pentagon mit hohen Zinsen über nationale Kaufkraft und mit Verboten über westeuropäische Exporte entscheiden. Und heute bestimmt Hollywood, was wir schmecken, empfinden, tanzen und singen. Heute? Schon nicht mehr ganz. Als die mitteleuropäischen Intellektuellen wieder eigene Lieder sangen, war das der Anfang vom Ende des römischen Imperiums. Und weil wir das Ende des (nord-)amerikanischen Weltreichs erleben und weiter leben wollen, singen wir heute neue und alte deutsche Volkslieder.

In unsere Kultur ist die amerikanische eingegangen, so wie die jiddische früher und die türkische morgen. Das ist gut so, verträgt sich mit nationalen Interessen, ja — befruchtet unser Volkslied. Aber der Führungsanspruch, der Kulturzentrismus des »american way of life« ist auf dem Rückzug, und wir singen ihm Theodor Kramers »Andere die das Land so sehr nicht liebten« und Süverkrüps »Heimatlied« hinterher. Der Boden für das deutsche Volkslied wurde wieder bereitet — nicht nur durch die Linke. Die Konzerne machen Arbeitslosigkeit und ruinieren den Mittelstand; »unsere« westdeutsche Regierung spart bei Arbeitern, Rentnern, Lernenden und Arbeitslosen, bei Bauern und Mittelstand das Geld,

welches sich anschließend als Verwertungsmasse an der amerikanischen Börse wiederfindet. Wieviele »deutsche« Konzerne und Politiker sind hierbei nichts anderes als Statthalter des US-Polizentrismus. Das sind gute Voraussetzungen für die Renaissance des deutschen Volkslieds. Für ein neues Volkslied, das deutsch ist, weil es auch Lieder der bretonischen Emanzipation (»Was wollen wir trinken«) ebenso wie des Warschauer Gettos (»Dos Kälbel« = Donna, Donna) in seiner Weise aufgenommen hat. Und das internationalistisch ist, weil es die deutsche Liedtradition zum Zentrum nimmt und damit den Heinos, Sigels und Gotthilf Fischer entwindet.

Der deutsche Wald, die Heimat können sich nur noch auf die Linke verlassen — sei sie nun rot oder grün (oder am besten beides). Die Friedenstaube wirkt über Heiner Geißler so eindeutig lächerlich, wie ihr Schöpfer, der Spanier Picasso, der danach Spanien zeitweils fernblieb, ein guter Spanier war. Über die Tendenz nationaler Interessen und des Heimatschutzes an die Seite der Arbeiterschaft, ihrer organischen Intellektuellen und Künstler stellt sich auch wieder Ästhetik ein: Trivialität, populäre Melodien, einfache Schönheit gelten nicht mehr länger nur als herrschaftssichernd und »einlullend«. Wenn mir ein Musiker neulich sagt, daß ihm bei »Bunt sind schon die Wälder« (übrigens eines von Tucholskys Lieblingsliedern) das Messer in der Tasche aufgegangen sei über die Zerstörung der Natur durch Konzerne und ihre Politiker, so ist dies nicht nur ein rein ästhetisches Verdienst des Lieds, sondern eines auch der Friedens- und Umweltbewegung. Ästhetik und politischer Kampf sind nie absolut zu trennen. Nirgends wird das deutlicher als beim Umgang mit dem Volkslied.

Dieses Volkslied betritt heute souveräner, weniger kleinlaut und schuldbewußt deutschen Boden. Die Versöhnung, die das Volkslied stiftet, wird nicht mehr »denen oben« zuteil, sondern versöhnt das Volk zur kulturellen Volksfront. Einer der bedeutendsten Philosophen des neuen Europa, Antonio Gramsci, sprach davon, daß wir den Herrschenden schon vor der großen Entmachtung die kulturellen Kommandohöhen — jede für sich — in mühevолlem Zermürbungskampf nehmen müssen. Die eine heißt: Volkskunst.

Diskussionsschwerpunkt

Klaus Peter Kisker

Neokonservativer Aufguß

Eine Kritik am »Ehrenberg-Papier«

Vorbemerkung

Der wirtschaftspolitische Kompetenzverlust der Sozialdemokratie wird in weiten Teilen der Partei erkannt. Abhilfe soll nunmehr ein Programmentwurf bieten, der unter der Überschrift »Arbeit für alle — die Zukunft gestalten« von der wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission beim Parteivorstand — unter Vorsitz von Herbert Ehrenberg — vorgelegt wurde. Das sogenannte »Ehrenberg-Papier« hat der Parteivorstand den Grundorganisationen für die Diskussion zur Verfügung gestellt. Der Parteitag im Mai 1984 wird Zwischenbilanz ziehen. Die FAZ sieht in dem Programmentwurf den Versuch der SPD, »den ideologischen Ballast der letzten Jahre loszuwerden und mehr praxisgerechte Antworten auf die wirtschaftlichen Fragen der Zeit zu finden« (25.1.84). Reicht das, um den wirtschaftspolitischen Kompetenzverlust der Sozialdemokratie zu überwinden?

1. Statt Analyse: Beschwörung der »sozialen« Marktwirtschaft

Gewiß muß nicht jedes Programm zur Wirtschaftspolitik mit einer ausführlichen theoretischen Analyse von Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise beginnen. Aber ohne Analyse oder ohne Anknüpfung an bereits erstellte Analysen ist eine perspektivische Orientierung unmöglich. Von der Einschätzung der gegenwärtigen ökonomischen Situation hängt es ab, welche wirtschaftspolitischen Mittel als geeignete Maßnahmen gegen die anhaltende Massenarbeitslosigkeit vorgeschlagen bzw. ergriffen werden müssen. Nur wenn man erkennt, daß im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren seit Anfang der 70er Jahre tiefgreifende Veränderungen in dem kapitalistischen Akkumulationsprozeß eingetreten sind, wenn man sich sowohl über das Wesen kapitalistischer Krisen wie über die Faktoren klar wird, die die besondere Verlaufsförmigkeit der gegenwärtigen Entwicklung bestimmen, sind so ungeheure Fehlschläge wie in der Vergangenheit zu vermeiden. Sucht man in dem »Ehrenberg-Papier« nach Ursachen, findet man fast ausschließlich Leerformeln, die — was die Sache noch schlimmer macht — eher von Ludwig Erhard als von Sozialdemokraten zu erwarten gewesen wären.

Arbeitslosigkeit — um mit dem Hauptproblem zu beginnen — wird nicht etwa als ein Resultat der kapitalistischen Entwicklung gesehen, sondern als Folge politischer Fehleinschätzungen und politischen Fehlverhaltens erklärt. Die weltweite Wachstumsschwäche beruht auf mangelhafter internationaler Zusammenarbeit und zu geringer Anpassungsbereitschaft (von wem an was, wird nicht verraten!). Kein Wunder, daß nach dieser tief-schürfenden, alle Probleme personalisierenden Analyse die ungemein erhellende Antwort kommt: »Arbeitslosigkeit kann durch staatliche Maßnahmen alleine nicht überwunden werden, aber ohne staatliche Maßnahmen geht es auch nicht«.

Im Sinne des Vaters der »sozialen Marktwirtschaft« wird in dem Papier »von einer marktwirtschaftlichen, aber sozial verpflichteten Wirtschaftsordnung« ausgegangen und

betont, »die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentbehrlich«. Der aus dem »Orientierungsrahmen 85« nachgeschobenen Satz: »Gleichzeitig bedarf es aber geeigneter Instrumente staatlicher Beeinflussung und Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses« wird inhaltlich nicht ausgefüllt. Weiter heißt es in bester neoklassischer Tradition: »In der Bundesrepublik behindert auch die Existenz mächtiger Interessen die Lösung brennender Probleme, Machtkonzentrationen hemmen Innovation und Anpassung. Sozialdemokraten wissen ..., daß hierdurch entstehende Fehlentwicklungen oft besser mit der Entfaltung des Wettbewerbs auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Ordnung vermieden werden können.« — Typisch an dieser und anderen Aussagen ist, daß der Kapitalismus als nicht zu hinterfragendes System akzeptiert wird.

Dies wird noch deutlicher bei den arbeitspolitischen Vorschlägen. Hier wird festgestellt, daß alle, die öffentlichen Haushalte, die Bundesbank und die Tarifpartner Verantwortung tragen, daß alle zusammenarbeiten müssen, daß »ohne sozialen Konsens aller am Wirtschaftsprozess Beteiligter ... eine dauerhafte Verbesserung der Situation nicht zu erreichen (ist)«. An anderer Stelle (Ziff. 15) heißt es darüber hinaus: »Die Kooperation aller Verantwortlichen wird aber nur zustandekommen, wenn der soziale Konsens, der so viele Jahre die Basis unseres Wohlstandes war, erhalten bleibt.« Hier wird in einer Zeit, da die Neokonservativen zum Angriff auf die Gewerkschaften blasen, in der das Kapital immer brutaler Klassenkampf als Mittel der Herrschaftssicherung betreibt und die Krise zur Durchsetzung einer radikalen Politik der Umverteilung von unten nach oben nutzt, die alte Ideologie der »sozialen« Marktwirtschaft mit sozialpartnerschaftlichem Konsens beschworen.

Was muß eigentlich noch alles geschehen, bis Sozialdemokraten wie Ehrenberg begreifen, daß die Neokonservativen den Sozialstaat als die entscheidende Ursache für die Fehlentwicklung der Wirtschaft ansehen? Dem Kapital geht es heute um die Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, der Ablösung der abhängig Beschäftigten von ihren Schutzorganisationen, um ihre Herrschaftsordnung zu stabilisieren. Wem diese Strategie des Kapitals hier in der Bundesrepublik noch nicht klar ist, braucht nur einen Blick über die Grenzen nach England und in die USA zu werfen.

2. Samtpfoteninterventionismus statt Beschäftigungspolitik

Die mangelnde Einsicht in das Wesen des Kapitalismus und die darauf beruhende Fehleinschätzung des Charakters der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sind die Grundlagen der Vorstellung, mit einem Interventionismus, der zum Teil weit hinter Keynes' Vorschläge zurückfällt, die Beschäftigungsprobleme der 80er Jahre lösen zu können. Zwar ist eine genaue Voraussage der langfristigen Entwicklung kaum möglich, aber alle vorhandenen Kenntnisse weisen daraufhin, daß die nächsten Jahre durch eine stagnative Grundtendenz, d.h. minimales Wachstum mit deutlichen Abschwüngen der Konjunktur, gekennzeichnet sein werden. Diese als mittelfristiges Nullwachstum mit einer Waschbrettkonjunktur zu charakterisierende Entwicklung wird die Arbeitslosigkeit bei durchschnittlich 3 Prozent Produktivitätssteigerung bis zum Ende der 80er Jahre auf mindestens 4 Mio. anwachsen lassen. Diese Entwicklung mit den herkömmlichen Instrumenten wesentlich beeinflussen zu können, ist nicht nur naiv, sondern politisch extrem gefährlich.

3. Modernisierung statt Vollbeschäftigung

Obwohl in dem Ehrenberg-Papier die Massenarbeitslosigkeit als die wesentlichste ökonomische Herausforderung der 80er Jahre genannt wird, steht kein Beschäftigungsprogramm im Mittelpunkt der Forderungen, sondern ein Modernisierungskonzept zur Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Über diese angeblich verlorengangene Wettbewerbsfähigkeit werden sich dann — so offensichtlich die Meinung der Verfasser — als sekundärer Effekt Arbeitsplätze ergeben. Kein Wort davon, daß bis heute die Außenhandelsbilanz nahezu ununterbrochen hohe Exportüberschüsse aufweist — ein Zeichen dafür, daß die Bundesrepublik äußerst »wettbewerbsfähig« ist.

Mit dem Modernisierungskonzept hat sich Ehrenberg voll auf den Boden der neokonservativen Wirtschaftspolitik begeben. Wie diese, unterscheidet er nicht zwischen Produkt- und Prozeßinnovationen, d.h. er wirft die Entwicklung neuer Güter mit der Einführung neuer Produktionsverfahren zusammen und fragt nicht, welche Güter gesellschaftlich sinnvoll wären. Unter heutigen Bedingungen ist zu erwarten, daß die vornehmlich geförderten Prozeßinnovationen das Beschäftigungsproblem weiter verschärfen.

4. Haushaltssanierung hat Vorrang vor Beschäftigungsprogrammen

Die sogenannte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist für Ehrenberg wichtiger, als neue Beschäftigungsprogramme durchzusetzen, denn »viele neue Beschäftigungsfelder können privat finanziert werden. Manche sind staatlich zu finanzieren oder zu fördern«. Ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm soll es nur geben, »wenn es nicht anders geht«. Eine Angabe über dessen Finanzvolumen fehlt ebenso, wie Hinweise zu konkreten Ausgabenfeldern — zum Beispiel im Dienstleistungsbereich. Zwar wird betont, daß der Abbau struktureller Defizite — was immer das sein mag — in der Krise bedenklich ist, dann wird jedoch in bester Brüning'scher Tradition eine Senkung der Einkommen im sozialen Dienstleistungs- und Bildungsbereich vorgeschlagen! Daneben wird immerhin der Abbau nicht mehr gerechtfertigter Industriesubventionen, das Verbot von Abschreibungsgesellschaften sowie die Streichung des Bauherrenmodells gefordert. Ein genereller Abbau von Steuervorteilen für Großverdiener, eine Anhebung der Einkommensteuerprogression, die Eintreibung der riesigen Steuerschulden oder ähnliches, was jahrelang in der SPD diskutiert und gefordert wurde, sucht man hier vergebens.

5. Arbeitszeitverkürzung, keine Aufgabe für die SPD?

Der drittletzte Punkt des wirtschaftspolitischen Aufgabenkatalogs behandelt das Thema Arbeitszeitverkürzung. Sie wird als wirksamer und unverzichtbarer Beitrag zu einer Strategie für mehr Beschäftigung bezeichnet, aber alle Formen werden als gleichwertig hingestellt. Die Wahl der Form, also 35-Stunden-Woche, Jahresarbeitszeit- oder Lebensarbeitszeitverkürzung, wird ebenso wie die Frage der Durchsetzung mit Hinweis auf die Tarifautonomie als Angelegenheit der Tarifvertragsparteien bezeichnet. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich fehlt ebenso wie der Hinweis, daß Arbeitszeitverkürzung nicht nur aus beschäftigungspolitischen Gründen, sondern ebenso zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten notwendig ist. Die staatliche Wirtschaftspolitik soll lediglich Rahmenbedingungen setzen.

Kein Wort davon, daß die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche, und nur um die geht es in den kommenden Kämpfen, mehr als ein tarifpolitischer Konflikt ist. Es handelt sich um die Schlüsselauseinandersetzung der 80er Jahre zwischen Kapital und Arbeit, was die Unternehmervertreter übrigens längst erkannt haben. Kein Hinweis darauf, daß sich in dem Kampf um die 35-Stunden-Woche entscheidet, ob der neokonservative Angriff auf die Rechte und den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten abgestoppt werden kann. In dieser Auseinandersetzung, in der es letztlich um die Ökonomie der Arbeit geht, kann die SPD nicht die Position eines wohlwollenden Beobachters spielen. Das ist auch ihr Kampf.

6. Demokratisierung der Wirtschaft — Fehlzanzeige

Die Diskussion um neue Instrumente zur Steuerung der Wirtschaft, die in der SPD und vor allem im DGB seit vielen Jahren geführt wird, ist in dem Ehrenberg-Papier nicht einmal andeutungsweise aufgegriffen. Lediglich bei staatlichen Hilfen zur Sanierung alter Industriestrukturen wird gefordert, Gewerkschaften, Mitbestimmungsorgane, Betriebsräte und Arbeitsdirektoren gleichberechtigt mit Kapital und Staat an Umstrukturierungskonzepten zu beteiligen. Mitwirkungs- und Informationsrechte der Arbeitnehmer sollen erweitert werden. Die geltenden Mitbestimmungsrechte sollen lediglich gewahrt, nicht etwa ausgebaut werden. Nicht gefordert werden Ausweitung der Mitbestimmung, wie es die SPD seit langem diskutiert, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, Volkswirtschaftliche Rahmenplanung, Investitionsmeldestellen, Investitionskontrolle oder Investitionslenkung bei Großinvestitionen, Erfolgskontrollen bei Subventionen oder Umwandlung von Subventionen in öffentliche Kapitalbeteiligungen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen, die zu diesem Bereich in DGB- und SPD-Programmen eigentlich unstrittig sind.

7. Anpassung an neue Anforderungen statt Bildung

Vergleicht man die Aussagen zur allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Weiterbildung im Ehrenberg-Papier mit den entsprechenden DGB-Forderungen, findet man einen weiteren Beweis dafür, daß es in dem SPD-Papier um eine kapitalorientierte Wirtschaftspolitik geht. Nicht — wie beim DGB — die Entwicklung der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen, die diesen in die Lage versetzen soll, Veränderungen von Arbeitsprozessen zu bewältigen und im Sinne einer Humanisierung des Lebens zu beeinflussen, steht im Mittelpunkt, sondern die aus der Sicht des Unternehmens notwendig gewordenen Anpassungen der Menschen an die neuen Anforderungen in der Arbeitswelt. Bezeichnend dafür ist, daß bessere Schulausbildung auf die Vermittlung von Kenntnissen über technologische Entwicklungen verkürzt wird.

Zur Berufsausbildung wird lediglich eine Reform der betrieblichen Ausbildung und ihre Finanzierung gefordert. In welche Richtung diese Reform gehen soll, bleibt offen.

8. Private Umweltreparatur statt Umweltschutz

Einen Lichtblick stellt in dem Ehrenberg-Papier die Feststellung dar, daß Arbeit und Umwelt nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern daß Umweltschutz auch zu mehr Beschäftigung führt. Allerdings wird nicht — wie im DGB-Programm von 1974 — dem Vorsorgeprinzip, d.h. der Verhinderung von Umweltbelastung, Priorität eingeräumt, sondern es werden Abgaben gefordert. Abgaben der Verursacher von Umweltschäden sollen in einem Fonds »Umwelt und Arbeit« bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau gesammelt werden. Die Mittel sollen dann für Umweltreparaturen verwendet werden.

Hier wird also weder versucht, neue Wege zu beschreiten, die die Entstehung von Umweltbelastungen mindern könnten, noch wird Umweltschutz als gesellschaftliche Aufgabe begriffen. Im Gegenteil, es wird betont: »die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es nicht möglich ist, mit staatlichen Auflagen allein die Entwicklung in den Griff zu bekommen«. Das wirksame Mittel sind nach dieser Auffassung »marktkonforme Abgaben«. Die verursachten Umweltschäden sollen durch private (!) und öffentliche Umweltinvestitionen beseitigt werden, für die Zinszuschüsse, zinssubventionierte Darlehen und verlorene Zuschüsse gegeben werden. Eine demokratische Kontrolle oder gar eine Mitentscheidung der Betroffenen darüber, wer welche Mittel bekommt, ist selbstverständlich nicht vorgesehen.

Fazit: SPD besiegelt wirtschaftspolitischen Kompetenzverlust

Wenn sozialdemokratische Wirtschaftspolitik die Aufgabe hat, die Zukunft im Interesse der abhängig Beschäftigten zu gestalten, bedeutet dieses Programm den endgültigen Abschied der SPD von der Politik. Der sozial- und wirtschaftspolitische Kompetenzverlust der Sozialdemokratie, dessen Gründe in der mangelhaften Fähigkeit liegen, die Ursachen der gegenwärtigen Krise zu erkennen und wirtschaftspolitische Alternativen als Gegenpositionen zu den Neokonservativen aufzuzeigen, wird hiermit besiegelt.

Überwindung der mangelnden Kompetenz der Partei: Linke Sozialdemokraten machen Vorschläge für eine regionale Wirtschafts- und Haushaltspolitik, die gesellschaftlich nützliche Beschäftigung schafft, den ökologischen Erfordernissen gerecht wird und dadurch die Lebensqualität steigert. Regionaler Widerstand gegen Dauerarbeitslosigkeit und Sozialabbau verbindet sich mit dem gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche.

Brand, Hofschen, Horstmann, Kisker, Schui, Wasem, Welsch, Wolf; Dokumentation der Wirtschafts- und Beschäftigungsprogramme für Bremen, Hamburg, Ostwestfalen-Lippe und West-Berlin

220 Seiten, 16,- DM
ISBN 3-922489-04-4



WIRTSCHAFTSKRISE und regionale Gegenwehr

Sozialdemokratische Konzepte
für Vollbeschäftigung
und Lebensqualität

Mit einer Dokumentation
regionaler Wirtschafts- und
Beschäftigungsprogramme

SONDERHEFT 4

Kurt Neumann und Andreas Wehr

Reformismus in der Krise — Krise des Reformismus?

Über Kompromisse

oder

Wein und Wasser aus zwei Gläsern trinken

Mi-en-leh lehrte über Kompromisse: Kompromisse sind oft nötig. Viele Leute verstehen darunter Wasser in seinen Wein schütten. Gemeint ist, unverdünnt sei Wein unbedenklich. Oder, der vorhandene Wein reicht für den Durst nicht aus. Ich habe eine andere Ansicht von Kompromissen. Ich trinke dann Wein und Wasser aus zwei Gläsern. Denn es ist viel zu schwer, dann wieder den Wein aus dem Wasser zu schütten.

(aus: Brecht, Me-ti/Buch der Wendungen)

Aktuelle Situation: Ende des Godesberger Wegs?

Das Ende der sozialliberalen Koalition und die Wahlniederlage der SPD am 6. März 1983 geben Anlaß, sich erneut mit sozialdemokratischen Strategien, Politikkonzeptionen und internen Richtungen bzw. Gruppierungen innerhalb der Partei zu beschäftigen. Dabei spielen die Begriffe Reformismus, reformistische Strategie bzw. reformistisches Stadium zentrale Rollen. Ausgangspunkt der Debatte ist vielfach die allgemeine Feststellung, die reformistische Strategie der Sozialdemokratie sei gescheitert. Hier enden allerdings bereits die Gemeinsamkeiten.

Einerseits wird in der Niederlage vom 6. März 1983 das Ende des Godesberger Wegs gesehen, aus dem allein »das (programmatische) Wiederanknüpfen an die sozialistische Tradition der eigenen Geschichte«¹ herausführen könne: Die SPD habe »nur mit sozialistischen Positionen eine Zukunft«.²

Auf der anderen Seite wird das Ende der sozialliberalen Koalition in Verbindung gebracht mit der Krise einer »keynesianisch³-reformistischen Etappe«, die deutlich zu unterscheiden sei von der »klassisch-reformistischen«.⁴

Seit längerem besteht eine inner-marxistische Debatte um die Kategorisierung⁵ der in der Sozialdemokratie vorhandenen Richtungen und Strömungen. Es lassen sich dabei — vereinfacht gesehen — zwei Ansätze unterscheiden. Während einerseits aus spezifischen sozial-ökonomischen Existenzbedingungen bestimmte Bewußtseinsformen und politische Konzeptionen mechanistisch abgeleitet werden⁶, erfolgt andererseits die Abgrenzung der verschiedenen Strömungen häufig allein nach den jeweils geäußerten Zielvorstellungen und Strategien. In diesem Zusammenhang stellen die Herforder Thesen einen entscheidenden Fortschritt in der Entwicklung marxistischen Denkens in der bundesdeutschen Sozialdemokratie dar: Sie verknüpfen die unterschiedlichen Ebenen des Herangehens an das Phänomen⁷ des Reformismus, die allzuoft gegeneinander verabsolutiert wurden. Inzwischen ist die Diskussion, teils anknüpfend an die Herforder Thesen⁸, teils unabhängig von ihnen, weitergegangen.

Wir gehen im folgenden von einer Stellungnahme des Sozialistischen Hochschulbundes aus⁹, weil wir den SHB als Bestandteil der »sozialdemokratischen Bewegung, die mehr umfaßt als die Partei«¹⁰, sehen.

Kritik des SHB (1): Reformismus und Bewußtsein

Ausgangspunkt der Kritik des SHB ist, daß angeblich »der Reformismusbegriff in den Herforder Thesen eine doppelte Bestimmung erfährt: Während er einmal bestimmt wird als 'unentfaltetes Klassenbewußtsein' (24. These), erfolgt an anderen Stellen eine Bestimmung als eine der 'politische(n) Strömungen in der Arbeiterbewegung' (26. These). Beides — Bewußtseinsformen und politische Strömungen — wird oft nicht auseinandergehalten.«¹¹ Diese Behauptung ist falsch: Die Herforder Thesen unterscheiden sehr wohl zwischen einem unterentwickelten Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse einerseits und den daran anknüpfenden reformistischen Konzeptionen andererseits, die als »Ausdruck einer politischen Strömung in der Arbeiterbewegung« bezeichnet werden. (46) Allerdings sehen die Herforder Thesen nicht nur den Unterschied, sondern auch den Zusammenhang zwischen den Illusionen befangenen Bewußtseinsformen und dem Reformismus.

Der SHB besteht demgegenüber schlicht auf definitorische Abgrenzung. Er stellt mit von Lenin geborgter Autorität¹² ohne jede Begründung fest: »Das Bewußtsein, welches unmittelbar aufgrund der Lage der Arbeiterklasse massenhaft und spontan entsteht, ist 'trade-unionistisches Bewußtsein'.«¹³ Wörtlich übersetzt heißt »trade-unionistisches« Bewußtsein »gewerkschaftliches Bewußtsein«.

Spontan und massenhaft in der Arbeiterklasse entstandenes Bewußtsein als »Keimform des Klassenbewußtseins« ist aber kaum zutreffend — mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit — als gewerkschaftliches Bewußtsein zu umschreiben.

Lenin über die vom SHB herangezogene Stelle konsequent weiterlesend, stoßen wir bald auf seine Definition klassenbewußter (= sozialdemokratischer) Grundsatzpositionen gegenüber denen des »Trade-Unionismus«: »Die Sozialdemokratie leitet nicht nur den Kampf der Arbeiterklasse für günstige Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft, sondern auch den Kampf für die Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse nicht nur im Verhältnis zu einer bestimmten Unternehmergruppe, sondern in ihrem Verhältnis zu allen Klassen der modernen Gesellschaft und zum Staat als der organisierten politischen Macht.«¹⁴ Es zeigt sich also, daß gerade der Leninsche Begriff des »Trade-Unionismus« eine doppelte Bestimmung erfährt, einmal als die eines bestimmten Bewußtseins in der Arbeiterschaft, zum anderen die einer politischen Strömung in der Arbeiterbewegung. Die Abgrenzung des Trade-Unionismus vom Klassenbewußtsein und von der klassenbewußten Politik findet sich im Kriterium des Kampfs für die »Aufhebung der Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, sich an die Reichen zu verkaufen«.

Die in Anlehnung an Lenin und als Alternative zu den Herforder Thesen gewählte Entgegensetzung von »trade-unionistischem Bewußtsein und reformistischer Praxis« ist somit willkürlich. Sie stiftet eher Verwirrung, statt ein größeres Maß an Klarheit zu bringen.

Kritik des SHB (2): Reformismus und Integrationismus

Im weiteren Fortgang der Argumentation des SHB auf der Ebene der »Analyse des Reformismus als Ausdruck politischer Ideen und Konzeptionen der Arbeiterbewegung«¹⁵ führt diese Entgegensetzung beim SHB dann dazu, daß der eigenen Forderung zuwider nicht

»Bewußtseinsformen und politische Strategien in ihrer Wechselwirkung erfaßt«,¹⁶ sondern losgelöst allein die »politischen Ideen und Konzeptionen« betrachtet werden. Dabei wirft er den Herforder Thesen eine fehlende Differenzierung zwischen »Reformismus« und »Integrationismus«¹⁷ vor.¹⁸ Zum Zwecke dieser Differenzierung bietet er als unbestreitbare Wahrheit zwei Definitionen an:

- »Die reformistische Position begreift die angestrebten Reformen als Mittel der Interessenvertretung zum Zwecke der allmählichen Überwindung des Kapitalismus, beschränkt sich dabei allerdings auf bürgerlich-parlamentarische Instrumentarien.«¹⁹
- »Ziel dieser (integrationistischen) Politik ist die Stabilisierung des kapitalistischen Systems, nicht seine Überwindung. Der Integrationismus ordnet Arbeiterinteressen diesem Ziel unter, das reibungslose Funktionieren der kapitalistischen Profitproduktion gilt dieser Position als Voraussetzung zur vermeintlichen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung.«²⁰

Auch an dieser Stelle vermeidet es der SHB bedauerlicherweise, seine Auffassung zu begründen; also darzulegen, warum die unterschiedlichen Konzeptionen innerhalb der Arbeiterbewegung gerade nach dieser definitorischen Scheidelinie abgegrenzt werden müssen. Und er tut wiederum so, als ob die gewählte Abgrenzung zumindest unter Marxisten fraglos wäre. Tatsächlich findet sich aber nur eine Ausarbeitung, in der diese Auffassung vertreten wird. Hofschien u.a.²¹ unterscheiden in der SPD zwischen drei »Hauptströmungen«, die sie »als integrationistische, reformistisch-sozialistische und marxistische bezeichnen.«²²

Eher repräsentativ für die ernstzunehmende²³ aktuelle Diskussion sind die Definitionen, die wir bei Fülberth/Harrer²⁴ finden:

- »Unter 'Reformismus' kann eine Richtung der Arbeiterbewegung verstanden werden, die einer Verbesserung und Stabilisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen unter grundsätzlicher Beschränkung auf Formen, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer politischen Verfassung ökonomisch möglich und juristisch erlaubt sind, herbeizuführen sucht.«²⁵

Innerhalb des Reformismus lassen sich nach Fülberth/Harrer zwei Hauptrichtungen unterscheiden.

- »Für die erste ist die ungehinderte systemimmanente Rentabilität der kapitalistischen Wirtschaft zugleich eine Voraussetzung für eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch Reformen am kapitalistischen System, welche das private Eigentum an den Produktionsmitteln aber grundsätzlich nicht in Frage stellen, erreicht werden soll. (...) Eine solche Richtung ... ist am ehesten als sozialliberal-integrationistischer Reformismus definierbar.«²⁶

An anderen Stellen heißt es: »integrationistischer Reformismus«, »rechtsreformistische Politik« oder »sozialliberal orientierter Reformismus«.

- »Eine zweite Richtung ... sieht Reformen als ein Mittel zur allmählichen Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.«

Hier sprechen die Autoren auch von »reformistischen Sozialisten«, »reformsozialistischer Politik«,²⁷ »Reformsozialismus«, »sozialistisch orientiertem« oder »sozialistischem Reformismus«.²⁸

Untaugliche Abgrenzungen

Die dargestellten Definitionen beider geschilderter Ansätze haben drei in unterschiedlicher Verknüpfung verwandte Bestimmungskriterien gemeinsam: 1. den Klassenbezug der jeweiligen Politik, 2. die Vertretung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse, 3. die »systemüberwindende« sozialistische Perspektive.

Für den SHB ist der »Reformismus« durchaus Arbeiterpolitik, die auf eine Vertretung der unmittelbaren Interessen ausgerichtet ist und diese Interessenvertretung sogar dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus als Mittel unterordnet. Kritisierenswert ist allein die Beschränkung auf unzureichende Instrumentarien. Der »Integrationismus« hingegen ist »bürgerliche« Politik. Ihm geht es nur um die »vermeintliche (!) Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung«, nicht aber um die Vertretung ihrer unmittelbaren Interessen. »Ziel ... ist die Stabilisierung des kapitalistischen Systems.«

Fürwahr eine klare Sache: Bei allen drei Bestimmungskriterien unterscheiden sich Reformismus und Integrationismus. Reinlich getrennt befinden sich diesseits und jenseits der Klassenlinie die unterschiedlichen Positionen. Allerdings bleiben schon auf der Ebene der bloßen Beschreibung Fragen offen: Wie werden denn die Kräfte in der Arbeiterbewegung und besonders in der Sozialdemokratie eingeordnet, die als aktive Gewerkschafter tagtäglich für die Durchsetzung von Arbeiterinteressen eintreten, die aber (immer noch) glauben, dieses könnte unter kapitalistischen Bedingungen noch am ehesten erfolgreich geschehen? Wie diejenigen, die in ihren politischen Vorstellungen überhaupt keinen Begriff des Systemunterschieds von Kapitalismus und Sozialismus haben? Vor allem: Wie wird denn festgestellt, wer den Kapitalismus überwinden will? Stehen die schon diesseits der Klassenlinie, die feiertags vom Sozialismus schwadronieren, aber werktags die Grenzen des Sozialstaats beschwören?

Fülberth/Harrer unterscheiden sich in ihrer Bestimmung des »sozialistischen Reformismus« nicht vom »Reformismus« des SHB mit allen seinen Unzulänglichkeiten. Ihr »integrationistischer Reformismus« gerät allerdings nicht annähernd so grobschlächtig wie dessen »Integrationismus«. In der Gegenüberstellung zum »Sozialliberalismus« bürgerlicher Parteien wird deutlich, daß sich parallele politische Konzeptionen auf der Grundlage unterschiedlichen Klassenbezugs und unterschiedlicher Interessenwahrnehmung ergeben können, wenn auch für diese Tatsache keinerlei Erklärungen gegeben werden können.

Darüber hinaus bleiben weitere Fragen: Wie verhalten sich eigentlich die so definierten »Hauptrichtungen des Reformismus« zur vorausgeschickten Definition des Reformismus insgesamt? Ist denn der »sozialistische Reformismus« überhaupt noch nach der eigenen, zuvor getroffenen Definition ein Reformismus? Umfaßt nicht die Definition des »integrativen Reformismus« vollständig die Bestimmungen des allgemeinen Reformismusbegriffs? Und vor allem, wie steht es mit dessen Orientierung einerseits an der »systemimmanenten Rentabilität des Kapitalismus« und andererseits an der »Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen, vor allem in der Situation der kapitalistischen Wirtschaftskrise?

Manche der aufgezeigten Unklarheiten und Widersprüchlichkeiten mögen durch weiteres definitorisches Bemühen auszuräumen sein. Gerade die letzte Frage zeigt aber, daß handlungsanleitende Antworten nicht auf der Ebene bloßer Begriffsbestimmungen möglich sind. Die innere Widersprüchlichkeit, die Dynamik und die Veränderungsmöglichkeiten des Reformismus können nicht so erfaßt werden. Erforderlich ist vielmehr eine Herangehensweise, die in Zusammenhängen denkt, in Zusammenhängen von sozial-ökonomi-

schen Bedingungen, von Bewußtseinsformen und politischen Konzeptionen, in Zusammenhängen, die sich konkret als jeweils historische darstellen — wie dieses die Herforder Thesen versuchen.

Klassenbewußtsein und unterentwickeltes Bewußtsein

Ausgangspunkt für die Frage der Auseinandersetzung mit dem Reformismus ist in den Herforder Thesen die grundlegende Einsicht: »Entscheidend für eine sozialistische Umwälzung ist eine Arbeiterbewegung, in der klassenbewußte Positionen vorherrschen.« (43) Erkenntnisinteresse ist also die Frage, wie Klassenbewußtsein entsteht, welche gegenläufigen Tendenzen bestehen und wie ihnen entgegengearbeitet werden kann.

Die Herforder Thesen enthalten zunächst sehr allgemeine Aussagen über die Entstehungsbedingungen von Klassenbewußtsein als dem Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, einem Bewußtsein, das die eigene gesellschaftliche Situation und die über den Kapitalismus hinausreichenden objektiven Interessen einschließt. Diese allgemeinen Überlegungen ersetzen keineswegs eine konkrete Untersuchung, die die geschichtliche Entwicklung im einzelnen nachvollzieht, sie müssen aber in historische Untersuchungen eingehen und sich an diesen bewähren.

Auf der allgemeinen Ebene wird in den Herforder Thesen auch untersucht, welche Ursachen der Entstehung von Klassenbewußtsein entgegenstehen und wie sie sich auswirken. Dabei werden zunächst objektive sozial-ökonomische Bedingungen angegeben, die dem vollen Bewußtwerden der eigenen (Interessen-)Lage entgegenstehen können. »Objektive Ursachen, die zu Schranken der Entwicklung von Klassenbewußtsein werden können, sind die Formen, in denen die ökonomischen Verhältnisse an der Oberfläche der Gesellschaft erscheinen und die vielfältige Illusionen erzeugen und dadurch den Blick für die wirklichen Zusammenhänge verstellen.« (45) Diese Ansatzpunkte illusionärer Vorstellung sind nicht gleichzusetzen mit konkretem Bewußtsein, nicht einmal mit Bewußtseinsformen, die für historisch konkret entstehendes Bewußtsein charakteristisch sind. Bewußtsein bildet und artikuliert sich nämlich nicht isoliert innerhalb einer Klasse, etwa der Arbeiterklasse selbst, sondern unter Bedingungen der Klassenherrschaft, die nicht nur ökonomische und politische, sondern die auch ideologische Herrschaft ist. Bürgerliche Ideologie dominiert, wenn und soweit es gelingt, daß »sie als allgemeines Selbstverständnis der Gesamtgesellschaft erscheint und von Teilen der Arbeiterklasse auch so aufgenommen wird. Ihren Ausdruck findet die bürgerliche Ideologie als herrschende nicht in ihrer Besonderheit als bürgerliche, sondern in 'Formen der Allgemeinheit'« (46).

»Stellt die Arbeiterklasse ... bei der Wahrnehmung ihrer unmittelbaren Interessen in ökonomischer wie in politischer Hinsicht diese 'Formen der Allgemeinheit' nicht in Frage, sondern bestimmt sie ihre Ziele innerhalb einer solchen vorgegebenen ideologischen Grundstruktur, so ist dieses Ausdruck eines unterentwickelten Selbstbewußtseins.« (46) Dieses unterentwickelte Selbstbewußtsein ist im wesentlichen dadurch charakterisiert, daß es die über den Kapitalismus hinausweisenden Klasseninteressen, die Interessen an einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft nicht miteinbezieht.

Unterentwickeltes Bewußtsein und Reformismus

Diese Formen unterentwickelten Selbstbewußtseins sind Ausgangspunkt für die Entstehung und Voraussetzung für die Verankerung von politischen Konzeptionen in der Arbeiterklasse, die zwar die unmittelbaren Interessen artikulieren, aber objektiv im Rahmen der Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft verbleiben. Die historisch sehr unterschied-

lichen Ausprägungen solcher Konzeptionen fassen die Herforder Thesen — und insoweit ähneln sie stark der allgemeinen Definition des Reformismus bei Fülberth/Harrer — unter dem Begriff des Reformismus zusammen.

Da es den Herforder Thesen nicht schlicht um die Kategorisierung von Strömungen und Gruppierungen geht, sondern sie auf die Entwicklung von Klassenbewußtsein orientieren, untersuchen sie die Widersprüchlichkeit des Reformismus, an der ansetzend weitergehende Bewußtseinsentwicklungen möglich erscheinen: Reformistische Politik ist Interessenpolitik für die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen. Als solche ist sie immer tendenziell antikapitalistisch, da sie erfolgreich nur sein kann, wenn es ihr gelingt, Kapitalinteressen zurückzudrängen oder doch einzugrenzen. Sie ist aber — gerade wenn sie erfolgreich ist — immer auch integrativ, weil sie auf die Notwendigkeit weitergehender Veränderungen nicht hinweist.

Die Herforder Thesen vermeiden es, dieses Spannungsverhältnis zwischen antikapitalistischen und integrativen Momenten reformistischer Politik derart aufzulösen, daß sie in ihm völlig unausgewiesen und idealistisch zwei verschiedene politische Organisationen oder auch nur politische Flügel in einer Organisation sehen. Welches der beiden Momente reformistischer Politik in bestimmten und konkreten Situationen in einer bestimmten Arbeiterbewegung dominiert, hängt sowohl von den ökonomischen Bedingungen als auch von den Kräfteverhältnissen in ideologischer Hinsicht ab, insbesondere von der Stärke der klassenbewußten Kräfte. Noch auf allgemeinerer Ebene vermögen die Herforder Thesen anzugeben, wie insbesondere in Zeiten ökonomischer Krisen die Widersprüchlichkeit des Reformismus zu seiner Veränderung führen kann, daß die Verdichtung integrativer Momente den Übergang zu einer bürgerlichen pro-kapitalistischen Politik und daß das Festhalten an den antikapitalistischen Momenten der Interessenvertretung die Entwicklung klassenbewußter Positionen ermöglichen.

Diese — Entwicklungsmöglichkeiten einschließende — Widersprüchlichkeit reformistischer Positionen entzieht sich einer Sicht, die nur um die Einordnung in bestimmte begriffliche Schubladen bemüht ist und die daher auch nicht anzugeben vermag, wie klassenbewußte Positionen gestärkt werden können. Es reicht nicht aus, vollmundig »eine klare ideologische Abgrenzung zu pro-kapitalistischen Positionen« zu fordern.²⁹ Im Gegenteil: Häufig ist es erforderlich, unter den »ideologischen Verkrustungen« richtige Elemente an einer bestimmten Position aufzuspüren und an ihnen anknüpfend politisch-praktische Gemeinsamkeiten zu formulieren. Die Aufarbeitung gemeinsamer praktischer Erfahrungen kann dann nicht nur zu ideologischen Klärungen, sondern auch zu einer Verbreiterung klassenbewußter Positionen führen.

Richtige Aufgabenbestimmung in der gegenwärtigen Lage

Die Herforder Thesen versuchen die Perspektive von Marxisten in der SPD auf der Grundlage dieser allgemeinen Überlegungen zu bestimmen. Dabei beschreiben sie — in notwendiger Kürze — die Entwicklung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg und stellen »eine wohl einzigartig ausgeprägte Dominanz bürgerlicher Ideologie in einer politischen Partei der Arbeiterbewegung« fest: Hinter den integrativen Elementen reformistischer Politik treten die anti-kapitalistischen fast vollständig zurück.

Die Schlußphase der sozial-liberalen Koalition charakterisieren die Herforder Thesen als »Scheitern jener reformistischen Strategie, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und das Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsweise miteinander verbinden will.« Hier sehen sie die Möglichkeit, daß »reformistische Vorstellungen in unterschiedli-

chem Ausmaß eine anti-kapitalistische Stoßrichtung« erhalten und »die Dominanz bürgerlicher Ideologie durchbrochen werden kann.« Das aktuelle Aufbrechen der Widersprüche reformistischer Politik darf aber nicht mit einer Krise gleichgesetzt werden, die zwangsläufig ihr Auseinanderfallen in offen pro-kapitalistische Positionen einerseits und in klassenbewußte sozialistische Positionen andererseits zur Folge hat: Die »eigene Geschichte« der Reformisten zeigt deren Fähigkeit zu Kontinuität über konzeptionelle Umbrüche hinweg.

Aus der Geschichte des Reformismus (1): Illusionen über den Staat

Die Entwicklung des Kapitalismus, die Veränderung der Herrschaftsmethoden des bürgerlichen Staates und auch die Erfolge der Arbeiterbewegung haben Entwicklungen mit sich gebracht, die in einem erheblichen Ausmaß die Bildung von Klassenbewußtsein behindern und blockieren.

Von Beginn an konnten die von der Arbeiterbewegung erkämpften Verbesserungen der eigenen Lage nur durch eine über den Staat vermittelte gesetzliche Regelung dem unmittelbaren Zugriff der Unternehmer entzogen werden. Im Kampf der englischen Arbeiter um die Fabrikgesetze, in dem es zunächst nur um die Abwendung einer unmittelbar die physische Existenz angreifenden Überausbeutung der Arbeitskraft ging, wird von Marx bereits die Entwicklung zur notwendigen juristischen Fixierung der erreichten Erfolge beschrieben.

Mit dem Anwachsen der Arbeiterklasse, der Ausdehnung der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit und schließlich der Entstehung gewerkschaftlicher Organisationen und dann der sozialdemokratischen Partei wurde der Kampf um die Existenzberechtigung dieser Organisationen und schließlich der Kampf um die Staatsmacht selbst zu Gegenständen der machtpolitischen Auseinandersetzungen. Insbesondere die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist geprägt von diesen Kämpfen. Obwohl aber gerade das deutsche Kapital die von der Arbeiterbewegung erreichten und juristisch fixierten Positionen immer wieder erfolgreich niederkämpfen konnte, bilden gerade diese in die staatliche Tätigkeit eingegangenen Teilerfolge die Quelle vielfältigster Illusionen über den Charakter des Staates schlechthin. Diese Illusionen über den Staat konnten sich um so tiefer in die Arbeiterklasse und auch in ihren Organisationen festsetzen, als es in ihrem Aufschwung und im Anschluß an ihre erfolglose Illegalisierung einen zunehmend größer werdenden Teil der herrschenden Klasse gab, der der Arbeiterbewegung durchaus einen Platz bei der Aushandlung der Arbeitsbedingungen und bei der Entscheidung über Fragen der sozialen Sicherung zubilligen wollte.

Die Integrationsangebote an Teile der Arbeiterbewegung sind einerseits eine moderne Form bürgerlicher Herrschaft, andererseits aber selbst in der herrschenden Klasse umstritten. Nur dem Faschismus ist es gelungen, durch eine Zwangsvereinigung der herrschenden Klasse die Debatte im bürgerlichen Lager für kurze Zeit zu unterbinden. Ob sich stärker integrative oder stärker repressive Elemente in der Politik der herrschenden Klasse durchsetzen, ist zugleich bestimmend für die Realitätsnähe einer stark auf integrativen Momenten basierenden reformistischen Politik.

Aus der Geschichte des Reformismus (2): Ruhelagen und revolutionäre Zuspitzungen

Die Geschichte des Kapitalismus konfrontiert die Arbeiterbewegung mit sehr unterschiedlichen Phasen der Stabilität bzw. der Instabilität. Dementsprechend verschieben sich die strategischen Antworten der Arbeiterbewegung. In der kapitalistischen Entwicklung fin-

den wir den Wechsel von wirtschaftlichen Prosperitäts- und Stagnationsphasen, von »Ruhelage(n) in den gesellschaftlichen Beziehungen«²⁹ und revolutionären Zuspitzungen, die historisch unterschiedliche Antworten der Arbeiterbewegung verlangen, während indes allzuoft bestimmte Antworten als allgemeingültig verabsolutiert werden.

In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zeigen sich etwa die enormen Schwierigkeiten, die in der »Ruhelage« erstarrten Organisationen der Arbeiterbewegung auf die seit 1910 heraufziehende grundlegende Krise des imperialistischen Systems vorzubereiten und handlungsfähig zu machen. Dabei wirkte die spezifische Aneignung des Marxismus durch die Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als »die Rezeption eines in einer anderen Lage entstandenen Denksystems«.³⁰ Die »politische Theorie des Marxismus war ... Ergebnis eines konkreten revolutionären Prozesses: Jener Situation des vormärzlichen Deutschland, in der sich das Problem der bürgerlich/demokratischen Revolution des Jahres 1848 vorbereitet und durchspielt.«³¹ Die Praxis der sozialdemokratischen Partei, in der sich unmittelbare revolutionäre Aufgaben nicht stellten, geriet immer stärker in Widerspruch zur offiziellen marxistischen Theorie. Es »verblaßte der revolutionäre Auftrag des Proletariats immer stärker zu einer bloßen fatalistischen Zukunftserwartung.«³²

Der aufkommende Revisionismus wollte diesen Widerspruch auflösen, indem er unter dem Siegel der Weiterentwicklung des Marxismus aus dieser Theorie das revolutionäre Element entfernte. Bernstein³³ gab keine theoretische Anleitung für das Verhalten der Arbeiterbewegung in der Ruhelage, sondern er ging unhistorisch von ihrer fortdauernden Existenz aus. »So war Bernsteins Vorstoß der erste systematische Versuch, die Theorie, die als dialektische Einheit von Theorie und Praxis im gesamtgesellschaftlichen Prozeß vom Standpunkt des Proletariats aus auftreten wollte, den Bedürfnissen eines aus dem gesamtgeschichtlichen Prozeß isolierten bloßen Moments in der praktischen Verhaltensweise dieses Subjekts der Geschichte, des Proletariats, zu unterwerfen und dadurch zu zersetzen.«³⁴ Scheiterte die offizielle marxistische Theorie der Sozialdemokratie an der Krise während und nach dem Ersten Weltkrieg, da sie den Massen keine Handlungsanleitung geben konnte, so stellten sich die Voraussetzungen der Revisionisten aufgrund der Ereignisse als ganz und gar unhaltbar dar. Die Arbeiterbewegung konnte zwar längst überfällige bürgerliche Freiheitsrechte durchsetzen. Im Ergebnis erlitt sie aber eine historische Niederlage und wurde gespalten.

Aus der Geschichte des Reformismus (3): Spaltung und Anti-Kommunismus

Diese Spaltung wurzelt in der unbegriffenen Dialektik von Revolution und Reform, von der unzureichenden Verknüpfung der Aufgaben des »normalen Gangs« und den Erfordernissen der »revolutionären Zuspitzung« in der Vorkriegssozialdemokratie. SPD und KPD repräsentierten fortan aber keineswegs real jeweils eine der beiden Seiten.³⁵ In der SPD bildete sich im Zuge der Vereinigung von SPD und verbliebener USPD 1922 wieder ein starker marxistischer, revolutionärer Flügel heraus, der in Paul Levi³⁶ einen der besten Köpfe der Arbeiterbewegung besaß und auf dem Parteitag 1928 bereits gute 40% der Delegierten stellte.

Umgekehrt existierte in der KPD als Mehrheitsgruppe bis 1923 und als Minderheit teilweise bis 1928 eine starke Gruppierung, die — verankert vor allem in den Gewerkschaften — sowohl an der revolutionären Perspektive festhielt als auch eine realistische Tagespolitik entwickelte.

Die furchtbaren Erfahrungen mit dem Faschismus, der durch die Spaltung der Arbei-

terbewegung ermöglicht wurde, führte nur zu kurzfristigen Ansätzen der Vereinheitlichung oder auch der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen politischen Parteien. Anknüpfend an Auseinandersetzungen in der Weimarer Zeit und auf dem Hintergrund der Politik des »Kalten Krieges« bildete sich auch in der Sozialdemokratie ein verstärkter Anti-Kommunismus heraus, der unter anderem auch auf ultralinke Strategien kommunistischer Parteien und auf den Erfahrungen mit den offenkundigen Widersprüchen und Problemen beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der SBZ und später der DDR beruhten.

Wechselnde reformistische Programmatik

In der Geschichte der Arbeiterbewegung besteht der Reformismus in unterschiedlichsten theoretischen strategischen Ansätzen bzw. Programmen. Der Bogen spannt sich vom Revisionismus eines Bernstein über die Theorie Rudolf Hilferdings³⁷ vom »organisierten Kapitalismus«, den »wirtschaftsdemokratischen« Vorstellungen am Ende der Weimarer Republik bis hin zum Godesberger Programm und dem Orientierungsrahmen '85, um nur einige der wichtigsten Stationen zu nennen.

In diesen programmatischen Aussagen spiegelt sich zugleich das beständige innerparteiliche Ringen klassenbewußter und reformistischer Positionen wider, denn »in der Sozialdemokratie waren und sind ... stets — wenn auch in unterschiedlichem Kräfteverhältnis — sowohl klassenbewußte als auch reformistische Positionen vertreten, wobei sich die jeweiligen reformistischen Tendenzen in ihrer konkreten Ausprägung ganz erheblich unterscheiden.« (91) Marxistische Sozialdemokraten haben in allen Phasen Alternativen zu ihren reformistischen Strategien und Programmen ausgearbeitet und in die Diskussion von Partei und Gewerkschaften eingebracht. Dies gilt sowohl für die Frage der »Wirtschaftsdemokratie« und den »organisierten Kapitalismus«³⁸ als auch für die Kontroverse um das Godesberger Programm³⁹ oder für die Auseinandersetzung um den Orientierungsrahmen '85.⁴⁰ Umgekehrt sind auch immer Elemente dieser Kritik in die reformistischen Positionsbestimmungen mit eingegangen, stellen die im einzelnen unterschiedlichen Programme und Strategien zu einem Teil auch Reaktionen auf die in und außerhalb der Partei existierende marxistische Herausforderung dar.

Grundlegende und vergängliche Elemente

Die Debatte über die aktuelle »Krise des Reformismus« kann nur dann sinnvoll geführt werden, wenn man sich auf dem Hintergrund der längeren Geschichte des Reformismus in der Sozialdemokratie über die Entstehungsbedingungen und spezifischen Eigenschaften der besonderen reformistischen Phase der SPD nach 1969 verständigt. Im Vergleich mit strategischen Ansätzen und programmatischen Vorstellungen früherer historischer Abschnitte können sehr viel besser die überkommenen und nur sehr schwer zu überwindenden Elemente von den unmittelbar in einen Zeitabschnitt gebundenen Teilen getrennt werden.

Analysen, die das Godesberger Programm als »eigentlichen Ziel- und Fluchtpunkt« erkennen, »von dem aus die Krise des Kapitals zu einer nicht minder einschneidenden in der SPD werden konnte«⁴¹ oder die herausarbeiten, daß »spätestens seit Godesberg das Parlament und nicht die Straße die Heimat der SPD sei«⁴², schenken den in früheren historischen Phasen bereits herausgebildeten und übernommenen Elementen reformistischer Strategie sicherlich zu wenig Aufmerksamkeit.

Eine möglichst genaue Unterscheidung zwischen einerseits mehr grundlegenden und

solchen aktuelleren und damit auch schneller vergänglichen Elementen ist aber notwendig für jede einigermaßen realistische Einschätzung der weiteren Entwicklungsmöglichkeiten reformistischer Strategien. Nur auf der Grundlage einer solchen Einschätzung können wiederum die Anforderungen an das Handeln von Marxisten in der SPD genauer als bisher bestimmt werden, sind möglichst konkrete Ansatzpunkte für ein erfolgversprechendes Eingreifen dieser Kräfte auszumachen.

Als drei sicherlich wesentliche, grundlegende Elemente verschiedener reformistischer Strategien stellen sich ein unkritisches Staatsverständnis, die Verabsolutierung bestimmter geschichtlicher Zeitabschnitte oder bestimmter aktueller gesellschaftlicher Erscheinungen sowie seit der Spaltung der Arbeiterbewegung ein starker Einfluß des Anti-Kommunismus dar.

Nach Ende der sozial-liberalen Koalition

Mit der Beendigung der sozial-liberalen Koalition ist sicherlich eine reformistische Strategie am Ende, wie sie sich idealtypisch in der ersten Regierungserklärung des Kabinetts Brandt/Scheel oder im ersten Entwurf des Langzeitprogramms dargestellt hatte. Als Folge davon werden gegenwärtig einzelne »aktuelle Elemente« auch im Selbstverständnis von Reformisten in Frage gestellt. Grundlegendere Elemente, wie sie auch im Godesberger Programm festgehalten sind, sind aber bislang noch nicht zum Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzungen geworden. Das gilt sowohl für die Vorstellung vom weitgehend klassenneutralen Staat wie für die Verabsolutierung nunmehr aktueller Momente der geschichtlichen Entwicklung und für das Fortbestehen des Anti-Kommunismus. Dies geht unschwer aus dem von Erhard Eppler und Richard Löwenthal vorgelegten Bericht der Grundwertekommission hervor, die sich für die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms ausgesprochen hat. Zu beobachten sind allerdings Anstrengungen, die vorgefundenen Bruchstücke, ergänzt um neue Elemente, wieder zu einer in sich geschlossenen reformistischen Konzeption zusammenzufügen. Dabei sollen ganz offensichtlich Positionen der Ökologiebewegung mit eingearbeitet werden. Das bedeutet aber nicht zugleich die Aufgabe eines »keynesianischen Modells«. Die neuen »ökologischen Vorstellungen« sollen nicht an Stelle der bisherigen Wirtschaftspolitik treten, sondern mit ihr verknüpft werden.

Angesichts dieser Situation stellt sich für marxistische Kräfte nicht die Frage, ob sie für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms eintreten. Diese Entscheidung ist aus dem Bedürfnis der reformistischen Positionen herausgefallen. Die Marxisten müssen sich aber in die Programmdiskussionen einschalten. Sie müssen die gescheiterten Vorstellungen kritisch durchleuchten und die Ursachen des Scheiterns hinterfragen. Die Auseinandersetzung muß so geführt werden, daß auch die »grundlegenderen Elemente« reformistischer Strategie in das Blickfeld geraten.

Wenn die Grundwertekommission z.B. als »Defizit« des Godesberger Programms bestimmt, »es geht von einem absehbare Zeit ungebrochenen Wirtschaftswachstums aus«, dann ist dieses schlicht falsch. Im Godesberger Programm heißt es: »Ziel [!] sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist ein stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft ... Um alle Menschen am steigenden Wohlstand zu beteiligen, muß die Wirtschaft den ständigen Strukturveränderungen planmäßig angepaßt werden, damit eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung erreicht wird.« Worin besteht hier das »Defizit«? Und warum will man an den zitierten Zielvorstellungen etwas ändern, aber gleichwohl als »Grundentscheidung«, an der nicht gerüttelt werden soll, an der

»Anerkennung des Marktes als eines wichtigen Mittels für die Wirtschaft jeder Industriegesellschaft« festhalten?

Bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen dürfen wir nicht die Möglichkeiten reformistischer Vorstellungen unterschätzen, sich selbst durch eine neue Programmatik zu festigen. Wir dürfen aber auch die grundlegende Einsicht der Herforder Thesen nicht außer acht lassen, daß »die Weiterentwicklung reformistischer Positionen hin zu verstärkter anti-kapitalistischer Ausrichtung ... nicht zwangsläufig an einer Grenze halt macht, an der das 'ganz andere' des Klassenbewußtseins und des Marxismus beginnt.«

Um sein Abendessen zu erwerben, braucht man Klugheit; sie kann darin bestehen, daß man den Vorgesetzten Gehorsam erweist. Eine Klugheit anderer Art mag einen dazu bringen, das System von Vorgesetzten und Zurückgesetzten abzuschaffen. Jedoch braucht man auch für dieses Unternehmen noch die Klugheit der ersten Art, da man ja auch, um dieses Unternehmen auszuführen, zu Abend essen muß.
(Brecht, Me-ti/Buch der Wendungen)

Anmerkungen

- 1 Albers, D.: Unsere Aufgaben nach dem 6. März, in: *spw* 19/1983, 212.
- 2 Beling, G., und O. Scholz: Nach dem Scheitern des »Godesberger Wegs«, in: *spw* 19/1983, 218.
- 3 Keynesianisch: Bezeichnung für eine Wirtschaftspolitik, die sich an dem englischen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler Keynes orientiert. Wesentliches Kennzeichen keynesianischer Wirtschaftspolitik ist der Versuch, über staatliche Wirtschaftspolitik der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft entgegenzuwirken, um dadurch den Kapitalismus abzusichern.
- 4 Kremer, U.: Vor einem neuen Stadium des Reformismus, in: *spw* 20/1983, 339-345; vgl. auch: Buci-Glucksmann, Ch.: Sozialdemokratie nach dem Ende des Wohlfahrtsstaats, in: *Moderne Zeiten* 11/12 1981, 25.
- 5 Kategorie: Grundaussage, Grundbegriff; kategorisieren: begrifflich einteilen.
- 6 So: Göttinger Thesen, in: Sonderheft des »Sozialist«, Göttingen 1979; vgl. dazu: Neumann, K., und A. Wehr: Die Göttinger Thesen — Ein Beitrag zur Diskussion von Marxisten in der SPD?, in: *spw* 5/1979, 26-45.
- 7 Phänomen: tatsächlich feststellbare Erscheinung.
- 8 Herforder Thesen — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, wesentlich überarbeitete und erweiterte Ausgabe. Berlin/W. 1980; bei Zitaten aus den Herforder Thesen wird die Fundstelle in Klammern im Text selbst angegeben.
- 9 Diskussionsbeitrag des SHB zu den »Herforder Thesen«, Beschluß der 22. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz. Dieser Beschluß ist in gekürzter Form abgedruckt in: *spw* 14/1982, 91-98. Wir zitieren aus der Langfassung, die beim SHB-Bundesvorstand, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn 1, erhältlich ist. In Klammern geben wir — soweit abgedruckt — die Fundstelle in *spw* 14 an.
- 10 SHB, 140 (97).
- 11 134.
- 12 Vgl. Lenin, Was tun? Ausgewählte Werke Bd.I, 166.
- 13 SHB, 145.
- 14 Lenin, 190f., der auf den entsprechenden Abschnitt schon in einer Fußnote auf S. 166 hingewiesen hatte.

- 15 SHB, 135ff. (94ff.).
- 16 135.
- 17 Integration: Eingliederung; Integrationismus: Eingliederung und Unterordnung der Arbeiterklasse.
- 18 136 (95).
- 19 A.a.O.
- 20 A.a.O.
- 21 Hofschien, H.-G., E. Ott, H.K. Rupp: SPD im Widerspruch. Köln 1975.
- 22 A.a.O., 159.
- 23 Zu den weniger ernstzunehmenden rechnen wir etwa Gerns/Steigerwald/Weiß: Opportunismus heute. 1974. »Als Reformismus bezeichnet man in der marxistischen Arbeiterbewegung den Opportunismus auf jener Entwicklungsstufe, da er noch des Glaubens ist, durch Reformen im und am gesellschaftlichen System des Kapitalismus allmählich in den Sozialismus hineinwachsen zu können.« 10.
- 24 Fülberth, G., und J. Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1980-1933. Darmstadt 1974, im Anschluß an Harrer, J.: Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1974, 569-581.
- 25 Fülberth/Harrer, Sozialdemokratie, 7.
- 26 A.a.O., 10.
- 27 14.
- 28 17.
- 29 Abendroth, W.: Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Neue Gesellschaft 6/1958, 468.
- 30 Abendroth, W., Das Problem ..., 467.
- 31 Ebenda, 466; auch K. Korsch kommt in seinen 1931 verfaßten Thesen zur Krise des Marxismus zu ähnlichen Schlußfolgerungen, ders.: Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften. Frankfurt/M. 1971, 167-172.
- 32 Abendroth, W.: Das Problem ..., 468.
- 33 Eduard Bernstein, Theoretiker der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, führender Kopf der Revisionisten.
- 34 Abendroth, W., Das Problem ..., 468.
- 35 So aber Deppe, F.: Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse, Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung. Marburg 1981, 90.
- 36 Paul Levi (1883-1930), Weggefährte Rosa Luxemburgs, Vorsitzender der KPD 1919-21, ab 1922 wieder in der SPD, Reichstagsabgeordneter, von 1923-28 Herausgeber der Zeitschrift Sozialistische Politik und Wirtschaft.
- 37 Rudolf Hilferding (1877-1941), Theoretiker der Sozialdemokratie, Autor des »Finanzkapital« (1910), Mitglied des Reichstags 1924-1933, 1923 und 1928/29 Reichsfinanzminister, entwickelt das theoretische Modell vom Organisierten Kapitalismus und der Wirtschaftsdemokratie.
- 38 Vgl. die kritischen Stellungnahmen der linken Sozialdemokraten Dora Fabian und Arkadij Gurland, wiederabgedruckt in: H.W. Weizen, Wirtschaftsdemokratie heute?, Berlin/W. 1980, 95-105.
- 39 Erinnert sei hier an den Antrag 95 zum Grundsatzprogrammentwurf, mitverfaßt von W. Abendroth, wiederabgedruckt in: spw 5/1979, 94-98.
- 40 Vgl. hierzu die Konzeptionen der sich gerade erst wieder neu konstituierenden marxistischen Linken in: Albers, D., und K. Neumann: Für ein sozialistisches Langzeitprogramm. Hamburg 1974, und in: Albers, D., K. Neumann und K. Wand: Orientierungsrahmen — ohne Alternative? Berlin/W. 1976.
- 41 Albers, D.: Unsere Aufgaben nach dem 6. März, 209.
- 42 Beling, G., und O. Scholz: Nach dem Scheitern ..., 217.

Gleich nach ihrem Amtsantritt stellte die neue Gemeindeverwaltung Schilder in die Parks der Stadt:

**DIESE GARTENANLAGE
IST DAS EIGENTUM
ALLER**

Die armen Leute, durch deren Stimmen die neuen Kommunalpolitiker die Mehrheit auf dem Rathaus erobert hatten, nahmen die Aufschrift der Schilder beim Wort und begannen bei schönem Wetter ihr Frühstück auf dem Rasen der Parks einzunehmen. Die Gemeindeverwaltung entfernte daraufhin - unter dem Beifall der Konservativen - die Schilder wieder.

Dieser Konflikt hat sich in Wien gleich nach dem 1. Weltkrieg abgespielt. Durch einen großen Wahlsieg der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs im Jahr 1919 wurde die frühere Residenzstadt der Habsburger zur ersten Millionenstadt der Welt unter sozialdemokratischer Verwaltung. Ausgehend von ihrer austromarxistischen Theorie suchten die Sozialdemokraten im „Roten Wien“ neue Wege der Kommunalpolitik und scheuten auch vor radikalen Experimenten nicht zurück.

Nach dem 2. Weltkrieg ist diese historische Erfahrung in Vergessenheit geraten. Kaiser, Walzer und Heuriger liefen dem „Roten Wien“ den Rang ab.

Alfred Georg Frei möchte mit der vorliegenden Darstellung das „Rote Wien“ wieder ins Gedächtnis rufen. Nach einer Einführung in die Theorie des Austromarxismus mit seinem wichtigsten Vertreter Otto Bauer gibt Frei einen Überblick über die kommunalpolitische Praxis der Wiener Sozialdemokraten. Am Beispiel des Wohnungsbaues untersucht er die Erfolge und Defizite dieser Politik - gerade was ihr Verhältnis zu den damaligen nichtorganisierten sozialen Bewegungen betrifft.

Alfred Georg Frei

ROTES WIEN

Austromarxismus und Arbeiterkultur
Sozialdemokratische Wohnungs-
und Kommunalpolitik 1919-1934



12,80 DM

Sven-Eric Liedman

Sozialdemokratie und Staat in Schweden

Korporative Reform als Krisenlösung?*

Ein ganzes Dorf, Svappavaara in der Nähe von Kiruna im nördlichen Schweden, stirbt in diesen Tagen, weil die Erzmine — die staatliches Eigentum ist — stillgelegt wird. Die gegenwärtige Krise bedroht die Minen und die Stahlindustrie der Region. Norrland und die sogenannten Norrlandsprobleme sagen über Schweden mehr aus als viele andere Umstände. Nicht nur die ökonomischen, auch die politischen und ideologischen Verhältnisse sind eigenartig. Schweden kennt einen scharfen Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie. Das Zentrum ist weder das südliche Schweden im allgemeinen noch Stockholm, sondern die *Staatsmacht*. Das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie ist traditionell und noch heute das zwischen Staatsmacht und Randgebieten.

Es ist bemerkenswert, daß mit der Entstehung des Industriekapitalismus in Schweden die neuen Minen in Norrbotten — dem nördlichsten Teil Norrlands — schon bald in Staatseigentum umgewandelt wurden. Sie wurden von vornherein sozusagen staatskapitalistisch organisiert, denn die ökonomischen Verhältnisse im ganzen waren kapitalistische. Es waren die Konservativen, die Rechtsparteien, die die Regierungsmacht besaßen, als diese Verstaatlichungen durchgeführt wurden. In Mittelschweden entwickelte sich der Kapitalismus dagegen weitgehend unabhängig von staatlicher Intervention. Eine Reihe von technologisch und organisatorisch sehr modernen Großbetrieben entstand: die schwedische Kugellagerfabrik und Volvo in Göteborg, Asea, Lm Eriksson (Telefonbau) und andere mehr. Schweden ist, wie *Carl-Henrik Hermansson* gezeigt hat¹, seit Jahrzehnten von wenigen Finanzfamilien beherrscht. Die Namen der Familien änderten sich, nicht aber das grundlegende Verhältnis, sieht man einmal davon ab, daß ihre Zahl abnahm. Das Kapital ist in Schweden — was nicht nur Ausländern, sondern auch der Mehrzahl der Schweden selbst unbekannt ist — ökonomisch weit stärker konzentriert als in allen vergleichbaren Ländern. In die Reihe der wenigen großen Kapitale fügt sich der Staat ein, heute nicht mehr nur als Eigentümer von Minen und Eisenindustrien in Norrbotten, sondern auch als partieller oder alleiniger Eigentümer von Betrieben, die das private Kapital nicht mehr profitabel findet. Vom Standpunkt der Beschäftigten ist die Bereitschaft, defizitäre oder nur wenig profitable Betriebe zu übernehmen, das einzige Merkmal, welches den Staat vom privaten Kapital unterscheidet. Heute, in der Krise, neigt der Staat noch mehr dazu, wie die ordinären Kapitalisten zu handeln. Die Einwohner von Svappavaara und anderen Orten haben diese Erfahrung gemacht.

Der Staat ist allerdings nicht nur kapitalistischer Staat, er ist auch vorkapitalistisch strukturiert. Eigenschaften des vorkapitalistischen Staates bestimmen, wie sich der spezifisch kapitalistische Charakter des Staates ausformt. Das Symbol des schwedischen Staatsapparates im traditionellen Sinne ist die *Behörde* oder das *Amt* (Ämbete) und sein Inhaber. Die Verhältnisse sind hier nicht so verschieden von denen, die in den deutschen Staaten, besonders in Preußen, herrschten und herrschen. Allerdings waren sie in Schweden unbestrittener und vielleicht fester — teilweise dank der nationalen Stabilität. Die er-

* Der folgende Beitrag ist die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser am 21.5.1983 auf der Westberliner *Volksuni* gehalten hat.

ste Eigenschaft des Amtes ist seine Neutralität, seine Unbefangenheit — so sagt es uns jedenfalls die Amtsideologie. In Wirklichkeit funktionieren die staatlichen Behörden selbstverständlich nicht neutral und keineswegs unbefangen; aber dem Schein nach sind sie es. Die herrschende Philosophie Schwedens im 19. Jahrhundert ist eine Amtsphilosophie.

Diesen Apparat haben die Sozialdemokraten übernommen, genauer: nicht übernommen, sondern geprägt, umgewandelt und doch letztlich in seiner nur scheinbaren Neutralität bewahrt.

Schwedische Sprache und politische Theorien

Die Krise zu Beginn der 30er Jahre führte Schweden und Deutschland auf ganz verschiedene Entwicklungswege. Als die Nazis nach der Macht in Deutschland griffen, übernahmen die schwedischen Sozialdemokraten die Regierungsmacht. Ihr Krisenprogramm aus dem Jahre 1932 war allgemein keynesianisch geprägt, ohne daß der Einfluß von Keynes offenbar war. Das Programm machte nicht nur allgemeine Aussagen, es war durchgearbeitet und durchaus detailliert. Es verlangte die Ausdehnung des Staatsapparates nicht nur in quantitativer Hinsicht, der Staat sollte auch von sozialdemokratischen Absichten und Zielsetzungen durchdrungen und bestimmt sein. Die sozialdemokratische Regierungsära dauerte bis 1976. Während dieser langen Periode identifizierte sich die Sozialdemokratie mehr und mehr mit der Staatsmacht, und sie wurde auch mit ihr identifiziert. Allgemein gesehen, handelte es sich um eine Periode des ökonomischen und sozialen Fortschritts, und nicht nur die Sozialdemokraten, auch viele ihrer Gegner waren (widerwillig) überzeugt, daß der schwedische Wohlstand mindestens zum Teil ein Resultat sozialdemokratischer Politik war. Die Sozialdemokraten besaßen gewissermaßen die Initiative, während ihre politischen Gegner links wie rechts sich gegen die sozialdemokratische Normalität zu definieren hatten. Besonders für die Schwedische Kommunistische Partei (SKP) stellte dies ein großes Problem dar. Lange forderten die Kommunisten dasselbe wie die Sozialdemokraten — nur mehr, nur stärker. Die qualitative Differenz bestand in der positiven Haltung der SKP zur Sowjetunion — die während des Kalten Krieges für die Kommunisten eine Belastung bedeutete — und in ihrer oftmals sehr unklaren und formelhaft ausgedrückten Auffassung von Demokratie und Macht.

Die Verhältnisse änderten sich langsam zu Beginn der 60er Jahre, als die Kommunisten sich allmählich vom Band des Sowjet-Kommunismus lösten und begannen, eine selbständigere Oppositionspolitik gegen die Sozialdemokraten zu entwickeln. Neue Fragen wie die des Einflusses der Arbeiter auf ihre Arbeitsbedingungen und die des Imperialismus und Neokolonialismus wurden in den Vordergrund gestellt. Die veränderte Artikulation kommunistischer Politik symbolisierte sich im Namenswechsel von SKP zu »Linkspartei-Kommunisten« (Vänsterpartiet-Kommunisterna/VPK). Dennoch trugen zwei Umstände dazu bei, die Erfolge der linken Opposition eng zu begrenzen. Der eine ist noch heute aktuell, er hat spezifisch mit Schweden zu tun. Der zweite ist international.

Von jeher gibt es die Schwierigkeit, in der schwedischen Sprache Gegensätze, ja bestimmte politische und ideologische Positionen zu artikulieren. Semantische Verhältnisse sind zuweilen verräterisch, weshalb die politische Sprache in Schweden unsere Aufmerksamkeit verdient. Ich will ein einziges Beispiel anführen, um zu zeigen, wie verschieden hier Schwedisch vom Deutschen ist. *Ferdinand Tönnies*, der hervorragende deutsche Soziologe aus der Zeit der Jahrhundertwende, entwickelte das Begriffspaar *Gemeinschaft* und *Gesellschaft*,² wobei Gemeinschaft das innerliche, naturwüchsige Verhältnis zwischen Menschengruppen faßt, wogegen Gesellschaft die Bezeichnung eines modernen, atomi-

sierten Zustandes ist. Was mich hier interessiert, ist nicht dieses Begriffspaar an sich, sondern daß es überhaupt unmöglich ist, *Gemeinschaft und Gesellschaft* in zwei unterschiedliche schwedische Begriffe zu übersetzen! »Gesellschaft« (auf schwedisch *samhälle*) deckt nämlich beide Bedeutungen, und damit nicht genug. In der allgemeinen politischen Sprache, die nicht nur, aber auch die Sprache der Sozialdemokraten ist, bedeutet *samhälle* zugleich Staat, Staatsmacht. Ein Rezipient der sozialdemokratischen Propaganda ist die Phrase: »Hier muß die Gesellschaft eingreifen!« (Här måste samhället ingripa). Zuweilen können sehr merkwürdige sprachliche Konstellationen auftauchen, ich erinnere mich an einen Sprecher im schwedischen Rigsdag (Parlament), der sagte, was in deutscher Übersetzung ungefähr so heißen muß: »Wenn wir derartige gesellschaftliche Probleme haben, so muß die Gesellschaft intervenieren.« Das Wort »Gesellschaft« bezeichnet das ganze differenzierte Feld politischer Organisation und sozialen Zusammenlebens.

Nun ist dieser Sprachgebrauch im wesentlichen eine Spiegelung grundlegender Verhältnisse. Es ist einfach schwer, politische Unterschiede in der schwedischen Sprache auszudrücken, und es ist zugleich schwer, in Schweden die Differenzen, die Gegensätze zu artikulieren. Gesellschaft, Gemeinschaft und Staat versinken im Nebel einer Sprache, die keine Unterschiede denken läßt.

Ein anderer Ausdruck desselben komplexen Verhältnisses ist in Schweden die schwache Stellung der politisch-theoretischen Tradition. Die Ideologien in Schweden waren immer diffus: Wir haben einen diffusen Konservatismus, einen diffusen Liberalismus, einen diffusen Sozialismus. Selbstverständlich ist daher auch die Stellung des Marxismus bis in die 60er Jahre außerordentlich schwach. Die Kommunisten waren meistens Dogmatiker, sie lasen *Otto Ville Kuusinsens* »Grundsätze des Marxismus-Leninismus« und hatten eine lutherische Einstellung zum Marxismus — er war wie ein Katechismus aufzufassen. Die Sozialdemokraten waren und sind mit wenigen Ausnahmen anti-marxistisch oder besser: unmarxistisch, d.h. ohne alle Berührung mit marxistischen Themen und Denkweisen. Die intellektuelle Diskussion wurde von einem ex-sozialdemokratischen, liberalen Professor der Politologie und Chefredakteur der führenden Zeitung Schwedens, »Dagens Nyheter«, dominiert. Sein Name war Herbert Tingsten, und er galt in Schweden als der einzige (abgesehen von den Kommunisten, die aber als verrückt betrachtet wurden), der die Marxsche Theorie und den Marxismus beherrschte. Als dieser Herbert Tingsten alt und fromm wurde — viele Jahre später —, bekannte er freimütig, das »Kapital« nie gelesen zu haben, da es ihm zu langweilig und mühsam gewesen sei. Und dieser Mann galt als der berufene Experte Schwedens in Sachen Marxismus!

Ihre linken Kritiker sprechen oftmals von den »grauen Sozialdemokraten« (*gråssor socialdemokraterna*), weil sie keine klaren theoretischen und politischen Standpunkte einnehmen. Allerdings muß man sagen, daß die schwedische politische Szenerie insgesamt ohne scharfe Konturen gezeichnet ist. Die Ideologie der »grauen Sozialdemokraten« wurde über die Jahrzehnte zur herrschenden, wonach die schwedische Gesellschaft (und damit die Gemeinschaft, der Staat) so gut wie vollendet sei: Bis auf wenige abschließende Reformen des sozialdemokratischen Modells bliebe nichts mehr zu tun. Die Linksentwicklung der 60er Jahre, die Studentenbewegung und die wilden Streiks in den Minen von Norrbotten und andernorts bewirkten hier Veränderungen, in Schweden nicht weniger einschneidend als in der Bundesrepublik, in Dänemark usw. Zwar war die Bewegung unter den Studenten verhältnismäßig schwächer als in der Bundesrepublik, aber sie bedeutete positiv eine enorme Vitalisierung, negativ Sektenbildung und oftmals Wiederbelebung der alten, bereits kompromittierten sozialistischen und kommunistischen Politik- und Organisa-

tionsmodelle. Die Linkspartei, die sich vom Stalinismus gelöst hatte, stand nun vor der Aufgabe, die Anhänger derartiger Sekten, die die Ehrenrettung Stalins zu ihrem Programm erhoben, für sich zu gewinnen.

Es ist bemerkenswert, daß das Jahr 1968, das das Datum mancher idealisierter Erfolge und Nostalgie markiert, in den Parlamentswahlen eine Katastrophe für die VPK brachte. Die Gründe lagen nicht allein in der sowjetischen Okkupation der Tschechoslowakei. In dieser Wahl errangen die Sozialdemokraten ihre größten Erfolge überhaupt und erhielten mehr als 50% der Stimmen. Erst in den 70er Jahren verlor die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) nicht nur an Stimmen, sondern auch allmählich ihre Stellung als Garant der »guten« und »normalen« Entwicklung. Die VPK wurde eine Partei der radikalen Jugend. Erst die bürgerliche Regierungsübernahme 1976 führte zu einer Re-Vitalisierung der Sozialdemokratie, da sie nicht mehr die unbestrittene Inhaberin der Regierungsmacht war. Allerdings zeigten sich die bürgerlichen Parteien ganz und gar als Amateure in der Regierungsarbeit. Sie hatten — kurz gesagt — offenkundig Schwierigkeiten, den Statsapparat zu administrieren. Ihr Ungeschick und nicht etwa die Auswirkungen einer qualitativen Erneuerung der Politik kürzte ihre Machtperiode wesentlich ab. Nur die Konservativen, die sogenannten »Moderaten« (sehr typisch, daß die Konservativen sich in Schweden »moderat« nennen, nicht jedoch christlich, demokratisch oder sozial!), nur diese alte Rechtspartei zeigte Festigkeit und Konsequenz, was ihr heute die Überlegenheit als stärkste bürgerliche Partei in Schweden eingebracht hat.

Die Streits um die Arbeitnehmerfonds

Gegenwärtig haben die Sozialdemokraten wieder die Regierungsmacht in der Hand. Alles ist wieder »normal«. Was bedeutet nun diese scheinbare Wiederherstellung des Ursprünglichen? — Die Sozialdemokraten betrieben in den letzten Jahren vor ihrem Wahlerfolg 1982 eine wirksame Oppositionspolitik. In großen und kleinen Fragen kritisierten sie die bürgerlichen Parteien sehr energisch. Eine Stimmung wurde hervorgerufen, ähnlich 1932. Wieder gab es eine bürgerliche Regierung, welche Einsparungen als Rezept zur Überwindung der Krise verordnete. Die Sozialdemokraten gaben vor, die Lage mit offensiven Mitteln zu bewältigen. In der Krise sei der staatliche Sektor mit seinen Gehältern, seinen Pensionen, seiner aktiven ökonomischen Politik (Investitionen), seinen Schulen und seinem Gesundheitswesen nicht zu schwächen, sondern im Gegenteil zu stärken und zu effektivieren. Die Zeit sei gekommen, eine neue Phase in der ökonomischen und sozialen Entwicklung einzuleiten. War die politische Demokratie eine Errungenschaft vom Beginn des Jahrhunderts, so gehe es jetzt um die Wirtschaftsdemokratie, um das Ende des Machtmonopols der Kapitalisten über Betriebsführung, Investitionen und Beschäftigung.

All dies sind alte Ziele auch der schwedischen Sozialdemokratie. Aber jetzt, so sagten die Sozialdemokraten, handele es sich doch um etwas Neues: *Arbeitnehmerfonds*³ (Löntagarfonder) — das ist die Lösung. Sie würden die Machtübernahme in den Betrieben bedeuten. Wozu sollten diese Fonds dienen?

Es gibt eine ganze lange Reihe von Vorschlägen, von Modellen, von Varianten. Die Fonds werden zum einen von den Beschäftigten finanziert, die auf einen Teil ihres Lohns verzichten, und zum anderen aus dem Gewinn des Betriebes, der auch Überprofit genannt wird. Wie soll mit diesen Fonds verfahren werden? Hier kommt die erste Unsicherheit. Die radikalere Perspektive ist, mit diesen Fonds den Aktienmarkt und damit die Macht der Aktienbesitzer effektiv abzuschaffen. Die weniger radikale, die unter anderem vom einflußreichen und »grauen« Finanzminister *Feldt* vertreten wird, will, daß die Fonds auf

den Aktienmarkt als Käufer auftreten. Der gesunde Menschenverstand sagt uns, daß letzteres nichts anderes als der status quo ist.

Die andere Streitfrage innerhalb der Sozialdemokratie gilt dem Problem der Kompetenz über die Fonds. Die meisten sagen, daß die Gewerkschaften die Entscheidungsmacht haben sollten. Aber stehen dann nicht die Unbeschäftigten, die Renter, die Arbeitslosen ohne Einfluß da? Wird die Wirtschaftsdemokratie nur eine partielle sein? Mehr Fragen entstehen, als gelöst werden können. Nach einigem Zögern arbeitete die VPK einen eigenen Vorschlag aus, wonach es zwei Arten von Fonds geben soll: zum einen zentrale Fonds, auf die die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung Einfluß haben soll, und zum anderen betriebliche Fonds, über welche die Belegschaften unmittelbar entscheiden sollen. Daß dieser differenziertere Vorschlag erst relativ spät gemacht wurde, hängt mit den Kräfteverhältnissen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen. Die SAP ist mit 45% der Stimmen bei den letzten nationalen Wahlen gegenüber 5,6% der VPK die deutlich stärkere Kraft und besitzt daher in der Regel die Initiative.

Schon die Idee der Arbeitnehmerfonds provozierte eine Offensive von seiten der Konservativen und Liberalen. Vor den letzten Wahlen im September 1982 wurden wir Zeugen einer Katastrophenstimmung, zumindest wenn man den bürgerlichen Parteien glauben wollte. Ständig war vom Sozialismus die Rede — und zwar in der Weise: Sozialismus meinte Sowjetsozialismus, meinte Unfreiheit, meinte Sklaverei. Wie immer in der politischen Debatte Schwedens standen die Sozialdemokraten im Vordergrund, während die kommunistischen Vorschläge kaum allgemein bekannt wurden. Die Sozialdemokraten wurden als Sozialisten angegriffen, worin manche leitenden Funktionäre eine unerhörte Beschimpfung erblickten. Einige plädierten für einen ehrenvollen Rückzug: Es sei besser, die Parlamentsmehrheit wiederzugewinnen mit einer traditionellen Realpolitik, als mit Prinzipienprogrammen zu verlieren. — Am Beispiel der Kontroverse über die Arbeitnehmerfonds muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß gegenüber den bürgerlichen Positionen die Sozialdemokraten in Schweden im Sinne Gramscis nicht über die politische Hegemonie verfügen.

Es gab eine Minderheit von Sozialdemokraten, die mit den Arbeitnehmerfonds tatsächlich den Sozialismus anstrebten. Andererseits betrieb die schwedische Sozialdemokratie seit mehreren Jahrzehnten eine Reformpolitik, die davon ausging und weiter ausgeht, ständig vor einer Entscheidungssituation, vor einer »Schlüsselreform« zu stehen. Mit Schlüsselreform meine ich eine Reform, die den endlichen Durchbruch — wenn nicht zum Sozialismus, denn Sozialismus ist immer umstritten — zu einer guten Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne kapitalistische Anarchie erkämpft. Die Propaganda der SAP sagt immer: »noch nicht, aber bald; wenn ihr uns nur diese, eben diese Reform durchführen laßt«. So war es Mitte der 70er Jahre in den Diskussionen um das Mitbestimmungsgesetz. Diese Reform, behaupteten die Sozialdemokraten, würde die Macht der Kapitalisten und ihrer Funktionäre in den Betrieben endlich brechen. Inzwischen sind selbst die Enthusiasten von damals gezwungen, zuzugestehen, daß diese Reform ohne Erfolg blieb, ja daß sie zumindest teilweise die Lage der Beschäftigten durch endlose Scheinverhandlungen sogar verschlechtert hat. Die Arbeitnehmerfonds sind die Schlüsselreform von heute. Es gibt Anzeichen dafür, daß auch diese Reform in eine Prozedurfrage und in eine Verhandlungsordnung transformiert wird.

Regierungspolitik und innere Widersprüche der Sozialdemokratie seit den Wahlen

Seit der Regierungsbildung hat die SAP ihre Positionen in einer ganzen Reihe von Fragen drastisch verändert. Was sie als führende Oppositionspartei bejahte, verneint sie als Regierungspartei. Reformen, die die alte liberale Zentrumsregierung durchführte im Namen der Sparsamkeit, wurden damals heftig attackiert — und werden heute von denselben Sozialdemokraten mit der gleichen Kraft und Energie verteidigt. Die Politik scheint zu einer Art mittelalterlichem Rollenspiel oder Disputation zu werden: *Wer* Verteidiger oder Opponent ist, spielt keine Rolle, die Hauptsache ist, daß für Pro und Contra *gut argumentiert* wird.

Dennoch bringt die sozialdemokratische Regierungsübernahme wichtige Veränderungen. Die Sozialdemokraten sind, wie es scheint, im schwedischen Staatsapparat von heute besser »zu Hause« als ihre politischen Opponenten. Sie identifizieren sich mit dem Sozialstaat, aber auch umgekehrt: Die Staatsapparate produzieren tatsächlich einen bestimmten Typ sozialdemokratischer Reformpolitik. Zugleich bürokratisch und korporatistisch, arbeiten die Staatsapparate, die Gewerkschaftsorganisationen und die SAP zusammen. Wenn wir von Korporatismus sprechen, müssen wir dieses subtile Verhältnis ins Auge fassen. Kritik ist immer formelle Kritik, inhaltliche Kritik muß unmittelbar in formelle Kritik überführt werden. Reform ist wörtlich Re-Form, d.h. eine *neue Form*. Sehr wichtig ist in dieser Hinsicht die theoretische Schwäche oder besser: die theoretische Unbestimmtheit der Sozialdemokraten. Gegenüber dem Inhalt von Forschung und Wissenschaft verhalten sich viele indifferent, eher passiv, jedoch aktiv zu Fragen ihrer Anwendung. Sie verfügen über keine eigene Gesellschaftstheorie, haben aber bestimmte Meinungen über die Praktizierung und den Nutzen von Theorien: Diese Unbestimmtheit ist, wie ich schon angedeutet habe, traditionell. Die schwedischen Sozialdemokraten hatten ihr Bad Godesberg nicht erst 1959, sondern am Beginn der 40er Jahre. Sie hätten es noch früher haben können. Die meisten schmeicheln sich damit, daß sie pragmatisch sind, wobei es sich dabei nicht um pragmata, um Handlungen überhaupt dreht — es handelt sich speziell um Handlungen, die formell, in formellen Reformen und Veranstaltungen ausgedrückt werden. Die SAP sucht die aktuellen Probleme immer dadurch zu lösen, daß sie eine gemäßigte Reform, d.h. eine passende Form findet. Genau diese Politik führt zu einer gewaltigen Formalisierung und Bürokratisierung.

Es gibt schwedische Sozialdemokraten, die Ausnahmen machen und sich als Marxisten bezeichnen. Einige sind Renegaten der Linksentwicklung der 60er Jahre. Hier ist vor allem der Wirtschaftshistoriker *Bo Gustafsson* zu nennen, der einmal ein führender Repräsentant einer maoistischen Partei war, und heute als marxistisch gesinnter Sozialdemokrat auftritt. Er hat unter anderem ein Buch mit dem Titel »Übermorgen Sozialismus« verfaßt, der auf Henri Lepages Buch »Morgen Kapitalismus« anspielt. Dort meint Gustafsson, daß die Arbeitnehmerfonds den endgültigen Übergang zum Sozialismus bedeuten würden. Auch der bekannte Soziologe *Ulf Himmelstrand*, ein alter Sozialdemokrat, der sich erst neuerlich als Marxist bezeichnet hat, schrieb zusammen mit mehreren Mitarbeitern das Buch »Beyond Welfare Capitalism« (Jenseits des Wohlfahrtskapitalismus), in dem er die Bedeutung der Arbeitnehmerfonds hervorhebt, jedoch mit besseren und nicht so offen ideologisierenden Argumenten wie Gustafsson. Insoweit kann von sozialdemokratischen Marxisten in Schweden die Rede sein, aber ihre Bedeutung ist, wie ich fürchte, sehr gering. Ihr Elend besteht nicht in dezidiertem sozialdemokratischem Antimarxismus, sondern in der Gleichgültigkeit gegenüber Theorien überhaupt.

Nur ein Teil der Sozialdemokraten kann in Schweden zur Linken gezählt werden. Aber

wir finden linke Sozialdemokraten, nicht nur diejenigen, die sich als Marxisten bezeichnen. Es gibt Linksabweichler in der SAP, was besonders seit den Wahlen deutlich geworden ist. Von ihnen wird die Sparpolitik heftig angegriffen. Ihre Kritik wird von gewissen Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen unterstützt. Die Gewerkschaften insgesamt sind allerdings von der Sozialdemokratie dominiert. Im gewerkschaftlichen Bereich fällt die Unterscheidung zwischen radikaleren und »grauen« Vertretern schwerer als in der Parteipolitik. Die korporatistischen Strömungen sind in den Gewerkschaften besonders stark, was eine Kritik an der Regierungspolitik der SAP keineswegs ausschließt: Die Kritik, daß es zuviel Politik statt direkter Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern gibt, und die linkssozialdemokratische Kritik an prinzipienloser Realpolitik finden oftmals die gleiche Sprache.

Die VKP als »linkes Korrektiv«?

Die einzige Partei links von der Sozialdemokratie von politischer Bedeutung ist die VPK. Im Parlament verfügt sie über zwanzig Mandate, die übrigen kleineren Parteien der Linken sind aufgrund der 4-%-Klausel nicht parlamentarisch repräsentiert. Die früheren Maoisten, die schon genannte SKP, sind inzwischen radikal völkisch und militant antisowjetisch und darüber hinaus Freunde der Vaterlandsverteidigung ersten Ranges, vielleicht eifriger als die konservativen Moderaten. Schließlich existiert noch eine kleine Partei eifriger Anhänger der Sowjetunion, die Arbeiterpartei-Kommunisten (APK). Sie besteht hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der Linkspartei. Ihnen war die Kritik der VPK an der Sowjetunion unerträglich geworden. Im nördlichsten Schweden, in Norrbotten, hat die APK einen gewissen Rückhalt. »Moskau ist besser als Stockholm«, sagt man dort. Bei allgemeinen Wahlen gewinnt sie wie die SKP höchstens 10000 Stimmen und erreicht damit prozentual ungefähr den Stimmenanteil der DKP.

Ihre Kritiker behaupten, die Linkspartei sei keine Arbeiterpartei mehr. Diese These ist nicht ganz ohne Grund. Die VPK besteht zu einem nicht unbedeutenden Teil aus Intellektuellen, aus Lehrern, aus kommunalen und staatlichen Angestellten, was in diesem Umfang noch vor zehn bis fünfzehn Jahren undenkbar gewesen wäre. Die VPK ist heute von der Radikalisierung der lohnabhängigen Mittelschichten und der lernenden und arbeitenden Jugend geprägt. In vielen Fragen, besonders solchen von strategischem Gewicht, ist die VPK ausgesprochen »modern«. Sie hat bestimmte Aspekte der technischen Entwicklung in Frage gestellt, sie sagt nicht ja zu allen neuen Produktivkräften. Sie bekämpft die Atomenergie und zweifelt an Datentechnologie und Automation. Für manche mag diese Einstellung überraschend sein; war nicht Marx ein Anhänger des Fortschritts in der Entwicklung der Produktivkräfte? Ich denke, daß er es nicht *unbedingt* war, nicht unabhängig von bestimmten sozialen Voraussetzungen.

Aber wichtiger ist es, zu konstatieren, daß die technologische Entwicklung im ganzen jetzt und zukünftig ein Problem ersten Ranges in der Politik nicht nur der VPK, sondern aller Linkskräfte in allen Ländern darstellt. Mit dieser Frage ist die Frage der Arbeit eng verknüpft. Sozialisten *müssen* in der gegenwärtigen kapitalistischen Welt die existierende traditionelle Industriearbeit verteidigen, *ohne* sich mit ihr zu *identifizieren*. Andernfalls wird der Sozialismus bald museal. Angesichts der technologischen Entwicklung besteht die Aufgabe darin, eine Strategie zu entwerfen, welche die Technik aus ihrer Unterstellung unter die in Wahrheit kapitalistischen sogenannten »technologischen Imperative« herauslöst und die technologische Entwicklung als etwas durchschaubar macht, worüber Menschen entscheiden können. Hier gilt es sich einerseits abzugrenzen gegen die neue schwedi-

sche Umweltpartei, da Nullwachstum und Technikpessimismus kein geeignetes Konzept bilden können. Andererseits sind die technologischen Imperative zurückzuweisen, denen die sozialdemokratische Regierung heute zumindest in der praktischen Arbeit huldigt. Die Chancen der Linken in Schweden sehe ich darin, eine qualitativ neue Perspektive der sozialen Entwicklung auszuarbeiten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. seine Schrift *Capitalists och Monopoly*, Stockholm 1979. — *C.H. Hermansson*, geb. 1917, ist schwedischer Parlamentsabgeordneter und Mitglied des politischen Büros der Linkspartei-Kommunisten.
- 2 Vgl. *Ferdinand Tönnies*, *Gemeinschaft und Gesellschaft* (1887).
- 3 Zur Auseinandersetzung um die Arbeitnehmerfonds und ihre Konzeption vgl. *Lars Vikström*, Die diesjährigen Konferenzen der schwedischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, in: *spw* 13, 1981, 105ff.

Bertram Sauer und Olaf Scholz

Aspekte sozialistischer Friedensarbeit

1. Bilanz der Friedensbewegung

Die Diskussion um die Perspektiven der Friedensbewegung ist allerorten nach dem Beginn der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles heftig entbrannt. Wenn Jungsozialisten sich an dieser Diskussion beteiligen, müssen sie vor allem von zwei Grundvoraussetzungen ausgehen, nämlich zum einen von den in der Friedensbewegung selbst entwickelten inhaltlichen Schwerpunkten, Strategieansätzen und Aktionsformen, zum anderen von den Bedingungen, die durch die zunehmend aggressivere Strategie der USA gesetzt werden.

Kristallisationspunkt des Widerstandes der Friedensbewegung wurde schon kurz nach dem Natobeschluß vom 12. Dezember 1979 der Appell des Krefelder Forums, der die Aufforderung an die Bundesregierung enthielt, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen, und der dieses Problem damit in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung rückte. Die inzwischen fast 5 Millionen Unterschriften, die unter diesem Aufruf gesammelt wurden, die Wiederbelebung der Ostermarschbewegung und die beiden großen Friedensmanifestationen vom Oktober 1981 und Juni 1982 in Bonn unterstreichen die Veränderungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik durch den Kampf der Friedensbewegung, insbesondere angesichts der zahllosen Initiativen in allen gesellschaftlichen Bereichen und der Fülle von dezentralen Aktivitäten. Die Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15.-22. Oktober 1983 schließlich führte nicht nur zu der bisher größten Massenmobilisierung in der Geschichte der BRD, sondern trug die Auseinandersetzung um friedenspolitische Fragen in alle bisher festgefügt geglaubten Bereiche etablierter Außen- und Sicherheitspolitik. Der über fast drei Jahrzehnte zur Staatsdoktrin gewordene militärpolitische Konsens in der BRD wurde so aufgebrochen.

Die Friedensbewegung wurde im Zuge dieser Entwicklung zu einer Volksbewegung. Das Nein der SPD zur sogenannten »Nach«-Rüstung und ihre Beteiligung an der Aktionswoche im Herbst wie auch die Teilnahme des DGB sind ein wichtiger Ausdruck dafür.

Obwohl der Beschluß des Bundestages vom 22.11.1983 und der unmittelbar darauf folgende Beginn der Stationierung eine Niederlage für die Friedensbewegung darstellen, können ihre Erfolge im politischen Prozeß der letzten vier Jahre nicht ignoriert werden. Ein Anlaß zur Resignation besteht deshalb nicht. Denn vom Aufgreifen dieser Erfolge und ihrer wengleich nicht bruchlosen Fortsetzung hängt es ab, ob und inwieweit die Friedensbewegung in der Lage sein wird, in den voraussichtlich dreijährigen Stationierungsprozeß wieder einzugreifen und politische Bedingungen herbeizuführen, unter denen er gestoppt und rückgängig gemacht werden kann.

2. Die Position der SPD

Genauso wie in den Gewerkschaften, deren Bundesvorstand der DGB-Jugend noch 1981 verboten hatte, zur Bonner Demonstration am 10.10. aufzurufen, ist der Meinungswandel in der SPD beträchtlich. Die neue Position der Sozialdemokratie ist Resultat der Stärke der Friedensbewegung sowie ihres Einflusses auf die SPD-Basis und der Arbeit der SPD-

Linken. Die Änderung der SPD-Position ist kein rein taktisches Manöver der Partei, um die drohende Isolierung von der eigenen Wählerbasis aufzufangen. Vielmehr hat die innerparteiliche und öffentliche Diskussion zu einem realen Bewußtseinswandel an der SPD-Basis geführt, dem die Parteiführung nur so lange widerstehen konnte, wie die Solidarität vieler Sozialdemokraten zur Duldung der Schmidt/Genscher-Politik mißbraucht wurde.

Dennoch muß vor Illusionen gewarnt werden. Auch die neuen Beschlüsse der SPD bewegen sich noch in der Logik des Nato-Doppelbeschlusses. Es fehlt jeder Ausdruck von Selbstkritik in bezug auf die bisherige Parteilinie. Das »Nein« zur Stationierung wurde nicht begründet mit dem in der Friedensbewegung unumstrittenen Charakter der US-Raketen als Erstschlagswaffen sowie der Kriegsführungs- und Regionalisierungsstrategie der USA, sondern mit dem unzulänglichen Vorgehen der Verhandlungspartner in Genf. Das alles wäre vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung der SPD für den Nato-Beschluß zwar ärgerlich, aber für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung weniger bedeutend, würde die SPD sich ansonsten konsequent gegen die Stationierung wenden.

Allem Anschein nach ist die SPD-Führung der Auffassung, daß das Nein der SPD im Bundestag die wesentliche Widerstandshandlung der Sozialdemokratie bleiben soll. Eine genaue Analyse des Parteitagbeschlusses, aber auch der Parteitagsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden H.J. Vogel ergibt, daß die SPD sich neben der Ablehnung der Stationierung im wesentlichen auf durchaus wichtige Forderungen nach Verhandlungen über Freize, Sicherheitspartnerschaft und die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone beschränkt. Auch diesen Forderungen und Absichtserklärungen fehlt die Erklärung, daß eine SPD in der Regierung von den USA einen Abbau der stationierten Raketen fordern will. Es fehlt neben den Forderungen aber der erkennbare Wille, sich an außerparlamentarischen Aktivitäten gegen die Raketenstationierung zu beteiligen. Zur Friedensbewegung, in der die SPD nun mitarbeiten mußte, ist dem Parteitag — und das auch erst auf Druck der Parteilinken — nur eingefallen:

»Die SPD wird, wie schon bisher, diejenigen unterstützen und gegen Diffamierungen und Kriminalisierungen in Schutz nehmen, die unter der Beachtung der politischen und rechtlichen Grenzen, die jeder Einflußnahme auf die politische Willensbildung der Verfassungsorgane gezogen sind, in diesem Sinne um das Bewußtsein unseres Volkes und um die verantwortliche Entscheidung derer ringen, die nach unserer Ordnung die Entscheidungen zu treffen haben«.

Weder in diesem Beschluß noch in der Rede des Fraktionsvorsitzenden wird die offizielle Beteiligung der SPD an den Aktivitäten der Friedensbewegung angekündigt. Sie ist auch bisher unterblieben. Wichtig ist, daß der Einfluß der Parteirechten um Hans Apel sich nicht nur auf jene 13 Stimmen beschränkt, die auf dem Parteitag gegen die neue SPD-Position gestimmt haben. Er erstreckt sich eher auf mindestens die Hälfte der Partei. Der Einfluß der Parteirechten läßt befürchten, daß die Forderung nach einem einseitigen Abbau der US-Raketen-Vorrüstung innerparteilich nur schwer durchsetzbar sein dürfte.

Von dieser Seite droht auch noch anderes Unheil: Der SPD-Parteitag hat zudem beschlossen, neue Strategien zu entwickeln, die das Konzept atomarer Abschreckung überflüssig machen. Bereits im Mai 1984 sollen Grundentscheidungen getroffen werden. Es ist zu befürchten, daß ein innerparteilicher Kompromiß auf die Ersetzung atomarer durch konventionelle Systeme hinausläuft.

3. Inhaltliche Schwerpunkte im Friedenskampf

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um Krieg und Frieden muß auch nach dem erfolgten Beginn der Stationierung die Auseinandersetzung um Pershing II und Cruise Missiles als vorerst gefährlichste Waffen der Menschheitsgeschichte stehen. Dies ist nicht Einfallslösigkeit, etwa nach dem Motto: Wenn die Friedensbewegung schon einmal 75% der Bevölkerung gewonnen hat, dann braucht ihr ja weitergehend nichts »besseres« einzufallen, als diese 75% zu halten. Demgegenüber ist festzustellen, daß trotz weitergehender sichtbar gewordener Optionen der USA (Air Land Battle, Rogers Plan) die Tatsache, über diese neuen Waffen verfügen zu können, das Kernstück der Kriegführungsstrategie der USA, wie der NATO insgesamt, bleibt. Damit sollen aggressive Strategien, wie sie z.B. in Air Land Battle niedergelegt sind, keineswegs verharmlost werden; allerdings ist nicht zu übersehen, daß eine Verwirklichung des menschenverachtenden Konzepts des führbaren und gewinnbaren Atomkrieges auf absehbare Zeit mit neuen Waffen möglich ist.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheint die gewonnene Mehrheit gegen die Stationierung in einem ganz anderen Licht. Gelingt es der Friedensbewegung, diese Mehrheit zu festigen, kann die durch die Bundestagsmehrheit und die hinter ihnen stehenden Kräfte erfolgreich betriebene Stationierung einem Pyrrhus-Sieg der herrschende Militärdoktrin gleichkommen. Hier liegt unserer Meinung nach der konkrete Ansatzpunkt für das weitere Vorgehen der Friedensbewegung. Wenn die Bedrohung, vor der sie jahrelang gewarnt hat, eingetreten ist, wird sie genau an diesem Punkt ihre Anstrengungen vervielfachen müssen. In diesem Sinne ist die vielerorts diskutierte Parole: Es bleibt beim Nein zu Pershing II und Cruise Missiles, keine Phantasilösigkeit, sondern nach wie vor Dreh- und Angelpunkt zur Durchbrechung der Strategie des Imperialismus.

Wollen wir an der bisher zentralen Forderung der Friedensbewegung festhalten, so kann das keinesfalls ein Verschließen gegenüber Weiterentwicklungen von Positionen der Friedensbewegung bedeuten. Zunächst wäre hier die prinzipielle Ablehnung von Atombewaffnung zu nennen und die daraus hervorgehende Forderung nach Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu thematisieren. Hier muß die Frage erlaubt sein, ob im Rahmen atomarer Abschreckung, angesichts der Ausnutzung eben dieser Abschreckung durch die NATO unter Führung der USA, die Durchsetzung ihres atomaren Erstschlagskonzepts zur längerfristigen Friedenssicherung noch tauglich ist bzw. je gewesen sein konnte. Angesichts von Konzepten amerikanischer Militärstrategen, mit denen die Kriegsführungsfähigkeit erlangt werden soll (so z.B. »Airland Battle 2000« und die Heeresdoktrin »Field Manual 100-5«), und der zur Umsetzung dieser Konzepte bereits eingeleiteten Rüstungsprojekte auf konventionellem, chemischem und atomarem Gebiet muß sich die Friedensbewegung diesen Problemen stellen. Dieser Kampf wird sich dann zugegebenermaßen nicht nur auf die Ablehnung einzelner Waffensysteme konzentrieren können, sondern muß die militärpolitische Strategie der USA und der gesamten NATO vollständig im Auge haben. So formuliert der Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung in einer Presseerklärung vom 17.11.1983:

»Ein Nein zur Nachrüstung darf angesichts des Air-Land-Battle-Konzeptes mit dem Ziel der Erlangung der Kriegsführungsfähigkeit nicht mit einem bedingungslosen Ja zur NATO gekoppelt werden. Ein bedingungsloses Ja zur NATO bedeutet die Fortsetzung des militärischen Rüstungswahnsinns und die Mitschuld an der militärischen Unterdrückung von Ländern in der Dritten Welt. Der Beginn der Stationierung von Erstschlagswaffen wird für alle Teile der Friedensbewegung eine Voraussetzung sein, über den Widerstand gegen Atomwaffen hinaus die Umwandlung der NATO in ein Instrument zur Kriegsführung zu bekämpfen.«

Hier wird längerfristig auch die Frage der militärischen Integration der BRD in die NATO auf der Tagesordnung stehen. Angesichts der amerikanischen Interessen in der NATO steht die Friedensbewegung vor der Überlegung, entweder eine Integration des Territoriums und der Streitkräfte der BRD in solche Konzepte hinzunehmen, mit dem Risiko des Untergangs der bundesdeutschen, wenn nicht der gesamten europäischen Bevölkerung, oder eine grundsätzlich andere Strategie auch außerhalb der militärischen Allianz zu entwickeln. Deshalb steht die militärische Integration der BRD in die NATO nicht nur für die Teile der Friedensbewegung außerhalb der SPD zur Disposition, sondern muß auch bei der innerparteilichen Erarbeitung von neuen Strategien zur Sicherheitspolitik diskutiert werden.

4. Strategie

Bei der Diskussion um die zukünftige Entwicklung der Friedensbewegung tauchen häufig Vorschläge auf, die von der eigentlichen Orientierung ablenken:

- die Supermachttheorie, die verkennt, daß die Ursache der Aufrüstung in der aggressiv-imperialistischen NATO-Strategie zu suchen ist;
- die Forderung nach dem Austritt aus der NATO, die aktuell völlig unrealistisch ist und den Rechtskräften nützt, die nur zu gerne anstatt über US-Raketen und Aufrüstung über die NATO-Mitgliedschaft diskutieren, da ihnen zumindest gegenwärtig noch die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zur NATO sicher ist.

Angesichts der Bevölkerungsmehrheit für die zentrale Forderung der Friedensbewegung (s.o.) und der militärischen Bedeutung der Stationierung für das NATO-Konzept täte sie gut daran, diese auch weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen, wenn sie nicht zur Bedeutungslosigkeit herabsinken will. Unserer Meinung nach spielt dabei das Bündnis zwischen Arbeiter- und Friedensbewegung eine herausgehobene Rolle. Wir meinen damit nicht jene aus Phantasielosigkeit oder strategischer Hilflosigkeit oft im Munde geführte Plattitüde, sondern das Zusammenführen beider Bewegungen in konkreten politischen Kämpfen. Wie die in den vergangenen Jahren von den sozialistischen Kräften in der Friedensbewegung schon hervorgehobene Bedeutung von Rüstung und Sozialabbau »als zwei Seiten einer Medaille«, so muß im Jahr 1984 die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche für die Friedensbewegung an Bedeutung gewinnen. Auch wenn ein unmittelbarer inhaltlicher Zusammenhang zwischen den Forderungen der Friedensbewegung und der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung, auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich, nicht besteht, stellt dieser sich doch an der Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu Ungunsten der Rechtskräfte in diesem Lande her. Gelingt es der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche nicht, eigene Kampferfahrungen zu entwickeln, so ist sie auch nicht in der Lage, diese Kampferfahrungen in die Konfrontation um Raketenstationierung oder Abrüstung einzubringen. Begreift die Friedensbewegung den Kampf um die 35-Stunden-Woche nicht als eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, so riskiert sie das weitere Vordringen der Rechtskräfte, was sich nicht zuletzt auf die Entscheidungen um Hoch- oder Abrüstung auswirken dürfte.

Wenn es der Friedensbewegung in den letzten Jahren gelungen ist, den herrschenden Konsens in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu durchbrechen, dann besteht eine weitere wichtige strategische Aufgabe für sie in der Durchbrechung dieser Hegemonie der Rechtskräfte insgesamt. Die Durchbrechung dieser Hegemonie ist nicht zuletzt eine zu ziehende Lehre aus der Wahlentscheidung vom 6. März 1983. Hier führte die nicht einmal in

Frage gestellte Hegemonie der Rechtskräfte in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, trotz schon vorhandener Bevölkerungsmehrheit gegen die Raketenstationierung, dazu, daß auch diese für die Rechtskräfte durchsetzbar wurde. Gelingt es, die zum größten Teil noch isoliert voneinander operierenden fortschrittlichen Bewegungen gegenüber den Rechtskräften zusammenzuführen, kann dies eine entscheidende Komponente für den Kampf der Friedensbewegung werden. Deren Erfolg hängt nicht nur von ihr allein ab, sondern auch von den inhaltlichen und strategischen Beiträgen bzw. Verknüpfungen, die sie mit anderen sozialen Bewegungen einzugehen bereit ist, ohne daß der eigenständige Charakter der einzelnen Bewegungen dabei verlorengeht.

Eine solche Strategie wird keineswegs ohne den Widerstand der Rechtskräfte bleiben. Der für die Rechtskräfte verlorengegangene Konsens in der Militärpolitik wird nun keineswegs preisgegeben. Die Vorgänge in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 lassen auf zwei Gefahren in diesem Zusammenhang aufmerksam werden: Zum einen ist dies die nach wie vor bestehende Kriminalisierungs- bzw. Diskriminierungsgefahr der Friedensbewegung durch die Rechtskräfte, wie sie deutlich wurde im Zusammenhang mit Aktionen des zivilen Ungehorsams insbesondere von Blockaden, aber auch am Abbau von demokratischen Rechten insgesamt, die in einem zunehmenden Maß gegen engagierte Friedenskräfte gerichtet sind. Teilweise werden dabei traditionelle Instrumentarien staatlicher Repression auch auf Mitglieder der Friedensbewegung ausgedehnt, teilweise werden in diesem Zusammenhang neue geschaffen, wie z.B. das Demonstrationsrecht. Zum anderen spielt hier aber der auch in der Friedensbewegung latent vorhandene Antikommunismus eine Rolle bei der Wiederherstellung des militärpolitischen Konsenses durch die Rechtskräfte. Nachdem es der Friedensbewegung gelungen war, den aggressiven Charakter der US-Militärstrategie ins Blickfeld zu rücken, blieb den Rechtskräften kaum noch ein anderes Instrument, als auf antikommunistische Strickmuster zu verfallen. Bei den mittlerweile erfolgten Gegenmaßnahmen der Warschauer Vertragsstaaten könnte diese Argumentation eine neue Dynamik entfalten, wenngleich aktuell zu beobachten ist, daß die NATO-Regierungen im Zusammenhang mit den sowjetischen Gegenmaßnahmen versuchen, die Herstellung des Konsenses durch ein Herunterspielen der Gefahr des von ihnen initiierten atomaren Wettrüstens zu erreichen.

Die hier kurz skizzierten Gefahren machen deutlich, daß die Friedensbewegung keineswegs eine Art Blankoscheck zur Herstellung eines alternativen sicherheitspolitischen Konsenses verfügt. Die in der Bevölkerung vorhandene Mehrheit gegen die Raketenstationierung muß immer wieder neu erkämpft und gefestigt werden.

Alle Aktionen der Friedensbewegung müssen deshalb danach beurteilt werden, ob die vorhandene Mehrheit gegen die Raketen zur politisch handlungsfähigen Mehrheit wird. Demonstrationen, Menschenketten, gewaltfreie Blockaden und befristete Fastenaktionen sind verschiedene Möglichkeiten, den Protest auszudrücken. Bei allen Aktionen gilt das Prinzip der Gewaltlosigkeit. Sie müssen in der Bevölkerung verankert und vermittelt werden können. Sicher ist aber auch, daß die Friedensbewegung ihre volle Wirksamkeit nur in massenhaften Protesten entfalten kann.

In der nächsten Zeit werden vor allem zwei Aktionen die Friedensbewegung bestimmen müssen: die Ostermärsche sowie die Kampagne für eine selbstorganisierte Volksbefragung. Letztere bietet die Möglichkeit, den massenhaften Protest der Bevölkerung zu dokumentieren und möglichst viele Menschen in die Aktionen miteinzubeziehen.

Interview mit Günter Gaus:

»... die Blöcke reformieren, nicht auflösen!«

Vorbemerkung

Günter Gaus, Journalist und lange Jahre ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, gehört zu den entschiedenen Verfechtern einer Politik des Verhandeln und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, insbesondere mit dem anderen Staat auf deutschem Boden. Sein 1983 erschienenes Buch (*Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*) stellt nicht nur kritische Erfahrungen in und mit der DDR zur Diskussion, die auf jede antikommunistische Polemik verzichten; als einer der Konstrukteure und strategischen Denker dringend erneuerungsbedürftiger SPD-Sicherheitspolitik schreibt und spricht Gaus über Perspektiven der Entspannung in Europa, über SPD und Friedensbewegung und anderes mehr. — Das Interview mit Günter Gaus führten Frank Heidenreich und Christiane Rix.

spw: Sieben Jahre, von 1974 bis 1981, warst Du Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR. Wie siehst Du heute, drei Jahre danach und nach dem Beginn der Aufstellung von Pershing II, den Stand der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten?

Gaus: Es ist in den ersten Jahren der deutsch-deutschen Beziehungen nach Anerkennung der DDR gelungen, ein Interessengeflecht zu knüpfen, das so stark ist, daß keine Seite es zerreißen kann, ohne eigene Interessen zu verletzen. Daß dieses Interessengeflecht stark ist, hat sich erwiesen daran, daß a) der Regierungswechsel in Bonn weder auf seiten der DDR noch auf seiten der Bundesrepublik etwas daran verändert hat — auf den ersten Blick jedenfalls —, und b) daß auch nach der Stationierung der neuen amerikanischen Raketen in Westdeutschland die DDR Schadensbegrenzungspolitik betreibt. Daß muß allerdings nicht so bleiben. Denn ich befürchte, daß in der neuen Bundesregierung einige »Ideologen« die Politik durch staatsrechtliche Vorbehalte ersetzen wollen. Der Grundsatzstreit zwischen den »Ideologen« und denen, die eine ganz pragmatische Politik mit der DDR machen wollen, ist noch nicht ausgetragen.

spw: Wo siehst du denn die Differenzen innerhalb der jetzigen Rechtsregierung in der Frage der Deutschlandpolitik, wer sind da eher die Ideologen und wer die Pragmatiker, die durchaus fortsetzen wollen, was sozialdemokratische Regierungen gemacht haben?

Gaus: Die Ideologen und die, die staatsrechtliche Fragen an die Stelle konkreter Politik gegenüber der DDR setzen, berufen sich in einem verengten Sinne auf die Präambel des Grundgesetzes. Sie orientieren sich theoretisch am Deutschlandvertrag mit den Westalliierten, an der Aufrechterhaltung der Fiktion, daß die Grenzen Deutschlands von 1937 noch einen realpolitischen Sinn besitzen; und sie betreiben praktisch die Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR nach wie vor hauptsächlich als eine innerwestdeutsche Parteilauseinandersetzung. Dieser Umgang mit der DDR schwächt uns selber.

spw: In deinem Buch schreibst Du, auf der einen Seite werde durchaus versucht, pragmatisch das fortzuführen, was an konkreter Vertragspolitik begonnen wurde. Andererseits werde die Weiterführung dieser Politik durch »revanchistisches Vokabular« garniert. Ist

das nur die Fortsetzung der alten Politik in neuer Kulisse, oder verändern die wiederbelebten revanchistischen Begriffe doch die praktische Politik insgesamt?

Gaus: Also, wenn du die Frage so formulierst, nämlich suggestiv, will ich mich partiell der Suggestion hingeben und sagen: Ich halte das wohl für möglich. Nur kann man doch folgendes sehen: Bundeskanzler Kohl ist zu einem Zeitpunkt und auf eine Art und Weise an die Macht gelangt, die es ihm angeraten erscheinen ließ, auch wegen der Klientel von Genschers FDP nicht zu viele ganz dramatische Wendungen zu vollziehen, wie oft immer er auch von Wende gesprochen hat. Zu den Feldern, die er gerne zunächst einmal aussparte, gehörte auch die Bonner Politik gegenüber der DDR. Die nun über ein Jahr alte Deutschlandpolitik der CDU-Regierung Kohl hat auch Teile der CDU/CSU im Bezug auf Deutschlandpolitik verändert. Sie haben einen Kredit gegeben, sie haben weiter verhandelt, und das heißt, es kann sein, daß das rhetorische Beiwerk am Ende nur rhetorisches Beiwerk ist. Es muß nicht so bleiben. Noch hatte die neue Bundesregierung keine wirkliche Krise mit einer schwierig gewordenen DDR durchzustehen. Erst wenn es zu einer solchen Krise kommt, wird sich erweisen, ob die Kraft des Faktischen den Pragmatikerflügel in der CDU/CSU so stark gemacht hat, daß er durchhalten kann gegenüber dem ideologischen Flügel in der CDU/CSU. Die DDR im übrigen ist imstande, ganz, ganz lange das rhetorische Beiwerk zu verdauen, ohne jede Schwierigkeiten. — Aber natürlich ist auch die DDR-Führung abhängig von der öffentlichen Meinung. Die öffentliche Meinung in der DDR ist anders strukturiert als in der Bundesrepublik, aber es ist dumm, anzunehmen, die DDR-Führung habe keine öffentliche Meinung, mit der sie rechnen muß. Die öffentliche Meinung in der DDR sind die Parteiversammlungen der SED. Und wenn von Bonn zu viel rhetorisches, revanchistisches Beiwerk geliefert wird, zu normal verzinsten Krediten, dann wird die öffentliche Meinung in der DDR eines Tages sagen: Also dafür müssen wir uns nun nicht mehr die Fresse polieren lassen. Dann wird die DDR-Führung, die an sich keine Schluckbeschwerden hat, anfangen müssen zu überlegen, ob sie das weiter durchhalten will.

spw: Gut, es sind Tatsachen geschaffen worden, die nicht ohne weiteres von heute auf morgen unwirksam würden oder auch weggeräumt werden können. Aber wie sieht es aus mit neuen Verhandlungsvorhaben, die als ungelöst übriggeblieben sind oder, aus welchen Gründen auch immer, nicht in Angriff genommen wurden von der sozialliberalen Regierung in der Deutschlandpolitik? Konkret: Siehst du Chancen, bestimmte konkrete Verhandlungen mit der DDR neu aufzunehmen und zu Ergebnissen zu bringen?

Gaus: Ich sehe die Absicht der Bundesregierung Kohl/Genscher, so etwas zu tun.

spw: In welchen Bereichen?

Gaus: In der Röhre ist ein Kulturabkommen; fertiggebacken aus der Zeit der sozialdemokratischen Bundesregierung ist das Wissenschaftsabkommen, daran fehlt nur die Berlin-Klausel. Das Abkommen ist in 14 Tagen abzuschließen, unterschriftsreif minus Berlin-Klausel. Die Berlin-Klausel werden wir dann mit der DDR aushandeln können, wenn wir dieselbe Berlin-Klausel für das Wissenschaftsabkommen mit der Sowjetunion ausgehandelt haben. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist, was die Berlin-Klausel angeht, für das Wissenschaftsabkommen mit der Sowjetunion am Widerstand von Teilen der FDP gescheitert. Insofern muß ich daran zweifeln, ob es die CDU/CSU schafft. So sehr viel Möglichkeiten, die Palette von abgeschlossenen Verträgen zu erweitern, gibt es

nicht, wenn die CDU/CSU-geführte Bundesregierung sich selber zum »Gefangenen juristischen Formelkram« (Willy Brandt) macht. Die neue Regierung sollte sehen, daß sie den Mut hat, Abkommen anzustreben, die solche Probleme wie die Berlin-Klausel gar nicht beinhaltet. Ich bin der Meinung, Kohl sollte imstande sein, das bei Genscher durchzusetzen, was Schmidt bei Genscher nicht durchsetzen konnte oder nicht durchsetzen wollte, ein Abkommen über regelmäßige Gipfelbegegnungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Nicht weil ich Gipfeldiplomatie in jedem Falle für gut ansehe, sondern weil Gipfeldiplomatie heute eine unausweichliche Begleiterscheinung unserer Art von Öffentlichkeitspolitik ist.

spw: Du hast gerade das Stichwort Gipfeldiplomatie genannt. Was eigentlich ist von der »Geldbörsendiplomatie« zu halten? Es hat Irritationen gerade in der SPD darüber gegeben, daß nun ausgerechnet Strauß sich zum Fürsprecher und auch Miteinfädler des Milliardenkredits gemacht hat.

Gaus: Erstens: Ich habe nie verstanden, und habe es immer verabscheut als eine besonders widerwärtige Form von politischer Heuchelei, wie die frühere Opposition, die CDU/CSU und die sie begleitenden Medien, diese moralische Akrobatik fertiggebracht haben, Sonntags das traurige Schicksal der Schwestern und Brüder im anderen deutschen Staat zu beweinen, und unter der Woche alles zu tun, um ihnen den Brotkorb höher zu hängen. Es ist ja nicht so, daß Kredite oder andere Mittel, die der DDR gegeben werden, auf ein schweizerisches Nummernkonto für die Mitglieder des Politbüros eingezahlt werden. Das sind Gelder, die die DDR-Führung zum Fortgang ihrer Wirtschaft und ihrer Sozialpolitik braucht.

Zweitens: Die Bundesrepublik hat in Wahrheit — von den Bedingungen des innerdeutschen Handels abgesehen, von denen ziemlich viele mittelständische Firmen auf der westdeutschen Seite erheblich profitierten — in den vergangenen Jahren sehr viel weniger getan als andere westliche Staaten. Dies bedeutet, dieser berühmt-berichtigte von Strauß eingefädelte Milliardenkredit ist zunächst einmal gar nichts anderes als ein sehr solide abgesicherter wirtschaftlicher Vorgang. Und ich will an dieser Stelle gerne hinzufügen, es sind auch die westdeutschen Geschäftsbanken gewesen, die in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren ihr Geld im Ostblock angeboten haben wie Sauerbier, dabei möglicherweise nicht so intelligent waren, wie sie sich immer gerne darstellen als Wirtschaftsführer.

Drittens: Die DDR wird nicht jeden Kredit unter allen politischen Umständen und allem rhetorischen Beiwerk annehmen. Wir dürfen nicht davon ausgehen, daß die DDR irgendeinen Grundsatz gegen einen Kredit verkaufen wird. Dies wird sie nicht, und es könnte sein, daß in diesem Punkt das entscheidende Mißverständnis der neuen Bundesregierung liegt. Weil sie sich einen Grundsatz hat abkaufen lassen, kommt sie von der schiefen Ebene nicht mehr herunter.

spw: Manche Sozialdemokraten haben durchaus ähnlich gedacht. Welche Fehler hat eigentlich die SPD damals gemacht, als sie noch führende Regierungspartei war? Du wirfst ihr mangelndes konzeptives Denken vor, insbesondere nach dem Abschluß des Grundlagenvertrags 1972. Welche Handlungsalternativen hatte die sozialliberale Koalition, und was hätte die SPD damals tun müssen, was sie unterlassen hat?

Gaus: Nicht Grundsätze läßt sie sich abkaufen, aber Klima läßt sich schaffen. Was ich bemängelt habe in der Zeit, in der die Bundesregierung sozialdemokratisch geführt wurde,

war, daß wir versäumt haben, in die mittelfristige Finanzplanung Posten für weitere Verabredungen zwischen den beiden deutschen Staaten einzustellen, die sich sehr konkret hätten niederschlagen müssen, so wie es sich als etwas sehr Konkretes erwiesen hat, den Teltow-Kanal in Berlin wieder zu eröffnen, die Autobahn zwischen Berlin und Hamburg zu bauen. In den ungefähr acht Jahren, in denen ich als Beamter in diesem Apparat gearbeitet habe, davon sechseinhalb Jahre vor Ort in der DDR als Missionschef, habe ich erlebt, daß dieselben Beamten, die 1974/75 noch risikobereite Vorlagen für mögliche Verabredungen mit der DDR machten, daß diese Beamten im Laufe der späten 70er Jahre Entwürfe nur noch auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner machten. Keine Phantasie mehr, keine Risikobereitschaft. Es war spürbar geworden in diesem Apparat, daß die politische Führung die DDR im Vergleich zu Polen und vor allem im Vergleich zur Sowjetunion als ein quantitativ négligeable ansah. Es herrschte so die Attitüde vor: was soll ich zu Schmidtchen gehen, wenn ich zu Schmidt gehen kann? Mit Schmidt ist in dem Falle Moskau gemeint, mit Schmidtchen ist Ost-Berlin gemeint. Dies ist ein Übel der westdeutschen Politik damals gewesen, ist es möglicherweise auch heute noch.

Schließlich haben wir, da nehme ich mich überhaupt nicht aus, die Basis, auf die die Beziehungen zu stellen sein würden, nicht genügend durchdacht. Wir haben vor allen Dingen nicht bedacht, wie wir die zweite Phase nach der ersten des Grundlagenvertrages, wie wir die zweite Phase der mühseligen kleinen, teuren Schritte konzeptionell gestalten sollten und das auch noch der Öffentlichkeit verständlich machen könnten. Das war ein großer, grundsätzlicher Fehler. Ich hoffe sehr, daß die SPD in der Opposition diesen Fehler repariert.

spw: Was aber waren die Gründe, daß gerade das Bundeskanzleramt nach 1972 diese konzeptionelle Veränderung, die du für notwendig gehalten hast, nicht durchgeführt hat?

Gaus: Es war sicherlich schon schwierig genug — und es gibt genügend Belege darüber bei Kissinger und anderen — von der Bundesrepublik aus eine Ostpolitik zu betreiben, die das latente Mißtrauen des Westens — was tun die unheimlichen Deutschen? — aktualisieren konnte. In dem Maße, wie die Deutschlandkomponente in der Ostpolitik forciert worden wäre, wäre natürlich die Diskussion im westlichen Bündnis — was machen die Deutschen da? — noch viel früher hochgekommen als erst jetzt durch die Nachrüstungsdebatte. Mit dieser Antwort will ich nichts zudecken, sondern begründen, warum es keine ausgesprochene Aktivität gab, die DDR-Politik der Bundesregierung konzeptionell auszuformulieren.

spw: Und entspannungspolitisch? Politik gegenüber der DDR stand bei der Regierung Brandt im Kontext eines Entspannungskonzepts, das weitergehende Normalisierung in Richtung auf Rüstungskontrolle, in Richtung auf Abrüstung, also auf militärische Aspekte, einschloß. Innenpolitisch hat das sein Pendant gefunden in Reformpolitik, in Sozialpolitik usw. Warum ist das von der Regierung Schmidt nicht mehr verfolgt worden? — Du siehst Zusammenhänge zwischen dem Ende der »Selbsttäuschungen« in der Außenpolitik — NATO — und im Innern — Sozialpartnerschaft — sowie der Krise der Entspannungspolitik ...

Gaus: Ich glaube, daß die Schwierigkeiten für die Entspannungspolitik früher begonnen haben als die Einsicht in bestimmte schöne Selbsttäuschungen über Sozialpartnerschaft oder anderes. Die Entspannungspolitik basierte auf der meist unausgesprochenen Vorstel-

lung, daß es eine Entspannung in Europa geben könne unabhängig von anderen Vorgängen auf der Welt, also: Entspannung ist teilbar. Ich halte diese Vorstellung für richtig. Ich halte sie für Europa für lebenswichtig. Europa muß darauf bestehen, daß Entspannung teilbar ist, weil die Alternative nicht ungeteilte Entspannung ist, sondern ungeteilte Spannung. Aber mit Energiekrise, Ölschock, Zuspitzung der Konflikte im Nahen Osten, am Golf, wuchs das Bedürfnis der westlichen Vormacht USA, alle Teile der Welt und auch Europa ihren Globalbedürfnissen und Interessen unterzuordnen. Das brachte die westeuropäischen Regierungen und zuallererst die Bundesregierung bis hin zum Doppelbeschluss der NATO in den Sog der Globalisierung der europäischen Probleme. Eine der wichtigsten Einsichten, die wir zurückgewinnen müssen, ist, daß es nicht die Preisgabe westlicher Interessen am Golf von Persien ist, wenn wir dennoch darauf beharren, daß Entspannung teilbar möglich bleiben muß und in Europa wieder begonnen werden kann, auch wenn woanders Entspannung nicht besteht. Sicher können wir nicht so tun, als seien wir imstande, auf der »Insel der Seligen« zu leben und unsere Rohstoffversorgung den armen Amerikanern zu überlassen. Alles richtig. Dennoch ist es unsere Aufgabe, den Amerikanern klarzumachen, daß es auch in ihrem Interesse in der Ölregion der Welt liegt, wenn Spannung nicht überall herrscht, sondern wenn an anderen Stellen der Welt, wo das möglich ist, Entspannung herrscht, und in Europa ist es möglich. Die These von der unteilbaren Entspannung war die wichtigste Behauptung von Genscher, mit der er sich abkoppelte von der sozialdemokratischen Entspannungspolitik. Dem müssen wir widersprechen.

spw: Wenn es diesen Prozeß der Globalisierung auch in Verbindung mit dem Entstehungszusammenhang des NATO-Aufrüstungsbeschlusses festzuhalten gilt, wie kann die Politik der beiden deutschen Staaten der sich verschärfenden Blockkonfrontation entgegenwirken? Welchen Handlungsspielraum haben die Bundesrepublik und die DDR im Rahmen des Systemgegensatzes, sich der von den USA forcierten Globalisierung der Spannungen zu widersetzen?

Gaus: Wir müssen Konsequenzen ziehen aus der Einsicht, daß beide Blöcke in Europa — Warschauer Pakt wie NATO — heute nicht mehr sind, was sie vor einigen Jahren noch waren. Solidarnosc hat den Warschauer Pakt verändert. Er wird nie mehr so sein, wie er vor der Solidarnosc-Bewegung gewesen ist. Die von Reagan provozierte Bewußtseinerhellung über unterschiedliche Sicherheitsqualitäten innerhalb des westlichen Lagers, zwischen der Zitadelle Amerika und dem Vorfeld Westeuropa, mit dem Vorposten Westdeutschland, hat die NATO verändert — jedenfalls auf der Ebene der Völker, die in der NATO in einem Bündnis zusammengeschlossen sind, sicherlich nicht auf der Ebene der Ministerräte und Militärstäbe. — Aus diesem Faktum kann man drei mögliche Konsequenzen ziehen. Die wahrscheinlichste Konsequenz, die die jeweilige Seite zieht, ist, die eigene Veränderung zu leugnen; nur die andere Seite habe sich verändert, laßt uns noch ein bißchen pressen und drücken, dann verändern sie sich noch mehr zu unseren Gunsten, aber wir machen im übrigen so weiter wie bisher. Die zweite Möglichkeit ist, daß man sagt, die beiden Blöcke haben sich verändert, laßt sie uns morgen abschaffen. Ich halte das für die schiere Illusion. Sie werden sich derzeit nicht abschaffen lassen, nicht durch irgendeine Volksbewegung. Ich bin froh, daß es keine Kraft gibt, die ich sehen kann, die instände wäre, morgen die Abschaffung der beiden Blöcke in Europa mit den beiden Vormächten USA und UdSSR zu bewerkstelligen, denn die Lage in Europa ist instabil genug. Die Instabilität bedeutet Kriegsgefahr. Mir ist die Kriegsgefahr bereits groß genug. Die dritte Möglichkeit und Schlußfolgerung aus der Tatsache, daß die Blöcke nicht mehr sind, was sie vor Soli-

darnosc und vor der Bewußtseinsveränderung innerhalb der NATO waren, ist, daß jede Seite bei sich eine politische Diskussion beginnt, in der wir den Amerikanern, unserer Vormacht, verdeutlichen, es liegt auch in ihrem Interesse, wenn die westeuropäische Mitsprache der mittleren und kleinen Mächte gegenüber der Weltmacht USA im NATO-Bündnis vergrößert wird. Wenn dieses zu Konsequenzen führt, kann man zwar nicht darauf bauen, aber darauf hoffen, daß auch im östlichen Block die Vormacht UdSSR bereit ist, in großer Zahl Einzelheiten eines Entspannungskonzepts zu diskutieren, die der Regionalisierung der Entspannung in Europa gerecht werden. a) Warum wollen wir dann nicht doch über atomwaffenfreie Zonen in Skandinavien, auf dem Balkan und dann zuletzt da, wo es am schwierigsten ist, in Mitteleuropa, sprechen? b) Warum wollen wir nicht als Vorstufe einer atomwaffenfreien Zone Offensivwaffen aus Mitteleuropa abziehen? c) Warum können wir nicht regionale Verabredungen über vertrauensbildende Maßnahmen im dem Rahmen von gesamteuropäischen vertrauensbildenden Maßnahmen unterbringen? Das alles sind Möglichkeiten, um das Gewicht der Supermächte in Europa zu verringern und die Selbstbestimmung Europas ohne Größenwahn, also ohne die Vorstellung, wir könnten es ohne und gegen die Supermächte durchsetzen, zu vergrößern.

spw: Du sagst, man müsse den Amerikanern klarmachen, daß es auch in ihrem Interesse liegt, wenn die Europäer mehr Mitspracherechte innerhalb der NATO erhalten. 1. Wieso liegt das im Interesse der Amerikaner, und 2. wie sollen die Europäer das den Amerikanern klarmachen?

Gaus: Unsere Chancen, uns gegen die Zwanghaftigkeit der Abläufe zu wehren, sind gering.

spw: ... aber wenn das im Interesse der Amerikaner läge?

Gaus: Ich habe keine große Zuversicht, den Amerikanern das klarzumachen. Aber ich sehe keine Alternativen. Es liegt objektiv im Interesse der Amerikaner, weil die Diskussion über Sinn und Zweck der NATO nicht aufhören wird, wenn es nicht gelingt, Sinn und Zweck der NATO so zu definieren, daß die Westeuropäer sich in diesem Bündnis wieder besser als seit der Nachrüstungsdebatte aufgehoben fühlen. — Unser Interesse an der Entwicklung in Europa ist ein spezielles, kein globales. Das Maß an Entspannung in Europa ist für uns ein absoluter Wert, für die Amerikaner, die eine globale Verpflichtung übernommen haben, ob sie wollen oder nicht, ein relativer Wert. Es kommt also darauf an, im Bündnis den Amerikanern europäische Kategorien nahezubringen. Dies haben wir viel zu wenig getan, seit Kohl Bundeskanzler ist. Das haben wir auch vorher schon nicht getan.

spw: Was bedeutet eigentlich das Stichwort Europäisierung Europas vor dem Hintergrund der durch den Stationierungsbeginn ja einschneidend veränderten Lage zwischen den Blöcken und auch zwischen den beiden deutschen Staaten für die Neuorientierung sozialdemokratischer Friedenspolitik?

Gaus: Das Hauptproblem ist, aus der Routine der Aufrüstung herauszukommen. Seit vielen, vielen Jahren wird je nach Bedürfnis des Militärs und dem Entwicklungsstand des militärisch-technischen Komplexes routinemäßig aufgerüstet. Meine größte Sorge ist im Augenblick — von akuten Krisenanlässen, die es jederzeit überraschend geben kann, abgesehen —, daß wir wieder in die Routine der weiteren Aufrüstung zurückfallen.

spw: Ist das eigentlich ein richtiges Bild, wenn du sagst, der NATO-Doppelbeschluß steht für den *Rückfall* in Aufrüstung?

Gaus: Er war die *Fortsetzung* von Aufrüstung. Es war kein Rückfall. Rückfallen könnte die Öffentlichkeit, soweit sie die Routine durchbrochen hatte durch ihren Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschuß. Der NATO-Doppelbeschuß war Routine. Strategen, Experten, Militärdenker haben gesagt, da ist eine Lücke, also wir müssen die Lücke schließen. Die Routine durchbrochen hat die Friedensbewegung. Die hat gesagt: Was heißt das hier: aufrüsten, nachrüsten, Doppelbeschuß — ist denn noch nicht genug gerüstet? Wie groß ist denn das Overkill-Potential, das vorhanden ist — brauchen wir davon noch mehr? Meine Sorge ist, daß durch Gewöhnung an den Zustand der aufgestellten Raketen die Routine auch im öffentlichen Bewußtsein wieder um sich greift. Das wäre die Rückkehr zur Bewußtlosigkeit, mit der Westeuropas Völker, auch die osteuropäischen, die letzten Jahre der routinemäßigen Aufrüstung hingenommen haben.

spw: Galt Dir und anderen der Doppelbeschuß damals wirklich nur als ein weiterer Schritt von Aufrüstung, oder hat es darüber Diskussionen gegeben, daß damit nicht nur eine weitere »Rakete« stationiert wird, sondern neue Qualität erzeugt wird?

Gaus: Ich kann nicht sagen, daß unter den Leuten, mit denen ich damals darüber gesprochen habe, ganz deutlich war, daß dieses eine neue Qualität der Kriegsgefahr schafft; es war mehr der letzte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt. Als 1979 der Doppelbeschuß in der SPD mehrheitlich gefaßt wurde, hat eine Mehrheit in dieser Mehrheit mehr an die weitere Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten in Bonn gedacht als an die militärisch-strategischen Folgen dieses Beschlusses. Ich selbst war gegen den NATO-Doppelbeschuß. Einige führende Sozialdemokraten haben damals gesagt, daß dieser Beschuß von der Sozialdemokratie nicht ausgeführt werde. Aber jetzt müsse er gefaßt werden, damit wir in Bonn an der Regierung bleiben. Ich denke, daß das nicht unerlaubt war, denn: Wäre die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, weil die sozialdemokratische Partei den Beschuß abgelehnt hätte, schon damals gestürzt, so wäre deswegen der Doppelbeschuß nicht zu Fall gebracht worden. Die nachfolgende Bundesregierung, wie sich jetzt gezeigt hat, hat ja den Doppelbeschuß sofort ausgeführt. Also ist hier allenfalls — das freilich durchaus — die Moral der Partei tangiert worden.

spw: Ist das nicht eine Position, die darauf hinausläuft, daß, weil eine CDU/CSU-Regierung eine solche Politik sowieso gemacht hätte, sie auch gleich eine sozialdemokratische Regierung machen könnte? Hauptsache, wir haben die SPD an der Regierung. Oder anders ausgedrückt: Soll die SPD CDU/CSU-Politik machen, nur etwas »gemäßigter«?

Gaus: Ich leugne nicht, daß diese Einrede in sich schlüssig ist. Mir wäre es lieber gewesen, wenn die Partei 1979 nein gesagt hätte. Aber wir hätten möglicherweise eine Dolchstoßauseinandersetzung erlebt, die uns bis heute davon abhalten würde, die Diskussion über Sinn und Zweck der NATO, über die Reform der Blöcke — nicht deren Abschaffung — zu beginnen.

spw: Mit anderen Worten: Helmut Schmidt ist Schuld daran, daß ...

Gaus: Das meine ich, ja.

spw: Historische Erfahrungen sagen uns, daß die Sozialdemokratie es heute einfacher hätte, leichter umdenken könnte, wenn sie damals anders entschieden hätte. Ich denke da etwa an 1928, als sozialdemokratische Kabinettsmitglieder in einer Koalitionsregierung der maritimen Aufrüstung zustimmten ...

Gaus: Panzerkreuzer A...

spw: Genau, das stieß in der Partei zu Recht auf eine ungeheure Ratlosigkeit. Ist es denn nicht so, daß eigentlich die historische Erfahrung lehren muß, daß Sozialdemokraten den Erhalt der Regierungsmacht nicht immer als erste Priorität behandeln dürfen?

Gaus: Ich kann das nicht wirklich beantworten. Die SPD besteht — und das kann man beklagen oder begrüßen, nur: es ist eine Tatsache — auch zu einem erheblichen Teil aus Mitgliedern und dem dazugehörigen Potential an Wählern, die im breiten Strom der öffentlichen Meinung mitschwimmen wollen. Mich befriedigt die Antwort nicht. Aber die Partei Knall auf Fall wegen der »avantgardistischen« Einsicht einiger mit Konsequenzen aus dieser Einsicht zu konfrontieren, scheint mir dem Problem, Partei nennenswerten Umfangs zu bleiben und auch noch im Laufe der Zeit wieder Regierungsmehrheit zu gewinnen, nicht gerecht zu werden. — Helmut Schmidt hat aus bestimmten Gründen die Cruise Missiles und Pershing II gefordert. Die Amerikaner haben damals aus globalstrategischen Überlegungen dann zugestimmt. Bereits unter Carter. 1979 bestand weder in der bundesdeutschen Bevölkerung noch in der SPD, auch nicht in der SPD-Führung, die Einsicht in die militärstrategischen und entspannungspolitischen, aber auch NATO-politischen Konsequenzen dieses Beschlusses. Die SPD hat damals alles getan, um zu verhindern, daß eine innerparteiliche Diskussion entstehen konnte.

spw: Die Diskussion um die gesamten strategischen Fragen ist politisiert worden durch die Friedensbewegung, und die SPD hat reagiert mit einer innerparteilichen Diskussion und Meinungsbildung.

Gaus: Erstens: Die Breitenwirkung der Friedensbewegung, obwohl sie eine Minderheit ist, war immerhin stark genug, um gegen Widerstände der Medien durchzukommen in der Bewußtseinserhellung der Bevölkerung. Dadurch hat sie innerhalb der SPD die Debatte über Sinn und Zweck der NATO, von Rüstung oder Abrüstung, von Verteidigungsstrategien erheblich belebt. — Zweitens: Es ist historisch nicht richtig, daß vor dieser Breitenwirkung der Friedensbewegung es solche Debatten in der SPD nicht gegeben hätte. Auf dem Berliner Parteitag 1979 haben Leute wie Eppler und andere diese Diskussion bereits begonnen. — Drittens: Ich halte — nicht um der Friedensbewegung einen Lorbeerkranz zu entwinden und der SPD eine unbequeme Wahrheit zu ersparen, sondern weil ich meine, wir haben andere Aufgaben — es für müßig, zu fragen, wer nun zuerst und dann mit dem größten Verdienst diese Diskussion in Gang gebracht hat. — Viertens: Was ich für mich gelernt habe, ist, man soll auch in einer Volkspartei Leute, die früh anfangen vorzudenken, schützen. Man darf sie nicht mundtot machen, wenn die Mehrheit der SPD mit dem Strom schwimmt.

spw: Die SPD hat nun auf ihrem letzten Parteitag in einem Punkt die Hauptforderung der Friedensbewegung dahingehend übernommen, daß sie sich gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ausgesprochen hat. Aber das allein macht noch kein sozialdemokratisches Sicherheitskonzept ...

Gaus: Nein, wahrhaftig nicht.

spw: Was sind zunächst einmal die Fragen, denen sich heute Sozialdemokraten in der Außen- und Friedenspolitik stellen müssen, und wo siehst du die Eckpfeiler eines erneuerten sozialdemokratischen Konzeptes von Sicherheits- und Friedenspolitik?

Gaus: Erstens: Die SPD wird eine Antwort finden müssen auf folgendes Problem: Wir

wollen, daß Entspannung teilbar bleibt. Dabei können wir nicht leugnen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika in anderen Teilen der Welt z.B. Rohstoffversorgung sichern, also bestimmte Interessen unserer Industriegesellschaft mitbefriedigen, und das werden sie nicht tun, ohne daß wir ihnen dabei helfen. Dies ist ein großes, sehr schweres Problem. Ich bin nur der Meinung, die Formulierung, die Verdeutlichung dieses Problems bringt uns schon einen großen Schritt weiter, denn sie entfernt uns von dieser Parole, Entspannung ist nur unteilbar möglich. — Zweitens: In der eigenen Partei und innerhalb der Bundesrepublik muß die Partei es schaffen, klarzumachen, daß die Diskussion über eine Regionalisierung der NATO, die Rückbesinnung darauf, daß sie ein Verteidigungsbündnis für die Region Europa ist, nicht identisch ist mit einer illusionären Politik der Blockauflösung im Handumdrehen und nicht identisch ist mit einer Abkehr von den Grundvorstellungen unseres politischen Systems. Drittens: Wenn die ersten beiden Punkte wenigstens einer Lösung nähergebracht sind, dann wird man zurückkehren müssen zu Konzepten, die das Ziel haben, unmittelbare Konfrontation in Mitteleuropa faktisch zu verringern. Dazu gehört Atomwaffenfreiheit bestimmter Zonen, dazu gehört der Rückzug von Angriffswaffen, konventionell und atomar, als Vorstufe zu atomwaffenfreien Zonen. Dazu gehört ferner das Einfrieren von Rüstungsetats und die Regionalisierung der MBFR-Verhandlungen in Wien. Vielleicht kommen wir aus der Sackgasse heraus, wenn wir mit viel kleineren Einheiten beginnen. Können wir nicht einen Ansatzpunkt finden, indem wir sagen, wir fangen einfach zwischen den beiden deutschen Staaten an? Dies ist nur ein Beispiel. Aber mir ein sehr wichtiges Beispiel. — Zum Schluß dieser Antwort: Es wird darauf ankommen, die Politik wieder an den ersten Platz zu setzen. Wir müssen wieder dazu übergehen, daß Politiker die Konzepte entwickeln und dann den Experten Aufträge geben. Wir sind meiner Ansicht nach bis hinauf in die obersten politischen Ränge in den letzten Jahren dazu übergegangen, daß wir zunächst einmal die militärtechnischen Expertenbedürfnisse befriedigt haben und dann versucht haben, darüber einen politischen Überbau zu errichten. Der ist eingestürzt. Den gibt es nicht mehr. Deswegen ist mir dieser vielleicht banale Aufruf »Laßt uns die Probleme endlich repolitisieren« sehr wichtig.

spw: Wie soll das praktisch aussehen, ist das nicht ein sehr vages Konzept?

Gaus: Die Diskussion über die Europäisierung Europas, über atomwaffenfreie Zonen, über eine Regionalisierung ist bereits eine weitergehende Konzeption als die, die bisher den MBFR-Verhandlungen zugrunde liegt. Konkrete Politik von einem solchen Schwierigkeitsgrad wie: Reform der Blöcke in Europa statt illusionärer Auflösung der Blöcke, eine solche Politik, eine solche Bewußtseinsveränderung braucht Jahre. Ich weiß nicht, ob wir die Zeit haben. Ich habe nur keine Alternative zu meinem Vorschlag. Wenn es aber dazu keine gibt, dann muß ich sagen, am allerwenigsten trifft mich die Unterstellung, das sei alles zu vage. Sowas beginnt meistens sogar noch viel weniger konkret, als es von Leuten wie Egon Bahr und dann in gewissem Umfang auch von mir vorgeschlagen wird.

spw: Für mich hat es im Moment den Eindruck, daß — auch vor dem Hintergrund, daß die Friedensbewegung vielleicht zu sehr Anti-Atomwaffenbewegung ist, daß Sozialdemokraten in den nächsten Jahren atomare Abrüstung befürworten, aber als »Ersatz« mehr konventionelle Rüstung fordern. Ich denke, das zeichnet sich ab in der Bahr-Kommission, auch wenn auf dem nächsten Parteitag darüber noch nicht entschieden wird. Wir wissen, daß die konventionelle Rüstung gerade der Bundeswehr enorm teuer ist und daß die Umverteilung auch von öffentlichen Mitteln zugunsten von Rüstungsausgaben in der kapitali-

stischen Krise die Sozialleistungen beschränken muß. Wie unterscheiden sich »sozialdemokratische Konventionalisierungskonzepte« von dem, was selbst Generäle der NATO wie Rogers in die Diskussion gebracht haben?

Gaus: Du erwischst mich mit der Frage auf einem sehr lahmen Fuß. Ich kann das für mich selber noch nicht abschließend beantworten. Erstens: Ich befürchte, die Welt ist so beschaffen, daß bei atomarer Abrüstung ein verteidigungspolitisches Vakuum aufgefüllt wird, auch wenn man das nicht wünscht. Die vollständige einseitige Selbstentwaffnung des Westens in Europa ist für mich keine Lösung. Zweitens: Wenn das so ist und ich feststelle, daß die USA seit Jahren schon nicht mehr bereit sind, die Abschreckung auf strategischen Atomwaffen zu begründen, die Amerika sofort einbeziehen, dann ist also die große atomare Abschreckung keine Möglichkeit mehr, zu der wir zurückkehren können. Wir können vor den Sündenfall der flexible response nicht mehr zurück.

spw: Noch vor zwei Jahren hast du auf dem Parteitag der Berliner SPD die Rückkehr zur »massiven Vergeltung« gefordert!

Gaus: Ich wollte die Reaktion kennenlernen. Ich bedauere, daß wir zu dem großen Atomknüppel nicht zurückkönnen. Aber ich habe gelernt. Es gibt darüber keinen Konsens auf beiden Seiten des Atlantik und nicht einmal mehr innerhalb Westeuropas, was ich für einen Kurzschluß im Denken halte. Aber das ist müßig, denn das ist nicht mehr möglich. Natürlich ist, von den volkswirtschaftlichen Kosten einmal ganz abgesehen, auch ein konventioneller Krieg etwas so Fürchterliches, daß wir bei der Forderung, die konventionelle Bewaffnung zu verstärken, früh genug aufpassen müssen, daß wir nicht den Fehler der flexible response bei den atomaren Waffen wiederholen und annehmen, daß konventionelle Kriege nicht schlimm sind. Ich bin alt genug — Jahrgang 1929 —, um noch eine ganz klare Erinnerung an den Schrecken eines konventionellen Luftkrieges zu haben. Und ich gehe davon aus, daß wir seit 1945 nicht nur die Atomwaffen weiterentwickelt, sondern auch den Schrecken der konventionellen Waffen vergrößert haben. Aber ich muß abwägen zwischen der flexible response atomar und dem Verzicht darauf bei gleichzeitiger Verstärkung konventioneller Möglichkeiten.

spw: Unter Konventionalisierung kann ja etwas sehr Unterschiedliches verstanden werden: die Bundeswehr als »Angriffswaffe par excellence« oder Umstellung auf wirkliche Verteidigungswaffen, die billiger sind, aber gleiche Sicherheit für die Bundesrepublik bedeuten.

Gaus: Also ich stimme dir vollkommen darin zu, daß nur das Stichwort konventionelle Bewaffnung statt atomarer keine Lösung ist, weil es solche und solche konventionelle Bewaffnung gibt. Ich will damit nur sagen, daß konventionelle Bewaffnung statt atomarer eingebettet ist in Vorschläge, von denen ich einige genannt habe: atomwaffenfreie Zone, Rückzug der Offensivwaffen als Vorstufe einer solchen atomwaffenfreien Zone.

spw: Welche Bedeutung hat in den Augen von Brandt, Bahr und Gaus die Stockholmer Konferenz?

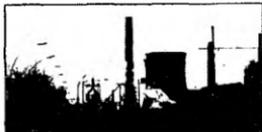
Gaus: Die Stockholmer Konferenz muß nicht Expertentum bleiben. Die Frage ist nur, wer bestimmt: die Experten oder die Politiker. Ich kann nicht für Brandt und andere sprechen. Ich kann nur sagen, was meine Vorstellung ist. Nur durch öffentliches Nachdenken können Sozialdemokraten etwas bewegen, wie seinerzeit, als die Anerkennung der Oder-

Neiße-Grenze gegen die Widerstände fast aller Medien allmählich durchgesetzt wurde. Die Stockholmer Konferenz ist die Möglichkeit, durch öffentliches Nachdenken zu Hause, denn die SPD sitzt dort nicht mit am Tisch, die Bundesregierung zu nötigen, die Verhandlungspalette in den nächsten zwei Jahren in Stockholm so breit aufzufächern wie überhaupt nur möglich. Insofern sehe ich in Stockholm reale Chancen.

**Bünnig
Hartmann
Hoffkes
Jäger**

**STAHL
KRISE**

**REGIONAL
KRISE**



*Ursachen, Verlauf und regionale
Auswirkungen der Stahlkrise*

REVIER-VERLAG 1983

- neu: "Die schwierige Solidarität"
Gewerkschaft zwischen Boom und Krise
400 S. 28 DM + 2 DM Versand
- neu: "Erkundungen"
29 Berichte, Reportagen, Interviews aus dem
Revier
150 S. 14 DM + 1 DM Versand
- neu: "Paß mal auf, liebe Sonne!"
Argumente gegen faule Kompromisse im
Kampf um die 35-Stunden-Woche
44 S. 3 DM + ,50 DM Versand
- "Weniger wäre mehr"
Argumente für die 35-Stunden-Woche
40 S. 2,50 DM + ,50 DM Versand
- aktuell: "Stahlkrise — Regionalkrise"
Ursachen, Verlauf und regionale Auswir-
kungen
240 S. 14 DM + 1 DM Versand
- "Unmoderne Gedanken"
Die Funktionsweise des Kapitals
200 S. 9,80 DM + 1 DM Versand

REVIER-Zeitschrift für sozialistische Betriebs-
und Gewerkschaftsarbeit — erscheint monatlich
Jahresabo 35 DM incl. Versand
zu beziehen beim:
REVIER-Verlag, Siegstr. 15, 41 Duisburg 1, Tel.:
0203/340083

**WIENER
TAGEBUCH**

links & unabhängig

Jänner 1984

Dunkle Tage in Jugoslawien ● Der
Aufstieg der französischen
Rechten ● Korruption in der
Sowjetunion ● Nationale Elemente
in Osteuropa ● Die BRD nach
dem Nachrüstungsbeschluß ●
Wasser für Mexico City ●
Palästinensische Literatur

Februar 1984

Der 12. Februar 1934 in Steyr,
Wien und in der österreichischen
und europäischen Literatur ●
Reagans »Electionomics« ● Die US-
Außenpolitik im Wahljahr ● Partei-
diskussion in der KPI ● Naturmythen
und Kraftwerksbau ● Das neue
Parteiengesetz

Das WIENER TAGEBUCH erscheint
seit vierzehn Jahren. Internationale
Zeitschrift, links und unabhängig.
Kostenlose Probeexemplare und Be-
stellungen können über die Redak-
tion, 1040 Wien, Belvederegasse 10,
angefordert werden.

Abo-Gebühren: öS 230,-
Ausland: öS 280,-
Studenten: öS 130,-
Ausland: öS 200,-

Berichte

Oliver Brosch

Nach Stationierungsbeginn: Friedensbewegung nicht gespalten

Bericht über die 5. bundesweite Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11./12. Februar 1984 in Köln

Bundesweite Aktionskonferenzen, die die aktuelle politische Lagediskussion und die nächsten Aktionsschritte beschließen, haben in der Friedensbewegung der letzten Jahre bereits Tradition. Doch keine Konferenz bisher war mit solcher Spannung erwartet worden, keine andere stand unter einem so hohen Erwartungsdruck — aus den eigenen Reihen wie aus denen des Gegners — wie diese 5. bundesweite Aktionskonferenz, die am 11. und 12. Februar in Köln stattfand. Das letzte Treffen Anfang November 1983 stand noch ganz im Zeichen der größten Massenaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik, die im Rahmen der Friedenswoche im Oktober stattgefunden hatten. Doch schon damals warf die erwartete Niederlage in der Auseinandersetzung um den Beginn der Raketenstationierung ihre Schatten voraus. Schuldzuweisungen an jene, die an einer Strategie der Massenaktionen, der kontinuierlichen Verbreiterung der Friedensbewegung und der Gewinnung der politischen Mehrheit gegen die Raketen festgehalten hatten, prägten den Stil der Diskussionen. Besonders Grüne und Autonome drängten der Bewegung eine unfruchtbare Stilledebatte auf. Die Friedensbewegung schien am Rande der Spaltung zu stehen. Und so konnte denn Kanzleramtsminister Vogel (CDU) im Januar 1984 befriedigt feststellen: »Der Stabilisierung nach außen folgt jetzt die Stabilisierung nach innen.«

Die Friedensbewegung auf die neue Etappe des Kampfes nach dem Beginn der Raketenstationierung einzustellen und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern, dies also war Aufgabe der Februarkonferenz. Das erforderte eine genaue Auswertung der Arbeit der letzten vier Jahre und eine gründliche Verarbeitung der Dialektik von Niederlage und Erfolgen der Bewegung, die im Herbst des letzten Jahres zum Ausdruck kam. Inhaltliche Weiterentwicklung, die vielfach auf eine »Erweiterung des Minimalkonsens« verengt wurde, und Einigung auf eine neue Aktionsstrategie mußten aus dieser Analyse hervorgehen.

Rund 1 500 Mitglieder von Friedensinitiativen und -organisationen, viel Prominenz und »Funktionäre der Bewegung« waren nach Köln gekommen. In fünf Einleitungsreferaten von Vertretern der Jungsozialisten, der Grünen, der Aktion Sühnezeichen, des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit und der Bundeskonferenz autonomer Friedensgruppen wurden die unterschiedlichen inhaltlichen und strategischen Positionen nochmals verdeutlicht. Doch schon diese Positionen waren weitgehend vom erkennbaren Willen zur Einigung geprägt und drückten das Verantwortungsbewußtsein einer Bewegung aus, die sich nicht vom gemeinsamen Gegner in die Spaltung drängen läßt. Gerade die autonomen Friedensgruppen signalisierten Konstruktivität und Kooperationsbereitschaft, die sich auch in den Beschlüssen ihrer »Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen« im Januar 1984 geäußert hatte. Die zwei Wochen zuvor erfolgte Einigung aller Kräfte in der Hamburger Friedensbewegung auf gemeinsames Weiterarbeiten war für die Bundesebene richtungweisend.

Vertreter der genannten fünf Organisationen waren es denn auch, die mit einem gemeinsam formulierten Positionspapier den Weg zur Einigung bahnten. Das Papier hält in seinem ersten Teil die von allen Gruppen vertretenen inhaltlichen Kernforderungen fest: Stopp der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie Abbau der bereits stationierten Raketen dieses Typs in Westeuropa, im Gegenzug Rücknahme der sowjetischen Gegenmaßnahmen mit SS 21 und SS 22, Beseitigung aller in der Bundesrepublik gelagerter ABC-Waffen, Abbau von Atomwaffen mit dem Ziel atomwaffenfreier Zonen, Abbau der konventionellen Rüstungen und Durchsetzung einer Politik der Zusammenarbeit und Versöhnung durch konkrete Abrüstungsschritte. Der zweite Teil des Papiers enthält Themen, die in den Friedensinitiativen bis zur nächsten Aktionskonferenz Anfang Mai dieses Jahres verstärkt diskutiert werden sollen, darunter auch solche, in denen zwischen den Gruppen der Friedensbewegung prinzipieller Dissens besteht und die daher auch nicht per Mehrheitsentscheidung zugunsten der einen oder der anderen Seite zu erledigen sind. Dazu zählen z.B. die unterschiedlichen Konzepte alternativer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, aber auch die Beurteilung der Rüstung der sozialistischen Staaten, besonders der Maßnahmen zur Wiederherstellung des strategischen Gleichgewichts nach der Raketenstationierung in Westeuropa sowie die Einschätzung der autonomen Friedensgruppen in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten.

Im dritten Teil des Positionspapiers ging es um die Aktionsschwerpunkte für 1984. Die Ostermärsche sollen ein machtvolleres Zeichen setzen, daß die Friedensbewegung den Kampf nicht aufgibt. Übereinstimmung herrschte auch über die Unterstützung der gewerkschaftlichen Friedensaktivitäten; die Friedensbewegung solidarisierte sich mit dem gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und erkannte die prinzipielle Bedeutung, die diese Auseinandersetzung für das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik und damit auch für den Kampf der Friedensbewegung haben wird.

Unterschiedliche Strategievorstellungen beherrschten dann noch einmal die Debatte um die geplante Durchführung einer selbstorganisierten Volksbefragung gegen die Raketen. Grüne und Autonome bezweifelten den Sinn einer Aktion, die es sich zum Ziel setzt, durch eine neuartige bundesweite dezentrale Demonstration die Meinungsmehrheit gegen die Raketen wiederholt zu gewinnen und ihr Möglichkeiten des politischen Handelns zu eröffnen. Unter Berücksichtigung dieses Minderheitenvotums wurde mit überwältigender Mehrheit eine Kampagne Volksbefragung '84 beschlossen, die Abstimmung in Betrieben, Schulen und verschiedenen sozialen Bereichen ebenso umfaßt wie exemplarische Volksbefragungen vor den Wahllokalen anläßlich der EG-Wahlen am 17. Juni.

Nicht zuletzt dieser Beschluß, mit dem sich die Friedensbewegung ein neues, anspruchsvolles Ziel gesetzt hat, stellt ihre Stärke auch in der aktuellen, für alle demokratischen Kräfte komplizierten Situation unter Beweis. Die Chancen, die in dieser Stärke liegen, für die Auseinandersetzung mit der Rechtsregierung und den Aufrüstern in diesem Land zu nutzen, ist gemeinsame Aufgabe für die kommenden Monate.

Andreas Bach und Andreas Wehr

Wirtschaftspolitische Tagung des Jungsozialisten-Unterbezirks Dortmund und der Zeitschrift Sozialistische Politik und Wirtschaft vom 10. bis 12. Februar 1984 in Dortmund

Nach der Diskussion über die Herforder Thesen im Oktober 1980 in Brake und der Auseinandersetzung über friedenspolitische Fragen 1982 in Berlin war die Wirtschaftspolitik das Thema der dritten Fachtagung der *spw*, die diesmal zusammen mit den Dortmunder Jungsozialisten durchgeführt wurde. In der Einladung hieß es zur Aufgabenstellung der Tagung: »In der gemeinsamen Diskussion mit Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, Vertretern der Grün-Alternativen und Wirtschaftswissenschaftlern wollen wir unsere grundsätzlichen Positionen in den Herforder Thesen konkretisieren und weiterentwickeln.« Mit den Regionalen Wirtschaftsprogrammen (Berlin, Bremen, Hamburg, Ostwestfalen-Lippe) und den »Hannoveraner Leitsätzen. Den Ausweg aus der Krise suchen!« lagen den Tagungsteilnehmern erste Vorstellungen für eine solche Weiterentwicklung vor.

Der Tagungsort Dortmund war nicht zufällig ausgewählt worden. Mit 17% Arbeitslosigkeit trägt die Stadt schwer an der ökonomischen Krise.

Da nicht über Perspektiven einer sozialistischen Wirtschaftspolitik diskutiert werden kann, ohne den aktuellen Kampf für die 35-Stunden-Woche als die zentrale Auseinandersetzung für jede weitergehende Veränderung zu benennen, stand die Diskussion darüber auch am Anfang der Tagung. Unter der Leitung von Klaus Peter Kisker (Wirtschaftswissenschaftler aus Berlin und *spw*-Herausgeber) diskutierten Daam Buitelaar vom Vertrauensleutekörper bei Hoesch und Pet Walbersdorf von der Hoesch-Fraueninitiative zusammen mit dem Hochschullehrer Frank Deppe, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jusos Olaf Scholz und Hans Peters, Mitglied des Europaparlaments, Dortmund. Daam Buitelaar und Pet Walbersdorf stellten den Kampf um die 35-Stunden-Woche in einen engen Zusammenhang mit dem Stahlstreik 1978/79. Schon in diesem Streik ging es um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche. In den dazwischen liegenden Jahren hat sich die Situation dramatisch verschärft. 1978 waren noch 22000 bei Hoesch tätig, heute sind es nur noch 15000, die Arbeitslosigkeit betrug »nur« 8%. Aufgrund dieser Entwicklung wird inzwischen von einem sehr viel größeren Teil der Belegschaft die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit anerkannt. Bei der Schilderung dieses Bewußtwerdungsprozesses wurde deutlich, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche keineswegs voraussetzungslos begonnen wird, sondern eingebettet ist in eine neue Geschichte der Erfolge und Niederlagen der Arbeiterbewegung seit den siebziger Jahren.

Auf diesen neueren Abschnitt der Geschichte der Arbeiterbewegung verwies auch Frank Deppe, der sich zugleich dagegen wandte, bei einem möglichen Scheitern der gewerkschaftlichen Forderungen bereits von einer Existenzgefährdung der Gewerkschaften zu sprechen, vielmehr müsse man sich auf eine sehr viel längerfristige Auseinandersetzung einstellen. Richtig sei, daß es dem Kapital um eine nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften als der wichtigsten Gegenmacht gehe. Deppe unterstrich das Neue an dieser Auseinandersetzung, das nach ihm vor allem in der gesamtgesellschaftlichen Dimension dieses Kampfes liege. Mit etwas ungläubigem Staunen wurde allerdings seine These aufgenom-

men, daß die bundesdeutschen Gewerkschaften mit diesen Forderungen zu dem fortschrittlichsten Teil der westeuropäischen Arbeiterbewegung gehörten.

Hans Peters verwies auf die enormen Probleme in den anderen EG-Ländern. So betrage die Jugendarbeitslosigkeit in manchen Ländern schon zwei Drittel eines Jahrgangs. Auch dort könne nur die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindern.

Wie wenig Unterstützung die SPD-Führung den um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit kämpfenden Gewerkschaften zukommen läßt, zeigte Olaf Scholz auf. Seines Erachtens könne sich aber die Partei nicht mit dem lapidaren Hinweis auf die unterschiedlichen Strategien der Gewerkschaften ihrer Verantwortung entziehen. Die Parteilinke und die Jungsozialisten müßten auf allen Ebenen für eine eindeutige Unterstützung der 35-Stunden-Forderung sorgen.

Den vielleicht interessantesten, mit Sicherheit aber kontroversesten Abschnitt der Tagung stellte die Diskussion über sozialdemokratische Konzepte für Vollbeschäftigung und Lebensqualität am Samstagvormittag dar. Hier diskutierten Heinz Rapp, MdB und stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission, Günter Seiler von der Bundeswirtschafts-AG der Grünen und AL Berlin sowie der Hochschullehrer und Memorandum-Mitautor Rudolf Hickel. Eingeleitet wurde die Diskussion von Kurt Wand, Distriktvorsitzender in Hamburg, und Arno Brandt, Mitglied im Vorstand der Jusos Bezirk Hannover. Kurt Wand erläuterte das »Beschäftigungsprogramm Küste« der IG Metall Hamburg als ein Beispiel eines regionalen Wirtschaftsprogramms. Die Kerngedanken der von Arno Brandt vorgestellten »Hannoveraner Leitsätze« sind eine neue ökonomische Logik, die selektive Wachstumspolitik und der Fortschrittsblock, der — bestehend aus Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen — allein eine neue ökonomische Logik durchsetzen könne.

Daß aber der angestrebte »Fortschrittsblock« allerdings nicht so einfach zu realisieren sein wird, stellte Günter Seiler umgehend klar. Die in den Leitsätzen enthaltenen Vergesellschaftungsforderungen wurden von ihm schlicht als »Gewichse« abgetan. Als Alternative forderte er die Verstärkung der »Nicht-Lohnarbeit« und die Entwicklung einer Dualwirtschaft. Für die Masse der Arbeitslosen stelle nicht die Wiedereingliederung in die Lohnarbeit, sondern der Ausbau selbstverwalteter Arbeit eine Perspektive dar. Bei aller Abgrenzung in grundsätzlichen Fragen würden die Grünen allerdings bei kurzfristigen Forderungen durchaus mit linkssozialdemokratischen Positionen übereinstimmen können. Mehr Gefahren als Chancen sieht Rudolf Hickel bei einem solchen »Ausstieg aus der Lohnarbeit«. Wer die marxistische Kritik an der Lohnarbeit derartig mißverstehe wie die Grünen und damit den Verzicht auf eine umgehende Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß rechtfertige, nehme zynisch auch Armut und Verelendung in Kauf. In der gegenwärtigen Krise sieht Hickel einige neue Momente, auf die die marxistische Analyse noch keine hinreichenden Antworten entwickelt habe. So gehe die Kapitalakkumulation schon über einen längeren Zeitraum einher mit einem enormen Abbau von Arbeitsplätzen, zudem sei eine nicht nur vorübergehende Abkoppelung des monetären vom produktiven Sektor zu beobachten.

Zu einer sehr kontroversen Diskussion auch mit dem Plenum führten die Ausführungen von Heinz Rapp. Als wirtschaftspolitische Konzeption der Sozialdemokratie in der Opposition präsentierte er den Anwesenden eine Modernisierungskonzeption der Volkswirtschaft, verbunden mit der Wiederauflage einer Vermögensbildung unter den Lohnabhängigen. Ergänzt werden soll diese Strategie um die Unterstützung kleiner und mittlerer Be-

triebe, um so wieder »Kapital und Produktion zusammenzuführen«. Diese auch in dem kürzlich veröffentlichten Ehrenberg-Papier enthaltenen Aussagen erinnerten die meisten an das längst überwunden geglaubte »Modell Deutschland« der Ära Schmidt und regten denn auch zum heftigen Widerspruch an. Leider wurde in der kurzen, teilweise polemisch geführten Debatte versäumt, die Positionen von Heinz Rapp auf die eigene Logik und darin enthaltene Widersprüche abzuklopfen. Die innersozialdemokratische Auseinandersetzung verdrängte zudem fast ganz die Kritik an den Positionen des Vertreters der Grünen. Über die »Hannoveraner Leitsätze« und das »Beschäftigungsprogramm Küste« wurde im Plenum überhaupt nicht mehr gesprochen.

Ausgesprochen konstruktive Diskussionen entwickelten sich in den vier Arbeitsgruppen.

Fragen der sozialen Sicherung waren das Thema der Arbeitsgruppe I. Bruno Zwingmann vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) kritisierte in seiner Einleitung die Haltung der SPD zum Sozialabbau der konservativen Regierung. Die Formel von der »sozialen Ausgewogenheit« nehme den Sozialabbau nicht ernst und blockiere die notwendige Gegenwehr. Gegen die Vereinzelungs- und Spaltungsstrategien können aber die Gewerkschaften nicht allein Widerstand leisten, insbesondere die Aktivierung des Vorfeldes (Arbeitslose, Schüler, alte Menschen) könne nur von der Sozialdemokratie geleistet werden. Die Auswirkungen des Sozialabbaus auf die Kommunen beschrieb Manfred Scholle, Sozialdezernent der Stadt Dortmund. Mehrbelastungen, vor allem durch die verstärkt in Anspruch genommene Sozialhilfe, führen zu Kürzungen in anderen Bereichen bzw. zu hohen Verschuldungen. Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Egert stellte die Frage, wie sich die SPD heute in der Regierungsverantwortung verhalten würde. Eine Rückkehr zu einer traditionellen Sozialpolitik sei nicht vorstellbar, der Ausbau der Sozialleistungen müsse vielmehr mit grundlegenden Strukturreformen verbunden werden. Als Beispiel nannte er hier die notwendige Zurückdrängung der Macht der Pharmaindustrie. Von Katharina Gröning (AsF Heidelberg) und Werner Nüßlein (Juso-Bezirksvorstand Franken) wurde die Verbindung zwischen Sozialabbau und ideologischer Offensive der konservativen Regierung hergestellt. War für die SPD/FDP-Koalition der Sozialabbau noch Mittel zum Zweck des Regierungserhalts, so ist er für die jetzige Koalition zum eigentlichen Zweck und Inhalt geworden. Gröning machte diese ideologische Zielrichtung anhand von Beispielen in der Sozial- und Familienpolitik deutlich: »Gespart wird dort an der Gleichberechtigung.«

In der Arbeitsgruppe II (Beschäftigungspolitik und neue Wachstumsstrategien) wurde die Diskussion über den in den »Hannoveraner Leitsätzen« enthaltenen Begriff der selektiven Wachstumspolitik fortgeführt und vertieft. Nach Uwe Kremer (Mitglied im Vorstand der Jusos Bezirk Hannover) ist »selektive Wachstumspolitik die bewußte gesamtgesellschaftliche Entscheidung darüber, welche wirtschaftlichen Bereiche und Branchen unter welchen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen auszudehnen, zu begrenzen oder zurückzunehmen sind und in welcher Richtung die Produktivkräfte zu entwickeln sind.« Orientierungspunkte der selektiven Wachstumspolitik sind das Vollbeschäftigungsziel, die Bedarfsorientierung, die struktur- und produktionspolitischen Auswirkungen. Für die Grünen sind nach Hubert Niehoff (Mitarbeiter der Grünen-Bundestagsfraktion) Beschäftigungsprogramme keineswegs ausreichend. Der international festzustellende wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß müsse erkannt werden. Neben der Arbeitszeitverkürzung seien alternative Möglichkeiten der Beschäftigung herzustellen. Die von ihm entwickelte Position deckte sich in weiten Bereichen mit dem vorgestellten Konzept einer al-

ternativen Wachstumspolitik. Nach Werner Müller vom Umweltministerium Hessen dürfe die ökologische Gefährdung der Lebensgrundlagen nicht unberücksichtigt bleiben, es seien daher verstärkt ökologisch wirksame Beschäftigungsprogramme zu entwickeln. Joachim Kramer von der Wirtschaftsabteilung des DGB-Bundesvorstandes zeigte die Grenzen der Exportreduzierung bei der Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik auf.

Die Arbeitsgruppe III (Regionale und kommunale Wirtschaftspolitik) behandelte Fragen, die sich aus der Erarbeitung verschiedener regionaler Wirtschaftsprogramme (vgl. hierzu *spw*, SH 4) ergeben. Nach Johannes Welsch (WSI) kommt den Kämpfen auf regionaler Ebene in den nächsten Jahren eine zentrale Bedeutung zu. Dabei stelle sich aber das Problem, daß die Ursachen für die regionalen Krisen fast immer außerhalb der Regionen lägen und damit der regionale Handlungsspielraum eingeschränkt bleibe. Michael Jung (Hamburg) und Heinz-Gerd Hofschens (Landesvorstand der Jusos Bremen) berichteten über die Vorgehensweise bei der Erstellung regionaler Programme und über die dabei entstehenden Probleme. Es wird daher hier auf ihre Artikel in diesem Heft verwiesen. Von Michael Ernst-Pörksen (Memorandum-Gruppe) wurde auf die Notwendigkeit eines regionalen Wirtschaftsprogramms für das Ruhrgebiet verwiesen. Wolfgang Krumbein (Göttingen) benannte das Problem fehlender Gremien zur Durchsetzung regionaler Wirtschaftspolitik. Er forderte die Wiederaufnahme der Diskussion über regionale Wirtschafts- und Sozialräte. Von Heinz-Gerd Hofschens und Kurt Wand wurde die Durchführung eines workshops zur Erstellung regionaler Wirtschaftsprogramme noch in diesem Jahr angekündigt.

In der Arbeitsgruppe IV wurden Fragen der Arbeitszeitpolitik diskutiert. Gerd Bäcker vom WSI benannte zunächst noch einmal die wichtigsten Argumente für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Die sich aus einer Verkürzung der Arbeitszeit ergebenden Chancen für eine bewußtere Wahrnehmung der verbleibenden freien Zeit stellte Kersten Albers (Hamburg) dar. Katrin Fuchs (MdB, Gütersloh) hinterfragte die sich hinter dem ideologischen Begriff »individuelle, flexible Arbeitszeit« verbergenden Interessen des Kapitals und wies nach, wie mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit das Tarifvertragssystem und damit wichtige soziale Absicherungen ausgehöhlt würden. Ulli Bochum von den Sozialistischen Studiengruppen ergänzte die Ausführungen von Katrin Fuchs, indem er auf Einzelheiten der Kapitalstrategien zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität einging. Wie diese Strategien »vor Ort« zur Einschüchterung und Disziplinierung benutzt werden, schilderte der IG-Metall-Sekretär Klaus-Dieter Kleinhorst.

Waren die Arbeitsgruppen durchweg hervorragend besetzt, so litt die Abschlußdiskussion am Sonntag ein wenig unter den Absagen einiger »Prominenter«. In der Diskussion über »Sozialdemokratische und gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik im konservativen Staat« wurden zwei Thesen noch einmal ausdrücklich hervorgehoben, die auch die gesamte Tagung strukturiert hatten:

- Im Kampf um die 35-Stunden-Woche wird in einem großen Maß auch über die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie entschieden.
- Gelingt es jetzt der Linken nicht, konkrete Alternativen zu entwickeln, so werden sich sozialpartnerschaftliche Wirtschaftsstrategien auch in der SPD durchsetzen.

Daß es beim Kampf um die 35-Stunden-Woche zugleich um die Abwehr des breit angelegten Angriffs auf die festgeschriebene Arbeitszeit geht, hob Heinz Hawreliuk (IG Metall) hervor. Mit job-sharing-Modellen und einer Flexibilisierung der Arbeitszeit sollen die gegenwärtigen Tarifstrukturen ausgehebelt werden. Ursula Pausch-Gruber (MdL, stellver-

tretende Bundesvorsitzende der AsF, München) erinnerte an den bereits 1977 gefaßten Beschluß der AsF zur 35-Stunden-Woche. Oft werde übersehen, daß Frauen die Vorreiterrolle bei der Massenarbeitslosigkeit spielten. Es sei denn auch kein Zufall, daß zwei Drittel aller Sozialhilfeempfänger Frauen seien. Klaus-Peter Wolf (Juso-Landesvorstand Berlin, *spw*-Herausgeber) benannte konkrete Schritte zur Unterstützung der Kampagne für die 35-Stunden-Woche. Das Papier der Ehrenberg-Kommission müsse umgehend von den Jusos und der Parteilinken beantwortet werden, denn es dürfe nicht zu einer Festlegung der Partei auf diese Position kommen. Für die parlamentarische Linke kündigte der Bundestagsabgeordnete Horst Peter (Kassel) eine solche Antwort an. Unter dem Titel einer »offensiven Arbeitspolitik« werde die Linke zum Parteitag einen Initiativantrag vorlegen.

Die Tagung bot insgesamt keineswegs die bei Jungsozialisten nicht seltene Wiederholung altbekannter Tatsachen. Im Gegenteil, den Teilnehmern wurden die unterschiedlichsten Anregungen zur weiteren Diskussion mitgegeben. Als ein Mangel muß unter diesen Umständen die relativ geringe Beteiligung angesehen werden. Nicht allein die parallel tagende Aktionskonferenz machte sich negativ bemerkbar, in der Organisation selbst war offensichtlich zu wenig mobilisiert worden. Für die, die da waren, eine gelungene Veranstaltung, die allerdings ohne die nahezu perfekte Organisationsarbeit der Dortmunder Jungsozialisten undenkbar gewesen wäre.

Peter Krüger

Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik und Vergesellschaftung

Bericht über die Bundeskonferenz der

SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (AfA) vom 27. bis 29. Januar 1984

»Politik gegen die Krise«

Das Motto der Bundeskonferenz »Politik gegen die Krise« war der rote Faden, der sich durch alle Reden, Diskussionsbeiträge und auch durch die ca. 170 zu beratenden Anträge zog. Die SPD-Arbeitnehmer haben ihre politischen Vorstellungen für den nächsten Bundesparteitag deutlich dargestellt.

Schon in den Eröffnungsreden wurde der von der Bundesregierung betriebene Abbau sozialstaatlicher Leistungen, die Verteilung von unten nach oben, scharf kritisiert und verurteilt. Der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, meinte, die »Konservativen brauchen die Arbeitslosen, um die Gesellschaft zu verändern«. Im Gegensatz zur Bonner Wirtschafts- und Sozialpolitik fordere der DGB weiterhin Arbeitszeitverkürzung und eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik. Mit Blick auf die Partei sagte Breit: »Wir, die Gewerkschaften, wissen, daß wir uns auf die AfA verlassen können. Unser gemeinsamer Kurs heißt: Arbeit schaffen, soziale Gerechtigkeit nicht aufgeben, Frieden sichern!«

Gleich zu Beginn der Konferenz betonte der scheidende AfA-Vorsitzende, Helmut Rohde, vor den rund 300 Delegierten, daß die Arbeitnehmer zwar nicht allein, aber am härtesten und unmittelbarsten von der politischen und sozialökonomischen Wende betroffen seien. Die Realeinkommen sinken immer mehr, Rechte und soziale Sicherheiten gingen verloren. Es zeige sich auch, daß Mitbestimmung und Betriebsverfassungsgesetz in der Praxis mehr und mehr unterlaufen würden. Es sei die politische Verantwortung der SPD,

gegen einen solchen Kurs aufzutreten. Aber gleichzeitig bleibe es auch unsere Grundüberzeugung wie auf dem ersten Afa-Kongreß: Wir wollen nicht nur Gegenmacht im kapitalistischen Staat sein, wir arbeiten und kämpfen dafür, gestaltende Kraft im Sozialstaat zu sein. Wir sind zum Mitbestimmen und nicht zum Mitlaufen erzogen. Dies ist untrennbarer Bestandteil unseres Selbstbewußtseins.

Der SPD-Bundestags-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel thematisierte in seinem Referat »Sozialstaat am Scheideweg« grundsätzliche Fragen. Gefahren für den Sozialstaat drohten besonders von der »Kohlschen Koalition« und hier besonders von einer im »biedermännischen Stil« vorgetragenen Mißtrauenskampagne gegen sozial Schwache. Aber auch an konkreten Taten ließe es die Regierung nicht fehlen. Allein im Jahr 1984 wurden die Verminderungen sozialer Leistungen mit rund 20 Milliarden DM zu Buche schlagen. Betroffen wären vor allem die ärmeren Schichten der Bevölkerung, wie beispielsweise Rentner, Studenten, Mieter etc. Vogel unterstrich, daß die SPD-Fraktion die Gewerkschaftsforderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit unterstütze, gleich ob 35-Stunden-Woche oder Lebensarbeitszeitverkürzung. Die Priorität müßten aber die Tarifparteien in eigener Verantwortung setzen.

Viel Zeit nahm die Beratung der 159 Anträge und zahlreichen Initiativanträge in Anspruch. Hier zeigte sich, wie deutlich SPD-Arbeitnehmer ihre Meinung zu den Bereichen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Mitbestimmung, Gesellschaftspolitik, Friedens- und Europapolitik sowie Organisationspolitik in der Partei zum Ausdruck bringen.

Schon der Initiativantrag Nr. 1, Solidarität mit den Arbeitnehmern des Unternehmens Hanomag, zeigte den Kampfeswillen der Arbeitnehmer um jeden Arbeitsplatz. So wurde in diesem Antrag treffend formuliert: »Das Sozialstaatsangebot des Grundgesetzes und die Sozialbindung des Eigentums gemäß Artikel 14 GG haben leider in den Gesetzen zur Sicherung der Arbeitnehmerinteressen keinen Niederschlag gefunden. Im Gesamtsystem der Arbeitnehmerrechte, wie z.B. der Unternehmensmitbestimmung, der Betriebsverfassung, des Kündigungsschutzes, des Arbeitsverhältnisrechtes und der Konkursordnung, zeigt sich, daß das Mitbestimmungsinstrumentarium unzureichend ist, um die Verantwortlichen für eine verfehlte Unternehmenspolitik zur Rechenschaft zu ziehen und um die ungerechtfertigte Vernichtung von Arbeitsplätzen zu verhindern.«

Diese Kritik an der konservativen Politik der Bundesregierung wurde insbesondere in den Anträgen zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik verdeutlicht. So wurden letztendlich auch die Forderungen und Lösungsmöglichkeiten, die in den Anträgen A1, B63, C91, D117, E149 und F151-153 formuliert sind, nicht nur als Meinungsbild gesehen, sondern als politischer Auftrag mit dem Ziel, die Interessen breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere die der Arbeitnehmer, in der Partei umzusetzen und zu verankern.

Die vorher aufgezählten sogenannten Leit'anträge stellen im wesentlichen die Position der Afa insgesamt dar. Entscheidende Anstöße für die Partei insgesamt sind aber auch durch verschiedene Anträge auf der Konferenz dargestellt worden. So unter anderem in Antrag Nr. A12:

Die Afa-Bundeskonferenz möge beschließen:

Die SPD soll sich auf allen Ebenen der Willensbildung der Partei dafür einsetzen, daß schnellstens ein für Arbeitnehmer akzeptables Wirtschaftsprogramm für die auslaufenden 80er und beginnenden 90er Jahre aufgelegt wird. Dieses Programm soll die SPD in die Lage versetzen, im Falle einer erneuten Regierungsübernahme im Bund die Wirtschaft im Sinne der Arbeitnehmer zu gestalten.

In dem zu erarbeitenden Programm sollen Antworten gegeben werden auf die drängen-

den Probleme der oben genannten Zeitspanne, wie Rationalisierung, Massenarbeitslosigkeit und vermindertes Wirtschaftswachstum. Um eine breite Bewußtseinsbildung zu ermöglichen, ist das neue Wirtschaftsprogramm so früh wie möglich in allen Parteigliederungen zu diskutieren.«

Mit großer Mehrheit beschloß die Konferenz, die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum zu fordern (Antrag A36):

»Die sozialdemokratischen Arbeitnehmer stellen fest, der Vernichtungsstrategie der Stahlindustrieanteilseigner muß eine nationalstaatliche, der demokratischen Kontrolle unterliegende Lösung entgegengestellt werden. Deshalb fordern sie die SPD-Bundestagsfraktion auf, folgende Forderungen zu unterstützen und durch Ausschöpfung aller ihr zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mittel zum Durchbruch zu verhelfen.

1. Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum
2. Schaffung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl-AG
3. Sicherung aller regionalen Stahlstandorte sowie Sicherung einer größtmöglichen Anzahl von Arbeitsplätzen
4. Eine auf Beschäftigung orientierte regionale und sektorale Strukturpolitik auf der Grundlage einer demokratischen Rahmenplanung durch Branchenausschüsse in Koordination mit Wirtschafts- und Sozialräten
5. Beschäftigungssichernde Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik

Und somit die Ausradierung ganzer gewachsener Stahlstandorte von der Landkarte und damit einhergehender regionaler Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.«

Hier zeigt es sich, daß Genossen die Unsicherheit über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze, die unerträgliche Angst und Sorge betroffener Arbeitnehmer und ihrer Familien nicht nur sozial, sondern auch politisch lösen wollen. Deshalb hat der Parteitagbeschuß von München über Betriebsarbeit und die Rolle sozialdemokratischer Arbeitnehmer eine große Bedeutung. Hierbei geht es nicht um eine Arbeitsgemeinschaft, sondern um Zukunft und Charakter der Partei. Wer im Alltag der Betriebe und Verwaltungen, in der Gewerkschaft, in Betriebsgruppen Tag für Tag sozialdemokratische Vertrauensarbeit leistet, der muß verstärkt Zugang zur Politik der Partei insgesamt haben. Dazu gehört die Verankerung in Funktionen, in politischen Mandaten, dazu gehören Einfluß und reale Mitbestimmung. — Daß dies nicht von heute auf morgen möglich und umsetzbar ist, weiß jeder.

Diese Bundeskonferenz hat deutlich gemacht, daß sozialdemokratische Arbeitnehmer bereit sind, mit einer »Politik gegen die Krise« die Wende hin zum Unternehmerstaat entschieden zu bekämpfen!

Aufruf der Initiative Gesellschaftswissenschaftler für die 35-Stunden-Woche

Arbeitnehmerrechte, die in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher und politischer Reformarbeit er kämpft wurden, sind heute unter den Bedingungen der anhaltenden Wirtschaftskrise massiv bedroht. Die Arbeitgeber und ihre politischen Interessensvertreter nutzen die Krise, um ihre gesellschaftliche Vormachtstellung auszubauen. Die Politik der Demontage des Sozialstaats und der Verzicht auf beschäftigungspolitische Maßnahmen soll die Gewerkschaften dauerhaft schwächen und dient damit zugleich der sozialen und ökonomischen Disziplinierung aller Arbeitnehmer.

Die Sachwalter unternehmerischer Interessen finden sich traditionell häufig unter Wissenschaftlern an Hochschulen und Instituten, die selbst Träger sozialer Privilegien sind. Ihr gesellschaftliches Ansehen als Wissenschaftler wird häufig benutzt, um dem Interessensstandpunkt der Unternehmer den Schein wissenschaftlicher Seriosität zu verleihen. Beispielsweise vertritt die Mehrheit des »Sachverständigenrates« seit Jahren eine wirtschaftspolitische Linie, welche ganz einseitig gegen gewerkschaftliche Lohnpolitik gerichtet ist. Im jüngsten Sachverständigenratsgutachten wird auch massiv mit dem Kostenargument gegen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit Stellung genommen. Die Tatsache, daß die Lohnstückkostenentwicklung in der Bundesrepublik im ganzen Zeitraum seit 1965 im Vergleich zu allen anderen Industrieländern günstig verlief, wird nicht berücksichtigt.

Die politische Kampagne der Unternehmer und ihrer Sprecher im wissenschaftlichen Bereich sowie in vielen Massenmedien konzentriert sich auf das gewerkschaftliche Ziel einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

Die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche gehört jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen eines dauerhaften niedrigen Wachstums bei weiter steigender Produktivität zu den aussichtsreichsten Möglichkeiten der Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu begegnen. Die Gründe der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche sind:

- Dadurch werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze können geschaffen werden.
- Die Arbeitszeitverkürzung kann ein wesentlicher Beitrag zum Abbau von Belastungen im Arbeitsprozeß und zur Sicherung eines ausgewogenen Nebeneinanders von Arbeit und Freizeit sein.
- Durch Arbeitszeitverkürzungen gewinnen die Arbeitnehmer mehr Zeit zur Teilnahme am politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft.

Eine aktive Beschäftigungspolitik bedarf einer ganzen Reihe wirtschaftsstruktureller Veränderungen und politischer Entscheidungen. Die 35-Stunden-Woche ist hierbei ein aktuell besonders wichtiger Schritt.

Für die Arbeitgeber und ihre Verbände ist es erklärtes Ziel, die 40-Stunden-Woche mit »Zähnen und Klauen« zu verteidigen. Sie behaupten, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit wäre »gefährlich und zu teuer«. Sie berufen sich dabei zur Verstärkung ihres Nein-Kartells auf »Wirtschaftsexperten« und »Professoren-Gutachten«, die diese ablehnende Haltung der Arbeitgeber mit einseitigen Argumentationen versehen.

Die unterzeichnenden Wirtschaftswissenschaftler, Sozialwissenschaftler, Historiker und anderen Gesellschaftswissenschaftler erklären, daß die Argumente der Unternehmer nicht mit einer wissenschaftlichen Argumentationsführung, die der Analyse der gesellschaftspolitischen Erfordernisse verpflichtet bleibt, verträglich sind. Zahlreiche Untersuchungen verweisen auf die positiven Beschäftigungswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. Bei allen Auffassungsunterschieden im Detail können in seriöser wissenschaftlicher Diskussion die folgenden Fakten nicht bestritten werden:

1. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1983 werden diese Kosten voraussichtlich eine Höhe von ca. 55. Milliarden DM erreichen. Eine vorübergehende Kreditausweitung der öffentlichen Haushalte zur Finanzierung von Be-

schäftigungsprogrammen wäre unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoller als kurzfristige Einsparungen im Sozialhaushalt und zwangsläufig folgende weitere Schuldenaufnahme zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Erst mit der Beschäftigungszunahme werden die Bedingungen für eine Haushaltskonsolidierung wieder nachhaltig verbessert.

2. Ohne Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit wäre die Arbeitslosigkeit heute noch höher. Ohne sofortige Maßnahmen zur weiteren deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit wird die Massenarbeitslosigkeit in einem Umfang steigen, der die Demokratie gefährden könnte. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit zeigt, daß dabei im »günstigsten« Fall (Wachstum + 3% und Produktivität + 4%) 1990 mit knapp sechs Millionen Arbeitssuchenden gerechnet werden muß, für die keine Arbeitsplätze vorhanden sind. Wahrscheinlicher ist jedoch eine Entwicklung mit geringeren Wachstumsraten, die bei Produktivitätszuwächsen von 2,5% zu einer Beschäftigungslücke von bis zu acht Millionen Arbeitssuchenden führen würde.

3. Durch Maßnahmen der Reallohnsenkung und Kürzungen im Sozialhaushalt wird die Massennachfrage weiter beschränkt und die Kapazitätsauslastung der Industrie verschlechtert. Den Einsparungseffekten stehen größere Krisenlasten der Gesamtwirtschaft gegenüber.

4. Die von Arbeitgebern und kapitalorientierten Ökonomen propagierte Wirkungskette: Zurückhaltende Lohnpolitik — höhere Gewinne — mehr Investitionen — mehr Arbeitsplätze, ist empirisch nicht haltbar und gründet auf einer mehr ideologisch als realistisch ausgerichteten Wirtschaftstheorie.

5. Selbst ein unrealistisch hohes Wirtschaftswachstum von jährlich 5% würde nicht ausreichen, um vor Mitte der 90er Jahre zur Vollbeschäftigung zurückzuführen. Ein Wachstum in dieser Größenordnung erscheint aber ohnehin unter ökologischen Gesichtspunkten äußerst bedenklich, sofern sich die Wachstumsqualität nicht grundlegend ändert. Traditionelle Wachstumspolitik nach den bisherigen Kriterien führt heute vor allem zu verstärkter Rationalisierung. Es besteht die Gefahr, daß sich künftiges Wachstum mit Arbeitsplatzvernichtung paart.

6. Auch unter den gegenwärtigen Bedingungen gibt es selbstverständlich einen Bedarf für weiteres Wirtschaftswachstum. Es ist jedoch fraglich, ob dieser Bedarf so groß ist, daß die Produktionsmöglichkeiten im Tempo früherer Jahrzehnte wachsen können und müssen. Zu bezweifeln ist auch, ob dieser Bedarf vornehmlich aus privaten Gütern und Dienstleistungen besteht.

Unbestritten besteht nach wie vor ein großer ungedeckter Bedarf an Gütern und Dienstleistungen bei den unteren Einkommensschichten. Wachstum in diesen Bereichen muß jedoch durch Umverteilung mobilisiert werden. Künftige Wachstumsfelder, die in erster Linie preiswerten Wohnraum, öffentliche Verkehrssysteme, rationellere Energieausnutzung sowie Umweltsicherung umfassen, müssen erschlossen werden.

7. Bei einer jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität zwischen 3% bis 3,5% müßte (bei Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung im gleichen Umfang), allein um die bestehende Beschäftigungszahl zu erhalten, eine zusätzliche Nachfrage in Höhe von 45 Milliarden DM jährlich mobilisiert werden. Eine so starke Nachfragersteigerung wird mittelfristig weder möglich, noch umweltpolitisch sinnvoll sein.

8. Der fortschreitende technologische Wandel und der zugrundeliegende Rationalisierungsprozeß ermöglichen es, mit immer weniger menschlicher Arbeit alle lebenswichtigen Güter und Dienstleistungen zu erzeugen. Der erreichte Wohlstand kann somit mit weniger Arbeit gewährleistet werden. Die Behauptung, man könne die Krise nur durch mehr und billigere Arbeit überwinden, ist so falsch wie zynisch.

9. Der volle Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung ist notwendig, um die Massenkauflkraft zu erhalten. Die Kostenbelastung der Arbeitszeitverkürzung läßt sich für die Wirtschaft verkraften. Denn die Reallohne sind in den vergangenen Jahren bereits gesunken und die Arbeitsproduktivität wird weiter steigen. Weitere Reallohneinbußen sind den Arbeitnehmern nicht mehr zumutbar.

10. Die disziplinierende Wirkung der Krise hat die Belastung im Arbeitsleben in einem Umfang steigen lassen, daß eine Umkehr dieser Entwicklung dringend geboten ist. Unter den gegenwärtigen

gen Arbeitsbedingungen muß bereits jeder zweite Arbeitnehmer vor Erreichung der Altersgrenze wegen Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsleben ausscheiden.

11. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist zwar eine ergänzende Maßnahme, aber keine Alternative zur 35-Stunden-Woche. Um auf dem Weg der Lebensarbeitszeitverkürzung die gleichen Beschäftigungseffekte zu erreichen, wie dies durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden möglich ist, müßte die Lebensarbeitszeit auf 53 Jahre abgesenkt werden, was gesellschaftspolitisch nicht sinnvoll erscheint und die Arbeitsmöglichkeiten vieler Menschen zu früh beschneiden würde.

12. Durch Aufteilung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze, wie dies von Unternehmerseite im Rahmen der Flexibilisierungspolitik vorgeschlagen wird, läßt sich die Arbeitslosigkeit nicht abbauen. Für die meisten Lohnabhängigen ist Teilzeitarbeit keine Alternative. Die überwiegende Mehrheit der abhängig Beschäftigten würde bei den bestehenden Durchschnittseinkommen im Falle einer Teilung des Arbeitsplatzes und der damit verbundenen Minderung von Einkommen und von Rentenanwartschaften unter die Armutsgrenze gedrückt. Teilzeitarbeit ist ohnehin sozial nur bei höheren Einkommen und bei tarifvertraglicher Absicherung der Arbeitsbedingungen möglich.

13. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Bundesrepublik ist außerordentlich günstig, wie die anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschüsse zeigen. Die Wettbewerbsfähigkeit wird u.a. von der Qualität der Produkte, der Produktivität der Arbeitsstunde und der Veränderung der Wechselkurse bestimmt. Die Höhe von Löhnen, Gehältern und Lohnnebenkosten sind keine brauchbaren Meßgrößen für die Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit. Nur die Lohnkosten produzierter Gütereinheiten sind aussagekräftig. Und hierbei liegt die Bundesrepublik sehr günstig. Gravierende Wettbewerbsnachteile sind von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden nicht zu befürchten.

Gesellschaftswissenschaftler fordern 35-Stunden-Woche einführen!

Ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten im einzelnen unterstützen die unterzeichnenden Gesellschaftswissenschaftler die gewerkschaftliche Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie auch die Forderung nach weiteren Maßnahmen einer aktiven Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik (z.B. Beschäftigungsprogramme).

Wir wissen uns einig in der gewerkschaftlichen Grundüberzeugung, daß die weiterbestehenden Ursachen der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise nur beseitigt werden können, wenn die Entscheidungen über Umfang und Struktur von Investitionen nicht in erster Linie nach der Maßgabe privatwirtschaftlicher Kapitalrendite, sondern vorrangig nach gesellschaftlichen Bedarfserwägungen getroffen werden.

Wir wissen, daß in der Geschichte der Arbeiterbewegung der Kampf für Arbeitszeitverkürzung stets auf den Widerstand derjenigen gestoßen ist, die ein Interesse daran hatten, ihre eigene ökonomische Vormachtstellung zu halten und auszubauen. Stets mußten die elementaren Rechte der arbeitenden Bevölkerung gegen die Interessen der Kapitaleigner und gegen ihre intellektuellen Fürsprecher durchgesetzt werden. In der aktuellen Auseinandersetzung um die Einführung der 35-Stunden-Woche hat sich dies nicht geändert.

Erstunterzeichner

Prof. Dr. Ulrich von Alemann; Prof. Dr. Elmar Altvater; Prof. Dr. Rudolf Hickel; Prof. Dr. Jürgen Hoffmann; Dr. Rainer-W. Hoffmann; Prof. Dr. Siegfried Katterle; Prof. Dr. Arno Klönne; Prof. Dr. Oskar Negt; Prof. a.D. Dr. Peter von Oertzen; Dr. Hans-Joachim Schabedoth; Dipl.oec. Marianne Weg; Dr. Johann Welsch; Prof. Karl Georg Zinn

Leserbriefe

**Betrifft: Artikel von Karin Westermann
zur Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik in spw 21**

Eine Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik? Wohl kaum, denn der Artikel blieb bei einer Beschreibung stehen. Schade, eine weitere Möglichkeit zu einer kulturpolitischen Arbeit von Parteilinken wurde vertan. Der Beitrag ist ein Beispiel, wie hilflos sich links verstehende Kräfte der SPD einer kulturpolitischen Diskussion in den eigenen Reihen gegenüberstehen. So wichtig illustre Beispiele sind — sie lassen sich leider aus jeder (sozialdemokratisch) regierten Stadt fortsetzen — allein aus ihnen läßt sich keine Kritik »sozialdemokratischer« Kulturpolitik ableiten. Zumal, wie die Autorin selbst feststellt, ein geschlossenes Konzept für eine solche Politik in der SPD nicht existiert.

Eine Analyse der Gründe für das Fehlen eines sozialdemokratischen Kulturkonzeptes hätte einen wichtigen und interessanten Ausgangspunkt für eine Einschätzung liefern können. Es ist richtig, daß Kulturpolitik der SPD in der Addition dessen besteht, was einige sozialdemokratische Kulturdezernenten Anfang der 70er Jahre, teilweise auch schon in den 60iger Jahren formuliert und in Praxis umzusetzen versucht haben. Die »Wiedergewinnung des Ästhetischen« war dabei nur eine (Nürnberger) Komponente. Der einzige Bezug all dieser Konzepte zur SPD besteht in der Parteizugehörigkeit der jeweiligen Autoren. Ansonsten gingen ihre Anregungen und Veröffentlichungen an der Gesamtpartei, inclusive der Parteilinken vorbei. Sie kümmerten sich nicht darum.

Eine Analyse dieser Konzepte plus ihrer Umsetzung, insbesondere die inzwischen zum Kulturprotz konservativer OB-Herrlichkeit verkommene »Kultur für alle« Hoffmannscher Prägung, wäre bei einer Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik ein wichtiger Ausgangspunkt gewesen. Sie hätte zu den Gründen einer nicht vorhandenen kulturpolitischen Diskussion geführt, die Abstinenz auch der Parteilinken dabei deutlich offengelegt. Die Autorin spricht zu Recht von einem Versäumnis, nur dabei darf es nicht belassen werden.

Die Jusos diskutieren seit 1969 kaum über Kulturpolitik — sieht man vom Bildungsbereich ab —, ihre Treffen auf unterster und oberster Organisationsebene, ihre Politik ist daher auch ein Spiegelbild dieser Kulturfeindlichkeit. Auch die Themenliste sattsam bekannter Diskussionszirkel in der Partei umfaßt selten Fragen der Kulturpolitik.

An dem Artikel fehlt die Analyse der Wechselwirkung zwischen Veränderungen der SPD aufgrund allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse und ihr Niederschlag bzw. fehlender Niederschlag bei der Kulturpolitik im engeren Sinne. Es wäre zu verdeutlichen gewesen, daß der SPD seit 1945, insbesondere durch die Umwandlung zur Volkspartei, ihre kulturelle Identität verloren ging.

Erst als Gruppen außerhalb der SPD zu anderen Kulturformen fanden, ihre kulturellen Ansprüche formulierten und diese durchzusetzen versuchten, als u.a. dadurch SPD-Wählerstimmen verlustig gingen, besann sich die Partei(zentrale)! Durch die Einsetzung eines Kulturbeauftragten nebst Kulturbeirat, durch die bei solchen Anlässen zusammengeschusterten Papiere inclusive des Appells durch den Parteivorstand (!) an die Basis, es mit mehr Kultur zu versuchen, soll die »Kulturlücke« der SPD behoben werden. Auch diese Entwicklung wäre einer Analyse wert gewesen.

Wo sind die Gegenkonzepte der Parteilinken zu dieser »Kulturoffensive« der Parteispitze? Beschränken sie sich auf solche Artikel? Mit dem bösen Fingerzeig auf »hochwichti-

ge« Parteifunktionäre ist es nicht getan. Auch nicht mit der hochmütigen Kritik an dem Museumsbewußtsein der Parteibasis. Es wird Zeit, daß die verschiedenen Foren, Kreise und Mäuschelgremien der Parteilinken sich mit der Entwicklung eines Kulturkonzeptes ernsthaft beschäftigen. Die Autorin hat Recht: Kultur nicht konsumieren, sondern kulturell aktiv werden, eigene Konzepte entwickeln. Eben deshalb reicht es nicht, alle zwei Jahre das kulturpolitische Gewissen der spw-Redaktion und ihrer Leser (?) durch einige, wie ich finde: zu oberflächliche Beiträge zu beruhigen.

Rainer Frank (Konstanz)

Betrifft: Schwerpunkt von spw 21

»Die Wende, die die Bundesrepublik benötigt«, weiß Ludolf Herrmann, Chefredakteur des »Capital« und Spezialist für die rechte Einschätzung von Friedensdemonstrationen, »muß in der Tiefe ihres historischen Selbstverständnisses errungen werden« (Die politische Meinung 209). Es geht also um das kulturelle Kräfteverhältnis, dessen Bedeutung für das Bestimmen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung oft unterschätzt wird. Insofern war es an der Zeit, daß sich *spw* mit dieser Problemstellung schwerpunktmäßig auseinandersetze. Das Ergebnis, *spw* 21 zum Thema »Kulturelle Widerstände gegen Rechts«, kann sich sehen lassen.

Ludolf Herrmann bekommt Alternativen aufgezeigt. In einem kompakten Kommentar knüpft Wolfgang Michal die Verbindungen zwischen Wirtschaftspolitik, Kultur und Geschichtsverständnis. Jörg Wollenberg stellt ein beispielhaftes Projekt neuer Regionsgeschichtsschreibung in Bremen vor. Er zeigt, daß sich Arbeitergeschichte nicht auf die Geschichte von Organisationen und Institutionen beschränken darf. Erfahrungen und Strukturen, Alltag und Politik müssen zusammen untersucht werden, um ihre wechselseitige Bedingtheit zu zeigen. Dabei kommt man ohne neue Methoden — wie die mündliche Geschichtsforschung — nicht aus. »Lernen aus verpaßten Chancen« kann nur erfolgreich sein, wenn die Historiker sich einerseits nicht als über den Dingen schwebende Experten begreifen und ihre Arbeit als kollektiven demokratischen Prozeß, wenn möglich gemeinsam mit den »Erforschten«, angehen und wenn sie zum anderen ihre Forschungsergebnisse so wiedergeben, daß sie nicht nur eine kleine Gruppe von Kollegen überhaupt verdauen und verarbeiten können. Beides ist in Bremen offenbar gelungen.

Das Hamburger Projekt »Museum der Arbeit«, über das Kersten Albers berichtet, hat gute Voraussetzungen, zum Flaggschiff fortschrittlicher Museumsarbeit in der Bundesrepublik zu werden. Albers zeigt in seinem Bericht, warum: Es handelt sich hier nicht um ein von oben verordnetes Prestigeprojekt, sondern um eine echte Initiative von unten. Das schließt nicht aus, daß das geplante Museum, wenn seine Realisierung entsprechend gefördert wird, einmal zu einem Vorzeigestück, auch für die sozialdemokratischen Stadtoberen, werden kann. Im Gegenteil: Wäre ein derartig demokratisch erarbeitetes Museum der Hamburger Arbeiter nicht die passende und längst überfällige sozialdemokratische Antwort auf bayerische Wittelsbacher und württembergische Stauer?

Nur erwähnen kann ich Volker Gransows anregende »Notizen zum Neokonservatismus«. Über die »Unterscheidung von Struktur- und Wertekonservatismus« müßte zwar weiter diskutiert werden — Helmut Dubiel steuerte da im Merkur 420 einige wichtige Argumente bei. Gransows Nachweis eines »sozialdemokratischen Neokonservatismus« ist auf jeden Fall zentral. Nimmt man die Tendenzen ökonomisch-politischen Korporatismus' dazu, wird ein Schuh draus, der in jedermanns und jederfraus Denkschränkchen gehört.

Ausgesprochene Lesefreuden sind Karin Westermanns kritische Impressionen aus der Berliner Kunst- und Kulturszene sowie Patrick Baabs launiger Bericht über »Ziele und Widersprüche der neuen Programmdiskussion«. Solche intellektuellen Lockerungsübungen beugen politischer Arthrose vor. Und bewegliche Denkmuskeln sind nötig in der sich verschärfenden Auseinandersetzung: »Damals wie heute«, schreibt Jörg Wollenberg in dem erwähnten Beitrag, »stellt sich die Frage, welche Antworten die Organisationen der Arbeiterbewegung dann geben, wenn der subjektive Faktor politischer Entscheidungs- und Handlungsstrukturen zunimmt und andere Formen kollektiven Handelns entwickelt werden müssen«. *spw* 21 hat die Suche nach diesen Antworten ein gutes Stück vorangebracht. Zum Rasten besteht jedoch kein Anlaß. Gewendet wird nicht nur im Betrieb und im Parlament, sondern auch im kulturellen und alltäglichen Leben. Auch wer die Wende wenden will, muß das wissen.

Alfred Georg Frei (Darmstadt)

Besprechungen

Grebing, Helga (Hrsg.): Fritz Sternberg (1895-1963). Für die Zukunft des Sozialismus (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 23) Bund-Verlag, Köln 1981 (593 S., 39,80 DM)

Seitdem mit der Studentenrevolte ein Interesse auch an marxistischen Autoren der deutschen Arbeiterbewegung wieder erwachte, die außerhalb der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen standen, wird Fritz Sternberg zunehmend beachtet. Zunächst erschien — im Verlag Neue Kritik, 1971 — ein vollständiger Nachdruck des Buchs »Der Imperialismus«, mit dem Sternberg mitten in der Weimarer Republik eine lebhaftige Debatte auslöste. Dann wurde — im Verlag Gerstenberg, 1981 — auch »Der Faschismus an der Macht« wiederveröffentlicht, eine im Prager Exil nach der Machtübergabe an den deutschen Faschismus geschriebene Analyse. Hinzu kommt diese erste Sammlung von über dreißig Arbeiten, die Anfang der zwanziger Jahre einsetzt und in den frühen sechziger Jahren endet.

Fünf Aufsätze bilden das erste Drittel des Bandes. Iring Fetscher fragt, ob und wie Sternberg den Marxismus weiterentwickelt habe. Herbert Ruland führt in dessen Überlegungen zum Problem des Faschismus ein. Helga Grebing behandelt Analysen und Prognosen, die Sternberg seit Kriegsende zur Entwicklung eines demokratischen Sozialismus in Deutschland und Europa ausarbeitete. Diese werden zahlreich dokumentiert, ebenso Publikationen zur Aufgabe der Arbeiterbewegung in der zweiten Jahrhunderthälfte. Aus marxistischer Sicht dürften eher die in und bald nach der Weimarer Republik geschriebenen Arbeiten interessieren, von denen man sich eine größere Anzahl gewünscht hätte. Mag es noch gerade vertretbar sein, keinen Auszug aus »Der Imperialismus« selbst aufzunehmen, so wäre statt der nur für einen allerersten Einstieg nützlichen Broschüre »Marxistische Probleme« der erste Teil von »'Der Imperialismus' und seine Kritiker« zweckmäßiger gewesen. Auch zeitgenössische Kritiken an »Der Imperialismus« wie die von Franz Oppenheimer, Hans Neisser und Henryk Grossmann hätten sich zum Abdruck angeboten. Erfreulich ist hingegen, daß die Kontroverse zur Krisentheorie dokumentiert wird, die Sternberg kurz vor der Weltwirtschaftskrise mit einem der damals führenden reformistischen Wirtschaftstheoretiker der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, Fritz Naphtali, austrug. Wenngleich Naphtalis Krisentheorie darin simpler erscheint, als sie in Wirklichkeit war, wird doch deutlich, wie groß die Kluft zwischen Sternbergs Imperialismus-Begriff und dem zeitgenössischen Theorem eines organisierten Kapitalismus des Rudolf Hilferding ist. Ein Aufsatz über »Krise und Außenhandel« ist der dritte und letzte Text des Abschnitts »Der Imperialismus und die Probleme des Reformismus«. Während diese Dokumente den Leser unbefriedigt lassen, liefert Hans Christoph Schröder einleitend einen faszinierenden Essay über Sternbergs Imperialismustheorie. Darin arbeitet er unter anderem heraus, wie Sternberg das zeitweilige Ausbleiben der Krise, die dem Kapitalismus wegen der beschränkten Möglichkeit der Arbeiterklasse zur Konsumtion drohe, durch dessen imperialistische Expansion in nichtkapitalistische Räume erklärt, deren Ende absehbar sei. Damit setze Sternberg die Interpretation der Reproduktionsschemata aus dem zweiten Band des Marx'schen »Kapital« fort, die Rosa Luxemburg begonnen habe. Neben solcher ökonomischer Analyse erscheint auch die strategische Konsequenz noch heute diskussionswürdig, die in Gerhard Beiers Essay »Sternberg kontra Lenin: Strukturwandel der Arbeiterklasse am Beispiel der Arbeiteraristokratie« deut-

lich wird. Mit der imperialistischen Expansion und wachsender solidarischer Organisation der Arbeiter werden in den imperialistischen Ländern vorübergehend Löhne für die Mehrheit der Arbeiterklasse möglich, die diese deutlich über das Existenzminimum hinaus und in den Status einer Arbeiteraristokratie heben. Theoretisch schlägt sich diese »Schonzeit« im Revisionismus nieder. Anders als Lenin versteht Sternberg die Arbeiteraristokratie als Mehrheit, nicht als Minderheit der Arbeiterklasse. Organisatorische Konsequenz kann denn auch nicht die Spaltung der Sozialdemokratie sein, um damit eine arbeiteraristokratische Minderheit von den Massen zu trennen. Mit der Schonzeit verliert nach Sternberg der Revisionismus seine Grundlage. »Die verschärfte Krise ... hämmert den Arbeitern immer mehr Klassenbewußtsein ein. Damit wird auch in absehbarer Zeit der Teil der Arbeiterschaft in den imperialistischen ... Staaten, der über Reproduktionskosten steht, eine Aristokratie, eine Minorität, dem Reformismus wird so die Basis unter den Füßen weggezogen, da die Massen der Arbeiterschaft im selben Grade, wie sie auf Reproduktionskosten zurückgedrängt werden, sich von der Führung dieser Aristokratie loslösen müssen, loslösen werden.« (Der Imperialismus, 1926, 232) Beier verfolgt dann, wie sich Sternbergs Ansichten über die Arbeiteraristokratie in den folgenden Jahrzehnten entwickeln, und regt damit zur Diskussion an. Aus den Texten der Sammlung läßt sich dafür wohl nur ein kurzer Auszug aus »Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht« vom Anfang der fünfziger Jahre nutzen.

Gelungener ist die Auswahl der fünf Texte im Abschnitt »Faschismus-Interpretation«, der Rulands Einführung ergänzt. Hier findet sich ein Aufsatz aus Carl von Ossietzkys »Weltbühne«, in dem Sternberg bereits vor den Septemberwahlen 1920 »Die Chancen des deutschen Faschismus« als nicht schlecht beurteilt. In einer Artikelserie aus der »Sozialistischen Arbeiter-Zeitung« dem Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), deren Mitbegründer er war, analysiert Sternberg die Affinitäten verschiedener Mittelschichten zum Faschismus. Ein Auszug aus dem letzten Kapitel von »Der Faschismus an der Macht« stellt seine scharfe Kritik des sozialdemokratischen und kommunistischen Versagens angesichts des deutschen Faschismus vor. Sternbergs teilweise August Thalheimers Faschismustheorie vom Auseinandertreten politischer und ökonomischer Herrschaft des Bürgertums, teilweise auch der Kominterntheorie vom Instrument des Monopolkapitals verpflichtete Position wird eher in Rulands Essay als in den Texten deutlich gemacht.

Helga Grebing bemüht sich in ihrem Aufsatz, den Analysen und Prognosen Sternbergs insbesondere zur Entwicklung eines demokratischen Sozialismus in Deutschland und Europa seit dem Ende des zweiten Weltkriegs etwas Bleibendes abzugewinnen. Dies sieht sie letztlich in dessen Bereitschaft, dogmatische Gewißheiten zu erschüttern. Da die Auswahl stärker die sukzessive Abkehr Sternbergs von immer mehr marxistischen Positionen dokumentiert als deren zunächst in der Weimarer Republik dominierenden Einfluß auf ihn, scheint sie vor allem auf die in den letzten Jahren wieder belebte marxistische Strömung innerhalb der bundesdeutschen Sozialdemokratie einwirken zu sollen. Es wäre schade, wenn die Rezeption der frühen Schriften Sternbergs, die mit dieser Edition — vor allem durch die ausführliche Bibliographie der Schriften Sternbergs darin — erleichtert wird, durch eine die späten, seit der Emigration nach Amerika entstandenen Schriften bevorzugende Auswahl verzögert würde.

Hans Willi Weinzen (Berlin/West)

Berdahl/Lüdtke/Medick/Poni/Reddy/Sabean/Sider: Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung. Syndikat, Frankfurt/M. 1982 (370 Seiten, br., 44,- DM)

Thompson, Edward P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Übersetzt aus dem Engl. von L. Eidenbenz, M. Eidenbenz, Th. Lindenberger, G. Mischkowsky, R. Rosdale. Ed suhrkamp 1170, Frankfurt/M. 1984

Unter dem Titel *Klassen und Kultur* werden neun Essays von Historikern und Ethnologen unterschiedlicher Arbeitsgebiete von einer Arbeitsgruppe am Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte (Berdahl, Lüdtke, Medick, Sabean, Sider) herausgegeben und eingeleitet, um einem für deutsche Verhältnisse neuen Zugang zur Geschichtsschreibung über Klassen und Kultur Beachtung zu verschaffen. Es geht ihnen um die in der Ethnologie und der modernen Sozialanthropologie entwickelte Auffassung von der Analyse sozialer Prozesse als einer bewußten Konfrontation von der Welt des Forschers zugehörigem »Eigenem« und dem Untersuchungsgegenstand als »Fremdem«, eine Herangehensweise, die in der angelsächsischen historischen Forschung gerade auch unter marxistischen Historikern als *ein* Schritt zur Überwindung statischer und reduktionistischer Konzepte von »Klasse« und »Kultur« schon länger verbreitet ist. Der durch Anleihen aus anderen Sozialwissenschaften verbreiteten »Reifizierung« von Klasse und Kultur, d.i. ihre Behandlung als »Dinge«, die auszumessen, zu zählen und in übergeordnete abstrakte Kategorien einzuteilen sind, stellen sie in der Einleitung »Klasse« und »Kultur« als Formen und Bestandteile sozialer Beziehungen und damit zugleich als historische Prozesse gegenüber. Nur ein derartiges dynamisches Verständnis von Klasse begreife diese als ein »auf 'Veränderung' zielendes Moment sozialer Beziehungen« (2). »Kultur« bezeichnet in dieser Programmatik keine isolierte, vom materiellen Leben entfernte Sphäre des Überbaus, sondern ist selbst Bestandteil, ja Voraussetzung von Produktionsverhältnissen. Sie vermittelt gesellschaftliche Erfahrungen, bringt *Formen* gesellschaftlichen Handelns und gesellschaftlicher Konflikte hervor und versetzt so Menschen erst in die Lage, in sozialen Beziehungen zu agieren, diese wahrzunehmen und zu artikulieren; (in diesem Falle) sie als »Klasse« zu erleben und in ihnen als Klasse zu handeln. Hierin liegt der Sinn der klassischen Kurzformeln des englischen Historikers Edward P. Thompson: »Klasse ist ein Ereignis« und »Ohne Kultur keine Produktion«, die gewissermaßen Leit motive dieser neuen Sozialgeschichtsschreibung darstellen.

Die zentralen Kategorien dieses Ansatzes sind daher nicht mehr wie in der marxistischen »Tradition« die Ökonomie, Basis/Überbau, Sein und (gegebenenfalls notwendig falsches) Bewußtsein und Determinierung in letzter Instanz, sondern *Hegemonie* als einem Prozeß der sich kulturell durchsetzenden Klassenherrschaft, *Erfahrung* als Resultat *alltäglicher*, widersprüchlicher und im konkreten Prozeß vielfältig determinierter Praxen sowie *symbolisches Handeln* in Ritualen, Gewaltverhältnissen und sozialen Beziehungen.

Lösen die vorgestellten neun Untersuchungen dieses Programm ein? Die einen mehr, die anderen weniger. Carlo Poni's Beschreibung des Kampfes um Dicke und Qualität des Seidenfadens in der norditalienischen Seidenindustrie im 18. Jahrhundert konzentriert sich vor allem auf die Auseinandersetzungen beim Übergang von der durch die althergebrachte, »sittliche Ökonomie« geregelten Entlohnung zum marktabhängigen Zeitlohn. Poni bezeichnet seine Untersuchung als Beitrag zur Geschichte der Arbeit, und darin ist ihm zweifellos zuzustimmen (im positiven Sinne); der Zusammenhang von Kultur und Klasse im Produktionsprozeß selbst tritt allerdings bei der minutiösen Beschreibung des Kleinkriegs der Seidenarbeiter gegen ihre Lohnherren in den Hintergrund.

David Sabeans Abhandlung über Unehelichkeit als einen »Aspekt sozialer Reproduktion kleinbäuerlicher Produzenten« anhand dörflicher Quellen aus dem schwäbischen Neckarhausen um 1800 zeigt, wie illegitimer Nachwuchs Frauen aus der Unterschicht Chancen zur unabhängigen, nicht-ehelichen Existenzsicherung bot. Angesichts einer durch steigenden Arbeitskräftebedarf bedingten und zugleich krisenanfälligen Zunahme abhängiger Landarbeit entwickeln die ländlichen Unterschichten eine »Ökonomie des Notbehelfs« (Wanderarbeit, Betteln, Sammeln, Hausieren etc.), der die tradierte Familienform der Ehe nicht mehr adäquat ist. Sabean interpretiert die sprunghafte Zunahme von vor dem Kirchenkonvent verhandelten Fällen von Unehelichkeit als Ergebnis der Versuche von Frauen, auf diesem Wege eine Familie zu gründen, die ohne Hausstand mobiler war, zugleich aber ein Reservoir an Arbeitskräften für eine eventuell später zu begründende Mann-Frau-Hauswirtschaft werden konnte. Der Beitrag liest sich allerdings weniger als eine Untersuchung zum Zusammenhang von Klasse und Kultur (im Sinne der programatischen Einleitung) denn als eine Analyse der ökonomischen Logik von Reproduktionsstrategien einer bestimmten Schicht.

Reddys »Entschlüsselung von Lohnforderungen« der Leineweber von Armentières um die Wende zum 20. Jahrhundert führt auch für Außenstehende deutlich erkennbar die Leistungsfähigkeit des »ethnographischen Stils« vor. Untersuchungsgegenstand sind verschiedene Listen von Akkordsätzen, die *Tarife*, in denen die nach Breite und Qualität differierenden Stücklöhne ausgewiesen werden. Anstatt — wie in der herkömmlichen Sozialgeschichte üblich — über die inneren Details dieser Tabellen mit pauschalen Einschätzungen hinwegzugehen, erschließt Reddy durch eine genaue Untersuchung der Feinstruktur (Unterschiede der Stücklöhne im Verhältnis zur Veränderung in Qualität und Breite) die Logik dieser Tabellen, die wiederum mit der Arbeitsorganisation, um deren Beibehaltung die Weber kämpfen, zusammenhängt. Diese Detailanalyse ermöglicht in Verbindung mit der Rekonstruktion eines Einzelfalls, den Beschwerden eines Weberführers, die genaue Dechiffrierung ihres Sinns: Hinter der Forderung nach dem Tarif verbirgt sich eine bestimmte, tradierte Arbeitsorganisation und ihre Lebenswelt, deren Abschaffung sich auch in einem neuen Lohnsystem niederschlagen sollte.

Siders Analyse der *Nicht-Herausbildung* hegemonialer Strukturen in der peripheren Fischergesellschaft Neu-Fundlands hingegen zeigen *ex negativo* den Zusammenhang der Entfaltung von Produktionsverhältnissen und der Herausbildung von Kultur auf: In den isolierten Dörfern an der kanadischen Ostküste reduzieren sich die Beziehungen zwischen den Fischer-Gemeinden und der staatlichen bzw. ökonomischen Obrigkeit auf ein Minimum: Den Fischern ist Landbesitz und Ackerbau verboten, sie bilden — da sie vollständig von den Versorgung und Warenabnahme der großen Händler abhängig sind — auch kein differenziertes Gemeinschaftsleben heraus, und so entstehen erst gar keine kulturellen Formen der Anpassung und des Widerstandes, es fehlen die »Bande, die zusammenbinden«.

Medicks Interesse gilt dem Zusammenhang von sich entwickelnden Marktbeziehungen und Konsumgewohnheiten der Unterschichten. Er kritisiert Thompsons Annahme eines durchgängigen Konflikts zwischen den in der frühen Neuzeit aufkommenden Marktzwängen und den Verhaltensweisen und soziokulturellen Regeln der Plebs und untersucht anhand der Londoner Trinkgewohnheiten im 18. Jahrhundert, wie in dieser Phase der Durchsetzung der Marktbeziehungen die Ausdrucksformen plebejischer Eigenständigkeit in den alltäglichen Konsumgewohnheiten selbst ein Marktphänomen sind. Auch er führt ethnographischen Stil vor: Anhand zweier Stiche von Hogarth entwickelt er die komple-

xen und vielfältigen Bedeutungen, die je nach sozialem Milieu mit Gin- bzw. Bierkonsum verbunden waren.

Geschichtsschreibung im Sinne einer Material und Analyse integrierenden Darstellung ist in *Schindlers* »Freimaurerkultur im 18. Jahrhundert. Zur sozialen Funktion des Geheimnisses in der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft« mit den eingangs beschriebenen Fragestellungen zu Klasse und Kultur am gelungensten vereint. Er zeigt, wie die Freimaurerkultur des 18. Jahrhunderts in Deutschland den aufstrebenden Bürgerschichten und dem sich der absolutistischen Staatsgewalt unterordnenden Adel als Mittel zur Selbsterfahrung und Entwicklung ihres eigenen sozialen Standortes diente. In der Beschreibung der zugleich esoterischen und egalitären Zeremonien und Verkehrsformen wird »Klasse als ein auf 'Veränderung' drängendes Element sozialer Beziehungen« tatsächlich sichtbar.

Berdahls Betrachtungen in der preußisch-deutschen Sozialgeschichte zur Kategorie des *Standes* in Anlehnung an Bourdieus Habitus-Konzept wirken hingegen eher wie eine klassische Theorieanleihe: Da der Vorschlag nicht anhand konkret-historischen Materials umgesetzt wird (obwohl selbiges in Gestalt einiger Simplizissimus-Karikaturen den Aufsatz begleitet), bleibt das »neue Anthropologische« unverbindlich. Außerdem versäumt Berdahl es, »Stand« als zwischen Klasse und Kultur angesiedelte Kategorie über die 48er Revolution hinaus zu diskutieren.

Rosaldos »Zur Ethnographie und Geschichte der Ilongot-Kopffäger« ist eine selbstkritische Erkundung des Verhältnisses Ethnograph — Ethnie. Sie zeigt die Fragwürdigkeit der Vorstellung von der Geschichtslosigkeit »primitiver« Volksstämme auf und gewährt damit Einsichten in das von der Ethnographie entwickelte Verständnis von der »Fremdheit« ihres Untersuchungsgegenstandes, in dem nichts als dem Forscher bekannt oder vertraut vorausgesetzt werden darf.

Abschließend macht sich Alf *Lüdtkes* Gedanken über »Rekonstruktion von Alltagsgeschichte« und unternimmt es, das Gespenst von der »Entpolitisierung der Sozialgeschichte« durch die Alltagsgeschichte zu verscheuchen. Er benennt die wichtigsten Einwände gegen den neuen Trend der Alltagsgeschichte, die diese als detaillistisch, aber ohne Sinn fürs Ganze, daher auch als unfähig zur angemessenen moralischen Bewertung ihrer Gegenstände, als Konzentration auf private Nebensächlichkeiten oder gar als brutal-romantisches Vergnügen am Leiden der Vergangenen bezeichnen, und konzentriert sich dann vor allem auf das Problem des Politischen im Alltag und in der Alltagsgeschichte. Anhand eigener Forschungen zur Feinstruktur der Organisation von Fabrikarbeit und des Verhaltens von Fabrikarbeitern am Arbeitsplatz im 19. Jahrhundert zeigt er, wie auf einer Ebene unterhalb der organisierten Politik im Fabrikalltag eine »Politik« der Widerständigkeit, des Sich-den-Zwängen-Entziehens, der Selbstbestimmung gegenwärtig ist. Dabei besteht er darauf, daß derartige Formen der »Alltagspolitik« nicht gegen die organisierte politische Aktion ausgespielt werden dürfen; nicht um »Überwindung« der Alltagspolitik, sondern um Verbindung von Aktionsbereitschaft und Eigenständigkeit im Alltag sollte es den Alltagshistorikern gehen.

Beim Versuch, nach Lektüre dieser neun mehr oder weniger konkret-historischen Untersuchungen zum Thema Klassen und Kultur im Sinne der von den Herausgebern vorangestellten Programmatik ein Fazit hinsichtlich der Fruchtbarkeit dieses Ansatzes zu zeigen, offenbart sich zunächst eine Unsicherheit: Der intendierte Kulturbegriff stellt zwar eine notwendige Erweiterung gegenüber dem konventionellen Verständnis von Kultur als Teil des Überbaus dar, zugleich bringt diese Erweiterung aber neue Probleme. Wenn letztlich alles, was als Vermittlungsform sozialer Praxis und damit in Erfahrung und Verarbei-

tung von Erfahrung erkennbar ist, unter einem Rubrum Kultur verhandelt wird, tendiert »Kultur« zu einer rein funktionalen Kategorie, ein »neutrales« Medium gewissermaßen. Damit werden jedoch Möglichkeiten eines normativen, auf die potentiell utopischen Aspekte abstellenden Kulturbegriffs verschenkt. Einige Aufsätze (Poni, Sabeau, Reddy, Berdahl) verlieren diesen Aspekt insofern aus dem Auge, als zwar kulturelle Praxen als Bestandteil der Klassenauseinandersetzung und -bildung analysiert werden, dieses Gefüge aber in sich als verhältnismäßig statisch erscheint, »Klasse als ein auf 'Veränderung' drängendes Element sozialer Beziehungen« nicht ins Blickfeld gelangt. Gerade in dieser Kultur genannten Vermittlung gesellschaftlicher Praxis und ihrer bewußten Aneignung durch die Menschen (z.B. im Als-Klasse-Handeln) lagert sich Stoff für das Über-das-Bestehende-Hinausgehen an. Erst diese kulturellen Formen versetzen Menschen in die Lage, über ihre auf das Funktionale reduzierte Beziehung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit hinauszugehen, einen Sinn für den Unterschied zwischen ihrem schicksalhaften Eingebundensein in diesen Praxen und der Möglichkeit anderer Sinngebungen eben jener gesellschaftlichen Wirklichkeit zu entwickeln. Hier beginnt das dialektische Spiel mit der Lust an der Veränderung, am »Bei-sich-selbst-Sein« (Lüdtke), am »Sich-als-Selbstzweck-Setzen der Menschen« (W.F. Haug). In diesem Sinne sind die Beiträge von Sider, Medick, Schindler und Lüdtke orientierende Beispiele für eine kritische, auf gesellschaftliche Veränderung abzielende Analyse von Klasse und Kultur.

Nicht ohne Grund steht in der den Band abschließenden kommentierenden Auswahlbibliographie E.P. Thompsons *The Making of the English Working Class* an erster Stelle, verdanken doch die neuere englische Sozialgeschichtsschreibung und in ihrer Folge auch die Arbeiten der Herausgeber diesem Werk, das nunmehr unter dem Titel *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse* auf dem deutschen Buchmarkt erscheinen wird, das Leitmotiv.

The Making erschien in Großbritannien 1963 und ging u.a. aus der kritischen Auseinandersetzung mit der marxistischen Orthodoxie stalinistischer Prägung hervor. Edward Thompson war damals als Historiker in der Erwachsenenbildung tätig, gehörte zu einer nach 1956 aus der KPGB ausgeschlossenen bzw. ausgetretenen Gruppierung, die eine eigene, für die Geschichte der »New Left« in Großbritannien wichtige Zeitschrift herausgab. *The Making* stellt einen Bruch mit mehreren Orthodoxien dar: Es werden nicht nur marxistische Begriffe neu interpretiert und historisch konkretisiert (allen voran der Klassenbegriff), die Polemik gegen die Vorstellung von der Klasse als einem »Ding« wendet sich genauso gegen funktionalistische Ansätze bürgerlicher Herkunft. Thompson reduziert die kapitalistische Industrialisierung nicht auf das blinde, den darin verwickelten Menschen mehr oder weniger unbewußte Zusammenwirken anonymer Strukturen — »der« Ökonomie, des Bevölkerungswachstums, der technologischen Revolutionen —, er zeigt, wie die Industrielle Revolution in der englischen Gesellschaft Ergebnis eines sich vom Ende des 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinziehenden gesellschaftlichen Konflikts war, in dem sich Menschen in den unterschiedlichsten Gruppierungen gegen die zunehmende Entmündigung und Ausbeutung durch die neue Herrenklasse zur Wehr setzen, bis aus diesen Kämpfen die englische Arbeiterklasse als im politischen und sozialen Leben ständig prärente Macht hervorging.

Wie die Unteren sich gegen diese Zumutungen zur Wehr setzen können, ist bei Thompson nicht Resultat eines ökonomistisch gedachten »Reflexes« (je elender, desto rebellischer o.ä.), sondern Fortsetzung einer langen Tradition populärer Wertvorstellungen und Gemeinschaftszusammenhänge, die selbst zunehmend bedroht sind. Als Bildungselemen-

te der entstehenden Arbeiterklasse beschreibt er sowohl den religiösen Nonkonformismus der kleinen Handwerker und Selbständigen als auch die Erfahrungen der städtischen Plebs in symbolischen Konflikten mit ihrer Obrigkeit sowie die libertär gewendeten Vorstellungen vom konstitutionellen Geburtsrecht des freien Engländers, sich gegen jede staatliche Entmündigung und Willkür zur Wehr setzen zu dürfen. Anders als häufig in modernisierungstheoretisch oder auch »marxistisch« inspirierten Erklärungen der Industrialisierung werden diese Volkstraditionen nicht als vorindustriell-rückschrittlich (oder schlimmer noch: als kleinbürgerlich-individualistisch) denunziert; Thompson zeigt vielmehr, wie die Menschen in der Konfrontation dieser tradierten Lebenswelten mit den neuen Zwängen des Industrialismus *Erfahrungen* gewinnen für eine neue Kultur und eine neue, in die Zukunft gerichtete Gesellschaftsutopie. Und hierin liegt m.E. ein Aspekt von *The Making*, der in der bisherigen Rezeption in Deutschland (auch in den oben besprochenen Aufsätzen) meist übergangen wird: Der letzte, dritte Teil, überschrieben »Die Präsenz der Arbeiterklasse«, analysiert, wie in diesem heterogenen Konfliktfeld einer sich industrialisierenden Gesellschaft, das ja nicht nur durch den »neuen« Antagonismus Arbeit/Kapital, sondern genauso durch die Antagonismen Grundbesitzer/Pächter, Staat/Steuerzahler, Privilegierte/Rechtlose, Klerus/Laien usw. konstituiert wird, die Arbeiterklasse durch die Verknüpfung dieser Konfliktlinien zu einem Kampf um die Volksdemokratie (konkret: um das gleiche Wahlrecht für alle Männer) als politisch präzente Macht hervorgeht. Nicht die mechanische Kombination Dampfkraft plus Baumwolle bringt die Arbeiterklasse »als solche« auf die Bühne der nationalen Politik. »Making of the Working Class« ist bei Thompson mehr als jener passive Prozeß, der Bauern »freisetzt« und Menschen in Fabriken und Elendsvierteln pfercht, es bezeichnet zugleich (dank den Eigenarten des Englischen) das »Machen« der Arbeiter, was *sie* machten und wie sie *sich selbst* zur Arbeiterklasse »machten«.

Auf den ersten Blick mag die politische Brisanz dieser »Entstehung der englischen Arbeiterklasse« vor über 150 Jahren nicht recht erkennbar sein. »Arbeiterklasse« ist nun schon seit einiger Zeit auch unter Linken keine unumstrittene historische Größe mehr; hinsichtlich der Erfüllung ihrer »historischen Mission« und ähnlich abstrakter Erwartungen sind wir in diesem Jahrhundert öfter enttäuscht worden. Trotzdem ist die Lektüre dieses Buches für ein zukunftsorientiertes Weiterdenken der marxistischen Tradition unentbehrlich. Sie trägt dazu bei, dogmatische Vorstellungen von »der« Arbeiterklasse als per se »fortschrittlich«, ausgestattet mit ihren Klassenorganisationen Gewerkschaft und (möglichst »der«) Partei, zu hinterfragen, ohne gleich in Bausch und Bogen »Abschied vom Proletariat« zu nehmen. Der utopische Sinn einer »Arbeiterklasse«, wie sie in *The Making* dargestellt wird, liegt nicht nur in ihrer historischen Rolle als dem Hauptantagonisten von Kapital und Staatsmacht, sondern in ihrer Fähigkeit, aus den Erfahrungen der gewaltsamen und oft erniedrigenden Veränderungen ihrer Lebenswelt alternative Wertvorstellungen und Konzepte für eine neue Gesellschaft zu entwerfen und im Kampf für diese zu leben. Thompsons Darstellung der owenistischen Gemeinschaftsexperimente, der traditionellen Solidarstrukturen in den Handwerker- und Bauerngemeinden, des Kampfes um die Presse- und Versammlungsfreiheit als unverzichtbaren Voraussetzungen für jegliche Selbstorganisation des Volkes lehrt uns auch einen anderen, vielleicht gelasseneren Blick auf die Vielfalt heutiger »alternativer«, utopischer Projekte und ihren Versuchen, autonom gesellschaftliche Erfahrung anzueignen und in den Kampf für eine Überwindung unserer lebensfeindlichen Gesellschafts»ordnung« einzubringen. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes unter diesem Gesichtspunkt aufzuar-

beiten — das wäre eine der fruchtbaren Folgen der Rezeption dieser seit langem fälligen Übersetzung. Statt dessen hat sich die bundesdeutsche Rezeption von Thompsons Arbeiten bislang vorwiegend auf die mit den vorindustriellen Traditionen und Volkskulturen befaßten Teile konzentriert. Die Brisanz einer politisch »präsenten«, d.h. in *the Making*: zur Revolution befähigten Arbeiterklasse wurde kaum aufgegriffen. Sie muß in unserem durch die Niederlage der Arbeiterklasse im Faschismus und ihre politische Integration befriedeten Industriekapitalismus erst wieder neu entdeckt werden.

Thomas Lindenberger (Berlin/West)

Deppe, Frank: Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung. Marburg 1981

Der Titel von Deppes Arbeit könnte zu der Annahme verführen, der Autor habe sich daran begeben, eine aktualisierte Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung zu schreiben, in der die Spaltungen wie die Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien im historischen Kontext nachgezeichnet werden. Dem ist nicht so. Sein Anliegen liegt nicht darin, von einem vorher fixierten Standpunkt aus — sei es der der notwendigen Einheit der Arbeiterklasse oder der ihrer unvermeidlichen parteipolitischen Spaltung — politische Geschichtsschreibung zu betreiben. Ihm erscheint es vielmehr wichtiger, »die Natur der Beziehungen zwischen Klassenbewegungen und Organisationen zu durchdenken, die Schranke zu durchbrechen, die diese Beziehungen durch Formeln a priori fixiert und von daher der Geschichtsanalyse ihren 'Leitfaden' vorgibt« (24). Er untersucht, welche Beziehungen zwischen den materiellen Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, ihrer inneren Differenzierung (als der sozialökonomischen Spaltung und Segmentierung) und den politisch-ideologischen Verarbeitungs- und Erscheinungsformen dieser Bedingungen bestehen (10). Den Anspruch, diese Beziehungen herauszuarbeiten, löst die Arbeit weitgehend ein. Sie erweitert damit das analytische Instrumentarium, mit dem die Entwicklung der Konstituierung des Proletariats als Klasse mit den ihr immer wieder innewohnenden Spaltungstendenzen begriffen werden kann.

Leider bleibt sie aber da lückenhaft, wo sich die Frage aufdrängt, wie aufgrund dieser sozialökonomischen Prozesse die konkreten politischen Spaltungsprozesse neu zu erklären und zu bestimmen sind. Dies ist umso bedauerlicher, als Deppe die Fragestellung in seiner Einleitung selbst entwickelt.

Er fragt dort: »wie fundiert ist eigentlich die »emphatische Beteuerung« der Lehre der Jahre 1918/19 und 1933, daß nur »die Überwindung/Aufhebung der Spaltung ... wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung einer Politik (ist), die gegenrevolutionäre und antidemokratische Bewegungen abzuwehren vermag«? (9) Antworten darauf, die also mehr bieten als nur den Wunsch zur Einheit, die vielmehr die konkreten Handlungsspielräume der Arbeiterklasse und ihrer Parteien in den genannten historischen Situationen erhellen, werden in Deppes Arbeit nur in unzureichendem Maße gegeben.

In einem einführenden Abschnitt erläutert Deppe die Herausbildung der Begriffe Klasse und Partei bei Marx und Engels. In diesem Sinne faßt er Klasseneinheit als »die Einheit von ökonomischen Existenzbedingungen, Lebensweise, Bildung, Kommunikation, Aktion und Organisation.« (20) Aus dem Definitionsmerkmal »Einheit von Organisation« ergibt sich naturgemäß die Frage des Verhältnisses von Klasse und Partei. Für Engels ist es gerade »die Herstellung des reinen Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, die überhaupt die Existenz einer einzigen großen Arbeiterklasse mit gemeinsamen Interessen, einer

Arbeiterbewegung, einer Arbeiterpartei möglich gemacht hat.« Während also Engels die Frage der Einheit auf die Klasse als Ganzes bezieht, legt Lenin das Schwergewicht auf die Einheit der Organisation, die revolutionäre Klassenpartei. (28) Der Frage, wie diese Differenz zu beurteilen ist, geht Deppe leider nicht nach. So unterbleibt denn auch — trotz der ansonsten gründlicheren Darlegung der Marx-/Engelschen Positionen zur Frage Klasse und Partei — die Bezugnahme auf die zentrale Passage des Kommunistischen Manifests: »Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.«

Indem Deppe vor allem den sozialökonomischen Spaltungs- und Segmentierungstendenzen in der Arbeiterklasse innerhalb der Kampfzyklen des 19. Jahrhunderts nachgeht, gelangt er zu folgenden Thesen:

»1. Der politische 'Normalzustand' der Arbeiterklasse ist nicht der der Einheit, sondern der der 'Spaltung'. Als Spaltungen bezeichnen wir vorerst die Vielfalt der nebeneinander bestehenden politisch-ideologischen Formen, in denen sich die Verschiedenheiten der Erfahrungen von Klassenpraxis bzw. ihrer ideologischen und politischen Interpretation — individuell und kollektiv — artikuliert.

2. Die Überwindung dieser 'Spaltung' hat einerseits den Vergesellschaftungsprozeß des Kapitals zur Bedingung ... Als politische Einheit ... hat sie freilich darüber hinaus eine Krise der alten, herrschenden Ordnung zur Voraussetzung ...

3. In den politischen Organisationen der Arbeiterbewegung — oder: in ihrem politisch-ideologischen »Überbau« — werden und müssen die Segmentierungsformen immer in der Existenz verschiedener Strömungen und Richtungen vorhanden sein. Darin reflektiert sich einmal die zuvor erwähnte objektive 'Spaltung' der Klassenpraxis. Zum anderen schließt die Praxis der politischen Organisationen immer auch die Möglichkeit der nicht-identischen Deutungsmöglichkeit der konkreten politischen Situation sowie der — darauf bezogenen — konkreten, politischen Entscheidungsalternativen ein.« (29/30)

Die These 3 ist hier nochmals zu unterstreichen, da sie sich in wohlthuender Weise von all den Geschichtsbetrachtungen abhebt, die politische Abweichungen nur als Verirrungen oder Verrat zu deuten wissen. So geht denn auch Deppes ausführliche Darstellung der Zeit nach dem 1. Weltkrieg davon aus, daß die Machtkonstellationen zwischen den verschiedenen Klassen durch die Spaltungsprozesse und die politisch-ideologische Zerrissenheit in ihnen selbst gebrochen wurden (75), wodurch gerade auch die Arbeiterbewegung zu schwach wurde, um hegemoniale Kraft zu werden. (76) Er konstatiert die breite Palette von Tendenzen und Organisationen, verfällt aber dann in den weit verbreiteten Fehler, in den weiteren Darstellungen auf die klischeehafte Gegenüberstellung von revolutionärem Weg (KPD) und »klassenübergreifendem Kompromiß« (SPD) überzugehen. Linksozialistische Positionen finden sich gerade noch in einer Fußnote wieder (79). Allzu holzschnittartig wird dann in eine sozialdemokratische Einheitspolitik, die sich auf den klassenübergreifenden Kompromiß bezieht, und eine kommunistische, die sich auf die Klasseneinheit bezieht, unterschieden (90/91).

Dennoch, trotz dieser Schwächen lenkt diese Arbeit den Blick von der bloßen Organisations- und Ideologeanalyse auf den Bereich der Klassenlage und ihrer Entwicklungsdynamik. Die Schlüsse, die daraus gezogen werden können, liegen jenseits der Vereinfachungen bekannter sozialdemokratischer und kommunistischer Hausgeschichtsschreibung.

Uli Schöler (Bonn)

Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Kritisches Wörterbuch des Marxismus 7 Bde. Argument-Verlag, Berlin/West 1983 bis Ende 1985. Subskriptionspreis br. 19,80 DM pro Band.

Nun liegt also der erste Band der von Wolfgang Fritz Haug herausgegebenen deutschen Ausgabe des Dictionnaire Critique du Marxisme von Georges Labica und Gérard Bensusan (im Original verlegt bei den Presses universitaires de France) vor: Band 1, von *Abhängigkeit* bis *Bund*. Die Herausgabe des »Kritischen Wörterbuchs des Marxismus« begann im Oktober 1983 und soll bis Ende 1985 abgeschlossen sein, soweit der Prozeß kritischer Marxrezeption überhaupt abzuschließen ist.

Die über 60 Verfasser der französischen Originalausgabe (Philosophen, Soziologen, Ökonomen, Linguisten, Juristen, Politologen, Physiker, Psychoanalytiker, Literaturwissenschaftler und Historiker — kein Ökologe) repräsentieren keine einheitliche Linie oder Partei, neue oder alte Denkschule oder Dogmatik, was den Linienrichtern einigen Anlaß zum Mißtrauen bot. Inzwischen ist gerade das linkspluralistische Konzept, keine Parteilinien wissenschaftlich zu verschönen, sondern einen umfassenden Überblick der marxistischen Diskussion in der internationalen Arbeiterbewegung zu geben, weitgehend akzeptiert; nicht zuletzt seit Lucien Sèves gemäßigt wohlwollender Empfehlung in »Le Monde« und »Révolution«, der PCF-Illustrierten. Natürlich kommen die Autoren wissenschaftlich und politisch irgendwoher, — zumeist aus dem Umfeld Louis Althusser und dessen strukturalistischer Gramsci-Rezeption. So besteht die deutsche Edition mit gutem Grund aus zwei Teilen: Zunächst der 7-bändigen Übersetzung der Originalausgabe sowie im zweiten Durchlauf aus 2-3 Ergänzungsbänden, wo einmal Lücken der französischen Ausgabe und der Sichtweise ihrer Autoren (so sind etwa der deutsche kritisch-marxistische Diskurs von Bloch bis zur Kritischen Theorie oder das Lukács-Umfeld kaum ein Gegenstand) aufgefüllt werden sollen und außerdem alternative und ergänzende Sichtweisen eingebracht werden können. »Das Konzept der Ergänzungsbände ist noch in Entwicklung.« (F.W. Haug). Wie ja überhaupt »die Vorgeschichte des Marxismus ... noch nicht zu Ende (ist)« (K. Holzkamp). Anregungen sind der Wörterbuchredaktion willkommen.

Die rund 250 Stichworte gehören mehreren Kategorien an. Am ausführlichsten behandelt sind diejenigen Begriffe, die die Kenntnis des Marxismus intensivieren, von ihm hervorgebracht wurden oder besonderen heuristischen Wert im Verständnis der Autoren haben; dies sind: *Akkumulation, Bündnisse, Dialektik, Hegemonie, Imperialismus, Kapital, Klassen, Kleinbürgertum, Kollektivierung, Mehrwert, Opportunismus, Parteilichkeit, Praxis, Produktionsverhältnisse, Produktionsweise, Reproduktion, ökonomische Gesellschaftsformation, Strategie/Taktik oder Übergang*. Ähnlich hervorragend wurden die Traditionen behandelt, an die die Marx'sche Methoden- und Theorieansätze anknüpfen, bzw. mit denen sie sich auseinandersetzen: *Anarchismus, Hegelianismus, Malthusianismus, Proudhonismus* und *Utopie*. Grundsätzlich gilt, daß Theorien und Ideengebäude nicht in ihrer Selbstsicht dargestellt werden, sondern in ihrer marxistischen Rezeption und daß keiner der Marxismen ausgegrenzt wird, sondern es dem Leser überlassen bleibt, anhand möglichst kompetenter Zitate und »Beweisstücke« zu urteilen.

Bereits der erschienene erste Band des KWM gibt einiges Material an die Hand zu unserer Beurteilung des »Was und Wie« der Stichwortauswahl. Nicht nur, daß wir auf der Umschlagseite im Vorgesmack auf das Kommende alle Stichworte, die behandelt werden nebst Autoren und Übersetzern — von Detlef Albers bis Frieder O. Wolf — finden, und darunter so manches, was in Georg Klaus' und Manfred Buhrs Philosophischen Wörterbuch schmerzhaft fehlte wie *Antisemitismus, Maoismus* oder *Stalinismus*. So findet man zwischen *Abhängigkeit* und *Bund* so Wichtiges wie *Abweichung, Arbeit, Basis, Au-*

stromarxismus oder *Bolschewismus*. Es wird schnell deutlich, daß gerade die in der marxistisch-leninistischen Perspektive allzusehr verblässenden marxistischen Traditionen und darüber hinaus auch Ansätze neuer sozialer Bewegungen hier zu ihrer Darstellung und zu ihrem Recht kommen. Damit ist bereits vom Pluralismus der marxistischen, kritischen oder emanzipatorischen Tendenzen, die präsent sind, angelegt, daß das KWM die politische Funktion erfüllen kann, zwischen (kritischen) Marxisten und neuen sozialen Bewegungen eine Plattform für gemeinsame Diskussions- und Praxisprojekte abzugeben. Das KWM selber (insbesondere seine noch offenen Ergänzungsbände) und seine Bereitschaft, die eigene marxistische Tradition kritisch infragezustellen, ist bereits ein gemeinsames Projekt, in dem sich sonst eher blockierende Gruppen oder Tendenzen produktiver anordnen, womit sie strukturell überhaupt erst politisch hegemoniefähig werden.

Aus dem Zusammenhang der inzwischen verblicheneren Kulturredaktion von spw ließen sich zum ersten Band einige produktive Anmerkungen im Hinblick auf die Ergänzungsbände machen. Die sich z.Zt. entwickelnde kulturtheoretische Diskussion muß ebenso wie die Ansätze, eine marxistische ästhetische Theorie und Medientheorie zu entwickeln (und das bereits seit Walter Benjamin und Brecht) einen Niederschlag im KWM finden. Konkret fehlen die Stichworte *Autonomie der Kunst*, *ästhetische Theorie* (mit dem Bezug auf Widerspiegelungstheorien und Kulturbegrifflichkeit) und *Kultur* (Kultur natürlich noch nicht in Bd. 1). *Arbeit* ist als Stichwort so angelegt, daß gerade der utopisch-analytische Gehalt dieser Marx'schen Kategorie (mit dem Paar *travail repulsif* und *travail attractif*) für die Kulturtheorie, Arbeit als Eigen-Sinn und Selbstzweck, nicht greifbar wird.

Weitere Anmerkungen ließen sich machen: Um nochmals bei *Arbeit* anzuknüpfen, wieso ist *Arbeit* zu knapp und etwa *Apparat* so lang? Das Stichwort *Angestellte* fehlt. *Altes/Neues* mit seinem ausführlichen Aufgreifen Stalinscher Beiträge erscheint mir unnötig und wäre anderswo sicher sinnvoller unterzubringen gewesen.

Was nützt nun das KWM dem linken Sozialdemokraten oder Linkssozialisten? Zunächst einmal werden unsere Traditionen les- und begreifbar aufgearbeitet und damit überhaupt wieder einmal vorführ- und überprüfbar gemacht. Wenn außerdem Theorie »Praxis im Kopf« ist, d.h. das in Gedanken Vorweghandeln auf Grundlage der bisher gemachten Erfahrungen und später dann auch das Überlegen, warum es dann doch anders gekommen ist, als ich vorher gedacht hatte, dann steht mit dem KWM ein kritischer marxistischer Werkzeugkasten zur Verfügung, mit dessen Hilfe ich die reflektierten Erfahrungen von Generationen kollektiver und Klassenkämpfe für die heutigen sozialistischen Perspektiven nutzen kann. Natürlich liegt die Wahrheit nicht irgendwo in der Geschichte (wie die Plakatgraphik der K-Gruppen mit ihrem Rekurs auf die schwierigen Arbeiterfäuste der Thälmann-Phase der Weimarer KPD weismachen wollten). Die Marx'sche Methode eingreifender Analyse und die Kategorien und Theorien der marxistischen Diskurse erweitern unseren Handlungs- und Erfahrungsspielraum in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen, helfen uns, Kämpfe als historische selbstorganisierte Lernprozesse zu begreifen und zu organisieren und machen damit auch unsere Niederlagen überhaupt erst produktiv verarbeitbar.

Vielleicht hilft uns das KWM, die Kulturschranken einzureißen, die wir zwischen die alten (Marx, Brecht oder Gramsci) und die neuen sozialen Bewegungen haben aufbauen lassen.

Jochen Zimmer

Butterwege, Christoph, u.a. (Hrsg.): Friedensbewegung — Was nun? Nach der Raketenstationierung. VSA-Verlag Hamburg, 1983 (167 S., 12,80 DM)

Viele Beobachter und Gegner der Friedensbewegung wollten deren Ende mit Beginn der Stationierung der neuen US-Raketen herbeireden. Sie sagten den Raketengegnern Zerfall durch Resignation und Zerstrittenheit voraus. Tatsächlich hat die Friedensbewegung erst spät zu denken gewagt, was nach Stationierungsbeginn zu tun sei. Nun aber kommt die erforderliche Diskussion doch noch zustande. Leitfaden könnten die Analysen, Fragen und Ideen werden, die »Friedensbewegte« insbesondere aus Bremen, aber auch aus Hamburg in ihrem Reader zusammengestellt haben.

Ermutigt durch die gelungenen Aktionen der Friedensbewegung im Oktober u.a. mit der Blockadeaktion von Bremerhaven und den 400.000 auf der Hamburger Volksversammlung für den Frieden ist ein möglicher Verfall der Friedensbewegung nicht Gegenstand der meisten Aufsätze. Vielmehr steht für die meisten Autoren (und wohl auch für die meisten repräsentativen Initiativen, Gruppierungen, Gewerkschaften und Parteien) diese Frage im Zentrum: Wie kann die Friedensbewegung ihre Massenbasis noch mehr verbreitern, ihre inhaltlichen Forderungen zuspitzen und zugleich ausweiten, ihren Aktionsformen noch mehr Kraft, möglichst sogar eine neue Qualität geben, damit die Stationierung gestoppt, der Abbau der Raketen durchgesetzt wird?

Die meisten Autoren stellen ihren Aufsätzen eine Bestandsaufnahme voraus. In Kurzform: Die Friedensbewegung verfügt über ein funktionierendes »Widerstandsgerüst« (Bethge-DFU). So sind im Hamburger Forum 300 Initiativen zusammengeschlossen, im kleineren Bremen rund die Hälfte. Zu den Oktober-Aktionen stießen neue Schichten der Bevölkerung. Vor allem sehen die Autoren in den Aktionen der Gewerkschafter Chancen für eine neue Qualität des Widerstands. Gerade die Autoren aus Betrieben und Gewerkschaften (Baumeister, Koch, Kraft, aber auch Abendroth, Bethge, Butterwege, Gehrke, Isola, Jakubowski, Lentz und Ziegert) stellen heraus: Die fünf Mahnminuten der Gewerkschaften vom 5. Oktober waren zwar nur symbolisch, doch im Kern ein erster Schritt zum politischen Anti-Raketen-Streik. Hier wollen die meisten Autoren weitermachen. Ihre Forderung: Friedensbewegung und Arbeiterbewegung müssen noch enger zusammenrücken. — Diese Ausweitung der Friedensbewegung, warnen die Autoren, darf aber nicht zur Aufweichung ihrer Forderungen geraten. So muß inhaltlich stärker herausgearbeitet werden, welche militärstrategischen und (besonders) politischen Bedrohungen von den Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern ausgehen. Zugleich muß die Friedensbewegung stärker Partei nehmen für konkrete Vorschläge zur Abrüstung und zur Wiederherstellung der Entspannungspolitik, wie sie z.B. in Genf von der Sowjetunion, in bezug auf eine atomwaffenfreie Zone aber auch von Schweden und Finnland unterbreitet wurden.

»Was nun« versteht sich offensichtlich nicht als fertige Handlungsstrategie für die Friedensbewegung. Die einzelnen Aufsätze sind vielmehr Diskussionsbeiträge. Denn Patentrezepte lassen sich gerade für die Friedensbewegung nicht am Schreibtisch entwickeln. In den vergangenen sechs Wochen hat die Friedensbewegung den Anlauf für den qualitativen Sprung nach vorn genommen. Die »Was nun«-Autoren setzen sich dafür ein, daß möglichst viele mitspringen. Inhaltlich tragen sie dazu bei, daß niemand den Absprungbalken verfehlt. Mit Bezug auf Lenin verlangen sie nicht nur Kampfformen, »sondern (halten) es für unvermeidlich, daß bei Änderung der jeweiligen ... Situation neue, in der gegebenen Periode unbekannte Kampfformen aufkommen«. — Das Buch ist auch direkt zu beziehen beim Bremer Friedensforum, c/o »Politischer Treffpunkt« der DFU, Grüneweg 14, Tel. 0421-3243 37, 2800 Bremen 1. Dietmar Tinnei (Bremen)

Über die Autoren

Bach, Andreas, geb. 1960; Student. Unterbezirksvorsitzender der Dortmunder Jungsozialisten

Brosch, Oliver, geb. 1962; Student der Sozialwissenschaften an der Gesamthochschule Wuppertal, Mitglied in SPD und GEW, stellv. Bundesvors. des SHB

Butterwegge, Christoph, geb. 1951; Dr.rer.pol., Lehrbeauftragter für Soziologie a.d.Hochschule Bremen. Wichtigste Veröffentlichung: SPD und Staat heute (1979). 1974/75 Ausschluss aus der SPD, bis Dezember 1982 Mitglied des DS-Bundeskoordinierungsausschusses, Mitglied der GEW

Dehm, Diether. Arbeitsgebiet: Sozialistische Kulturarbeit

Gaus, Günter, geb. 1929; Journalist. 1974-81 ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR und Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vorher Programmdirektor des Südwestfunks und Chefredakteur des »Spiegel«. Neuste Veröffentlichung: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung

Hindels, Josef, geb. 1916; kfm. Angest., Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten, Mitglied der SPÖ und stellv. Vors. des Bundes Sozialist. Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Mitherausgeber von *spw*

Hofschen, Hans-Gerd, geb. 1949; Studium der Geschichte, Pol. Wiss. und Germanistik, z.Zt. arbeitsloser Lehrer. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Alternative Wirtschaftspolitik. Mitglied der GEW, des BdWi und der SPD. Mitglied im Landesvorstand der Jusos Bremen

Kisker, Klaus Peter, geb. 1932; Hochschullehrer am Institut für Konzentrationsforschung der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie/Wirtschaftspolitik. Mitglied der SPD und GEW

Kroll, Angela, geb. 1955; Lehrer-Referendarin, Sprecherin der Hamburger Initiative »Frauen in die Bundeswehr — wir sagen nein!«. Mitglied in SPD und GEW sowie stellv. Bundesvorsitzende des SHB von 1982-84

Krüger, Peter, stellv. AfA-Bezirksvorsitzender Ostwestfalen-Lippe, Betriebsratsmitglied bei Miele/Gütersloh

Liedman, Sven-Eric, Prof. der Philosophie und Ideengeschichte. Veröffentlichung: »Das Spiel der Gegensätze. Friedrich Engels Philosophie und die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts« (erscheint auf deutsch vorauss. 1984). Mitglied der Linksparteikommunisten Schwedens

Lindenberger, Thomas, geb. 1955; Historiker, Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. Arbeitsgebiete: Berliner Sozialgeschichte des 19. und 20. Jh., englische Sozialgeschichtsschreibung

Lüth, Hans-Jörg. Mitglied im Landesvorstand der Jusos Schleswig-Holstein

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt. Mitglied der SPD, ÖTV, 1974-76 Landesvors. der Berliner Jusos, seit 1981 Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin. Arbeitsgebiete: marxistische Theorie, SPD-Entwicklung

Ott, Erich, geb. 1945; Dr.phil., Dipl.-Betriebswirt und Dipl.Pol. Sozialwiss.; Dozent in Kiel. SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Holtsee

Sauer, Bertram, geb. 1961; Studium der Sonderpädagogik, seit 1983 Referent für Frieden und Abrüstung im Bezirksvorstand der Jusos Hannover. Mitglied der SPD, IG Metall, VVN

Schöler, Uli, geb. 1953; Jurist. Mitglied der SPD und der ÖTV

Scholz, Olaf, geb. 1958; Jurist, stellv. Bundesvors. der Jusos. Mitglied der ÖTV

Walter, Franz, geb. 1956; Doktorand an der Uni. Bielefeld; Honorar-dozent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Letzte Veröffentlichung: Jungsozialisten in der Weimarer Republik (1983). Mitglied in SPD und GEW

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist. Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jusos, der ÖTV, Falken, AWO

Weinzen, Hans-Willi, geb. 1953. Arbeitsgebiete u.a.: Geschichte der Arbeiterbewegung, insb. der Gewerkschaften und der Wirtschaftsdemokratie; Gewerkschaftstheorie. Mitglied von SPD und GEW

Ziegert, Siegfried, geb. 1956; Lehrer-Referendar. Mitglied im Landesvorstand der Jusos Bremen, im Regionalausschuß Nord der Friedensbewegung, der DFG/VK, GEW

Zimmer, Jochen, geb. 1947; Hochschullehrer an der Gesamthochschule Duisburg. Mitglied der GEW, Falken, Naturfreunde

spw



WIRTSCHAFTSKRISE und regionale Gegenwehr

Sozialdemokratische Konzepte
für Vollbeschäftigung
und Lebensqualität

214 Seiten, 16,- DM (zuzüglich Porto) — Bestellung über:
spw-Verlag, Libellenstraße 6a, Postfach 38 02 28, D-1000 Berlin 38, Telefon: 030/803 34 29

Mit einer Dokumentation
regionaler Wirtschafts- und
Beschäftigungsprogramme

SONDERHEFT 4

Gerhard Bäcker · Reinhard Bispinck

35 STUNDEN WOCHE

Argumente zur Sicherung
und Schaffung
von Arbeitsplätzen
und für mehr Zeit zum Leben.

Vorwort von Hans Janßen (Industriegewerkschaft Metall)

Bestellung über: spw-Verlag, Libellenstraße 6a, Postfach 38 02 28
D-1000 Berlin 38, Telefon: 030/803 34 29
